Horst Lademacher / Jürgen C. Heß / Herman J. Langeveld / Henk Reitsma

Der Weltgewerkschaftsbund im Spannungsfeld des Ost-West-Konflikts

*Zur Gründung, Tätigkeit und Spaltung der Gewerkschaftsinternationale**

I. Über die Rahmenbedingungen

George F. Kennan, Geschäftsträger in der Moskauer Botschaft der Vereinigten Staaten, widmete im Januar 1945 der künftigen weltgewerkschaftlichen Organisation intensive Aufmerksamkeit, noch ehe überhaupt die diese vorbereitende internationale Gewerkschaftskonferenz von London stattgefunden hatte. Den vornehmlichen Anlaß, sich auf das Problem zu konzentrieren, bildete eine Reihe von Berichten führender sowjetischer Gewerkschaftler wie Kuznetsov, Evstratov und Sidorenko in dem Moskauer außenpolitischen Diskussionsorgan »War and the Working Class«. Im Anschluß an ohnehin schon seit längerem in internationalen Gewerkschaftskreisen geführte Erörterungen über Form und Inhalt einer neuen Gewerkschaftsinternationale gewannen solche Beiträge einen über allgemeine Erwägungen hinausgehenden aktuellen Wert, sobald die Institutionalisierung in greifbarer Nähe lag[1]. Für Kennan boten sich solche Äußerungen nicht so sehr als eine auf Gewerkschaftspolitik allein zugespitzte Orientierungshilfe, sondern eher ganz allgemein als ein Zeichen der beabsichtigten Instrumentalisierung des neuen internationalen Gewerkschaftsverbandes im Sinne und zugunsten sowjetischer Außenpolitik. Für diesen amerikanischen Diplomaten, der ein gutes Jahr später schon von Moskau aus telegraphisch seine »containment«-Strategie entwerfen sollte, fügte sich die Einschaltung einer internationalen Arbeiterorganisation folgerichtig in die diplomatische Taktik der Sowjetunion, die ihr jeweiliges Anliegen aus Furcht vor Gesichtsverlust erst gründlich auf außerdiplomatischem Wege vorbereiten lasse. Sie war unter diesem Aspekt zu begreifen als eine Fortsetzung der Kominternpolitik mit dem Unterschied allein, daß nun nicht kommunistische Parteien, sondern mehr allgemein radikale Gruppierungen oder eben die organisierte Arbeit als sowjetorientiertes Vehikel im außenpolitischen Entscheidungsprozeß anderer Regierungen dienen sollten. Sie bediene sich dabei einer Organisation, die die alte Spaltung in Rote Gewerkschaftsinternationale und IGB (Internationaler Gewerkschaftsbund bzw. Amsterdamer Internationale) zunächst zu überwinden habe. Solche sowjetische Intention mußte

---

* Die einzelnen Abschnitte wurden wie folgt verteilt: H. Lademacher: I, III, IV, VIII, X; J. C. Heß: II; H. J. Langeveld: V, VI, IX; H. Reitsma: VII. Endredaktion: H. Lademacher.
Die archivalischen Unterlagen zu dieser Untersuchung fanden wir in den National Archives (N.A.) Washington, dem Public Record Office (PRO) London, im Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG) Amsterdam, beim DGB in Düsseldorf, der International Labour Organisation (ILO) in Genf sowie beim Trades Union Congress (TUC), London. Allen Mitarbeitern, die uns bei der Suche nach Material unterstützten, sei hier herzlich für die freundliche Kooperation gedankt.

1 Kennan nahm bezug auf: War and the Working Class, Moskau, 2 vom 15. Jan. 1945.

zur optimistischen Gewißheit über Realisierungsmöglichkeiten werden, wenn sowjetische Gewerkschaftsvertreter im Ausland in zunehmendem Maße als Sprecher einer nationalen Arbeiterbewegung akzeptiert und damit praktisch aufgewertet wurden, während es sich nach Kennans Meinung tatsächlich doch um nichts anderes handelte als um die Sprecher sowjetischer Machtpolitik. Kennan zielte hier auf den Marionettencharakter sowjetischer Gewerkschaftler, nannte zugleich den propagandistischen Nutzen einer gewerkschaftlich vorgetragenen Außenpolitik, die zum einen die offiziellen Instanzen zu nichts verpflichte, zum anderen sich als Ausdruck spontaner Regungen bei der Masse der Gewerkschaftsmitglieder ausgeben könne. Kennan fürchtete weiter die Abhängigkeit osteuropäischer Gewerkschaften wie der Jugoslawiens, Bulgariens, Rumäniens und Polens von der Sowjetunion, sah Kontrollmöglichkeiten auch gegenüber der Tschechoslowakei gegeben, fügte selbst die norwegischen, finnischen und italienischen Gewerkschaften in diese Reihe und glaubte schließlich auch an eine Ausdehnung der Kontrolle auf den lateinamerikanischen Kontinent. Dabei blieb es nicht. Kennan vermutete dazu die Absicht der direkten Vertretung in internationalen Körperschaften. Das Problem einer solchen Vertretung in international wichtigen Gremien lag hier für den Amerikaner in der moralischen Wucht, die hinter den Forderungen einer großen Arbeiterinternationale stehen mußte[2].

Der Bericht Kennans war nun nicht nur die analytische Einzelleistung eines Diplomaten, vielmehr hielt das State Department ihn für wichtig genug, um ihn an alle diplomatischen Vertretungen im Ausland mit zusätzlichen Informationen anläßlich der Londoner Konferenz zu schicken[3]. Aber abgesehen von dieser amtlichen Kongruenz, ist festzuhalten, daß noch unmittelbar vor dem Pariser Gründungskongreß des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) die Research & Analysis-Abteilung des Office of Strategic Services (OSS) ein Papier über die Sowjetunion und ihre Beziehung zum Weltgewerkschaftsbund erarbeitete, das inhaltlich mit der Analyse Kennans übereinstimmte. Schärfer aber noch als bei Kennan wurde das Element der Instrumentalisierung hervorgehoben – eine Instrumentalisierung, die man begriff unter der Voraussetzung der Identität von Staat, Partei und Gewerkschaften und die sowohl revolutionierend entsprechend den Konzeptionen des Karl Marx als auch stabilisierend zum Schutz eines politischen Regimes wirken konnte, insgesamt gesehen die Massen der Arbeiter den jeweiligen Regierungen gegenüberstellte und von hierher Druck ausüben ließ. Wo Kennan im Januar von der moralischen Kraft einer weltweiten Arbeiterorganisation sprach, setzte das R & A-Papier die – im Laufe des Krieges – vermehrte Solidarität unter der Arbeiterschaft ein, und hier eben gaben sich die Autoren auch differenzierter in ihrer Anschauung, als Kennan es in seiner frühen Konfrontation vielleicht hat tun können. Sie sahen gerade von dieser Voraussetzung der Solidarität her für eine internationale Arbeiterorganisation die Möglichkeit gegeben, zu einer politischen Pressuregroup heranzuwachsen, ohne daß ein bestimmtes Land eine profilierte Führungsrolle übernahm. Da die Sowjetunion angesichts der in dem neuen Verband vereinigten unterschiedlichen, wenn nicht gegensätzlichen Auffassungen kaum von vornherein eine Führungsrolle wie etwa in der Roten Gewerkschaftsinternationale erwarten konnte, kam es nach Meinung der R & A-Analytiker für dieses Land zunächst einmal darauf an, einen den Solidaritätsgedanken nutzenden Bewußtwerdungsprozeß hinsichtlich der über den alten

2 N.A., Dipl. Branch, Dec.file 800.5043/1-2645, Telegramm, in extenso zitiert an den Geschäftsträger der amerikanischen diplomatischen Vertretung in Rio de Janeiro.

3 Ebda., 800.5043/1-2645, Information Circular Airgram. To American Diplomatic and Consular Officers, Top Secret.

IGB hinausgehenden Arbeitsfelder sowie den Einheitsgedanken zu fördern. Was da seit etwa 1944 in »War and the Working Class« erschienen war, mußte unter diesem Aspekt gedeutet werden. Erst nach Festigung des neuen internationalen Gewerkschaftsbewußtseins, das schlicht die Einflußnahme auf politische Fragen als Recht der Arbeit postulierte, war eine allmähliche Durchdringung und Lenkung zu erwarten. Ein verfrühter Anspruch auf Leitung der Internationale, ohne daß die Furcht vor der sowjetischen Führung bei anderen Landesorganisationen fortgenommen war, müsse den WGB zum Scheitern verurteilen[4]. Das heißt zugleich, daß sowjetische Verhaltensweise innerhalb des noch zu gründenden Weltgewerkschaftsbundes unter der Sicht längerfristiger Strategie zu begreifen war, die auf eine glückliche Verbindung von neubewußter Arbeitersolidarität und sowjetischem Führungsanspruch spekulierte.

Es ist an dieser Stelle nicht zu fragen nach Wert oder Unwert der Analysen, es ist nicht zu diskutieren, ob in der Prognose die Motivation von Verhaltensweisen wirklich erfaßt oder der Versuch dazu unternommen worden ist, festzuhalten ist dagegen, daß die Dokumente, so nicht explizit, dann auf jeden Fall implizit nach den Wirkungsbedingungen, den externen und internen Faktoren einer internationalen Arbeiterorganisation unter der Voraussetzung einer antipodischen, zugleich notwendigen Kriegsallianz und deren Zerfall fragen. Hier ist der Ansatz für unsere Darstellung gegeben. Soweit es um die im vorhinein analysierte Instrumentalisierung der Organisation zugunsten der Außenpolitik eines Landes und damit um die Furcht geht, durch außerdiplomatische Bewegung im Entscheidungsprozeß behindert zu werden, handelt es sich um die Untersuchung der externen Faktoren, des Gegenzugs, der Gegeninstrumentalisierung gleichsam, die aufzuzeigen vermag, welche Kräfte mobilisiert, welche Maßnahmen getroffen oder welche Umstände genutzt wurden, die die prognostizierte Entwicklung zu hemmen oder gar die gesamte internationale Gewerkschaftsorganisation zu transformieren vermögen. Dazu sind die internen Faktoren, jene Kräfte also zu hinterfragen, die sich aus den inneren Struktur- und Lebensbedingungen einer internationalen Arbeiterorganisation selbst ergeben. Der Weltgewerkschaftsbund trat schließlich nicht jungfräulich gewandet auf, sondern schaute auf Vorläufer zurück, in denen nicht Zusammenarbeit, sondern schärfster Antagonismus das Leben der Arbeiterbewegung bestimmte, und er schaute zurück auf eine Periode, in der Internationalismus und Autonomie sowohl nationaler Gesamtverbände als auch internationaler Fachverbände kaum kongruent waren, und schließlich wurde er gebildet in einer Zeit, die zwar einerseits den Schock der Kriegserfahrung zu überwinden hatte, andererseits in der Analyse der Kriegsursachen weitgehend Ordnungsvorstellungen entwickelte, die inhaltlich möglicherweise nicht einmal so neu waren, auf jeden Fall aber dem gewerkschaftlich organisierten Arbeiter einen besonderen Platz, als deutliche Aufwertung begriffen, zuwiesen. Sind die Wirkungsbedingungen in ihrer Entwicklung aufgezeigt, ist die Interdependenz von außenpolitischen Gegebenheiten, althergebrachter Tradition und Neuordnungsvorstellungen dargelegt, dann ist möglicherweise eine Antwort auf die Frage nach der Existenzchance des Verbandes anzudeuten. In dem hier genannten Dokument der R & A-Abteilung von September 1945 ist eine solche Antwort unter einer ganz spezifischen Sichtweise gegeben, Zerfall unter Angabe auch der Ursachen prognostiziert worden. Darstellend, daß der WGB von der im Kriege aus der Koalition geborenen Solidarität der Arbeiter zehre und demnach auch von der Entwicklung der alliierten Beziehungen im Frieden abhängig sei, heißt es da: »The affiliates

4 N.A., Russia and the World Federation of Trade Unions, R.&.A., nr. 3149, Washington, 10. sept. 1945, Secret. Siehe vor allem S. 1–9.

of the WFTU [World Federation of Trade Unions = WGB] are pledged to work for the strengthening of the mutual relations of the United Nations. Within various countries in which labor plays a definite role, the trade unions can be expected to give their full support toward maintaining cordial relations with all United Nations. The continued improvement of such relations would in turn strengthen the feeling of international unity among labor. However, in spite of the efforts of labor, official relations among the United Nations conceivably might deteriorate as individual governments pursue conflicting objectives. In such an event, those labor organisations which are closely associated with their respective national governments would be under a certain compulsion to reflect official policy in their dealings with foreign labor groups. As a result, a weakening of official relations between countries would probably lead to a weakening of the relations between the labor centers of these countries. In the ultimate analysis, therefore, the future of the WFTU rests in large measure upon the continued collaborations of the United Nations. Without such political unity binding together their respective countries, labor organisations will lack a base upon which to construct their own international unity«[5]. Handelt es sich hier um eine theoretisch zweifellos interessante Verbindung von staatsgewerkschaftlicher Verhaltensweise und dem beschleunigten Zerfall internationaler Solidarität bei etwaigem Zwist der Staaten, dann bleibt um so mehr zu fragen, ob die Praxis letztendlich solche Entwicklung ausgewiesen hat oder ob nicht etwa – ganz allgemein – die nationale Einbindung der Gewerkschaften zusammen mit den unterschiedlichen Konzeptionen von Gesellschaft und Aufgaben der Gewerkschaften darin unter den besonderen Vorzeichen der Nachkriegsphase den Lebensrythmus bestimmt haben – Vorzeichen, die durch die Kriegserfahrung und die Überwindung täglicher Not gleichermaßen gesetzt waren.

II. Faktoren im Gründungsprozess

Modifizierte Fortsetzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) oder Schaffung einer neuen Gewerkschaftsinternationale – so lautete für die nationalen Gewerkschaftsbünde das Grundproblem der Rekonstruktion einer internationalen Gewerkschaftsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg. Schienen anfänglich die Zeichen eher in die erste Richtung zu weisen, so ließ doch schon 1941 die Errichtung des Anglo-Soviet Trade Union Committee (ASTUC) kaum noch eine Fortsetzung des IGB erwarten, wenngleich das auch noch nach der im Herbst 1943 erfolgenden Einberufung der Weltgewerkschaftskonferenz nach London, die im Juni 1944 stattfinden sollte, lange nicht allen Zeitgenossen klar gewesen zu sein scheint. Erst mit der Londoner Konferenz vom Februar 1945 fiel die eigentliche Entscheidung für die Neugründung. So gliedert sich die Entstehungsgeschichte des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) in drei Phasen: In der 1. Phase (1941–1943) nahm der britische Gewerkschaftsbund TUC die Beziehungen zu den sowjetischen Gewerkschaften auf und versuchte gemeinsam mit ihnen die amerikanischen Gewerkschaftsbünde in die Zusammenarbeit einzubeziehen; in der 2. Phase (1943 bis Anfang 1945) bemühte sich der TUC um die Durchführung der Weltgewerkschaftskonferenz entgegen allen widrigen Umständen des Kriegsgeschehens und versuchte, die führende Rolle als Leiter der Diskus-

5 Ebda., S. 40 f.

sion über die künftige Gewerkschaftsinternationale in der Hand zu behalten; in der 3. Phase schließlich von der Londoner Konferenz im Februar 1945 bis zur Pariser Konferenz vom September/Oktober 1945 gewann der WGB seine äußere Gestalt – Beschlüsse, die in diesem Zeitraum der größten Erfolge in der Bekämpfung der gemeinsamen Kriegsgegner nicht möglich waren, ließen sich auch später nicht mehr nachholen. Die Vorgeschichte des WGB bietet sich wesentlich als die Geschichte der wichtigsten internationalen Aktivitäten des TUC während des und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg[6]. Unzweifelhaft verdankt die Entstehung des WGB ihre drängenden Impulse der Initiative und den ausdauernden Bemühungen des TUC, auch wenn dieser keineswegs die einzige oder gar die am stärksten treibende Kraft darstellte. Im folgenden ist nun nach den Konzeptionen des TUC zu fragen, ist zu untersuchen, wieweit es ihm gelang, sich in der Führungsrolle zu behaupten, vor allem aber sind die Voraussetzungen und Möglichkeiten der 1945 zustande gekommenen internationalen Gewerkschaftseinheit überhaupt aufzuhellen[7], die wegen der Weigerung der American Federation of Labor (AFL) zwar keine abgerundete Einheit darstellte, jedoch sehr viel weiter reichte, als es jemals Mitgliedschaft und Ausstrahlung des IGB vor dem Zweiten Weltkrieg getan hatten.

In einer Würdigung des hier sich anbahnenden Neuen wird man sich klarmachen müssen, daß vor allem die Einbeziehung des sowjetischen Gewerkschaftsbundes sich vor 1939, zuletzt noch in den Unterhandlungen von 1937 bis 1938/39[8], immer wieder als unmöglich erwiesen hatte. Dabei sollte allerdings nicht übersehen werden, daß der TUC während dieses Zeitraums eine Beteiligung des sowjetischen Bundes am IGB keineswegs bedingungslos verwarf[9]. Es lag auf dieser Linie, daß der TUC-Generalsekretär Citrine im August 1941 dem TUC die Bildung eines britisch-sowjetischen Gewerkschaftskomitees analog dem nach Kriegsausbruch gebildeten britisch-französischen Gremium vorschlug. Wichtiger indessen als solche Verbindungslinie zur Vergangenheit waren die konkreten Vorbedingungen der Kontaktaufnahme: Mit dem Kriegseintritt der Sowjetunion galt der gemeinsame Kampf den faschistischen Achsenmächten und flammte in Großbritannien eine Welle der Rußlandbegeisterung auf[10]. Der TUC wurde hier selbst sofort aktiv, um Eigeninitiativen einzelner Gewerkschaften (etwa Bergleute oder Eisenbahner) zuvorzukommen und dem

---

6 Eine gründliche Analyse der außenpolitischen Aktivitäten des TUC in diesem Zeitraum existiert bisher nicht. Einzelne Hinweise bei *John Lovell / B. C. Roberts,* A Short History of the T.U.C., London 1968, S. 160 f.; *Henry Pelling,* A History of British Trade Unionism, Harmondsworth [2] 1971, S. 229 f.

7 Die bisherigen Darstellungen, allgemeinerer Art und fast alle aus den 1950er Jahren, beruhen auf veröffentlichten Materialien bzw. Insider-Kenntnissen. Vgl. *John P. Windmuller,* American Labor and the International Labor Movement 1940 to 1953, Ithaca (N.Y.) 1954, S. 16 ff.; *Lewis L. Lorwin,* The International Labor Movement. History, Politics, Outlook, New York 1953, S. 197 ff.; *Hans Gottfurcht,* Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Weltgeschehen. Geschichte, Probleme, Aufgaben, Köln 1962, S. 165 ff. Wichtig auch: *Walter Schevenels,* Forty Five Years. International Federation of Trade Unions, Brüssel 1956.

8 Vgl. *Lorwin,* S. 182 ff.; *Gottfurcht,* S. 135 ff.

9 Vgl. *Daniel F. Calhoun,* The United Front. The T.U.C. and the Russians 1923–1928, Cambridge 1976, S. 404.

10 Vgl. *Paul Addison,* The Road to 1945. British Politics and the Second World War, London 1975, S. 134 ff. Die Beschreibung dieser psychologisch begründeten Entwicklung durch den TUC-Generalsekretär Citrine vor der AFL-Exekutive im Mai 1942 läßt erkennen, wie sehr er davon beeindruckt war: »[...] the people of Great Britain generally, after a period of intense suspicion about what the Russians would do and complete skepticism about their possibilities of resisting attack by the Germans, gradually transformed themselves into a high state of almost unreasoning admiration. Mr. Citrine stated he was tempted to say ›hysteria‹, and public feeling got so high that one would assume that the effect one country was having in the war was that

erwarteten Verlangen nach direkten Kontakten mit den sowjetischen Gewerkschaften von sich aus ein Tätigkeitsfeld in einem klar abgesteckten und damit kontrollierbaren Rahmen anzubieten, kontrollierbar gegenüber den von jeder Mitarbeit in aller Deutlichkeit ausgeschlossenen britischen Kommunisten[11]. Es ging dem TUC und vor allem seinem Generalsekretär also in erster Linie um eine defensiv bestimmte Aktion, die die Erwartungen der Gewerkschaften in den sicheren Kanal einer von der Gewerkschaftsspitze her gewährleisteten Kontrolle leiten und gleichzeitig unerwünschte Beeinflussung verhindern sollte. Citrine bestand in den Unterhandlungen mit der sowjetischen Gewerkschaftsführung im Oktober 1941 entschieden auf der Ausgrenzung der inneren Angelegenheiten beider Gewerkschaftsbewegungen aus dem Katalog der gemeinsamen Aufgaben. Dieser richtete sich vornehmlich auf die Auseinandersetzung mit dem Kriegsgegner. Gegenseitige Information und Kontakte sollten das Vertrauen beider Seiten zueinander stärken und zugleich ein Höchstmaß an Arbeitswillen ermöglichen. Indem beide Partner sich offen über das Ausmaß ihres menschlichen und wirtschaftlichen Einsatzes in der Kriegsproduktion in Kenntnis setzten, sollte einerseits der von Citrine gefürchteten Sonderfriedensneigung auf seiten der Sowjetunion entgegengetreten, andererseits durch das sowjetische Vorbild der auch während des Krieges noch stets zu Streiks neigende britische Arbeiter zu höheren Produktionsleistungen angespornt werden: dies alles, um den Sieg der gemeinsamen Kriegskoalition sicherzustellen[12]. Jenem aus dem Primat des Krieges entstandenen, vorwiegend propagandistischen Zweck entsprachen die Besuchsprogramme während der abwechselnd in Großbritannien und in der Sowjetunion stattfindenden Zusammenkünfte des ASTUC im Januar 1942, im Juni/Juli 1943 und im Oktober 1944. Die Kriegsbedingungen bewirkten das Zusammengehen, und die Kriegsnotwendigkeiten ermöglichten seinen zeitweisen Erfolg. Nach dem Oktober 1944 fand kein Treffen mehr statt.

Hatte der TUC im Herbst 1941 gegenüber den sowjetischen Gewerkschaften die Initiative ergriffen, so ging auch der Vorschlag der Einbeziehung der amerikanischen Gewerkschaftsbünde im Januar 1942 von den Briten aus. Doch während die sowjetischen Partner diesem Vorhaben sofort zustimmten, versagten sich die Amerikaner[13]. Zum einen war man bei der AFL nicht in gleicher Weise wie beim TUC von der kriegsbedingten Notwendigkeit des gemeinsamen Auftretens mit dem sowjetischen Gewerkschaftsbund überzeugt, zum anderen zeigte man sich von einem kompromißlosen Antikommunismus bestimmt, den Citrine, an dessen eigener antikommunistischer Grundeinstellung nicht zu zweifeln ist, mit seiner Aufforderung zu größerer Flexibilität nicht zu durchbrechen vermochte[14]. Einziges Ergebnis der Unterhandlungen zwischen TUC und AFL im Mai 1942 war die Bildung eines britisch-amerikanischen Gewerkschaftskomitees, das indessen nur einmal im Februar 1943 zusammentrat und dabei wegen der Weigerung der AFL, den Congress of Industrial Organizations (CIO) und die selbständigen Eisenbahnergewerkschaftsbünde in die gemein-

---

it would be the savior of civilization«. Nicht zu übersehen ist gleichzeitig seine eigene Distanz zu diesen Empfindungen. »Note of Proceedings ex AFofL. Wed 20 May 1942«, S. 2. TUC-Archiv 973/231.

11 Vgl. u.a. ebda., S. 4 f., und Citrines Ausführungen auf dem Edinburger TUC-Kongreß 1941. *TUC-Annual Report 1941*, S. 246 f.

12 Vgl. den Acht-Punkte-Katalog, auf den man sich im Okt. 1941 einigte. *TUC-Annual Report 1942*, S. 58.

13 Vgl. »Report by Rt.Hon. Sir Walter Citrine, K.B.E., on visit to United States re proposed extension of Anglo-Soviet Union Committee [ASTUC]«. TUC-Archiv, G.C. 14/3a, 1941–42. Vgl. dazu auch *Windmuller*, S. 23 ff.

14 Vgl. auch den Bericht in: *TUC-Annual Report 1942*, S. 63 ff.

samen Beratungen einzubeziehen, auf den Status eines TUC-AFL-Verbindungskomitees zurückgeschraubt wurde[15]. Wegen des Fehlens einer wirklichen Aufgabenstellung und wegen des gegenseitigen Desinteresses, aus dem nach dem Herbst 1943 zunehmend Verstimmung wurde, kam dieses nicht ein einziges Mal zusammen.

So gelangen die internationalen Aktionen des TUC während der ersten Phase nur teilweise. Die Gegensätze zwischen den amerikanischen Gewerkschaftsbünden und die antikommunistische Haltung der AFL erwiesen sich als weit stärker, als man dies beim TUC erwartet hatte. Zeigte sich schon hier, daß man die Ereignisse keineswegs völlig in die eigene Richtung zu lenken vermochte, so ließen die Auseinandersetzungen während des dritten Zusammentreffens des ASTUC im Juni und Juli 1943 erkennen, daß auch von dieser Seite mit Aktivitäten zu rechnen war, die sich möglicherweise als unkontrollierbar erweisen konnten. Hierbei ging es weniger um die kriegsbedingte Diskussion über die Forderung nach der Eröffnung einer Zweiten Front noch im Jahre 1943 als vielmehr um den sowjetischen Vorschlag einer Ausweitung des ASTUC nicht nur auf die nord-, sondern auch auf die lateinamerikanischen und eine Reihe von anderen europäischen Gewerkschaftsbünden[16]. Damit bahnte sich die Neubildung einer Gewerkschaftsinternationale auf der Grundlage des ASTUC und unter Umgehung des IGB an, eine Entwicklung, die beim TUC nicht die geringste Gegenliebe fand. Einerseits existierte der IGB mit einer allerdings kriegsbedingten Einschränkung seiner Tätigkeit noch immer[17] und war Citrine dessen Präsident, anderseits zielte der TUC immer noch auf eine modifizierte Fortsetzung des IGB, zumal eine Unterkommission des Emergency Councils des IGB (EITUC) einen Entwurf für die Nachkriegsrekonstruktion einer internationalen Gewerkschaftsbewegung erstellt hatte, den man im TUC mit Zustimmung betrachtete[18]. Bis zum Sommer 1943 kristallisierten sich somit zwei mögliche Entwicklungslinien heraus. Auf der IGB-Linie lagen die noch tätigen Gewerkschaftsbünde des IGB einschließlich TUC und AFL. Den Kurs auf einen neuen Bund wies hingegen der sowjetische Vorschlag, für den eine Unterstützung durch den nach internationaler Profilierung strebenden CIO zu erwarten war; zudem konnte der CIO wegen der Haltung der AFL kaum mit einer Aufnahme in den IGB rechnen. Freilich, daß sich der CIO aktiv um den Aufbau einer neuen Gewerkschaftsinternationale im Sommer 1943 bemüht hätte[19], läßt sich aus den TUC-Papieren nicht nachweisen. Bleiben auch manche Einzelheiten der britischen Entscheidung unklar[20], so ergibt sich aus dem TUC-Material eindeutig, daß der im September 1943 auf dem TUC-Kongreß in Southport eingebrachte und mühelos durchgesetzte Beschluß zur Einberufung der Weltgewerkschaftskonferenz[21] in unmittelbarer Reaktion auf den sowjetischen Vorschlag stattfand.

---

15 Vgl. den ausführlichen »Report of British Representatives on the Joint Committee representative of British Trades Union Congress and the American Federation of Labor [AFL], on their visit to the United States, 3rd January to 18th March, 1943«. TUC-Archiv 973/230. Gekürzte Fassung in: *TUC-Annual Report 1943*, S. 81 ff.

16 Genannt wurden hier von sowjetischer Seite »Yugoslavia, Poland, France, Czechoslovakia, Belgium, Holland, Norway, Greece and other countries«. »Anglo-Soviet Trade Union Committees«, S. 3, TUC-Archiv, I.C. 7/1, 11. 8. 1943 (947/232). Die Hintergründe dieses Vorschlags bleiben auch in den sonstigen im TUC-Archiv erhaltenen Äußerungen vom Sommer 1943 undeutlich.

17 Vgl. *Windmuller*, S. 17 ff.; *Gottfurcht*, S. 151 ff.

18 Vgl. z. B. die Protokolle der 5. und 6. Sitzung des TUC-International Committee vom 7. 4. und 13. 7. 1943, TUC-Archiv.

19 So die These *Windmullers*, S. 28 ff.

20 Auch die Memoiren Citrines bieten hier keinen Aufschluß. Vgl. Lord *Citrine*, Two Careers. A second volume of autobiography, London 1967, S. 181.

21 *TUC-Annual Report 1943*, S. 287 ff.

Hatte der TUC 1941 die einleitenden Schritte zur Bildung des ASTUC unternommen, um unkontrollierbaren Entwicklungen innerhalb der britischen Gewerkschaftsbewegung und in deren Verhältnis zur Sowjetunion zuvorzukommen, so spricht vieles dafür, daß auch 1943 der TUC durch eigenes Handeln die Initiative zu behalten versuchte. Daß es sich dabei um einen Sprung nach vorn handelte, bedarf keiner ausführlichen Darlegung, sprengte der TUC doch mit der eigenen Einladung zu einer Weltkonferenz den Rahmen des IGB selbst auf. Man sollte in der TUC-Entscheidung indessen keineswegs eine Abwendung vom IGB sehen. Vielmehr ging es um die Vermittlung der beiden hier genannten Entwicklungstendenzen und damit um das Bemühen, einen einseitigen Vorstoß von einer anderen als der IGB-Seite zu verhindern[22]. Unter den damaligen Umständen konnte eine Einladung durch den IGB nicht sinnvoll erscheinen, stand doch zu befürchten, daß die AFL eine solche zu blockieren versuchen würde und daß selbst im Falle ihres Zustandekommens weder der sowjetische Gewerkschaftsbund noch der CIO darauf reagieren würden. Außerdem konnte während des Krieges unter den stark eingeschränkten Reisemöglichkeiten nur der TUC selbst bei der britischen Regierung die benötigte Unterstützung erwarten[23]. Unerwünschten Folgen der Konferenz hoffte man beim TUC durch die strikte Festlegung auf deren ausschließlich sondierenden und beratenden Charakter vorgebeugt zu haben – Entscheidungen, Mehrheitsentscheidungen gar, sollten auf ihr nicht gefällt werden. Nur die AFL nahm die Einladung nicht an[24].

Nach der Southport-Entscheidung vom September 1943 sollte dem TUC die Initiative jedoch zunehmend entgleiten. Mit der Einladung zur Weltgewerkschaftskonferenz war ein Prozeß eingeleitet, der weder umzukehren noch aufzuhalten war. Der IGB war so weit an den Rand der Ereignisse gerückt, daß er keine eigene Rolle mehr zu spielen vermochte. Kennzeichnend ist dafür die Sitzung des IGB-Generalrats Anfang Februar 1945 unmittelbar vor dem Londoner Treffen, in der nur noch der AFL-Vertreter ein letztes Rückzugsgefecht lieferte, die anderen Delegationen hingegen abwarteten und sich erst einmal auf die Londoner Konferenz einstellten[25]. Der TUC vermochte während dieser zweiten Phase anfänglich noch dem sowjetischen Verlangen nach einer Beteiligung in der Leitung und Organisation der Konferenz standzuhalten[26], konnte aber nach der durch die Kriegsumstände bedingten Verschiebung der Konferenz vom Juni 1944 auf Februar 1945[27] die Bildung eines Vorbereitungsausschusses nicht mehr verweigern, in dem neben CIO- und TUC-Vertretern auch sowjetische Delegierte Sitz und Stimme hatten[28].

Wie zu erwarten, traten schon in diesem Ausschuß die unterschiedlichen Zielvorstellungen der betroffenen Verbände deutlich zutage. Sowohl Hillman vom CIO als auch der sowjeti-

---

22 So bereits *Schevenels*, S. 311 ff.

23 Vgl. hierzu auch den Briefwechsel zwischen TUC und AFL: Green an Citrine, 14. 2. 1944, TUC-Archiv 910.1.

24 Vgl. *Windmuller*, S. 34 f.; *Lorwin*, S. 204.

25 Vgl. das Pamphlet der International Federation of Trade Unions [IFTU] *Report on Activities 1944* [London 1945], mit dem Protokoll der Generalratssitzung, S. 16 ff.

26 Vgl. Kuznetsov an Citrine, 25. 4. 1944; Citrine an Kuznetsov, 26. 5. 1944, TUC-Archiv 910.1/11.

27 Für die Hartnäckigkeit, mit der der TUC sich für die Durchführung der Konferenz einsetzte, nicht nur gegen widrige Kriegsumstände, sondern auch gegen zum Teil wenig kooperationsbereite britische Regierungsstellen, die Citrine jedoch durch Kontakte an höchster Stelle zu überwinden vermochte, vgl. neben den Unterlagen im TUC-Archiv auch die Bestände des Public Record Office, FO [Foreign Office] 371/40758.

28 Vgl. den Bericht über das 4. ASTUC-Treffen vom Oktober 1944, *TUC-Annual Report 1944*, S. 388 f. Die AFL hatte eine Teilnahme verweigert.

sche Delegierte Sidorenko machten klar, daß sie von der Londoner Konferenz die sofortige Entscheidung über die Neubildung einer Gewerkschaftsinternationale erwarteten[29]. Citrine hingegen stellte sich diesem Verlangen entgegen und verteidigte den IGB damit, daß er dessen rasche Auflösung keineswegs für den geeigneten Weg zur Erzielung einer internationalen Gewerkschaftseinheit erklärte. So sollte der IGB auch an allen zukünftigen Entwicklungen beteiligt sein[30]. Ferner erfolgte in der Sitzung des Vorbereitungsausschusses die endgültige Absegnung der vom TUC vorgeschlagenen Tagesordnung für die Londoner Konferenz, die aus folgenden fünf Punkten bestand: Unterstützung des alliierten Kriegseinsatzes, Haltung der Gewerkschaften zu den bevorstehenden Friedensregelungen, Grundlegung einer weltweiten Gewerkschaftsinternationale, dringliche Gewerkschaftsforderungen der Nachkriegszeit und Probleme des Wiederaufbaus nach dem Kriege. Von nur zwischenzeitlicher Bedeutung waren die Streitigkeiten über die Beteiligung der Gewerkschaftsbünde einzelner ehemaliger Kriegsgegner wie Italiens und verschiedener osteuropäischer Staaten, auch wenn diese noch auf der Londoner Konferenz für einige Auseinandersetzungen sorgten. Während die sowjetische Gewerkschaftsführung auf eine möglichst umfassende Teilnahme drängte[31], lag dem CIO sehr an der Beteiligung Italiens[32]; der TUC hingegen, hierin teilweise auch durch das Foreign Office bestärkt[33], widersetzte sich anfänglich diesem Ansinnen[34], konnte sich aber auf der Londoner Konferenz nicht durchsetzen. Doch nur die finnische Delegation gelangte noch rechtzeitig nach London. Auf dem Pariser Kongreß meinte Citrine, noch einmal warnend auftreten zu müssen, aber die Entwicklung war über die Diskussion schon hinweggegangen[35].

---

29 Vgl. zur sowjetischen Haltung auch den Bericht Kuznetsovs über das 4. ASTUC-Treffen: Er zielte eindeutig auf eine neue Organisation und bemerkte über den IGB, daß »this organisation never was and could never be considered a world trade union organisation. It is clear that the new world trade union organisation must unite the trade union organisations of all democratic countries and that it must be quite different from the IFTU in its structure, aims and tasks«. »Visit of Soviet Trade Union Delegation to England. Report made at the Meeting of the Active Trade Union Members of Moscow, held the 23rd of November, 1944«, TUC-Archiv 947/232. – Der CIO, der schon mit Begeisterung auf die Einladung zur Londoner Konferenz reagiert hatte (vgl. die Briefe Murrays an Citrine vom 14. 1. und 5. 4. 1944, TUC-Archiv 910.1 und 910.1/11), war auf die Bildung einer neuen Organisation seit der CIO-Jahreskonferenz vom November 1944 fixiert. Hier erklärte der CIO-Präsident Philip Murray u. a.: »It would be perfectly nonsensical for representatives of the CIO and other labor organizations from other countries to meet in February, have this conference make determinations with regards to international unity and the prosecution of the war, and then at the end of the Conference's sessions to have the Conference completely disintegrate, pass out of the picture, and all the work thereafter be taken up by the International Federation of Trade Unions, to which, under present circumstances, we cannot secure immediate entrance«. Weiter unten fuhr er fort: »We cannot stop now, we cannot permit the American Federation of Labor or an official of the British Trades Union Congress to block the organization of a new world movement«. Manuskript im TUC-Archiv 973.212, S. 28 f. und 31. Vgl. auch den Text eines Artikels Murrays aus den »CIO-News« vom 25. 12. 1944 (in einer verkürzten Fassung des U.S. Office of War Information erhalten in: PRO, FO 371/44603, AN 166) und *Windmuller*, S. 44.

30 »Minutes of Meeting of Preparatory Committee held at Transport House on Dec. 4th to 7th, 1944«, TUC-Archiv 910.12.

31 Vgl. Citrine an Kuznetsov, 21. 12. 1944; Kuznetsov an Citrine, 28. 12. 1944, TUC-Archiv 910.12.

32 Hillman an Citrine, 13. 12. 1944, ebda.

33 Vgl. Gesprächsaufzeichnung Eden – Citrine vom 7. 11. 1944, TUC-Archiv 910.11 und PRO, FO 371/50776 (U 457 und U 458).

34 General Council vom 20. 12. 1944, TUC-Archiv; ferner *Report of the World Trade Union Conference, February 6th to 17th 1945. London*, o. J., S. 46 ff.

35 Vgl. auch PRO, FO 371/50776 (U 1005). Siehe im einzelnen unten S. 132 f.

Da auch die Confédération Générale du Travail (CGT) bei dem ersten Empfang einer IGB-Delegation nach der Befreiung im Herbst 1944 deutlich zu erkennen gegeben hatte, daß man sich zwar – wie man nach einigem Zögern feststellte – noch als Mitglied des IGB sah, aber doch eine völlige Neubildung befürwortete[36], mußte sich der TUC darüber im klaren sein, in welche Richtung die Ereignisse während der Londoner Konferenz gehen würden: Allein schon die drei größten Gewerkschaftsverbände neben dem TUC beabsichtigten, für einen neuen Weltgewerkschaftsbund zu plädieren. Wie ein internes Memorandum Citrines von Ende Dezember 1944 zeigt, hielt sich der TUC nicht lange dabei auf. Offensichtlich hatte man sich darauf eingestellt, daß der Weg nicht mehr *dirckt* in einen IGB neuen Stils führte. Um so mehr kam es dem TUC jetzt auf die Wahrung der eigenen Prinzipien an. Den oben erwähnten Rekonstruktionsplan des IGB betrachtete er so noch immer als den eigenen Ausgangspunkt und stellte sich höchstens auf dessen etwaige Modifizierung oder Erweiterung ein. Weiter rechnete er damit, daß es auf der Londoner Konferenz zu einem Internationalen Komitee mit dem Auftrag zur Fortsetzung der Beratungen kommen werde; geplant war bezeichnenderweise, keine Permanenz dieses Komitees zuzulassen und jeden Anschein, es handele sich dabei um ein Konkurrenzunternehmen zum IGB, zu unterdrücken. Wie sehr der TUC die Dynamik der kommenden Ereignisse unterschätzte, läßt sich auch daran ablesen, daß er die eigentliche Gründungskonferenz kaum vor Februar, selbst kaum noch vor April 1946 erwartete[37].

Mit der Londoner Konferenz begann die dritte und entscheidende Phase der Vorgeschichte des WGB. Hierbei sei vorab eine Skizze der allgemeinen Problematik erlaubt. Walter Citrine meinte gleich zu Beginn deutlich die Kompetenzen und damit den Aktionsradius des künftigen Bundes abgrenzen zu müssen, wenn er in der Diskussion um die Grundlagen der Organisation ausrief: »We are Trade Unions and not political bodies. We combine to raise the standards of the worker, to reduce his hours of work and to give him an enlarging measure of control over his work. Here we have common ground, as I am sure we shall find, when we come to consider the subjects of the immediate trade union demands. The moment, however, that we approach politics, we find divergencies amongst us. Let us persue as actively as we wish within our respective countries our national political policies, but I warn you that an International which imports into its operations political principles or philosophies is endangering its ability and effectiveness«[38]. Solcher Aussage entsprach auch die Toleranzforderung, nach der sozialistische, christliche und privatwirtschaftliche Prinzipien nebeneinander Existenzrecht im neuen Verband haben sollten[39]. In der Betonung des Privatwirtschaftlichen wollte Citrine möglicherweise der American Federation of Labor die Tür offenhalten, zugleich zielte er sicherlich auch auf Überwindung von Animositäten gegenüber den nationalen christlichen Gewerkschaftsverbänden, meinte aber in erster Linie eine Warnung an die kommunistisch gelenkten Verbände, die – wie von Citrine unterstellt wurde – in ihren Organisationen lediglich ein Vehikel zur Ausbreitung kommunistischer Gedanken und Macht sahen[40]. Die neue Internationalität erwies sich in

36 »Report on I.F.T.U. Delegation to the French Confederation of Labour« (29. 9.–2. 10. 1944), TUC-Archiv 944/910.

37 »World Trade Union Conference. Memorandum by Sir Walter Citrine«. 1. und 2. Entwurf vom 21. und 22. 12. 1944 und »Supplement« vom 4. 1. 1945, TUC-Archiv 910.1 D.

38 *Report London*, S. 128.

39 *Ebda.*

40 So in seiner Autobiographie: *Citrine*, Two Careers, S. 221. Dort auch das oben angeführte Zitat.

solcher Konzeption einfach als eine Neuauflage des Internationalen Gewerkschaftsbundes, nunmehr jedoch unter dem Vorzeichen der Koexistenz. Die dementsprechende Ausklammerung der Politik und – positiv gewendet – die Konzentration auf überkommene gewerkschaftliche Basisanliegen klangen durchaus plausibel und realistisch. Der intensiv postulierte Kampf gegen Faschismus, Nationalsozialismus und Falangismus enthielt zwar eine politische Entscheidung, stellte aber keine Abweichung von den Grundpositionen dar, da diese politische Stellungnahme angesichts der Erfahrungen der jüngsten Zeit eine Selbstverständlichkeit war. Die daraus entstandene Feindbildformung gewann allerdings nur so lange an Bindekraft, als die Ursachen der hier apostrophierten Phänomene nicht hinterfragt wurden, die Analyse nicht einsetzte. Citrine hat geglaubt, seine Warnung auf dem Pariser Gründungskongreß (September/Oktober 1945) angesichts der allgemeinen Stimmung wiederholen zu müssen, mit ähnlichem Nachdruck wie zuvor in London[41], wo im übrigen Clement Attlee – in jenen Wochen noch stellvertretender Premier – ganz deutlich Richtlinien über den künftigen Weg des neuen Weltbundes vorgetragen hatte[42]. Attlees Rede enthielt eine prinzipielle Kampfansage an totalitäre Systeme. Das hatte im Februar 1945 sicherlich aktuellen Wert, galt jedoch auch als allgemeine Aussage (»we do not believe in everything being ordered by leaders from above«). Sie enthielt zugleich ein Plädoyer für eine von internationalen Gremien weisungsfreie nationale Gewerkschaftspolitik. Es war möglicherweise doch mehr als eine rhetorische Zugabe, wenn Attlee die Internationalität des Marxschen Slogans, der Arbeiter habe nur seine Ketten zu verlieren, aber eine Welt zu gewinnen, ablehnte. Für die Arbeiter seines Landes habe das ohnehin nie gegolten und gelte nunmehr überhaupt nicht mehr. Die in erster Linie sozialökonomisch zu begreifende Aussage Karl Marx' war bei Attlee politisch (Freiheit der Rede, der Koalition, der Wahl, des Gewissens) gewendet und für nicht allseitig applikabel befunden. Für Deutschland allerdings gelte in diesem Augenblick noch der erste Teil, der Nachsatz (»a world to win«) sei von allen noch zu verwirklichen. Wo er in diesem Zusammenhang recht allgemein von Frieden, Glück und Gerechtigkeit sprach, ließ Attlee zugleich deutlich werden, daß die Menschheit eben nicht nach einem Muster geprägt werden könne, Einheit eben nicht Einheitlichkeit bedeuten müsse[43]. Damit war die völlige Autonomie der nationalen Verbände gefordert, die von Marx gebotene Identifikation des Anliegens aus der sozialökonomischen Struktur heraus einer nationalen Nuancierung unterworfen. Konkret zielte Attlee auf Zusammenarbeit zur Verbesserung des Lebensstandards, Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts und der sozialen Sicherheit. Wesentliche Funktion des WGB blieb demnach jedoch die Pflicht zur Herbeiführung der internationalen Kontakte zwischen Arbeitern – Kontakte auch, die die internationalen Beziehungen zwischen Staaten zu festigen hatten.

41 *Report of the World Trade Union Conference Congress. September 25 – October 8 1945 Paris*, o. J., S. 31: »Taking the structure first, let us always remember that our job here is to build a Trade Union International, an International to carry on practical day to day Trade Union Work, to guide the activities of our different Trade Unions centres and to secure practical results for the individual members of our Unions. I say that because some of the speakers seem te be under the impression that our job is to build a political International, I heard one speaker say yesterday that his organization was going to join the International because his country wanted their national independence and he wished to establish socialism [...]. If we once get into the maze of politics, as surely as I am standing at this rostrum, this International will perish. It will split, because the different conceptions of political aspiration, desire, method and policy are so wide that they would divide us«.

42 *Report London*, S. 33 ff.

43 *Ebda.*, S. 35: »[...] but let us remember that unity is not uniformity«.

Der Bund erhielt hier die Rolle eines kontaktfördernden Zentrums zugewiesen, das den Austausch von Informationen über die Situation in den jeweiligen Mitgliedstaaten ermöglichen und den Weltfrieden fördern helfen sollte.
In diesem Zusammenhang ein anderes. Weder auf der Londoner Konferenz noch auf dem Pariser Gründungskongreß erhoben sich Delegierte, die ganz entschieden eine weitergehende Festlegung internationaler Zielvorstellungen vortrugen. Gewiß, Léon Jouhaux von der Confédération Générale du Travail äußerte sich zu den wirtschaftlichen Ursachen der Kriege – ein Hinweis, der zu prinzipiellen Erörterungen der sozialökonomischen Struktur hätte führen können. Aber solche Bemerkungen wurden eher beiläufig vorgetragen, blieben ohne Konsequenz[44]. In der Erklärung über das gewerkschaftliche Sofortprogramm zum Wiederaufbau nach dem Kriege wurde auch auf Überführung der Monopole in öffentliches Eigentum als mögliche Maßnahme gewiesen[45], die man erst nach der einfachen Verhinderung von Monopolbildung und nach der gesetzlichen Kontrolle über Monopole als letzte Spielart im antimonopolistischen Kampf nannte. Es fehlte recht eigentlich an dezidierten Stellungnahmen zum Inhalt weltgewerkschaftlicher Funktion, die die Grenzen des eigenständig Gewerkschaftlichen überschritten, obwohl doch in Widerstand und Emigration einiger nationaler Verbände prinzipielle gesellschaftstheoretische Überlegungen angestellt worden waren. Lediglich der mexikanische Gewerkschaftler Vincente Lombardo Toledano, selbst in der internationalen Bewegung groß geworden, glaubte ein umfangreiches, über die zu Anfang gesteckten Grenzen hinausgehendes Programm fordern zu müssen. »[...] its program should be so rich, so ample, and so precise, that it will serve not only to solve the typically professional trade union problems of the working class, but will permit the international labour movement to foresee the great historical developments, orientate public opinion and lead the wide popular masses in their effort to solve their most important problems«[46] – eine in ihrem letzten Teil doch umfassende Auslassung. Aber dabei blieb es. Weder einer der Sowjetdelegierten – Kuznetsov kam über die Demonstration eines gemeinsamen erfolgreichen Kampfes gegen den Faschismus nur knapp hinaus – noch einer der französischen oder italienischen Vertreter bot inhaltlich Richtlinien, die den Weisungen Citrines entgegenstanden. So enthielt die Präambel (»Aims and Methods«) zu den Statuten dann auch nichts, was auf eine gemeinsam zu verwirklichende »neue Ordnung« zielte. Es ging um aktuelle Probleme wie Ausrottung des Faschismus, Kampf gegen den Krieg. Darüber hinaus sprachen die Autoren von den Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Völker (Lohn, Arbeitszeit, sekundäre Arbeitsbedingungen) und von WGB-Hilfe bei der Bildung von Gewerkschaften. Sehr richtig bemerkt Windmuller, daß auch die AFL dieses so allgemein gefaßte und zurückhaltende Programm hätte unterschreiben können[47]. Der relativ große Anteil, den der Kampf gegen Faschismus und Krieg einnahm, ist aus der Situation des Jahres 1945 heraus durchaus verständlich, dagegen bleibt das Fehlen auch nur der geringsten gesellschaftstheoretischen Reflexion weniger einsichtig, zumal dies einerseits einen theoretischen Rückfall hinter die im Kriege in Emigration oder Widerstand erörterte gesellschaftliche Zielvorstellung bedeutete, zum anderen nicht einmal den Denkansatz des EITUC erreichte. Man sollte hier doch festhalten, daß von dieser letztgenannten Organisation in den zwei Jahren bis zum Frühjahr 1944 ein Wiederaufbau-

44 *Report Paris*, S. 98.
45 *Report London*, S. 242 ff.
46 *Ebda.*, S. 34.
47 Vgl. *Windmuller*, S. 62.

programm konzipiert wurde, in dem sehr wohl neue »Ordnungsvorstellungen« enthalten waren. Wenngleich nicht allzu präzise umschrieben, so lautete das Papier auf jeden Fall doch auf »fundamentale« Neuordnung der Wirtschafts- und Sozialstruktur. Zwar vermieden die Autoren, eine antagonistische Position zu den Trägern des kapitalistischen Systems einzunehmen, gleichwohl verhehlten sie nicht, die nationale und internationale Planung des Wirtschaftslebens zu befürworten, eine vom Profitmotiv angetriebene Privatwirtschaft abzulehnen. Für sie unterlag die kapitalistisch strukturierte Wirtschaft nunmehr einem Zugzwang. Sie mußte beweisen, daß auf ihrem Wege Vollbeschäftigung am besten garantiert und Beseitigung oder Verhinderung wirtschaftlicher Krisen am besten geleistet werden konnte. Die »Gegenleistung« der internationalen Gewerkschaftsbewegung bestand in einer maximalen Planung der Produktion, in der Überführung der Schlüsselindustrien oder solcher Unternehmen, deren Produktion den Charakter öffentlicher Dienstleistung trug, in die öffentliche Hand oder in der Unterstellung unter eine Kontrollbehörde mit adäquater Beteiligung der Gewerkschaften[48].

Was jedoch in London und später noch in Paris an Vorstellungen über sozialökonomische Strukturveränderungen als gemeinsames Ziel fehlte, das ersetzten einige Delegierte eben durch Einheitsstreben. Kaum ein Begriff ist auf den beiden genannten Konferenzen neben »war«, »peace« und »freedom« so häufig genannt worden wie »unity«, die – wie oben gezeigt – Attlee nicht mit »uniformity« identifiziert sehen wollte. Für Gewerkschafter wie den CIO-Delegierten Sydney Hillman hieß Einheit allerdings mehr als bloße Demonstration eines einheitlichen Gefühls; bei ihm sollte sich Einheit konkret organisatorisch äußern. Für ihn war die Frage der Organisation die entscheidende überhaupt, wichtiger noch als die Qualität eines Programms. Solange der Gewerkschaftsverband nicht als eine effektive Kampfgemeinschaft auftrat, blieb für ihn auch das beste Programm toter Buchstabe[49]. Letztlich sprach Hillman nichts anderes aus als die Grundproblematik aller Arbeiterinternationalen, ob Partei oder Gewerkschaften: das Problem der verbindlich auferlegten Realisierung programmatischer Ziele. Es fügte sich durchaus in Hillmans Zielvorstellung (und die lautete offensichtlich anders als die Citrines), wenn er auf die Erfahrung der »tragischen« Sinnlosigkeit von guten Programmen bei schlechter (d. h. wirkungsloser) organisatorischer Struktur verwies. Es ist dabei auffällig, daß Hillman, der bei dieser Gelegenheit die Abstinenz und antisowjetische Einstellung der AFL anprangerte, den sofortigen Aufbau der einheitlichen Organisation verlangte, nicht nur, um beim Friedensschluß ein Wort mitzureden, sondern um zugleich auch jene Kräfte anzugreifen, die zwar nicht den Namen »Faschisten« oder »Nationalsozialisten« trugen, in ihrer Innen- und Außenpolitik aber sicher jenen gleichzusetzen waren. Kuznetsov unterstützte diese Forderung. Der Weltgewerkschaftsbund »must react to political and economic events affecting the interests of the working class and must, when necessary, undertake the needed measures«[50]. Beide Redner stießen unter dem Aspekt der notwendigen Einheit gegen die Gegner der Arbeiter somit in ein politisches Arbeitsfeld vor, das über eine Umschreibung traditioneller Gewerkschaftsaufgaben hinausreichte. Sicherlich waren das nur sporadische Vorstöße, aber

48 Siehe dazu den Bericht des unmittelbar Beteiligten: *W. Schevenels*, S. 399 ff. und 301 ff.

49 *Report London*, S. 109. Hillman führte noch den Beschluß des CIO-Kongresses von 1944 an, in dem es zu diesem Punkte hieß: »The CIO supports the project of a new, single, powerful international Labor body that shall include all the unions of free countries on a basis of equality, excluding none, and relegating none to a secondary place«.

50 Kuznetsovs Ausführungen *ebda.*, S. 121 ff. (Zitat S. 123).

die eingangs zitierte Reaktion des TUC-Mannes Citrine bleibt doch verständlich, ist doch festzuhalten, daß die Eindringlichkeit der unmittelbaren Erfahrung aus dem Kriegsgeschehen die Brisanz der Aktualität für sich hatte und hiervon ausgehende Forderungen in diesem Augenblick durchaus erstrebenswert erscheinen konnten. Ein in der Wolle gefärbter Gewerkschafter wie der IGB-Generalsekretär Walter Schevenels erkannte das ebenso wie sein Kollege Citrine. Beide versuchten, die gerade durch die Vorkriegs- und Kriegsereignisse bedingte Stimmung abzuwiegeln. Nicht allein, daß Schevenels den Hillmanschen Wunsch nach Einheit als ein Phänomen mystischer Natur abqualifizierte, und abgesehen davon auch, daß er keine Möglichkeit sah, die Gewerkschaftseinheit auf den »Wogen der Begeisterung« zu realisieren, für ihn galt das Gebot der stringenten Einheitlichkeit erst, wenn Einheitlichkeit der Konzeption zwischen allen angeschlossenen Verbänden bestand. Davon war ihm der neuzubildende Gewerkschaftsbund jedoch noch sehr weit entfernt, ja, er werde diesen Konsens, wie die historische Erfahrung lehre, niemals erreichen können. Eben diese Erfahrung, verstärkt durch die Erkenntnis, daß die Gegensätzlichkeit der Zielvorstellungen intensiver denn je gedeihen konnte, ließ ihn sagen: »National divisions cannot be solved by international authority«[51]. Zur Diskussion stand nichts anderes als die nationale Autonomie im internationalen Verband. Das hieß für Citrine und Schevenels etwa, Mehrheitsentscheidungen als Verbindlichkeit abzuwenden und an ihrer Stelle die Identität der Konzeption vorauszusetzen. Das hob Citrine schon für die vorbereitende Phase hervor[52], und eben er war es auch, der auf dem Gründungskongreß von Paris sich weigerte, den britischen TUC durch einfache Mehrheitsentscheidung in eine Organisation treiben zu lassen, die strukturell nicht nach seinem Gusto war. Citrine verlangte Übereinstimmung mit dem alten IGB sowie mit den Internationalen Berufssekretariaten (IBS), deren Aufnahme in den WGB sich bald, wie unten noch zu zeigen sein wird, als unmöglich erweisen sollte[53].

Einerseits war man auf britischer Seite keineswegs gewillt, den WGB schon in der Gründungsphase scheitern zu lassen, andererseits hieß das aber Durchsetzung einer Mitgliederstruktur, die eine gewisse Harmonie der Konzeptionen oder gar den Konsensus vorab garantierte. Unter diesen Aspekt ist sicherlich auch die Diskussion um die Mitgliedschaft einzuordnen. Schon in London widersetzte sich Citrine einer Teilnahme der Gewerkschaften ehemaliger Feindländer. Gemeint waren Italien, Rumänien, Bulgarien, Finnland und Ungarn. Zweifelnd stand er auch einer Teilnahme der Lublin-Polen gegenüber. Es kann wohl kein Zweifel daran bestehen, daß der von Citrine vermutete kommunistische Einfluß und der Wunsch, das Kräfteverhältnis einigermaßen im Gleichgewicht zu halten, eine wesentliche Rolle bei seiner Opposition gespielt haben[54]. Das Problem wurde zunächst an den Geschäftsordnungsausschuß zurückverwiesen. In Paris haben die eben genannten Organisationen am Gründungskongreß teilgenommen, sehr zum Unwillen Citrines, der wissen ließ: »What we want to ensure is that inside this international we have bona fide-trade union organisations. We must speak plainly. Some of the organisations which are represented at this conference have never been heard of by other organisations nor by individual members who are quite well informed as to general international trade union activity. We

51 Schevenels' Ausführungen *ebda.*, S. 117 ff. (Zitat S. 119).
52 *Ebda.*, S. 127 ff.
53 *Report Paris*, S. 33 f.
54 *Report London*, S. 43, 46 ff. die ganze, hier im einzelnen nicht zu erörternde Diskussion. Vor allem Saillant und Tarasov warfen sich zu Fürsprechern der hier angesprochenen Länder auf. Schevenels teilte der Konferenz mit, daß die Entscheidungen des Geschäftsordnungsausschusses nicht einstimmig gefaßt waren.

are told some very curious stories about the rise of trade union membership, that accrues from a devastating war, from the disorganisation of economic life, from the almost complete destruction of material resources and productive activity, and how Phoenix-like from the ashes, there spring up trade unions with hundreds of thousands of members, where formerly those particular countries counted their members only in hundreds«[55]. Das war höchster Argwohn, ein einziges Mißtrauensvotum, sicherlich kaum dazu angetan, den Zusammenhalt innerhalb des neuen Verbandes zu fördern. Wenngleich nicht beim Namen genannt, war es doch mehr als deutlich, daß nur die osteuropäischen Gewerkschaften gemeint sein konnten. Tatsächlich ist es Citrine dann gelungen, in Art. 1 Absatz 2 des Organisationsstatuts die »bona fide«-Organisationen hineinzulancieren. Aber es blieb doch ungenannt, was man nun unter »bona fide« zu verstehen hatte. Richtig vermerkt Windmuller, daß eine Definition im Sinne von Koalitionsfreiheit, frei von Parteiherrschaft, den WGB sicherlich schon in der Anfangsphase gesprengt hätte[56]. So unterblieb die nähere Erläuterung, der neueingeführte Begriff war toter Buchstabe.

Aber greifen wir noch einmal auf die Londoner Konferenz und die folgenden Monate bis zum Pariser Kongreß zurück. Es bestätigte sich auf der Konferenz zwar sofort, daß der TUC nicht mehr allein die Zügel in der Hand zu behalten vermochte. Immerhin aber gelang es ihm noch, unter gewissen, vornehmlich formalen Zugeständnissen den Gang der Dinge so weit zu bestimmen, daß alle von ihm definitiv abgelehnten Entwicklungen verhindert werden konnten. Das Gewicht des TUC und einiger mit ihm zusammen agierender Gewerkschaftsbünde – Windmuller spricht hier vom britischen Block und stellt ihm den durch den sowjetischen Gewerkschaftsbund und den CIO angeführten Block der übrigen Gewerkschaftsbünde gegenüber[57], eine für London im großen und ganzen zutreffende Einteilung – war derartig, daß eine Isolierung oder ein Übergehen des TUC undenkbar waren, was ohnehin dem auf Gemeinsamkeit und Einheit gestimmten Konferenzklima in keiner Weise entsprochen hätte; man fühlte sich angesichts der weltweiten Entwicklungen und der Erwartungen in der Öffentlichkeit und vor allem in den Gewerkschaften selbst doch zum gemeinsam getragenen Erfolg verpflichtet. Hier lag der Ansatzpunkt für den TUC, auch jetzt noch wesentlichen Einfluß auszuüben und die Dinge nicht weiter treiben zu lassen, als er es selbst wollte.

Trugen die Resolutionen zu den anderen oben bereits genannten Konferenzthemen in erster Linie einen proklamatorischen Charakter[58], so bildeten Diskussion und Entscheidung über die Struktur des künftigen Weltgewerkschaftsbundes den eigentlichen Kern der Londoner Konferenz. Hier mußte sich zeigen, ob das von allen geteilte und immer wieder betonte Einheitsverlangen ausreichte, nicht nur zu gemeinsamen programmatischen Aussagen zu kommen, sondern auch den organisatorischen Unterbau zu schaffen, der weltweiten gewerkschaftlichen Einfluß überhaupt erst ermöglichen würde. Entscheidungen ließen sich also nicht umgehen, auch wenn Citrine mehrfach den nur sondierenden und beratenden Charakter der Konferenz unterstrich[59], zumal andere Delegationen wie beispielsweise die

55 *Report Paris*, S. 31. Wieder nahm Saillant die Verteidigung auf sich, wiegelte sogar den Sarkasmus Citrines ab.
56 »Only bona fide Trade Union organizations shall be admitted as members of the World Federation of Trade Unions«. Vgl. *Windmuller*, S. 55, 62.
57 *Windmuller*, S. 40 f.
58 Vgl. für ihren Inhalt *Gottfurcht*, S. 172 ff.
59 *Report London*, S. 48, 127.

lateinamerikanische, die französische und die sowjetische auf Entscheidungen drängten und sich zugleich auf ihr dafür ausreichendes Mandat beriefen[60]. Auch Sidney Hillman forderte doch – wie schon erwähnt – im Namen des CIO die unmittelbare Bildung einer neuen Organisation durch die Londoner Konferenz[61]. Da dieses Verlangen von u. a. sowjetischer und französischer Seite sofort unterstützt wurde[62], mußte sich die Auseinandersetzung auf diesen Punkt zuspitzen. Entscheidend war dabei zunächst die Position, die dem Fortsetzungskomitee der Weltgewerkschaftskonferenz zugedacht wurde: Hillman sah es als provisorisches Exekutivkomitee[63], ebenso wie der Vorsitzende des sowjetischen Gewerkschaftsbundes V. Kuznetsov, der diesem zeitweisen Führungsorgan selbst die Rolle eines Organisationszentrums der weltweiten Arbeiterbewegung zuschrieb[64]; Citrine hingegen bezeichnete es ausdrücklich als »Provisional Committee« und beschränkte es klar auf die Stellung einer »interim authority« der Weltgewerkschaftskonferenz selbst[65]. Von der unmittelbaren Bildung der neuen Organisation war bei ihm bewußt keine Rede; vielmehr verwies er auf die noch vorhandenen Bindungen des TUC an den IGB und die Internationalen Berufssekretariate und unterstrich mit aller Deutlichkeit: »We have a right to see the completed article and to ensure that it will be better, stronger and in every way more efficient before we relinquish the old. We must know something more about the principles of the new organisation, its structure, and not least what obligations, financial and otherwise, we are expected to enter into«[66].

Waren die Gegensätze in der allgemeinen Debatte bereits klar hervorgetreten, so erbrachte die Fortsetzung der Diskussion in der zuständigen Unterkommission[67] nach erneuten Zusammenstößen dennoch die weitgehende Einigung, und zwar auf der Grundlage der Vorstellungen des TUC. Hier zeigte sich dessen noch immer starker Einfluß. Citrine vertrat seine Konzeption mit einem solchen Nachdruck[68], daß Hillman sich zu seiner Unterstützung veranlaßt sah, wollte er nicht den Konferenzerfolg an entscheidender Stelle in Frage stellen[69]. Unter voller Ausschöpfung der zwar vorhandenen, aber doch eindeutig begrenzten Kooperationsbereitschaft des TUC wurden auch die übrigen strittigen organisatorischen Fragen gelöst: Nachdem man »the creation of a powerful, democratic World Trade Union

60 Toledano *(ebda.*, S. 50), Saillant *(ebda.*, S. 52) und Tarasov *(ebda.*, S. 57 f.).
61 *Ebda.*, S. 114; vgl. *Windmuller*, S. 44 ff.
62 *Report London*, S. 123, 126 f.
63 *Ebda.*, S. 114.
64 *Ebda.*, S. 123; das entsprechende Zitat auch bei *Windmuller*, S. 46.
65 *Report London*, S. 129.
66 *Ebda.*, S. 128.
67 Ein Protokoll der Kommissionssitzungen, das im Konferenzbericht nicht enthalten ist, findet sich unter dem Titel »World Trade Union Conference Committee on Basis for World Trade Union Federation« im TUC-Archiv 910.1 D.
68 Noch einmal wiederholte Citrine, daß »they were not going to be committed to a new International until they had seen it«, unterstrich aber – und das sollte nicht übersehen werden – auch: »They would give every help to build the International, they would work at their hardest, but they would not commit themselves in advance to accept something which ultimately might outrage their ideas«. Diesen Standpunkt erklärte er für unabänderbar: »No amount of argument would change their point of view«. Ebda., S. 13; vgl. auch ebda., S. 18 f.
69 Hillman schlug daher eine Fassung des Kommissionspapiers vor, »which would include Sir Walter's limitations so that it would be understood that none of them had accepted any obligation to join an International until all the steps were satisfactory«. Ebda., S. 16. Die von Hillman im Plenum hervorgehobene Einstimmigkeit der Entscheidungen *(Report London*, S. 196) verdeckt die anfänglich voll zutage getretenen, aber dann durch Kompromisse beigelegten Gegensätze in dieser wichtigsten Unterkommission der Londoner Konferenz.

Federation at the earliest practicable date« als das gemeinsame eigene Ziel genannt hatte, beauftragte man ein »World Trade Union Conference Committee« u. a. mit dem Entwurf der Statuten des zukünftigen Bundes, berücksichtigte in seiner Zusammenstellung entsprechend der unbedingten Forderung des TUC den IGB und die IBS, aber auch nach erheblicher Erweiterung der ursprünglich von Citrine vorgeschlagenen Mitgliederzahl zahlreiche zunächst nicht vertretene Gewerkschaftsbünde, wie dies der sowjetische Gewerkschaftsbund und viele andere Organisationen verlangten, und verwies die in der Unterkommission stark umstrittene Frage der Einrichtung eines ständigen Sekretariats schon zu diesem frühen Zeitpunkt (auch dies lehnte der TUC wegen der damit verbundenen organisatorischen Stabilisierung der neuen Organisation ab) an das neugebildete Konferenzkomitee[70].

Der äußere Erfolg der Londoner Weltgewerkschaftskonferenz stand auf diese Weise fest. Ihre Bedeutung entspricht aus heutiger Sicht zwar nicht der optimistischen Einschätzung des Jahres 1945[71] – sie war aber als erstmalige gelungene Weltkonferenz der Gewerkschaftsbünde ein erster Höhepunkt in den weltweiten, ideologische Gegensätze überbrückenden internationalen Gewerkschaftsbeziehungen am Ende des Zweiten Weltkriegs[72]. Doch der WGB war damit noch nicht gesichert. Neben einer Reihe von weniger bedeutenden Problemen standen noch zwei organisatorische Grundfragen offen: die Stellung der Einzelgewerkschaftsbünde und die der Berufssekretariate innerhalb des WGB. Während die zweite Frage sich als unlösbar, aber zugleich auch als zumindest zeitweilig aufschiebbar erwies und später in unserem Zusammenhang noch zu behandeln sein wird, stand im Problem der Autonomie der nationalen Gewerkschaftsbünde im WGB ein Grundprinzip gewerkschaftlicher Organisation zur Debatte, ohne dessen Aufrechterhaltung mit einer Teilnahme des TUC nicht zu rechnen war. Dies hatte Citrine gegenüber weiterreichenden sowjetischen Vorstellungen bereits in London unmißverständlich erkennen lassen: »The British T.U.C. would never agree to belong to any international whose decisions were binding upon its members without those members having a chance of ratifying them«[73]. Trotzdem versuchte Saillant von der CGT, inzwischen Sekretär des vom Konferenzkomitee mit der Erstellung des Entwurfs der Statuten beauftragten Verwaltungsausschusses (Administrative Committee), bei der Beratung über den Entwurf dieses Prinzip noch einmal zugunsten der Entscheidungsgewalt der Zentrale auf der Basis der Ratifizierung von Beschlüssen durch nur zwei Drittel der Mitglieder zu unterlaufen[74], ohne daß ihm dies jedoch gelang[75]. Auch in der Frage der Beherrschung der Entscheidungsorgane des WGB durch den sowjetischen Gewerkschaftsbund, der 1945 mit 28 Millionen Mitgliedern die nächstgrößten Bünde (TUC 7 Mio., CIO 6 Mio., CGT 4,5 Mio.) weitaus übertraf, kam es zu einer Einigung, in diesem Falle durch progressive Stimmen- (und Beitrags-)beschränkung bei den großen Gewerkschaftsbünden. Der Bericht des IGB-Generalsekretärs Schevenels, der an den Beratungen des Verwaltungsausschusses teilnahm, zeigt indessen, daß die Er-

70 *Report London*, S. 240 f.
71 So hieß es im *TUC-Annual Report 1945*, S. 99: »There is little doubt that time will endorse the opinion that the Conference will prove to be one of the most important and significant events of the whole history of the trade union movement«.
72 Vgl. auch *Schevenels*, S. 331.
73 Wie Anm. 37, S. 5.
74 Ein Exemplar des Saillant-Entwurfes vom 21. 3. 1945 im TUC-Archiv, I.C. 3/8, 27. 3. 1945.
75 Vgl. den »Summarized Report of Meetings of Administrative Committee of World Trade Union Conference«, TUC-Archiv, I.C. 4/2, 19. 6. 1945.

arbeitung eines gemeinsamen Entwurfs den Ausschuß mehr als einmal an den Rand des Scheiterns brachte[76].

So lautete am Vorabend der Pariser Weltgewerkschaftskonferenz vom September und Oktober 1945 die eigentlich bedeutsame Frage: Wie war eine einheitliche Weltgewerkschaftsorganisation trotz der so unterschiedlichen Positionen der dabei beteiligten Gewerkschaftsbünde möglich, und wie ist das Ergebnis zu bewerten? Das Überraschende sind nicht die angeborenen Schwächen und Kinderkrankheiten der neuen Organisation, sondern es ist die Tatsache ihrer Entstehung überhaupt. Sie ist zunächst einmal zu sehen als die Übertragung der Kriegsallianz der Anti-Hitler-Koalition auf das Gebiet der Gewerkschaften. Bezeichnenderweise finden sich in London verschiedentlich Hinweise auf die politische Allianz der eigenen Staaten, der die Gewerkschaften doch auf ihrem Gebiet ein Gegenstück gegenüberstellen müßten[77]. Verglichen mit der Entwicklung der internationalen gewerkschaftlichen Beziehungen vor und bald nach dem Zweiten Weltkrieg, handelte es sich bei den Kriegsjahren ab 1941 und den unmittelbaren Nachkriegsjahren um eine Ausnahmesituation. Die gemeinsame Bedrohung ließ dort, wo sie als solche empfunden wurde – also in aller Stärke im Falle des TUC und des sowjetischen Gewerkschaftsbundes[78], nicht aber im Falle der AFL (für den CIO ist das internationale Profilierungsstreben wichtiger als der hier behandelte Aspekt) –, alte Animositäten zurücktreten: Der Antikommunismus, von den Briten im eigenen Lande unverändert praktiziert und in der Monopolisierung der Beziehungen zum sowjetischen Gewerkschaftsbund auch in den britisch-sowjetischen Gewerkschaftsbeziehungen noch lebendig, trat international gesehen gegenüber dem gemeinsamen Antifaschismus in den Hintergrund. Es war für die britischen Gewerkschaftler also nicht nur die Euphorie der Weltkriegskameraderie, die sie mit dem sowjetischen Gewerkschaftsbund zusammenführte[79], die hier geschaffene Beziehung hatte im Antifaschismus vielmehr ein zumindest zeitweise sehr viel festeres Fundament. In diesem in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzenden Bindemittel des gemeinsamen Feindbildes steckte aber zugleich auch ein Element der Auflösung. Antifaschismus war nur so lange ein Faktor des Zusammenhalts, als die Bedrohung durch die faschistischen Mächte und hier vor allem durch das nationalsozialistische Deutschland von beiden Seiten gleichermaßen als tatsächlich vorhanden gefühlt wurde. Rhetorische Beschwörungen vermochten diesen Faktor dann nicht mehr am Leben zu erhalten, als vom deutschen Faschismus keine Gefahr mehr ausging und die Gemeinsamkeit der alliierten Kriegskoalition in die Brüche gegangen war. Somit kam die Gründung des WGB im Herbst 1945 im Grunde zu spät: Wäre die Londoner Konferenz nicht durch die Kriegsereignisse vom Juni 1944 auf den Februar 1945 verschoben worden, hätte die Gründung wahrscheinlich früher stattgefunden und damit mehr in Übereinstimmung mit der allgemeinen politischen Entwicklung gestanden. Doch in der Entste-

76 »Position of the I.F.T.U. and steps to be taken in relation to the forthcoming World Trade Union Conference in Paris, September 1945«. Bericht Schevenels' für die IGB-Generalratssitzung vom 3. und 4. 9. 1945, S. 1, TUC-Archiv 910.1/2.

77 Vgl. z. B. Kuznetsov, *Report London*, S. 121.

78 Daß die Einigung absolut von der Übereinstimmung dieser beiden Gewerkschaftsbünde abhing, in ihren Beziehungen also der Angelpunkt weltweiter gewerkschaftlicher Organisation lag, unterstrich Anfang 1945 auch der belgische Gewerkschaftler Paul Tofahrn mit dem Hinweis auf die Führungsposition des TUC unter den Gewerkschaftsbünden Mittel- und Westeuropas und der britischen Dominions. *Tofahrn*, On the Eve of the World Trade Union Conference, in: International Socialist Forum, Supplement to The Left News, Nr. 103, Jan. 1945, S. 3062.

79 So *Calhoun*, S. 405.

hung des WGB wie in seiner Spaltung erwiesen sich die Gewerkschaftsbünde als verspätete Nachhut der internationalen politischen Beziehungen.

Zum zeitweisen Bedeutungsverlust des Antikommunismus ist noch zu bemerken, daß dafür vor allem in Großbritannien die große Popularität der Sowjetunion als Kriegspartner während des Zweiten Weltkrieges eine wichtige Voraussetzung war. Auch die Hoffnung auf einen internen Wandel der Sowjetunion (»a different Russia might emerge from the struggle«, bemerkte Citrine vor dem AFL-Vorstand bei seiner vergeblichen Mission im Mai 1942[80]) mag hier eine – vergleichsweise aber wohl geringe – Rolle gespielt haben. Dennoch blieb man sich in den nichtkommunistischen Gewerkschaftsbünden, auch abgesehen von der AFL, des Unterschieds zu den sowjetischen Gewerkschaften bewußt; auffälligerweise enthielt der bereits zitierte Artikel Tofahrns den Hinweis, die sowjetischen Gewerkschaftler könnten durch ihr Verhalten beweisen, daß ihr Eintritt in die Weltgewerkschaftskonferenz nicht ein »Manöver« zur Förderung kommunistischer Machtziele sei[81]. Auch Citrine erwähnte in aller Öffentlichkeit auf dem TUC-Kongreß 1945 die andersartige Struktur und innergesellschaftliche Stellung der Gewerkschaften der Sowjetunion, ohne diese Unterschiede besonders herauszuheben oder gar zu überzeichnen. Er betonte jedoch, daß das Bemühen um Kooperation das Gebot der Stunde sei und obendrein der eigenen Tradition entspreche[82]. Man sah die Zusammenarbeit zwar als Experiment, war aber bereit, sich darauf einzulassen, weil das Ziel der internationalen Einheit als zu wichtig erschien. So unterstrich Citrine in der geschlossenen Sitzung des IGB-Generalrats wenige Wochen vor dem Pariser Kongreß mit aller Deutlichkeit seine Absicht, den Einigungsprozeß möglichst nicht scheitern zu lassen: »He believed firmly that every possible effort, short of surrendering basic principles, must be made to get an all-inclusive International«[83]. Das war natürlich ebenso ein Appell an die Partner im IGB, dem TUC auf dem von ihm eingeschlagenen Weg in den WGB zu folgen, entsprach aber zugleich der auch sonst vertretenen Einstellung Citrines, daß der Versuch zur Erzielung internationaler Gewerkschaftseinheit auf der Tagesordnung stehe, und zwar schon seit den Reorganisationsplänen, wie sie während des Krieges im IGB entwickelt worden waren[84] (und übrigens bereits bewußt auf die Einbeziehung der russischen Gewerkschaften gezielt hatten[85]). Insofern ist an der Aufrichtigkeit der britischen Bereitwilligkeit zur internationalen gewerkschaftlichen Kooperation am Ende des Zweiten Weltkrieges auch über früher geltende Grenzen hinweg ein Zweifel nicht angebracht.

Aber es gab eben auch eindeutige Vorbehalte. Die Möglichkeit des Scheiterns war nachgerade permanent einkalkuliert. Die bei Citrine genannten Grundprinzipien bezogen sich in erster Linie auf zwei Komplexe: die Autonomie der nationalen Gewerkschaftsbünde und die Forderung nach politischer Neutralität. Citrine sprach ja doch von völliger politischer

80 Wie Anm. 13, S. 4; vgl. auch *Schevenels*, S. 304 f.
81 Wie Anm. 78, S. 3063.
82 *TUC-Annual Report 1945*, S. 367 f.
83 »Minutes of Meetings of I.F.T.U. General Council«, 3. und 4. 9. 1945, London, S. 3 f.,TUC-Archiv, G. C. 13/8 A, 6. 9. 1945 (915.3).
84 *TUC-Annual Report 1945*, S. 367. Vgl. *ebda.*, S. 370: »We are simply prepared to try, as far as we can, in the building of a world International, to accept the utmost co-operation we can get«.
85 Jedenfalls führte Schevenels 1945 aus: »In 1942 and 1943 when the scheme for the new World Federation was drawn up by the Study Committee of the I.F.T.U. it was plainly indicated that the Soviet Trade Unions were to be admitted«. Quelle wie Anm. 76, S. 4; vgl. *Schevenels*, S. 304.

Zurückhaltung, sowohl in London als in Paris, und verwies auf die Gefahren, die von der Sprengkraft der ideologischen Gegensätze ausgehen würden. Zwar war das antifaschistische Element der eigenen Zielsetzung ein durchaus politisches, aber hier schien die Gemeinsamkeit indessen zumindest an der Oberfläche ungefährdet und so eine Durchbrechung der Entpolitisierung auf gemeinsamem Boden möglich. Dennoch: Solcher Problematik lag unleugbar ein erhebliches Mißtrauen zugrunde[86]. Man wollte eben weder eine Mediatisierung der Einzelgewerkschaftsbünde – wie sie in der sowjetischen Zielvorstellung einer »much more authoritative and effective world trade union organisation« als dem IGB[87] ebenso enthalten war wie in den oben genannten Strukturvorstellungen Saillants – noch eine Politisierung. Mehr als eine modifizierte Neuauflage des IGB war daher nicht möglich, hätte man doch beim TUC am liebsten selbst dessen Erhaltung gesehen.
Die auffälligsten Unterschiede zum IGB waren dabei die Bereitwilligkeit zur Aufnahme mehr als einer nationalen Organisation und die Einbeziehung der sowjetischen und anderer kommunistischer Gewerkschaftsbünde: Beides aber war bezeichnenderweise schon in den Reorganisationsplänen des IGB während des Krieges enthalten. So überrascht es nicht, daß Schevenels, offensichtlich mit Genugtuung, im Sommer 1945 im Hinblick auf den WGB-Verfassungsentwurf betonte, daß die Grundsätze der neuen Strukturen im Wesen die gleichen wie die des IGB-Reorganisationsplans waren[88]. Dies bedeutete für die Schlagkraft und Handlungsfähigkeit der neuen Organisation eine deutliche Schwächung. Doch nur auf dieser Grundlage war die Errichtung einer gemeinsamen Organisation überhaupt möglich. Forderung und Warnung, die der britische Vizepremier Attlee in seiner Begrüßungsansprache auf der Londoner Konferenz mit Nachdruck vorgetragen hatte, schien man offensichtlich zu entsprechen[89]. Die Anerkennung und bleibende Respektierung der Verschiedenartigkeit der einzelnen nationalen Gewerkschaftsbewegungen und ihrer Traditionen war Vorbedingung der Zusammenarbeit. In der Sorge darüber, ob dieser Rahmen bewahrt bleiben würde, waren von Anfang an ein gewisses Mißtrauen und Zögern auf westlicher Seite, vor allem beim TUC, angelegt: Der Spaltpilz steckte bereits in der Gründung. Es mußte von den späteren Erfahrungen und Entwicklungen abhängen, ob er seine zerstörerische Kraft entfalten oder aber austrocknen würde.

III. Integration oder Autonomie: Die Internationalen Berufssekretariate und der Ansatz zur Spaltung

Die Formulierung der Organisationsstatuten und damit der Funktionsweise des WGB zählte sicherlich zu den sehr wesentlichen Pariser Entscheidungen. Die Grundstruktur des Verbandes sei hier kurz skizziert. Höchstes Organ war der Kongreß, der einmal alle zwei Jahre einberufen werden sollte, bis zur Spaltung 1949 aber nicht mehr zusammentrat, für unsere Darstellung also irrelevant ist. Der Kongreß wählte den Generalrat, der einmal

86 So bemerkte Hallworth vom TUC auf der IGB-Generalratssitzung am 4. 9. 1945: »They had to face frankly the possibility that some quarters might try to use the new organisation for purpose not properly trade unions«. Wie Anm. 83, S. 2.
87 Zitiert nach *Tofahrn* (Quelle wie Anm. 78), S. 3065.
88 Wie Anm. 76, S. 3.
89 *Report London*, S. 35.

jährlich zusammenkam, zwischen den Weltkongressen als höchstes Entscheidungsgremium auftrat und den Generalsekretär ernannte. Der Generalrat übertrug die Durchführung seiner Aufgaben wiederum dem 26köpfigen Exekutivausschuß, der aus Kongreßwahlen hervorging. Der Ausschuß trat mindestens zweimal jährlich zusammen und war für die Durchführung der Beschlüsse und Resolutionen des Generalrats oder Kongresses verantwortlich. Der Ausschuß hatte zudem die Befugnis, alle ihm dringlich erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen. In den Perioden zwischen den Ausschußsitzungen übernahmen der Vorsitzende und die sieben stellvertretenden Vorsitzenden zusammen mit dem Generalsekretär, der auch im Ausschuß saß, die Funktion des Ausschusses als sogenanntes Exekutivbüro. Der Schwerpunkt der Arbeit lag somit beim Büro und hierin wiederum beim Generalsekretär als dem höchsten Exekutivbeamten. Das Büro ernannte drei stellvertretende Generalsekretäre, die dem Hauptverwaltungsbeamten unterstanden. Der Generalsekretär war dem Ausschuß verantwortlich, konnte aber nur vom Generalrat abgesetzt werden. Vorbehaltlich der Zustimmung des Büros und der Billigung durch den Ausschuß ernannte er die Verwaltungssekretäre, die als Abteilungsleiter auftraten. Innerhalb dieser Struktur blieb die Autonomie der Mitgliedsverbände gewährleistet. Beschlüsse des Weltkongresses, des Generalrates oder des Exekutivausschusses wurden den Mitgliedern notifiziert, konnten aber innerhalb von drei Monaten unter Vorlage von Gründen beim Generalsekretär als nicht durchführbar zurückgewiesen werden[90].

Schaut man auf die personelle Zusammensetzung, dann ist festzuhalten, daß die Pariser Personalentscheidungen von doppelter Bedeutung waren. Zum einen offenbarte sich noch einmal der Kompromißcharakter der neuen Gewerkschaftsinternationale, wenn Citrine zum Präsidenten und Saillant gegen den TUC-Kandidaten Schevenels zum Generalsekretär gewählt wurden, Schevenels aber immerhin durch eine Erweiterung der Zahl der stellvertretenden Generalsekretäre von zwei auf drei doch ein wichtiger Platz in der WGB-Hierarchie eingeräumt wurde. Zum anderen war mit der Wahl Saillants zum Generalsekretär, dem wichtigsten Amt im WGB, eine bedeutsame und für die Kräfteverteilung im neuen WGB nicht unwichtige Entscheidung gefallen, insofern Saillant nicht nur die Gewichtigkeit des ehemaligen Widerstandskämpfers mitbrachte und nicht wie etwa Citrine in der Tradition der ehemaligen Gewerkschaftsinternationale steckte, die sicherlich eher auf losen Föderalismus getrimmt war und nicht zu strafferer Zentralisierung neigte. Auch in diesen Personalentscheidungen wären Spaltungsmomente angelegt. Ihre negative Auswirkung erhielten sie aber erst durch die anschließenden Ent- und Verwicklungen innerhalb des WGB und in der Weltpolitik.

Mit der Billigung des Organisationsstatuts auf dem Pariser Kongreß war praktisch jedoch erst die halbe organisatorische Arbeit geleistet. Solange nicht die Modalitäten zu Artikel 13[91] über die »Trade Departments« (Berufsabteilungen) beschlossen waren, blieb dieser

90 Zur organisatorischen Struktur *ebda.*, S. 61 ff.

91 Er lautet: »I. The General Council shall establish trade departments within the World Federation of Trade Unions for such trades or industries as it may determine. It shall be the function of the trade departments to deal with technical matters concerning their trades. In this sphere, they shall enjoy full autonomy within the World Federation of Trade Unions, but they shall have no power to make decisions or carry on activities in connection with matters of general policy, jurisdiction over such matters being confined to the Congress, General Council, Executive Committee and the Bureau of Management. The trade departments shall be accountable to the General Council and the Executive Committee for their activities.
II. Each trade department shall call a trade conference, with notice thereof to the Executive Committee, as often as necessary, for the purpose of exchanging opinions and informations

Weltgewerkschaftsbund ein Torso. Wenn sich irgendwo beweisen konnte, daß der neue Gewerkschaftsbund als international homogener Block aufzutreten gewillt war, dann sicher in der Frage einer Integration der Internationalen Berufssekretariate (IBS) in die neue Zentrale. Es sei vorab gesagt: Die mehrjährigen intensiven Verhandlungen, die über die Eingliederung – kaum eine Sitzung des Büros verging ohne Erörterung dieser Frage – geführt wurden, kamen zu keinem Ergebnis. Sie waren lediglich eine Demonstration traditionsbelasteter Argumentation und zugleich eines hohen Maßes an politischem Unwillen. Es kennzeichnet durchaus die Verhandlungssphäre und ist nicht als ein im nachhinein aus Ärgernis über die Spaltung entstandener Schuldspruch zu deuten, wenn auf dem II. Weltkongreß in Mailand (1949) die Handlungsweise der IBS und ihrer Freunde als taktisches Manöver dargestellt wurde, das als eine konzertierte Aktion anzusehen sei und darauf abgezielt habe, der neuen Internationale ihre eigentliche Basis zu nehmen und sie zu einem rein politischen – und damit angreifbaren – Organ zu stempeln[92]. Daß im Herbst 1948 die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF), die mitgliederstärkste unter den Berufssekretariaten, sowie der Internationale Metallarbeiter-Verband, mit 1,7 Millionen Mitgliedern der zweitstärkste Verband, und andere Berufssekretariate dem WGB eine Absage erteilten, hat der AFL-Mann Dubinsky, Vorsitzender der amerikanischen Frauenbekleidungs-Gewerkschaft, sehr zu Recht »the most crushing defeat« des WGB genannt. Wenngleich Dubinsky in dieser Auseinandersetzung eindeutig Partei ist, bleibt doch seine Bemerkung gültig, daß die IBS das Blut einer lebendigen internationalen Arbeiterorganisation bildeten; ohne sie verdiene eine Organisation den Namen »international« nicht, könne nicht in weltweitem Rahmen funktionieren[93]. Letztlich bestätigte Dubinsky nur, was der sowjetische Delegierte Kuznetsov schon auf dem Pariser Gründungskongreß gesagt hatte. Er betonte die Bildung von »Berufsabteilungen« als unerläßlich für die internationale Gewerkschaftsarbeit in den einzelnen Industrie- oder Wirtschaftszweigen[94]. Damit verfolgte er genau den Gedanken einer »all-in«-Organisation, den Sidney Hillman schon in London geäußert hatte und gegen den der Generalsekretär der ITF, der niederländische Gewerkschaftsmann J. H. Oldenbroek, hatte durchblicken lassen, daß sich die Berufssekretariate keiner Organisation anschließen würden, ehe nicht die Prinzipien des Anschlusses im einzelnen auf dem Tisch lägen und minutiös diskutiert worden seien[95]. Das versuchte Oldenbroek erneut auf der Ende August 1945 unter Leitung des IGB einberufenen IBS-Konferenz deutlich zu machen. Er bestritt der neuen Weltorganisation das Recht, die IBS aufzusaugen. Er glaubte sehr wohl an die Funktionstüchtigkeit des künftigen Weltverbandes

---

and taking decisions within the framework of the general policies established by the Congress, the General Council, or Executive Committee, in the fields of wages, hours, working conditions, social legislation and other matters of concern to the workers in such trades. Each national union which is a member of a trade union centre affiliated to the World Federation of Trade Unions, or which is directly affiliated to it, shall be entitled to be represented at the trade conference of its trade or industry. Each trade conference shall nominate the director of its trade department, for ratification by the Executive Committee. Each trade department, upon its establishment, shall adopt rules and regulations which shall be submitted to the Executive Committee for approval.
III. [...]«. *Report Paris*, S. 259 f. (Entwurfstext).

92 *Report of the proceedings of the IInd World Trade Union Congress, 29 June – 9 July 1949. Milan*, Paris 1949, S. 26.

93 Vgl. *David Dubinsky*, Rift and Realignment in World Labor. Sonderdruck aus Foreign Affairs, January 1949, S. 6.

94 *Report Paris*, S. 22.

95 *Report London*, S. 145 f.

ohne völlige Integration der IBS, beanspruchte für die Berufssekretariate absolute Entscheidungsfreiheit in der Integrationsfrage, und indem er die Rekonstruktionsplanung des alten IGB dem Vorhaben des neuen WGB gegenüberstellte, setzte er die IGB-Planung der Gleichberechtigung, die WGB-Forderungen der Unterwerfung gleich[96]. Zwar konnte sich Oldenbroek dem ganzen topic und seiner Behandlung nicht entziehen – das wurde auf dieser IBS-Konferenz deutlich –, aber er wollte auf jeden Fall vermeiden, schon vor Verhandlungen mit einem Wortlaut konfrontiert zu werden, der auch nur den Schein von Richtlinien enthielt[97]. Ein so massives Verlangen nach Integration, die in jedem Falle Preisgabe der Vorkriegsautonomie bedeuten mußte, ging über jede bisherige Erfahrung hinaus. Schon im Rahmen der EITUC war doch im Kriege eine engere Beziehung angestrebt worden, jedoch ohne die Gegenliebe der IBS zu finden[98]; wieviel weniger war das nunmehr zu erwarten, da die ideologischen Gegensätze innerhalb des WGB sich schon vor Ende des Krieges deutlich genug ausmalen ließen. Kuznetsov stand im übrigen mit seinen Integrationsbemühungen nicht allein. Hillman wollte den Berufsabteilungen Autonomie nur auf den ihnen eigenen Gebieten belassen, unterstrich aber, daß die letztendliche Entscheidungskompetenz bei der Zentrale des WGB beruhe. Das heißt, er hob Absatz 1 von Artikel 13 noch einmal ausdrücklich hervor[99]. Dem eben widersetzte sich J. H. Oldenbroek. Ihm sekundierten Evert Kupers vom niederländischen Gewerkschaftsbund[100], Achterberg von der Holzarbeitergewerkschaft sowie Citrine. Vor jedem Beschluß über Inhalte, wie sie Artikel 13 anbot, wollte sich der ITF-Mann zunächst einmal auf Gespräche und Informationsaustausch zwischen den einzelnen Berufssekretariaten konzentrieren. Auf dem Pariser Gründungskongreß wurde der Unwille einigermaßen honoriert. Das äußerte sich in einer Neuformulierung von Artikel 13 Absatz 2[101]. Damit war das Prinzip der Integration nicht aufgegeben, der Verhandlungsweg aber eröffnet. Die »Autonomen« um Oldenbroek hatten ihr Ziel nicht ganz erreicht, die »Integrationisten« gegenüber dem Statutenentwurf zurückstecken müssen. Offensichtlich lag den »Integrationisten« sehr viel an der Einbeziehung der IBS. Die Motivation dieses Strebens wurde hier schon angedeutet. Einerseits formte der WGB natürlich nur dann einen starken Block, wenn er nicht nur Richtlinien allgemeinster Art verlautbaren ließ, sondern zugleich über die Politik der ein-

96 Siehe den zusammenfassenden Bericht zur Sitzung vom 25. Aug. 1945 »Summarized Report of Meeting of International Trade Secretariats [ITS] Called under the Auspices of IFTU Held on Wednesday, 29 August, at 10 a. m., Transport House, Smith Square, S. W. 1«. TUC-Archiv 918.9.

97 Edwards vom Berufssekretariat der Bergarbeiter brachte immerhin folgenden Antrag ein: »That this Conference accepts the principles of policy underlying the Draft Statutes concerning the Trade Secretariats in the World Federation of Trade Unions, subject to securing such amendment to Article 13 as will permit a continuation of trade activities not less effective than those which were carried on by the Trade Secretariates«. Der Antrag wurde mit 10 gegen 3 Stimmen angenommen. Oldenbroek zählte zu den Opponenten. – Die Bergarbeiter verursachten später die geringsten Schwierigkeiten. Ebda., S. 3.

98 *Vgl. Windmuller*, S. 99.

99 *Report Paris*, S. 43.

100 *Ebda.*, S. 64. Kupers wies auf zu starke Zentralisierung und Abhängigkeit vom WGB hin, nannte zugleich auch die Schwierigkeiten, die innerhalb der nationalen Föderation entstehen konnten, wenn eben die Föderation dem WGB angeschlossen war, der Berufs- oder Industrieverband aber nicht zum WGB zählte.

101 Die endgültige Fassung in *Report Paris*, S. 269. Es heißt jetzt: »II. Subject to the provisions of paragraph I, the aims, methods of work, duties, reights and finances of the Trade Departments shall be governed by a special regulation to be adopted by the Executive Committee and approved by the General Council«.

zelnen Industriezweige und den damit verbundenen Apparat verfügen konnte. Zum anderen wird durchaus die Furcht bestanden haben, daß sich die IBS als ehemalige Vorkriegsinstitutionen sogar zu einer Art Gegeninternationale entwickeln könnten. Darüber hinaus erinnerte man sich doch der Bemerkung Citrines, daß der britische TUC seine Zustimmung zum Organisationsstatut von einem »zufriedenstellenden« Ausgang der Verhandlungen mit den IBS abhängig machen wollte[102]. Die Politik des TUC-Mannes Arthur Deakin, Nachfolger Citrines auf dem Präsidentenstuhl, hat das drei Jahre später sehr deutlich gemacht[103].

Wiewohl die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Internationalen Berufssekretariate und dem Exekutivbüro nicht in allen Einzelheiten verfolgt werden sollen, muß doch auf einige wichtige Elemente der bald einsetzenden »experience of disintegration« hingewiesen werden[104]. Die Exekutive des WGB bewies eine auffällige Eile und benannte als zentralen Kontaktmann Walter Schevenels, der auch bei den mißtrauischen Vertretern der IBS als persona grata gelten konnte. Die erste Kontaktaufnahme wurde schon Anfang November 1945 in die Wege geleitet und sollte zunächst der einfachen Information über die möglichen Bedingungen der Integration dienen. Ein Rundschreiben wurde an insgesamt 21 Berufssekretariate geschickt. Die Exekutive bat die einzelnen Organisationen um Termine für Unterhandlungen, bot jedoch auch die Möglichkeit einer gemeinsamen Konferenz aller Berufssekretariate an[105]. Mitglieder der WGB-Exekutive nahmen noch vor der Dezembersitzung an Versammlungen einzelner IBS-Ausschüsse teil, auf denen schon einige Vorfragen geklärt und Mißverständnisse ausgeräumt werden konnten. Nach der Dezembersitzung des Exekutivbüros fanden am 24. und 25. Januar 1946 die ersten Besprechungen mit den Bergarbeitern sowie den Textil-, Bau- und Holzarbeitern statt, auf der Basis eines Entwurfs über Aufbau und Stellung der Berufsabteilungen im Weltgewerkschaftsbund. Die Gespräche widerspiegelten zwar nicht eitel Harmonie, führten aber immerhin so weit, daß beim Exekutivbüro der stark verbesserte Entwurf der Durchführungsverordnung zu Artikel 13 eingebracht werden konnte, in dem die Wünsche der genannten IBS verarbeitet waren. Auf der Grundlage dieses Entwurfs wurde im April 1946 mit den Vertretern der ITF Übereinstimmung erzielt, wobei das Papier erneut im Sinne der ITF-Wünsche geändert wurde. Die beiden Delegationen wollten allerdings ihre jeweiligen verantwortlichen Instanzen (ITF-Kongreß bzw. Exekutivbüro) nicht gebunden sehen. Die Annahme der WGB-Vertreter, eine rasche Integration der IBS stehe bevor, erwies sich bald als pure Selbsttäuschung, denn der ITF-Kongreß von Zürich (6.–11. Mai 1946) wies die eigene Delegation an, über annehmbare Bedingungen weiter zu verhandeln, die wiederum einem späteren Kongreß vorgelegt werden sollten. Solche Resolution enthielt nicht nur eine gewisse Desavouierung der eigenen Vertreter und der von diesen erzielten Ergebnisse, sondern bedeutete auch eine erhebliche Verzögerung für den endgültigen Aufbau und eine angemessene Arbeit des WGB. Ein Antrag auf Satzungsänderung, nach der es einer Dreiviertel-Mehrheit bedurfte, um die ITF aufzulösen (vor einer etwaigen Übernahme als Berufsabteilung), konnte kaum einer Beschleunigung der Integration in den WGB dienen. Die Kritik an den ursprünglich vorgeschlagenen Integrationsbedingungen bemängelte eine allzu geringe Auto-

102 Vgl. *Schevenels*, S. 353; *Report Paris*, S. 33; ferner auch *Windmuller*, S. 104.
103 Siehe unten S. 147.
104 Begriff übernommen von *V. L. Allen*, Trade Union Leadership. Based on a Study of Arthur Deakin, London 1957, Untertitel zum 18. Kapitel, S. 289.
105 Rundschreiben vom 8. 11. in: TUC-Archiv, 918.9.

nomie, obwohl diese vollständig für das eigentliche Arbeitsgebiet des Berufsverbandes garantiert war[106]. Natürlich enthielt der Entwurf nicht mehr die Arbeitsbedingungen der Vorkriegszeit. Vor allem das Mitspracherecht über die allgemeinen Richtlinien der Gewerkschaftspolitik entfiel. Wenngleich hier eine wesentliche Ursache der Ablehnung gesucht werden muß, bleibt doch zu vermuten, daß noch andere – recht eigentlich gewerkschaftsfremde – Motive eine Rolle gespielt haben. Dazu ist hier kurz schon auf die AFL-Politik hinzuweisen. Die AFL lehnte den WGB schlicht ab. Das wird unten noch im einzelnen zu zeigen sein. Das hieß aber, daß sie nach Auflösung der alten Internationale auf sich selbst zurückgeworfen war, praktisch allein stand. Eine Möglichkeit, die eigenen internationalen Positionen zu verbessern, die in Ausführung des selbsterteilten Auftrages zum antikommunistischen Kampf günstigere Ausgangspunkte boten, bestand in einem Beitritt der der AFL angeschlossenen einzelnen Berufsverbände zu den jeweils zuständigen IBS. Somit ließ sich die Front der Integrationsgegner verstärken, und für einen Mann wie den ITF-Sekretär Oldenbroek enthielt dies die Aussicht auf einen erheblichen Machtzuwachs, der unabhängig von der Integrationsfrage zu begrüßen war. So erklärt es sich auch, daß sich Oldenbroek schon recht früh, noch 1945, gegen eine Integration der ITF als Berufsabteilung aussprach. Irving J. Brown, der überaus rührige Vertreter der AFL auf dem europäischen Kontinent, konnte Ende Dezember bei einem Gespräch mit Oldenbroek noch einmal bestätigen, daß sich der ITF-Mann gegen einen Anschluß aussprechen werde und um einen Beitritt der AFL-Gewerkschaften bemüht sei[107].

Somit war im Mai 1946 das Ziel erreicht, das sich Oldenbroek in Übereinstimmung mit Vertretern der AFL im Dezember gesetzt hatte. Für den WGB erwies sich solche Entwicklung nicht nur als nachteilig, weil es sich bei der ITF um den größten Berufsverband handelte, sondern auch, weil das Beispiel Schule machte. Die ITF funktionierte als »trend-setter«, da andere Berufssekretariate zwar einen Beitritt zum WGB »im Prinzip« guthießen, aber eben bessere Bedingungen aushandeln wollten. Unter Führung von Oldenbroek entwickelte sich die IBS-Opposition zu einem recht intransigenten Block, der um seine Stärke wußte, nachdem Generalsekretär Saillant auf der gemeinsamen Pariser Sitzung von IBS und WGB im Dezember (10.–12.) noch einmal auf die Bedeutung der Integration für die Autorität des WGB hingewiesen hatte. Eben auf dieser gemeinsamen Sitzung erwies sich, daß in erster Linie der WGB der IBS bedurfte und nicht umgekehrt. Eine Annäherung der Stand-

106 Eine Übersicht über die Entwicklung bis hin zum ITF-Kongreß in: Archiv WFTU, IISG, Mappe 8. Berichte der Verhandlungskommission mit den hier genannten Berufssekretariaten. Hier auch der Entwurf zu den Statuten der Berufsabteilungen. Eine zusammenfassende Übersicht ebda. »Report on the creation of the International Trade Departments presented to the Executive Committee of WFTU (Session of June 1946 in Moscow)«. Im Kommentar zur ITF-Resolution heißt es: »In spite of this unexpected set back which might have an unfortunate effect on the general integration process of other ITS we still believe that on the whole, the results reached through the negotiations with the ITS are highly satisfactory and provide an acceptable solution for all parties concerned«. Vgl. ferner *Windmuller*, S. 108, Anm. 18, der darauf hinweist, daß die ITF-Resolution nicht einstimmig verabschiedet wurde. Schärfster Gegner war die CGT. Ihr Gegenantrag hätte zu einer sofortigen Integration als Berufsabteilung geführt.

107 Files of the Director of Research Series 8a, AFL-Papers (Florence Thorne). State Historical Society, Wisconsin: Memorandum. Meeting held in Matthew Woll's Office, 10–12–1945. An dieser Sitzung nahmen die Vertreter lateinamerikanischer Transportarbeiter-Gewerkschaften teil, deren Anschluß an die ITF gleichfalls erörtert wurde. Diese Gewerkschaften galten als scharfe Gegner Toledanos. Zur Nachricht von Irving Brown s. ebda. Brown an Woll, 28–12–1945.

punkte ergab sich aber nicht. Vielmehr erweiterte sich die Kluft zwischen den Parteien. Die zweifellos auf seiten des WGB vorhandene Tendenz zur Zentralisierung[108] bot keine aussichtsreiche Verhandlungsgrundlage, wenn traditionsbelastete Furcht um die Autonomie die andere Partei beherrschte. Die Diskussion der Pariser Konferenz entspann sich zunächst um die Bestimmung des zentralen Ortes der Berufsabteilungen. Berg- und Metallarbeiter sowie die Transport-Föderation wollten ihre zentralen Sitze beibehalten, da sie eben bei allzu enger Nachbarschaft zum Hauptquartier in Paris um die Selbständigkeit fürchteten. Während die Finanzierungsfrage nach Ansicht der WGB-Vertreter als durchaus lösbar erschien, ließ sich kaum ein Kompromiß für das Problem der Wahl zu den Verwaltungsorganen der Berufsabteilungen absehen. Hier verlangten die IBS absolute Autonomie. Dazu trat, daß innerhalb des Exekutivbüros selbst durchaus keine Einigkeit in dieser und auch nicht in anderen Fragen bestand. Vor allem der sowjetische Delegierte Tarasov, Vertreter Kuznetsovs, legte sich quer im Sinne einer auf geringe Selbständigkeit der Berufsabteilungen zielenden Politik. Er konnte überhaupt kein Gespür für Kampf um Autonomie entwickeln[109]. Angesichts solcher Gegensätze und Unbestimmtheiten war es so erstaunlich nicht, wenn L. Evans und Konrad Ilg von der Metallarbeiter-Föderation die Forderung vortrugen: »Leave them [ITS] free to carry on with their work, to accomplish their modest task and to march as far as possible in step with the World Federation as they have done up to now«[110]. Darüber hinaus ist auch die Bemerkung Walter Schevenels' verständlich, der meinte, einen gewissen Unwillen in der Verhaltensweise der IBS-Delegierten zu entdecken, insofern von der auf den jeweiligen Verbandskongressen erteilten »prinzipiellen« Zustimmung zum Beitritt in den Diskussionsbeiträgen nichts mehr zu spüren sei[111]. Der britische Delegierte Horner (Bergbau) sah im Aufwerfen der Schwierigkeiten nur einen Vorwand, um die Integration prinzipiell anzufechten. Zwar wurde eine Fortführung der Verhandlungen beschlossen, aber es war durchaus richtig, wenn Irving Brown – aus nächster Nähe die Szene beobachtend – den mangelnden Integrationswillen der IBS als größte Niederlage des WGB bezeichnete. Er pries den Beschluß der Kommissionen, einen Konsultativausschuß zu bilden, in dem 6 IBS- und 2 WGB-Vertreter saßen, als geeignete Maßnahme, um die Entscheidungen für ein weiteres Jahr hinauszuschieben, wobei die prinzipielle Abneigung des ITF-Vorsitzenden Oldenbroek als eine Trumpfkarte angesprochen wurde. Oldenbroek trat als Oppositionsführer auf. Der ITF-Mann war es auch, der Irving Brown vorschlug, ein Kontaktbüro in London zu eröffnen. Er kam um amerikanische Unterstützung der IBS ein, die für ihn den Kern einer neuen Gewerkschaftsinternationale bilden und auf jeden Fall das AFL-Verlangen nach einer anderen Internationale unterstützen konnten[112]. Es wird unten noch zu zeigen sein, wie groß die Harmonie zwi-

108 Nach Ansicht des CIO-Delegierten Rosenblum waren die Ursachen zum Streit zwischen IBS und WGB über die Beitrittsbedingungen zum Teil zu suchen »in divergent conceptions over the structure of trade union movements. The Russian unions, modelled in the image of the Communist party, represented the ultimate in authoritarian control. In line with the maxim of ›democratic centralism‹ power in the Soviet trade unions did not reside in constituent industrial unions but in the federation«. Vgl. *Windmuller*, S. 111 und ebda., Anm. 22.

109 Siehe dazu vor allem: Meeting of the Executive Bureau. Session of Friday, 13th December, 1946, S. 49 ff., Archiv WFTU, 9, IISG.

110 *Report on the Creation of International Trade Departments within the WFTU, presented to General Council at Prague, June 9th–14th, 1947*, o. O. u. J. Saillants einführende Worte S. 12; ferner 22 (Ilg; ähnlich Evans, S. 19).

111 *Ebda.*, S. 24–26.

112 Report Nr. 2 from Irving Brown, 23–12–1946, AFL-Papers 8a.

schen AFL und Oldenbroek war. Deutlich ist jedenfalls, daß dem Niederländer wesentlich daran lag, den WGB ad absurdum zu führen, ihn durch pure Verzögerungstaktik aufzubrechen und innerhalb kurzer Zeit zur Bildung einer neuen Gewerkschaftsinternationale zu gelangen – und zwar mit Hilfe der AFL[113]. Man wird auch alle weiteren Verhandlungen unter diesem Aspekt sehen müssen, die Argumentation von seiten der IBS-Delegierten nicht mehr als Zeugnis einer ernsthaften Bemühung um einen Kompromiß anerkennen können. Die Geste von der »prinzipiellen« Bereitschaft war längst ihrer Wahrhaftigkeit entkleidet. Dazu trat, daß sich die gegensätzlichen Auffassungen zwischen sowjetischer Gewerkschaft und TUC prononcierter entwickelten. Der neue Entwurf, der schließlich nach mehreren Zwischenstadien und informellen Gesprächen erarbeitet wurde und aus einer Reihe von Kompromißformeln bestand, fand im Juni 1947 die Billigung des WGB-Generalrats in Prag. Auf der gemeinsamen Sitzung der IBS- und WGB-Vertreter im August in Paris zeigte sich jedoch, daß alle Bestimmungen, in denen ein Entscheidungsrecht der WGB-Exekutive bestand, der bedingungslosen Ablehnung verfielen[114].

Die IBS steuerten schlicht völlige Autonomie in allen Bereichen an (finanziell, administrativ, personell). Die Vorkriegssituation blieb für sie beispielhaft. In diesem Monat August konnten sie einfach den Sinn einer Integration in den WGB nicht mehr begreifen. Zugleich zeigte sich, daß es den IBS immer darauf ankam, die Verhandlungen um einiges hinauszuzögern, indem sie den neuen Prager Entwurf als einfaches Diskussionspapier betrachteten. Sie wollten nicht über festgelegte Formulierungen reden, sondern gleichsam freibleibend diskutieren. Es war jedenfalls begreiflich, wenn Saillant auf jener Sitzung konstatierte, es habe sich in den vergangenen zwei Jahren durchaus kein Gesinnungswechsel bei den IBS vollzogen. Er konnte nun auch den von ihm ohnehin als Scheinargument betrachteten alten IBS-Vorwurf für nichtig erklären, Büro und Ausschuß des WGB seien untereinander nicht einmal einig geworden[115]. Im Herbst hatten sich die einzelnen Sekretariate gesondert mit dem Entwurf befaßt. Lediglich Lehrerverband und Bergarbeiter scheinen sich für eine direkte Annahme des Prager Papiers ausgesprochen zu haben. Schärfste Ablehnung der bisherigen Entwicklung bezeugte der Exekutivausschuß der Transportarbeiter, der in Washington tagte und kurz betonte, daß »the protracted [!] negotiations between the WFTU and the International Trade Secretariats have not contributed to narrowing the gap between the divergent points of view«[116]. Im Verlauf der nächsten Monate ist dieser

113 Ebda. auch Report Irving Brown, 4/17–12–1946. Die Bildung des Konsultativausschusses wird eine »meaningless gesture« genannt. »According to his report, Deakin acted very well and did everything in his power to back Oldenbroeks position which was a delaying game combined with the setting of conditions the Russians will never accept«. Über Deakin ist noch zu handeln.

114 Verhandlungen in: Minutes of the Joint Meeting of the Delegation of the Executive Bureau of the WFTU with the Advisory Committee of the ITS, on August 18–19, 1947 at the Headquarters of the WFTU in Paris, Archiv WFTU, 9, IISG. So regten sie sich auf, daß die WGB-Delegation mit einem von Ausschuß und Generalrat schon gebilligten Papier aufwartete. Bolle war selbst der Ansicht, daß das Prager Papier in den Gewerkschaftsverbänden noch zu harten Diskussionen führen werde. Im übrigen könnten die Entscheidungen der Verbände die meisten Industriegewerkschaften nicht binden.

115 Ebda., S. 6 ff. Saillants Ausführungen. Die dann folgende Diskussion um die einzelnen Punkte kann hier nicht wiedergegeben werden.

116 Note for the Meeting of the Executive Bureau on the 18th and 24th November 1947 on the Question of Trade Departments, S. 5., Archiv WFTU, 10, IISG. Metallarbeiter, Buchdrucker, Postarbeiter, Angestellte, Lebensmittelarbeiter und Öffentliche Dienste wollten einen Beitritt von der befriedigenden Behandlung der in Paris eingebrachten Abänderungsvorschläge abhängig machen.

»gap« keineswegs geschlossen worden. Er wurde so belassen, weil die Aktivitäten darin bestanden, weitere Unterhandlungen aufzuschieben. Das zeigte sich nach der Novembersitzung des Exekutivbüros des WGB 1947[117]. Auf der Generalratssitzung der ITF in London in der letzten Novemberwoche wurden die Differenzen vertieft. Die französischen Transportarbeiterverbände mußten die ITF wegen Beitragssäumigkeit verlassen, und der Rat sprach sich für den Marshall-Plan aus. Die Aussage, man werde die Verhandlungen mit dem WGB wiederaufnehmen, falls eine Anfrage von seiten des Weltverbandes komme, nannte der amerikanische Beobachter der Szene einen »lip-service, since transport federation means to stall integration into WFTU as they have during past two years, and now believes that WFTU on verge of break up«[118].

Es erwies sich auch, daß der TUC und der niederländische Gewerkschaftsverband ganz offen den Gang der Dinge aufhielten, und es erhebt sich die Frage, ob nicht die Verkündung des Marshall-Plans und die bevorstehende organisatorische Ausgestaltung dieses Plans, wobei die westeuropäischen Gewerkschaften ein gewichtiges Wort mitreden wollten, den Zusammenschluß zu einem homogenen Block aufschoben und schließlich aufhoben. Wie sehr der Marshall-Plan in das Zentrum der politischen Überlegungen und der Taktik rückte, ergibt sich aus einer Bemerkung Irving Browns, der die IBS ganz forciert zu einer raschen Annahme des Plans bringen wollte, und es konnte für ihn nur gute Nachricht sein, wenn einer der britischen Metallarbeiterführer schon im November 1947 fest entschlossen war, den Marshall-Plan zur Gretchenfrage des WGB hochzuspielen[119]. Für die Verwaltungsspitze des WGB zählte die Plan-Diskussion dagegen zu den wenig anziehenden »topics« der Stunde. Im Dezember noch sagte sie ohne Angabe von Gründen die auf Januar anberaumten Konferenzen mit den IBS ab, und dies, weil sie wohl die inzwischen aufgetauchten »international complications« für so schwerwiegend hielt, daß der Erfolg einer neuen Versammlung von vornherein angezweifelt werden konnte[120]. Das Internationale Berufssekretariat Öffentliche Dienste hat dies, was der WGB voraussah und AFL-Mann Brown neben einigen IBS-Vertretern mit aller Macht anstrebte, deutlich bestätigt, als sein Sekretär auf der Generalratssitzung Ende Januar sagte: »If it is now impossible to research settlement, it is also due to difficulties created by the trade union split in France, and the differences of opinion within the WFTU on the Marshall-Plan«[121]. Im Frühjahr 1948 scheinen dann auch endgültig alle Berufssekretariate auf eine gemeinsame ablehnende Haltung eingeschworen gewesen zu sein, und obwohl sich das Exekutivbüro im Mai noch einmal für Konsultationen, nicht aber für eine beschlußfassende Sitzung – wie ursprünglich vorgesehen – entschied[122], muß die gemeinsame Sitzung der IBS-Vertretung mit dem Büro im September 1948 als der Abgesang der Verhandlungen gewertet werden: »[. . .] it was destined from the start to be a funeral«[123]. Es bleibt festzuhalten, daß auf dem Kongreß der ITF, der im Juli zuvor unter Beteiligung einer starken AFL-Delegation stattgefunden hatte,

117 Zur Sitzung die Minutes of the Session of the Executive Bureau, Paris, November 18–24, 1947, Archiv WFTU, 10, IISG.
118 N.A., Diplomatic Branch, Dec. File 800.5043/2947. Douglas an Außenminister.
119 Confidential Report. By Irving Brown, Relations with British Trade Union Congress, AFL-Papers 8 a.
120 Report on the Creation of the Trade Departments. Position on March 25th, 1948. Executive Bureau and Committee of the WFTU, Rome, April 30th – May 10th, 1948. Archiv WFTU, 11, S. 2, IISG. Siehe dazu auch *Allen*, S. 305.
121 Report . . . (Anm. 120), S. 6.
122 *Allen*, S. 305.
123 *Windmuller*, S. 115.

eben diese Amerikaner mit dem Austritt drohten, falls sich die ITF doch noch zu einem WGB-Beitritt entschließen sollte.

Die Generalversammlung nahm eine Resolution an, die zwar nicht sogleich den Bruch zwischen ITF und WGB aussprach, immerhin aber die Beziehungen auszusetzen wünschte, bis günstigere Umstände vorlägen [124]. Die Konsequenz war, daß kurz vor der gemeinsamen Pariser Sitzung die IBS einer Resolution zustimmten, die sie dem Exekutivbüro vortrugen und in der sich die »günstigen Umstände« wie folgt ausnahmen: »[. . .] the interest of the ITS will be best served by maintaining their independence until such a time as negotiations can be resumed with a trade union international capable of uniting the ITS on a basis of autonomy which can afford them satisfaction«[125]. Abgesehen davon, daß dies einem kompromißlosen Abbruch der Verhandlungen gleichkam, verdient wohl noch die Beobachtung Aufmerksamkeit, daß in eben dem ITF-Vorstand der britische Gewerkschaftsführer Arthur Deakin saß, der sich einerseits solchem Vorhaben nicht widersetzte, andererseits als Präsident des WGB die Funktion des auf Nachgiebigkeit der IBS drängenden WGB-Mannes wahrnahm. Es muß hier von einer Doppelrolle des Engländers gesprochen werden, in der vermutlich die Funktion des WGB-Präsidenten Deakin, gemessen an der Überzeugung des TUC- und ITF-Mannes Deakin, nur eine Scheinexistenz darstellte. Es überrascht letztlich auch nicht, daß Deakin auf dem 80. Kongreß des TUC in Margate (September 1948) gegen den Versuch einiger Gewerkschaftsbünde, die Fortexistenz des WGB zu gewährleisten, in scharfer antikommunistischer Tirade vom Leder zog, die zum einen als Ausdruck politischer Frustration aus vergeblicher Bemühung gewertet werden kann, zugleich jedoch als Aufatmen über die Befreiung von einer schon länger als lästig empfundenen Doppelrolle gesehen werden darf [126].

Es ist im übrigen nachgerade typisch für die hier genannte gemeinsame IBS-WGB-Besprechung, daß einige IBS-Vertreter doch dazu übergingen, die ganze Diskussion von den strittigen Punkten abzulenken und auf eine mehr allgemeine Ebene zu heben, letztlich auch das Scheitern der Integration als Folge einer Unvereinbarkeit der Ausgangspunkte zu rechtfertigen, dabei auf die veränderten politischen Umstände weisend. Bolle vom Verband Öffentliche Dienste drückte das so aus: »What we have witnessed for the past eighteen months even more than before is a conflict of ideas within the WFTU about the very aims and methods of trade unionism, and it has begun to appear to many of us as idle even to try to reconcile those different ideas within the WFTU«[127]. Das war praktisch der Ausgangspunkt, so daß die Frage des Büros, ob die IBS bereit seien, den Satzungsentwurf weiterhin als Grundlage zu betrachten, in Verbindung zu bleiben, eigene Vorschläge auf den Tisch zu bringen und die Dinge in absehbarer Zeit zu regeln [128], mit der obengenannten

---

124 Vgl. *ebda.*, S. 114.

125 WFTU, Information Bulletin, Nr. 17–18 (67–68), 30. 9. 1948, S. 4 f.

126 Die Verbände waren The Amalgamated Union of Operative Bakers, Confectioners and Allied Workers and the Tobacco Workers Union. Vgl. *Allen*, S. 306 f. Zur Rede Deakins s. *Report of Proceedings at the 80th Annual Trades Union Congress, 1948*, S. 441 ff. Zwei Kernsätze: »This [WFTU] is the successor to the IFTU, which I suggest was an immeasurably superior organization to the WFTU«. »I would say this to you, that the World Federation of Trade Unions is rapidly becoming nothing more than another platform and instrument for the furthering of Soviet Policy«. S. 447, 448.

127 Joint Meeting of the WFTU Executive Bureau and the Representatives of the ITS, Paris, 14th, 15th, 16th September 1948, Archiv WFTU 13, S. 19, IISG. Oldenbroek sagte (S. 26), daß der WGB kein demokratisches Organ sei und daß es keine Konzessionen in prinzipiellen Fragen für ihn gebe.

128 Ebda., S. 30.

Resolution der IBS beantwortet werden mußte. Dabei ist möglicherweise die Beobachtung interessant, daß gegen Ende der Sitzung IBS-Vertreter und der Vorsitzende Deakin einander ihre guten Absichten bescheinigten, während lediglich die sowjetische Delegation die Spaltungsabsichten beim Namen nannte[129] – für Deakin dann Anlaß genug, den an die Adresse der IBS gerichteten Vorwurf als eine Politik der zugeschlagenen Tür zu mißbilligen[130].

IV. Aktivitäten an der Nahtstelle des Ost-West-Konflikts: Deutschland

Das Vorhaben des Weltgewerkschaftsbundes, bei der Rekonstruktion der nationalen Gewerkschaftsbünde die helfende Hand zu bieten und diese Bünde in die internationale Organisation einzubeziehen, nimmt sich gewiß als eine legitime und angemessene Absichtserklärung aus, gleichwohl bleibt im Hinblick auf die Realisierungschancen weltgewerkschaftlichen Verlangens für das spezifische Arbeitsgebiet Deutschland zu fragen, ob nicht von vornherein die aus der Tradition überkommene, kurzzeitig überdeckte, durch Aktualisierung alter Konflikte aber wieder aktivierbare Gegensätzlichkeit solche Zielvorstellung auf jeden Fall begrenzen, wenn nicht gar unrealistisch erscheinen lassen mußte.
Organisationspolitisch zielte der WGB doch auf Einheitsgewerkschaft im Sinne einer Überwindung der alten Richtungsgewerkschaften. Das war sicherlich keine Besonderheit, insofern diese Intention weitgehend den landesgewerkschaftlichen Tendenzen entsprach, aber der Versuch einer Integration der reformistischen Gewerkschaften der Vorkriegsperiode »mit der im europäischen Widerstand gegen den deutschen Faschismus gewaltig angewachsenen kommunistischen Richtung«[131] – die Frage der christlichen Gewerkschaften ist in dieser Phase einigermaßen irrelevant – erwies sich angesichts des sehr bald sich abzeichnenden Ost-West-Gegensatzes schon ganz allgemein als problematisch und vermochte sicherlich dann zu ganz erheblichen Behinderungen der Handlungsmöglichkeiten zu führen, wenn Aktivitäten an der Nahtstelle dieses Konflikts, in den deutschen Besatzungszonen, entwickelt werden sollten und noch dazu die Kräfteverhältnisse im WGB einen kommunistischen Überhang zu erkennen gaben. Gerade im Anschluß an die oben zitierte Analyse vom September 1945 ist zu fragen, ob nicht die Wirkungsmöglichkeiten in dem Maße abnehmen mußten, in dem sich die ehemaligen Partner der Kriegsallianz voneinander entfernten.
Daß das besetzte Deutschland ein bevorzugtes Arbeitsfeld des WGB werden sollte, zeigte sich schon auf dem Pariser Gründungskongreß[132]. Das meinte intentional nun keineswegs nur Vermittlung von Übersichten zur deutschen Entwicklung in den einzelnen WGB-Gremien mit daran anschließender internationaler Verlautbarung, vielmehr ging es dem Verband schon in der ersten Phase um eine ganz konkrete Institutionalisierung seiner Mitarbeiter[133]. Neben Louis Saillant, der sich an die Pariser diplomatischen Vertreter der vier Besatzungsmächte Deutschlands wandte, bemühte sich Ende Oktober 1945 auch Walter

129 Ebda., S. 50.
130 Ebda., S. 51.
131 Vgl. *Lutz Niethammer*, Strukturreform oder Wachstumspakt, in: *Heinz Oskar Vetter* (Hrsg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, Köln 1975, S. 314.
132 *Report Paris*, S. 84. Sydney Hillman schlug die Entsendung einer WGB-Delegation nach Deutschland vor. Siehe auch den Resolutionstext S. 242.
133 *Ebda.*

Citrine um Reisegenehmigung für eine WGB-Delegation sowie zugleich um die Bildung eines Konsultativausschusses, der den Alliierten Kontrollrat in Berlin in allen Fragen des gewerkschaftlichen Wiederaufbaus und der gewerkschaftlichen Lage allgemein beraten sollte[134]. Diese Bemühungen blieben erfolglos. Nach britischer Ansicht ging es nicht an, einer internationalen Behörde ein nichtamtliches Beratungsgremium beizugeben[135]. Der zusätzliche Hinweis, die Behörde müsse schon aus Gründen der Unparteilichkeit gegenüber unterschiedlichen Interessen solches Ansuchen zurückweisen, klang sicher akzeptabel genug; allerdings tat sich das Foreign Office auch in der Frage des Besuches einer WGB-Delegation in den besetzten Zonen einigermaßen schwer. In einer Phase, in der auf britischer Seite das Verhältnis zur demokratischen Qualität deutscher Arbeiter noch deutlich gestört war, insofern man kollektivistischen Sinn als Ergebnis nationalsozialistischer Erziehung mit der Chance auf Umschlag in einen neuen Kollektivismus fürchtete, mußte jede Intervention von außen das Risiko unübersichtlicher Entwicklung enthalten, solange noch dazu die Gewerkschaften im traditionellen Bereich der primären Arbeitsbedingungen nur höchst begrenzte Kompetenzen erhielten[136]. Die Zurückhaltung, der sich im August und Frühherbst 1945 schon die Internationale Transportarbeiter-Föderation bei ihrem Einreiseantrag gegenübergesehen hatte[137], galt für den WGB in ganz besonderem Maße; gleichwohl sah man ein, daß es kaum hinreichende, für die Öffentlichkeit plausible Gründe gab, die ein Ein- und Rundreiseverbot rechtfertigen konnten. Es scheint, als ob die in dieser Zeit im Einvernehmen mit dem Foreign Office geplante Reise der TUC-Delegation in die Britische Zone auch der Information über den Risikograd einer Einreise internationaler Verbände hat dienen sollen. Zumindest wollte man im britischen Außenamt zunächst einmal den Befund der britischen Gewerkschaftler abwarten. Diese hatten schließlich gegen eine Reise des WGB nichts einzuwenden[138].

Zu jener Zeit nun meinte Louis Saillant schon, in der Gewerkschaftsfrage eine Vermittlungsposition zwischen den französischen Besatzungsbehörden einerseits und den übrigen alliierten Partnern andererseits[139] einnehmen und von hier ausgehend zugleich sich in den Wiederaufbau einschalten zu können. Dabei erhob er schlicht Anspruch auf Mitarbeit bei der Gestaltung der gewerkschaftlichen Ziele im Sinne der sozialökonomischen Ordnung

---

134 Saillant schrieb an die Pariser Botschafter der vier Besatzungsmächte mit der Bitte um Ein- und Durchreisegenehmigungen. Zur Quelle s. unten Anm. 141. Ferner Schreiben Citrines an E. Bevin, 29. 10. 1945, PRO, FO 371/46829.

135 Antwort Arthur Streets von COGA (Control Office for Germany and Austria), London, an Citrine, 18. 12. 1945, TUC-Archiv 943/972.

136 Über die Furcht der FO-Beamten vor dem Kollektivismus deutscher Arbeiter s. die Unterlagen in PRO, FO 371/39211, 39176, 46827, 46828.

137 Entsprechende FO-Unterlagen in PRO, FO 371/46828 (Aug./Sept.).

138 Siehe dazu die Minutes in PRO, FO 371/46829 vom 1. und 2. Nov. sowie das unter Anm. 135 genannte Schreiben Streets an Citrine. Demnach soll die TUC-Delegation noch folgende Bedingungen gestellt haben: Besuch der WBG-Delegation in allen Zonen; die Delegation solle nur aus Vertretern der Besatzungsmächte bestehen, Beamte der einzelnen Manpower-Abteilungen sollten Reisemöglichkeiten für alle vier Zonen erhalten. Tatsächlich stammten diese Bedingungen nicht von der TUC-Delegation, sondern von Luce, dem Leiter der britischen Manpower-Abteilung. Siehe dazu das Antwortschreiben Citrines an Street, 20. 12. 1945, TUC-Archiv 943/912. Auch Citrine zeigte sich enttäuscht hinsichtlich der ablehnenden Haltung seiner Regierung in Sachen Konsultativausschuß. Wir haben uns hier auf die britische Haltung konzentriert, da uns allein von dieser Seite Unterlagen vorliegen.

139 Es ging um die Frage der prinzipiellen Anerkennung gesamtdeutscher Gewerkschaften. Während sich Frankreich im Kontrollrat ausgesprochen »zonal« gebärdete, sprachen sich die Partner für die gesamtdeutsche Tendenz aus; Unterlagen hierzu in PRO, FO 371/46829 (Okt./Nov. 1945).

Deutschlands. Das mag hier noch als allgemeine Absichtserklärung angesprochen werden, wichtig war aber auf jeden Fall die konkrete organisatorische Zielvorstellung, die letztlich auf eine rasche Überwindung der Zonengrenzen und Bildung von Gewerkschaften auf nationaler Ebene hinauslief. Für Saillant und schließlich auch das Exekutivbüro scheint in jenem Augenblick eine stringente Antwort auf die Frage nach der Basis der Bewegung – Berufsgruppen oder Industrieverband als organisatorische Grundlage – gar nicht aktuell gewesen zu sein[140], im Vordergrund standen offensichtlich die aus lokalen Industrie- oder Berufsverbandsorganisationen (»trades, professions or industry«) hervorgehenden »Trade Liaison Committees« innerhalb der einzelnen Zonen, die ihrerseits Vertreter in einen Nationalen Verbindungsausschuß entsenden sollten. Dieses Kontaktorgan war von der alliierten Kontrollbehörde in Zusammenarbeit mit einer bei der Behörde akkreditierten Weltgewerkschaftsvertretung zu kontrollieren. Beide Instanzen zusammen müßten sodann auch über den demokratischen, antinazistischen und freien Charakter der neuen Bewegung befinden, ehe sie die Bildung von einzelnen Fachverbänden auf nationaler Ebene förderten. Aus den nationalen Fachverbänden gehe dann zu gegebener Zeit eine nationale Konföderation hervor[141]. Der Saillant-Vorschlag enthielt eine drängende Gradlinigkeit, neben der sich etwa das Dreiphasenmodell der britischen Zone als Erzeugnis überaus vorsichtiger und tastender Planung ausnahm[142]. Aber es ging nicht nur um Dringlichkeit. Als wichtig erwies sich vielmehr das auch der Saillantschen Planung zugrundeliegende einheitsgewerkschaftliche Prinzip im Sinne einer Überwindung der Richtungsgewerkschaften. Zumindest schob Jouhaux auf der Bürositzung die Unabdingbarkeit dieses Verlangens in den Vordergrund, dabei ausgehend von dem – positiv gedeuteten – Ansatz in der französischen Zone. Aber mochte auch die Einheit als Bollwerk gegen neuen Faschismus gelten, offensichtlich hielten es nicht alle Büromitglieder für sinnvoll oder möglich, mit eigener Konzeption über gewerkschaftliche Rekonstruktion in Deutschland anzutreten (Citrine). Da zudem der Kongreßbeschluß von Paris in der Deutschlandfrage nicht von allen in gleicher Weise interpretiert wurde, um einmütig entscheiden zu können, ob eine vorherige Wiederaufbaukonzeption zu entwerfen oder eine reine Informationsreise zu organisieren war[143], ent-

140 Erstaunlich eigentlich, wenn man weiß, daß die Auseinandersetzung Böckler – TUC sehr viel bestimmter verlaufen war.

141 Note submitted to the Executive Bureau on December 21st and 22nd, 1945, concerning a draft plan for the gradual reconstruction of the Trade Union Movement with the participation of the WFTU and in cooperation with the Interallied Commission of Berlin, Archiv WFTU, 8. Daß es sich um Saillants Aufzeichnung handelt, erhellt aus der Sitzung selbst.

142 Dazu *Eberhard Schmidt*, Die verhinderte Neuordnung 1945–1952, Frankfurt ²1971, S. 37.

143 Hillman sagte folgendes: »Moreover we recognise that the workers of Germany form the only base upon which we can hope to build a democratic land which once again can join the community of freedom-loving nations. Yes, we will have to look to German Labour if that country is ever to join and participate in the family of democratic nations. We are convinced that the labour movement of the world is better equipped than any other group to render the important service of assisting the workers of Germany to build a free and democratic labour movement, cleansed of all Nazi and anti-democratic forces. – In the light of these considerations, I would propose that our World Federation of Trade Unions direct its Executive Committee to appoint a commission for the purpose of visiting Germany, making a full examination and investigation in all zones of present German economic and social conditions (we must have one policy, a sound policy for all zones; one that accomplishes the purposes for which we fought the war) and the progress which has been made in the execution of the Potsdam decisions. Only through such a first-hand examination will world labour be in a position to ascertain the facts, and on the basis of the facts to elaborate a detailed and constructive programme to assist in the attainment of the objectives announced at Yalta and again reaf-

schied sich das Büro angesichts des sicherlich zu erwartenden Widerstandes der Besatzungsmächte bei weitergehenden weltgewerkschaftlichen Ambitionen schließlich für die letztgenannte, die begrenzte Form der Aktivität, um überhaupt ins Spiel zu kommen [144].
Gleichzeitig beharrte das Büro darauf, vom Alliierten Kontrollrat in Sachen gewerkschaftlicher Wiederaufbau sowie zu Problemen der Arbeitsbedingungen konsultiert zu werden. Das brauchte nun nicht unbedingt die institutionalisierte Form eines permanenten Konsultativausschusses zu haben, sollte aber zumindest irgendeine Kontinuität garantiert erhalten [145].
Saillant hat sich in diesem Sinne an die Regierungen der einzelnen Besatzungsmächte gewandt, ohne jedoch zum Erfolg zu kommen. Wiewohl doch von einem »advisory council« nicht mehr die Rede war, der WGB praktisch nur noch um Anerkennung eines gewissen Maßes an kontinuierlicher Kontrolle einkam, wurde für den Generalsekretär von britischer Seite die gleiche Antwort vorbereitet und der zuständigen Militärbehörde zugesandt, wie das wenige Wochen zuvor schon beim Präsidenten Citrine der Fall gewesen war. Das heißt, das Foreign Office bewies seinen ganzen Unwillen, überhaupt an eine Mitarbeiterschaft des WGB zu denken [146]. Übrig blieb zunächst einmal eine etwa dreiwöchige Rundreise in den vier Besatzungszonen [147], die Ende Januar begann. Diese Reise, die dann allerdings in allen vier Zonen in keiner Weise von den Militärbehörden behindert, ja, im Hinblick auf Gesprächsmöglichkeiten eher noch gefördert wurde, hat den Zweck der umfassenden Bestandsaufnahme sicherlich erfüllt. In einer Vielzahl von Gesprächen mit Vertretern der Militärbehörden und mit deutschen Gewerkschaftlern trugen die Delegierten eine Fülle von Material zusammen, das den Stand der Entnazifizierung, des gewerkschaftlichen Wiederaufbaus, die Lebensbedingungen des Volkes sowie Fragen der Industrie und Landwirtschaft betraf. Sie verarbeiteten die Unterlagen und Auskünfte zu einem »vorläufigen Bericht«, der allerdings eher einer kritischen Betrachtung als einer reinen Bestandsaufnahme glich und der sich vorrangig mit der Entnazifizierung sowie mit der Rekonstruktion der Gewerkschaften befaßte. Als wesentliche Kernpunkte der Kritik schälten sich Uneinheitlichkeit der Verfahrensweisen im Entnazifizierungsprozeß, der geringe Druck in dieser Frage sowie das ebenso uneinheitliche Ergebnis heraus, das sich insgesamt gesehen nur als Fehlschlag klassifizieren ließ, solange ehemals führende Nationalsozialisten in leitender Stellung in Verwaltung und Wirtschaft ihren Platz behielten. Bei aller Anerkennung der Schwierigkeit der Aufgabe lag für die WGB-Delegierten die Ursache dieser schlicht als übel zu charakterisierenden Entwicklung in einer gewissen Entschlußlosigkeit der Militärbehörden, die im übrigen nicht näher genannt wurden – eine Entschlußlosigkeit, die sich negativ auf die Entscheidungsbereitschaft der mit der Entnazifizierung beauftragten deutschen

---

firmed at Berlin. I would further propose that the Executive of the World Federation of Trade Unions be instructed to take the necessary steps to request that our Federation be accorded representation in an advisory capacity on the Allied Control Commission. In this way, those immediately responsible for the administration of Germany may have the benefit of the counsel and advice of world labour, and the working people of the world will have the assurance that their voice is being heard in the determination and execution of vital matters of policy«. *Report Paris*, S. 84.

144 Session Executive Bureau, 21.–22. 12. 1945 (Paris), IISG.

145 Ebda.

146 Das Schreiben Saillants von 3. Jan. 1946 in FO 371/55505 (C 496). Ebda. auch die entsprechenden Minutes des FO. Über die Reaktion der anderen Regierungen liegt uns nichts vor.

147 Zur Delegation zählten u. a. Citrine, Jouhaux, Hillman, Tarasov, Kupers, Erban (Tschechoslowakei), Chambeiron als Sekretär sowie die Damen Jouhaux und Kulikov als Übersetzerinnen.

Gremien, soweit diese eingeschaltet waren, auswirken konnte. Und wenn darüber hinaus die WGB-Delegierten sich bereit zeigten, das Prinzip der deutschen Beteiligung am Verfahren anzuerkennen, dann blieb für sie die Zusammensetzung der einzelnen Ausschüsse insofern doch höchst diskutabel, als sich hierin die Arbeiter oder Arbeitervertreter doch nur in geringem Umfang delegiert fanden. Für die Weltgewerkschaftler aber lag allein in der organisierten deutschen Arbeiterschaft die Garantie für demokratischen Wiederaufbau des ehemaligen Reiches. So wollten sie die Gewerkschaften in den industriellen Entnazifizierungsausschüssen auf jeden Fall mehrheitlich, wenn nicht gar ausschließlich, in den Ausschüssen für Verwaltung und öffentliche Dienste auf jeden Fall gleichberechtigt mit anderen Sozialgruppen vertreten sehen.

Während für das Interessengebiet »Entnazifizierung« letztlich nur Tadel übrig blieb, stimmte der gewerkschaftliche Wiederaufbau zumindest teilweise zur Zufriedenheit. Soweit die Entwicklung auf Einheitsgewerkschaften oder Standesgruppierungen (Arbeiter und Angestellte) zielte, zeigten sich die Delegierten völlig einverstanden, stimmten auch der Bildung von autonomen Industrieverbänden zu. Sie zogen – wohl in Anerkennung der aus Gesprächen mit deutschen Gewerkschaftlern hervorgehenden Mehrheitskonzeption – eine solche Struktur einer stark zentralisierten Gewerkschaftsform vor. Demgegenüber entsprach das Tempo der Rekonstruktion in keiner Weise der von dem WGB selbst konzipierten Dringlichkeit der Aufgabe. Vor allem die britischen und französischen Behörden blieben hinter den WGB-Erwartungen zurück. So hatten in der britischen Zone erst 51 von 197 Anträgen auf Zulassung die zweite Phase innerhalb des Dreiphasenmodells erreicht. Zur Beschleunigung des Wiederaufbaus gehörte, daß den neuen Gewerkschaften die ehemaligen DAF-Gebäude und -Mittel für Presseorgane zur Vefügung gestellt wurden. Dazu zählte auch der Aufbau einer gewerkschaftlichen Jugendorganisation als Instrument der Umerziehung – eine sicherlich gewichtige Forderung, da sich gerade die Konsequenzen der Jugenderziehung im Dritten Reich zumindest anfänglich als schwieriges Problem für die Besatzungsmächte entpuppten. Die WGB-Delegierten empfahlen nun zur raschen Vollendung des Wiederaufbaus die Gründung von Industrieverbänden auf Zonenbasis, die sich schließlich zu einer gewerkschaftlichen Föderation in den einzelnen Zonen zusammenschließen sollten. Dagegen enthielten sie sich vorläufig eines Vorschlags über die Bildung nationaler Verbände, sprachen sich auch nicht sogleich über interzonale Kontaktaufnahme aus. Richtlinien in diesen für die letztendliche Zielsetzung des WGB sicherlich wichtigen Fragen blieben abhängig von Vereinbarungen mit der alliierten Kontrollkommission, wie überhaupt der Gedanke an kontinuierliche Kontakte mit der alliierten Behörde nicht vom Tisch war, sondern in weiteren Gesprächen mit Berlin konkretisiert werden sollte[148].

148 Dies nach »Report of the Commission of the World Federation of Trade Unions to Investigate Conditions in Germany«, Exemplar in: TUC-Archiv 943/912. Es handelt sich hier um den vorläufigen, gegenüber der späteren endgültigen Fassung sehr viel kürzeren Bericht. Das detaillierte Itinerar zum Besuch der Delegation in der sowjetisch besetzten Zone sowie darüber hinaus Berichte über Gespräche mit den Militärbehörden in der britischen Zone in PRO, FO 371/55506 (C 2877), von dem politischen Berater bei der britischen Militärregierung, William Strang, später Deutschlandminister, dem Foreign Office übersandt. Vor den Gesprächen kam es innerhalb der WGB-Delegation zu einer scharfen Auseinandersetzung über die Frage, ob Vertreter der Militärbehörden bei den Unterredungen der Delegierten mit deutschen Gewerkschaftlern anwesend sein sollten oder nicht. Citrine hatte, um eine eingehende Aussprache zu ermöglichen, um Ausschluß der Militärbehörden gebeten und war auf den heftigen Widerstand seines sowjetischen Kollegen Tarasov sowie des sowjetischen Behördenmannes gestoßen. Der Streit wurde erst nach langem Hin und Her im Sinne Citrines beigelegt.

Entnazifizierung und Wiederaufbau bildeten zweifellos die Kernpunkte weltgewerkschaftlichen Informationshungers. Die Bemerkungen zur industriellen Abrüstung, zur Lage in der Landwirtschaft und damit zur notwendigen Agrarreform (Vorbild: die Maßnahmen in der sowjetischen Besatzungszone) standen gleichsam am Rande. Da kam man kaum über die Potsdamer Willensäußerungen hinaus. Ihre Durchführung wurde noch einmal nachdrücklich als erforderlich erachtet. Solche Bemerkungen charakterisierten sich zugleich als Äußerungen des Mißtrauens gegenüber dem ehemaligen Feindstaat, in dem auch nach der Niederlage die Arbeiterschaft allein nicht für stark genug gehalten wurde, eine Wiederholung der vergangenen Erfahrungen zu verhindern.

Das in Empfehlungen zusammengefaßte WGB-Papier, das den Regierungen der Besatzungsmächte zugesandt wurde, löste bei den Beamten des Foreign Office etwa eine spöttisch untermalte Entrüstung aus, die nicht ganz einsichtig erscheinen will. So schien der »report« einen Vergleich mit der »sound horse-sense«-Darstellung der TUC-Delegation vom November 1945 nicht aushalten zu können. Tatsächlich lag der Unterschied zwischen beiden Berichten in der verschiedenartigen Akzentuierung der aktuellen Erfordernisse. Während sich der WGB-Report vornehmlich auf Entnazifizierung und gewerkschaftlichen Wiederaufbau konzentrierte, damit einerseits ein Politikum ins Spiel brachte, andererseits in der Rekonstruktionssphäre über die Planung der Besatzungsmächte hinausschoß, schenkte der TUC-Bericht der wirtschaftlichen und sozialen Lage erheblich mehr Aufmerksamkeit, trug damit primär die Versorgungsproblematik vor, wenngleich nicht übersehen werden soll, daß der Druck, den die TUC-Delegation auf den Böckler-Kreis in der Organisationsfrage (Industrieverband oder Einheitsgewerkschaft) ausgeübt hatte, durchaus ein Politikum mit Konsequenzen war. Daß sich der TUC weiterer organisatorischer Konzeption enthielt, ist wohl auf die durchaus plausible Ungewißheit über die künftige Struktur Deutschlands (etwa langfristige Aufteilung in vier Besatzungszonen, mögliche Ausgliederung des Rhein-Ruhr-Gebietes) zurückzuführen. Das heißt, der TUC wollte nicht künftigen Entscheidungen der Großen Politik vorgreifen [149].

Für das Foreign Office fehlte es im WGB-Papier an dem angesichts der deutschen Schwierigkeiten so notwendigen Pragmatismus, an Anerkennung der schwierigen Versorgungslage, der problematischen Arbeitslosigkeit, die sich aus Reparationen und ähnlichem ergeben mußten, der Flüchtlingsfrage und der so notwendigen Güterproduktion. Pragmatismus und Effizienzdenken stießen sich etwa an folgender Formulierung der WGB-Delegation: »Denazification can and must be given priority over any desire to achieve maximum productivity and over the industrial requirements of the German people. The Commission's gratification that this view has been embodied in directives was considerably tempered by their finding that the directives have far too often been ignored by the officers of Military Government charged with their implementation. Policies, however excellent, are of no avail if they are not put into effect by the operating officers in the field« [150]. Solchem politischen Prinzip, das die Erfordernisse des Tages überstieg, stellte der britische Unterstaatssekretär McNeil die beim ersten Hinhören gewiß eigenartig klingende, dem Effizienzdenken aber durchaus entsprechende nüchterne Frage gegenüber, was denn diese Empfehlung wohl den britischen Steuerzahler kosten würde. Eine Berechnungsaufforderung erging sogar vom Foreign Office an das Control Office for Germany and Austria.

149 Bericht der TUC-Delegation in PRO, Cab. 129/6, CP (46) 8, 7. 1. 1946. Zur Reise in Deutschland auch *Schmidt*, S. 37.

150 Aus den Empfehlungen § 1 unter »Denazification«.

Insgesamt bewerteten die Beamten das Papier als ein für propagandistischen Gebrauch bestimmtes Dokument und vermuteten Unzufriedenheit bei den deutschen Gewerkschaftlern, »whose real interests seem to be ignored«. Es ging dann sicherlich sehr weit, wenn sie zugleich die Präsentation als Äußerungen im Stile der »Pravda« charakterisierten[151]. Abgesehen davon, daß im Foreign Office übersehen wurde, wie sehr der antifaschistische Kampf schon zum zentralen Thema des Pariser Gründungskongresses gezählt hatte, und abgesehen davon, daß für die Beamten die Entnazifizierung als Strategie des Klassenkampfes konzipiert erschien[152], ist anzunehmen, daß bei dem hier demonstrierten Unmut die für das Amt so typische Sorge über jedwede fremde Intervention in Angelegenheiten der britischen Zone bei der etwas bitteren Reaktion neben dem Pragmatismus ebenso Pate gestanden hat wie die Furcht vor Ausbreitung des Kommunismus; denn zu jener Zeit war das britische Amt noch von der Anfälligkeit des deutschen Arbeiters für Kollektivismus als Erbe der Nazi-Zeit und damit für Kommunismus überzeugt[153], und warnende Stimmen, wie sie der britische Botschafter in Moskau, Archibald Clark-Kerr, über den WGB als Instrument sowjetischer Außenpolitik vortrug[154], vermochten solche Furcht durchaus zu verstärken.
Für den WGB kam es inzwischen darauf an, den so lange angestrebten kontinuierlichen Kontakt mit dem Alliierten Kontrollrat zu realisieren. So sandte Saillant dem Rat nicht nur den Bericht zu, sondern bat um eine Unterredung in dieser Frage[155]. Citrine und Saillant, die sicherlich wichtigsten Repräsentanten des Weltverbandes, reisten dann auch im März 1946 nach Berlin, wo zu diesem Zeitpunkt die Behandlung des WGB-Berichts allerdings gerade erst angelaufen war. So legte General Koeltz, französisches Mitglied des Alliierten Koordinierungsausschusses, in eben jenem Gremium eine von dem WGB inspirierte Aufzeichnung vor, in der die Forderung nach Bildung von Industrieverbänden sowie von zonalen Gewerkschaftsföderationen vorgetragen wurde. Zugleich sollte dem Kontrollrat die Frage der Kontakte zwischen Manpower-Abteilungen, WGB und deutschen Gewerkschaften vorgelegt werden. Der Ausschuß verwies das Koeltz-Papier zusammen mit dem WGB-Bericht an das Manpower-Direktorium zur Stellungnahme. Dieses Manpower-Direktorium hat seine Entscheidung nicht ohne vorherige Gespräche mit Citrine und Saillant getroffen. Saillant[156] ergriff dabei die Gelegenheit, in einer vorbereitenden Unterredung mit dem französischen Vertreter Ziegel seine Anschauungen in Form einer neuen Aufzeichnung zu erläutern. Er bemühte sich hier erneut um die Motivation einer Zusammenarbeit mit dem Alliierten Kontrollrat. Ausgehend von der Zielvorstellung einer Demokratisierung Deutschlands (»even into the economic and social fields«), schrieb er einerseits den Gewerkschaften eine zentrale Aufgabe zu, wollte sie aber andererseits in ihrem Wiederaufbauprozeß kontrolliert wissen. Mit diesem stark in den Vordergrund gerückten Kon-

151 Die Empfehlungen mit den FO-Kommentaren in PRO, FO 371/55506 (C 3630), 1. 4. 1946. Zwar wurde auch dem State Department ein Exemplar des vorläufigen Berichts zugesandt, einen Kommentar hierzu haben wir jedoch nicht finden können. Exemplar mit Begleitschreiben Jefferson Cafferys in N.A., Diplomatic Branch, Dec.file 862.5043/3–246.
152 In dieser Periode wollte Feldmarschall Montgomery die Entnazifizierung schon unbedingt zu einem Ende bringen.
153 Siehe oben Anm. 136.
154 In diesem Sinne etwa das umfangreiche Schreiben des Botschafters vom 26. 11. 1945, was die Moskauer Botschaft der USA dem State Department zur Information zusandte. N.A., Diplomatic Branch, Dec.file 800.5043/1–846 (Anlage).
155 Schreiben schon vom 27. 2. 1946. Als Material zur Berichterstattung an Büro und Ausschuß auf der Moskauer Sitzung vom Juni 1946 ins Protokoll aufgenommen. Archiv WFTU, 8, IISG.
156 Citrine war nicht zugegen, da er in die britische Zone beordert worden war.

trollaspekt fügte er sich in die in jener Phase durchaus noch herrschende Auffassung vom notwendigen Mißtrauen in die deutsche Arbeiterschaft ein. Er sah die politischen Richtlinien der alliierten Besatzungsmächte möglicher Opposition seitens der organisierten Arbeiterbewegung ausgesetzt, falls solche Kontrolle ausblieb. Das hieß aber auch, daß der WGB am Umerziehungsprozeß mitbeteiligt sein wollte. Zur Durchführung solcher Kontrolle[157] schienen ihm regelmäßige Sitzungen des Manpower-Direktoriums in Abständen von drei Monaten geboten, die jeweils zwischenzeitlichen Bestandsaufnahmen dienen und in Zusammenarbeit mit einem kleinen Ausschuß des Exekutivbüros – bestehend aus dem Präsidenten, einem der Vizepräsidenten sowie dem Generalsekretär – erfolgen sollten. Nötigenfalls war den vom WGB anerkannten Gewerkschaftsvertretungen zwischenzeitlich die Möglichkeit einzuräumen, in Form von Betriebsbeobachtungen und im Einvernehmen mit den Betriebsleitungen oder Betriebsräten die Bewußtseinsentwicklung der Arbeiter, die Organisationsstruktur der Gewerkschaften sowie die gewerkschaftliche Arbeit überhaupt zu überprüfen. Einen Monat vor jeder Vierteljahressitzung stellten der WGB-Generalsekretär sowie die vier Leiter des Manpower-Direktoriums die Tagesordnung zusammen. Zur technischen Vorbereitung stand der Generalsekretär mit Sitz in Paris in ständiger Verbindung zum Leiter der französischen Manpower-Abteilung. Aber damit war es eben noch nicht genug. Saillant befürwortete in Wiederaufnahme des Koeltzschen Vorschlages darüber hinaus die Bildung eines ad-hoc-Konsultativausschusses, in dem vier für Gewerkschaftsfragen zuständige Beamte der Manpower-Abteilungen, je ein deutscher Gewerkschaftsvertreter aus den Besatzungszonen sowie ein oder mehrere Delegierte des WGB arbeiten sollten. Aufgabe des Ausschusses sollte es sein, die Gewerkschaftsentwicklung in Deutschland zu beobachten, die gewerkschaftlichen Aktionen und Aktivitäten zu überprüfen, die Beziehungen zwischen den gewerkschaftlichen Gruppen und den alliierten Verwaltungsgremien zu untersuchen. Diese vermittelnde Instanz war als gleichermaßen beratendes und entscheidungsempfangendes Organ konzipiert[158].

Die Vorschläge bezeugen die hohe Aktivität Saillants, beweisen auch, wie sehr ihm an einer festen Verbindung des WGB zu den alliierten Behörden lag, aber schließlich wurden sie im Manpower-Direktorium nur zur Kenntnis genommen und kaum weiter erörtert. Gesprächsgegenstand dieses Gremiums war dagegen in Anwesenheit von Citrine und Saillant der vorläufige Bericht der WGB-Delegation. Es hat nicht den Anschein, als ob dieses Gespräch sehr viel mehr gewesen sei als die Präsentation der Manpower-Antwort. Die Stellungnahme kann auch kaum als Erfolg des WGB gewertet werden. Zwar stimmte das Direktorium dem WGB-Vorschlag zu, entlassene ehemalige Nationalsozialisten zu registrieren und damit eine Wiederbeschäftigung zu verhindern, und versprach auch, Einzelfälle untragbarer Verfahren zu untersuchen, aber jener wesentliche andere Kernpunkt über die ausschließliche, zumindest aber mehrheitliche Vertretung der Gewerkschaften in industriellen Entnazifi-

157 Saillant hatte schon vor der Delegationsreise vom Jan./Febr. 1946 zusammen mit Chambeiron die Reise in Berlin vorbereitet (viertägiger Aufenthalt vom 10. – 14. 1.). – Auf einem Privatempfang der Amerikaner hatte er folgendes geäußert: »He expressed reservations as to democratic traditions and trustworthiness of German Trade Unionism, but felt that it was the only hope [...] for a democratic and peaceful Germany«. So die Mitteilung Murphys an das State Department. N. A., Diplomatic Branch, Dec. file 862.5043/1–1746, Murphy an Außenminister.

158 »In order to link up the German Trade Unions with the results of the work of those extraordinary sessions [gemeint sind die Vierteljahressitzungen] and in order to ensure for the conclusions of this work a maximum efficiency, objectivity and possibility of concrete realisation, the following might be adopted [...]«.

zierungsausschüssen wurde zurückgewiesen. Die Zusammensetzung der Ausschüsse blieb nach dieser Antwort abhängig von lokalen Umständen – was immer dies nun heißen mochte. Eine *adäquate* Vertretung allerdings sagte man zu. Im Hinblick auf die Gewerkschaftsorganisation stimmte das Direktorium der Bildung von Industrieverbänden und Föderationen auf zonaler Basis zu – zumal ihm allmählich für einen solchen Schritt die Zeit reif erschien –; gleichwohl wollte man das Tempo in dieser Phase noch den einzelnen Zonenbefehlshabern überlassen sehen, die sich hinsichtlich der Organisationsstruktur nach den Wünschen der einzelnen gewerkschaftlichen Verbände zu richten hatten, ja, schließlich sollte völlige Organisationsfreiheit bestehen (»that freedom should exist for those with differing views to organise as they wish«), solange dies nicht den Bestimmungen der Militärbehörden zuwiderlief. Während hier einerseits neue Möglichkeiten für Richtungs- und Standesgewerkschaften eröffnet wurden, dürfte andererseits das Streben nach zentralisierten Einheitsgewerkschaften im ursprünglichen Böcklerschen Sinne wohl kaum als legitim empfunden worden sein, da sie – wie auf seiten der britischen Militärregierung deutlich geworden war – kaum die so stark postulierten demokratischen Garantien boten und sich außerdem gegenüber den Empfehlungen des TUC nicht hatten durchsetzen können. Citrine, der bei dieser Formulierung gleich einhakte, wurde versichert, daß nicht daran gedacht sei, Richtungsgewerkschaften zu fördern. In der Frage der interzonalen Kontakte oder Verbindungen entsprach die Zurückhaltung des Direktoriums der des Weltgewerkschaftsbundes. Man sprach sich für informelle Kontakte aus, abhängig von der Lage in den einzelnen Zonen. Über den Auf- und Ausbau der Beziehungen zwischen dem WGB, den deutschen Gewerkschaften und den alliierten Behörden, die Saillant doch so ausführlich motiviert und schon strukturiert hatte, legte das Direktorium zunächst noch keine Empfehlung vor. Die Dinge waren noch nicht diskutiert. Erst im gesamten Empfehlungspaket an den Koordinierungsausschuß einige Tage später[159] wurde eine Verbindung zwischen WGB, Manpower und deutschen Gewerkschaften als notwendig anerkannt, »to the extent facilities and circumstances permit«. Bei Besuchen in den Zonen sollte die Möglichkeit gemeinsamer Gespräche eingeräumt werden. Das mochte dem Vorschlag des WGB-Schreibens vom 27. Februar und auch dem Koeltzschen Projekt teilweise entsprechen, überging jedoch das Arbeitspapier, das Saillant vor dem Gespräch mit dem Direktorium vorgelegt hatte. Der Kontrollrat hat im übrigen kurz darauf die Empfehlungen des Manpower-Direktoriums angenommen[160].

Bis zur Sitzung des Exekutivausschusses in Moskau vom 17.–20. Juni legte Saillant sodann den abschließenden Gesamtbericht zur Deutschlandfrage sowie die Übersicht zu den Verhandlungen mit dem Manpower-Direktorium vor, die nicht nur für die angeschlossenen Verbände, sondern auch für die alliierten Kontrollinstanzen bestimmt waren und zunächst noch in Moskau diskutiert werden mußten. Zu diesem Zeitpunkt nun war der Bericht zum Teil auf den Stand sachlicher Irrelevanz herabgesunken. Sicherlich ist es so, daß man sich

159 Empfehlungen inhaltlich entsprechend der den beiden WGB-Delegierten erteilten Antwort.

160 Die einzelnen Schritte der kleinen Bürokommission, Saillant – Citrine, aus dem unter Anm. 155 genannten Bericht. Dort auch die Zitate. Zu der Beschlußfassung des Koordinierungsausschusses s. PRO, FO 371/55506 (C 4250), 9. 4. 1946. Daß es innerhalb des Ausschusses noch Auseinandersetzungen mit dem französischen Vertreter im Zusammenhang mit den Kompetenzen der Zonenbefehlshaber gegeben hat, soll hier außer acht gelassen werden. – Schließlich noch die abschließende Fassung des Delegationsberichtes; ein Exemplar in PRO, FO 371/55509; »Report of the Commission ... Adopted by the Executive Bureau in Moscow, 17th–20th June 1946«.

bei der Diskussion des Textes um die Behebung kleiner formaler Mängel bemühte, gewiß kümmerten sich Tarasov und Kuznetsov darum, Bemerkungen, die zur Kritik an der Lage in der sowjetischen Besatzungszone herausfordern konnten, auszulassen oder andere zu unterstreichen, die die Aktivitäten der sowjetischen Behörden in gutem Licht erscheinen ließen, und schließlich zeigten sich Jouhaux und Tarasov nicht einverstanden mit der in den Bericht aufgenommenen Empfehlung des Manpower-Direktoriums über die Freiheit zur gewerkschaftlichen Vereinigung, aus welcher Richtung diese auch komme, insgesamt aber begriffen die Sitzungsteilnehmer sehr wohl, daß vor allem auf dem Gebiet der organisatorischen Entwicklung bis zum Juni schon einiges geschehen war oder sich auf jeden Fall anbahnte. Darüber hinaus aber war es communis opinio, daß die Darstellung der Fakten zuweilen insofern auf einer zu schmalen Quellenbasis beruhte, als sie von Aussagen deutscher Arbeiter und Gewerkschaftler ausging, die einer Überprüfung nicht immer standhielten. Sicherheitshalber ließ Citrine dann auch einen Passus einfügen, durch den der WGB die Verantwortung für die Richtigkeit der Aussagen von sich schob [161]. Es will scheinen, als ob der Bericht überhaupt nur erörtert wurde, weil die Vorlage mit den alliierten Kontrollinstanzen vereinbart war und weil schließlich auch ein Beweis für die Aktivitäten des WGB gegenüber den angeschlossenen Verbänden geliefert werden mußte. Auf jeden Fall kam es darauf an, andere Instanzen zu dem einfachen Tatsachenbefund zu hören. Diese Bereitschaft wurde vom Manpower-Direktorium auf einer gemeinsamen Sitzung mit einer WGB-Delegation (Citrine, Jouhaux, Tarasov, Erban, Chambeiron) in Anspruch genommen. Denn über die Frage der Fehlinformationen, Ungenauigkeiten und überholten Erkenntnisse handelte die zweitägige Zusammenkunft vom 16. und 17. Juli in erster Linie. Die Manpower-Mitglieder erhoben Bedenken gegen eine Publikation des Berichts in der vorliegenden Form und sprachen sich für eine sehr allgemein gehaltene Fassung zur Veröffentlichung aus. Citrine wollte sich zwar dieses Veröffentlichungsrechts nicht begeben, schlug aber im Einvernehmen mit den übrigen Delegationsmitgliedern dem WGB-Büro vor, den Bericht zunächst einmal als Privatdokument zu übersenden und eine verbesserte, mit Ergänzungen seitens der alliierten Kontrollinstanzen versehene Version (Übersicht über die bisher getroffenen Maßnahmen) anzukündigen. Es war im Hinblick auf den großen zeitlichen Abstand zwischen Berichterstattung und Reise und die damit verbundene Antiquierungstendenz der ursprünglichen Ergebnisse nicht verwunderlich, daß die Manpower-Behörde selbst eine erneute Reise einer WGB-Delegation vorschlug [162].

Es ist ganz deutlich, daß Louis Saillant seit dem Sommer 1946 eine beschleunigte Behandlung der deutschen Gewerkschaftsfrage forcieren wollte – und zwar nicht nur mehr im Sinne der Organisationsförderung, sondern in dem der interzonalen einheitlichen Struktur und zugleich auch der interzonalen Kontakte bei gleichzeitiger gemeinsamer Diskussion der gewerkschaftlichen Inhalte. Schon in Moskau sprach der Generalsekretär von der jüngsten

161 Session Executive Bureau, 17.–20. 6. 1946 (Moskau), S. 48. Zum ganzen auch ebda., S. 41–49, Archiv WFTU, 8, IISG.

162 Meetings between Members of the WFTU Commission to Germany and the Directorate of Manpower, Berlin 16–18 July, 1946, TUC-Archiv 943/912. Am 18. Juli gab Citrine eine Pressekonferenz. Zur gemeinsamen Sitzung auch: Report submitted to the members of the Executive Bureau of the World Federation of Trade Unions (Sept. 20, 1946) concerning the Relations of the WFTU with the Allied Control Council in Berlin since the Session of the Executive Committee of June 1946, Archiv WFTU, 9. Dieser Delegationsbericht ist insgesamt optimistischer gehalten als das eigentliche Sitzungsprotokoll. Auf der Washingtoner Sitzung des Büros wurde der im Text genannte Vorschlag angenommen. Session Executive Bureau, 20.–24. 9. 1946 (Washington), S. 29, Archiv WFTU, 9, IISG.

sozialen, politischen und verwaltungspolitischen Entwicklung in Deutschland, die die Arbeit des WGB in der Deutschlandfrage beeinflussen müsse. »Many obstacles were likely to be erected against any uniform decision«[163]. Es ist nicht auszumachen, welche Ereignisse im einzelnen er gemeint hat, zu vermuten steht aber, daß die verschlechterten Ost-West-Beziehungen, die sich deutlich auf der zur Zeit der Moskauer WGB-Sitzung laufenden Pariser Außenministerkonferenz manifestierten, angesprochen waren. Bei aller Zurückhaltung, die die Unterhandlungskommission bei den Gesprächen des WGB mit dem Manpower-Direktorium im Frühjahr beachtet hatte, darf doch die Bildung einer Gesamtgewerkschaft auf ehemaliger Reichsebene sehr wohl als letztendliches Ziel angesprochen werden. Die Tendenz der Großen Politik schien nun die geographisch-politischen Voraussetzungen solchen Strebens zu unterlaufen. So war auch die Stuttgarter Rede des amerikanischen Außenministers Byrnes (6. 9. 1946) nicht dazu angetan, die Aussicht auf Einheit zu verstärken. Dazu trat, daß seit dem Sommer 1946 die AFL sich bemühte, den Einfluß des Weltgewerkschaftsbundes schon im Ansatz zurückzudrängen. Es ist begreiflich, daß der Generalsekretär des WGB im Herbst beim Kontrollrat auf Zulassung erster interzonaler Verbindungen drängte. Zwar war es zuvor schon zu ersten interzonalen Kontakten in Frankfurt gekommen, dieses Treffen hatte aber eher vorbereitenden Charakter gehabt[164]. Letztlich ging es bei Saillants Bemühungen nur um die Einlösung der vom Manpower-Direktorium akzeptierten Empfehlung über die losen Kontakte der einzelnen Zonengewerkschaften. Da der Kontrollrat allerdings als Tagungsort nur eine Stadt außerhalb Berlins zulassen[165] wollte, fand am 7. und 8. November 1946 in Mainz eine Interzonenkonferenz statt, die tatsächlich als erster Schritt zu einer Zusammenarbeit zwischen den Zonengewerkschaften und dem WGB gewertet werden darf – ein Schritt, der doch über die frühe Orientierungsphase hinausging[166]. Die deutschen Gewerkschaftler setzten das Verhältnis der Verbände zum WGB, die periodische Einberufung von Interzonenkonferenzen sowie die »Mitwirkung der Gewerkschaften beim Aufbau der deutschen Wirtschaft« auf die Tagesordnung. Saillant wollte seinerseits noch die Entnazifizierung in der Wirtschaft sowie die Gewerkschaftsjugend-Frage zu Verhandlungsthemen machen. Die wohl von allen Teilnehmern empfundene Dringlichkeit der interzonalen Kontakte resultierte in dem Beschluß, alle zwei Monate abwechselnd in den einzelnen Besatzungszonen zu Interzonenkonferenzen zusammenzukommen. Die nächste Konferenz war schon für den 15. bis 20. Dezember in Hannover vorgesehen. Die Einladung hierzu sollte durch den WGB im Einvernehmen mit der Zonengewerkschaft erfolgen. Saillant erklärte ferner, er werde alle Fragen gewerkschaftlicher Rechte, soweit sie einer Änderung und Vereinheitlichung bedurften, dem Kontrollrat zur Beschlußfassung unterbreiten. In der Entnazifizierungsfrage wurde ein Viererausschuß (Schleicher-amerikanische Zone, Hansen-britische Zone, Jendretzky – sowjetische Zone, Schneider – französische Zone) bestellt, der für die Konferenz in Hannover einen Gesamtbericht auf der Basis zonaler Informationen zusammenzustellen hatte. Das heißt: Es ging um den Beweis der Mangelhaftigkeit des Verfahrens. Ein weiterer Viererausschuß (Schlimme – Berlin, Ludwig – französische Zone, Richter – amerikanische

163 Session Executive Bureau (Moskau), S. 43.
164 Vgl. *Schmidt*, S. 46 f., sowie ausführlicher *Jürgen Klein*, Hand in Hand gegen die Arbeiter, Hamburg 1974, S. 383 f.
165 *Klein*, S. 383.
166 Werner Hansen und Hans Böhm waren in Mainz-Kastell von einem betrunkenen amerikanischen Wachsoldaten an der Durchreise gehindert worden und konnten aus diesem Grunde nicht an der Mainzer Konferenz teilnehmen. Vgl. *Klein*, S. 383 f.

Zone, Hansen) sollte für Hannover ein Papier zu Fragen der Mitbestimmung und Mitwirkung der Gewerkschaften in der Wirtschaft vorbereiten. Da es sich hier um eine hochaktuelle Problematik handelte, war es nicht erstaunlich, daß die deutschen Gewerkschaftler selbst die Frage auf die Tagesordnung brachten. Praktisch hat Saillant allerdings in Mainz die Fragestellung für die Konferenzunterlage umschrieben: »The General Secretary asked them [die deutschen Delegierten], what was the position of the trade Union organisations in this sphere, what rights the unions claimed in order to be able to take a fuller share in these questions, and by what means they would be able to modify the economic structure of the former Naziregime in order to prevent it being placed at the disposition of political forces which, as had been seen in the past, turned Germany into an aggressive power and Fascist State«[167]. Es entsprach der Rekonstruktionskonzeption des WGB, wenn schließlich ein dritter Arbeitsausschuß sich mit der Planung der Jugenderziehung und der Rolle der Gewerkschaftspresse auf diesem Aktionsfeld befassen sollte[168].

Die Hannoversche Konferenz, auf der Robert Chambeiron und Albert Preuß den WGB vertraten, nahm Entschließungen zu den Themen Mitbestimmung und Entnazifizierung an[169]. Die letztere Entschließung mag dann eine neutral gehaltene Erklärung der Unzufriedenheit über den Stand der Dinge geheißen werden können, insofern sie keine der Besatzungsbehörden explizit als säumig bezeichnete, Tatsache ist jedoch, daß es zu diesem Thema zu einer heftigen Diskussion über einen Entschließungsentwurf der sowjetzonalen Delegation kam, in dem die Mängel in der britischen Zone attackiert wurden. So verwies die Konferenz auf die Mangelhaftigkeit der Ergebnisse, bedauerte auch den geringen Handlungsspielraum der Gewerkschaften in dieser Frage, nannte aber nicht den »Täter«. Es scheint außerdem, als ob der bizonale Zusammenschluß auch gleich die Solidarität der westzonalen (britischen und amerikanischen) Gewerkschaften gefördert hätte, denn die Opposition gegen die – erwarteten – Auslassungen im FDGB-Papier erfolgte in Absprache der Gewerkschaften der britischen Zone mit der Militärregierung sowie mit den Kollegen aus der amerikanischen Zone. Dabei gab sich Markus Schleicher aus der amerikanischen Besatzungszone in der einschlägigen Vorbesprechung unbehaglich ob der Führungsrolle des WGB und äußerte Bedenken gegen die »Vormundschaft« bei weiteren Vierzonengesprächen. Man glaubte hier auch einhellig, auf die Hilfe des WGB verzichten zu können, da sowohl in der britischen als auch in der amerikanischen Zone die Militärbehörden die bizonale Zusammenarbeit gestattet hatten. Verständigung wurde auch darüber erzielt, daß die deutschen Gewerkschaften bei den Interzonentreffen ihre eigene Verantwortlichkeit durch Übernahme der Versammlungsleitung und Aufstellung der Tagesordnung demonstrieren sollten[170]. Auf Opposition stießen die Vertreter des FDGB ebenfalls, als sie auf Schaffung

---

167 Session Executive Bureau, 9./10. und 13./16. 12. 1946 (Paris), S. 98, Archiv WFTU, 9, IISG.

168 Saillants Bericht über die Mainzer Konferenz ebda. Ferner »Bericht über die Interzonentagung der deutschen Gewerkschaften mit dem Vertreter des Weltgewerkschaftsbundes, Generalsekretär Saillant, am 7. und 8. 11. 1946 in Mainz im Sitzungssaal des Eisenbahndirektionsgebäudes«. DGB-Archiv, Nachlaß H. Gottfurcht, WGB, sowie ein Bericht von Peter Kappes, Freiburg, über die Tagung ebda. mit Begleitschreiben des Gewerkschaftsbeauftragten der französischen Zone an die Manpower-Abteilung der französischen Militärregierung (15. 11. 1946). Der Bericht von Georg Reuter, bei *Klein*, S. 383 ff., und *Schmidt*, S. 46 f., zitiert, liegt uns nicht vor.

169 Abgedruckt in : FDGB, *Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften.* Informationsmaterial für Gewerkschaftsfunktionäre, Berlin 1947, S. 13 f. Protokoll der Vorbesprechung in DGB-Archiv, Nachlaß Gottfurcht, WGB.

170 PRO, FO 371/55377: Politische Abteilung Berlin an FO (Steel an Bevin), 21. 12. 1946 (Weekly Summary).

gesamtdeutscher Gewerkschaften drängten[171] – ein Problemkreis, der in Hannover allerdings auch nicht auf der vorher vereinbarten Tagesordnung stand. Ingesamt ist zu bemerken: Mochte in Mainz noch ein optimistisch stimmender Rahmen geschaffen worden sein, innerhalb dessen der WGB meinte wirken zu können, in Hannover wurden die Vertreter des Weltverbandes sehr rasch mit der Tatsache konfrontiert, daß der Konflikt der Großen Politik das Konfliktpotential auf gewerkschaftlicher Ebene förderte und offensichtlich von einer zonalen Einbindung der Gewerkschaften in jeweilige Besatzungspolitik die Rede sein konnte, was wiederum die Einheit als Zielvorstellung des WGB aus dem Bereich einer schnellen Realisierung rücken mußte. Dazu ein anderes: Wenn der WGB die deutsche Entwicklung steuern wollte, dann hieß das – negativ ausgedrückt – Widerstand gegen eine gewerkschaftliche Entwicklung, die den Tendenzen der Großen Politik folgte, hieß – positiv gewendet – Förderung des Einheitsgedankens und gleichzeitig Angebot, die deutschen Gewerkschaften in den Weltverband aufzunehmen. Gefahr drohte im übrigen dieser Strategie nicht nur von der weltpolitischen Entwicklung, sondern aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung selbst. In der Internationalen Transportarbeiter-Föderation schien man schon über einen etwaigen Anschluß des Fachverbandes der britischen Zone nachzudenken[172]. Jouhaux wies auf der Washingtoner Bürositzung des WGB auf die Unzulässigkeit einer Eingliederung vor entsprechendem WGB-Beschluß hin. Dieser Widerstand war begreiflich, wenn man weiß, daß die hier an anderer Stelle nachgezeichnete Frage der Umwandlung der Internationalen Berufssekretariate in Berufsabteilungen des WGB zu diesem Zeitpunkt einer Lösung noch keinen Schritt näher gerückt war und vornehmlich auf den Widerstand der ITF stieß. Eine Aufnahme des deutschen Verbandes mußte unter den gegebenen Umständen die Position des WGB entscheidend schwächen. Arthur Deakin, WGB-Präsident, gleichzeitig Mitglied des Management Committee der ITF, glaubte beruhigend wirken zu können, wenn er darauf hinwies, daß auf der ITF-Konferenz von Stockholm der deutsche Verband noch nicht zugelassen, die Zulassung lediglich als prinzipiell möglich anerkannt worden sei. Das war – auch nach Deakin – eine höchst subtile Unterscheidung, die gegenstandslos wurde, sobald von deutscher Seite der Beweis der Aufnahmewürdigkeit angetreten wurde[173]. Deakin rührte in der Verteidigung dieses Entschlusses an einen im Hinblick auf die Dringlichkeit des WGB-Anliegens in Deutschland sicherlich wunden Punkt: Er wies aus, daß die Exekutive bisher keine klare Politik gegenüber den deutschen Gewerkschaften stipuliert habe. Dieses Argument des britischen Transportarbeiterführers war nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Daß es an einer solch klaren Aussage im Sinne einer Integration der deutschen Gewerkschaften fehlte, mag man zunächst noch auf den schlechten Organisationsstand zurückführen. Erst waren überhaupt wieder Gewerkschaften aufzubauen. Begreiflich war es auch, wenn eine Harmonisierung der Strukturen sowie Zusammenarbeit zwischen den Zonen als wesentliche Voraussetzungen genannt wurden. Aber die zögernde Haltung schöpfte wohl noch aus anderen Motiven. Es kann nicht übersehen werden, daß gerade im ersten Jahr des WGB-Wirkens Louis Saillant sehr wesentlich die Aktivitäten der Exekutive bestimmte. Saillant war aber nicht nur Gewerkschaftler im Weltverband, er war auch Franzose, der in der französischen Widerstands-

171 Ebda.
172 Im August kam Oldenbroek bei John Hynd, dem Chancellor of the Duchy of Lancaster, um eine Reisegenehmigung für Deutschland ein. Schreiben vom 10. 8. 1946 in DGB-Archiv, Nachlaß H. Gottfurcht, Deutschlandreisen.
173 Session Executive Bureau (Washington), S. 28.

bewegung gegen die Besatzer gekämpft hatte. In seiner Ansprache auf dem Mainzer Interzonentreffen ließ er das deutlich durchblicken [174] und bezeugte eben äußerste Zurückhaltung, soweit es um die Aufnahme der deutschen Gewerkschaften in den Weltverband ging, wenngleich er diese Möglichkeit einräumte. Solange eine gewisse Gleichförmigkeit der Großen Politik gegenüber Deutschland bestand, warf diese Doppelqualität Saillants als französischer Widerstandskämpfer und Präsident ihres Verbandes bzw. Weltgewerkschaftssekretär kaum Probleme auf, erst als der wachsende weltpolitische Gegensatz die Wiederaufbauarbeit im Sinne des WGB zu unterlaufen drohte, somit eine verstärkte Bemühung um die kontrollierte Integration der deutschen Gewerkschaften einsetzen mußte, konnte solche Doppelqualität zu Schwierigkeiten Anlaß geben. Saillant hat das auf der Pariser Bürositzung vom Dezember 1946 wie folgt ausgedrückt: »He was perfectly aware of the fact that, on account of his position, he sometimes had to forget that he was French«[175]. Zu dieser aus historischer Erfahrung und politischem Erfordernis bedingten Zwiespältigkeit der eigenen Person trat die Notwendigkeit der politischen Verantwortung gegenüber den Freunden aus Widerstand und Konzentrationslager, trat also die Rechtfertigung der Motivation zur Zusammenarbeit mit deutschen Gewerkschaftlern – ein zuweilen offensichtlich schwieriges Unterfangen, da in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Qualität des deutschen Gewerkschaftlers nicht ohne weiteres von der kaum anerkannten Qualität des Deutschen oder Deutschseins geschieden wurde.

Eben diese zumindest nicht voll entwickelte Bereitschaft zur Differenzierung unter Deutschen formte ein wesentliches Motiv in der Rekonstruktionskonzeption Saillants, aber auch anderer Weltgewerkschaftler. Aus solcher Grundhaltung heraus ist auch die Konzentration auf die Entnazifizierung und Jugenderziehung und -umerziehung zu begreifen, wie etwa noch auf der Mainzer Interzonenkonferenz deutlich wurde. Wie definitiv die deutsche Niederlage auch immer gewesen sein mag, die Furcht vor einem Wiedererstehen des Faschismus oder Nationalsozialismus blieb zunächst virulent. So muß auch das Bemühen des WGB um Aufsicht über die Rekonstruktion der deutschen Gewerkschaften aus der im antifaschistischen Widerstandskampf geborenen historischen Erfahrung begriffen werden. Der Versuch, Saillant und andere zu Sprachrohren, Briefträgern oder Advokaten des Sowjetkommunismus oder gar sowjetischer Machtpolitik zu stempeln, resultiert aus einer antipodischem Denken verhafteten politischen Befangenheit, der es an Verständnis für diese historische Erfahrung ermangelt [176].

Auf eben dieser Pariser Bürositzung bezeugte Saillant nun Eile in der Frage der Integration deutscher Gewerkschaften. Er brachte den Antrag ein, mit der Prüfung der Aufnahmebedingungen zu beginnen, Vorabverhandlungen mit Alliierter Kontrollbehörde und Gewerkschaften anlaufen zu lassen und auf der nächsten Generalratssitzung einen Bericht sowie entsprechende Vorschläge einzubringen. Saillants Antrag wurde von den Büromitgliedern ohne nennenswerte Diskussion angenommen [177]. Welches Gewicht der General-

174 Das erhellt aus der oben unter Anm. 168 genannten Aufzeichnung von P. Kappes.

175 Session Executive Bureau (Paris, Dez. 1946), S. 101.

176 Daß die AFL und das State Department diese Denkrichtung pflegten, wird auch an anderer Stelle unseres Beitrages aufgezeigt. Auch die britische Regierung war nicht frei von solchen Auffassungen. So wird im Kommentar zu dem unter Anm. 170 genannten »Weekly Summary« von dem WGB als »one of the most useful Soviet mouthpieces« gesprochen. Auch deutschen Gewerkschaftern war solche Auffassung nicht mehr fremd.

177 Session Executive Bureau (Paris, Dez. 1946), S. 100 f., 102. Saillant führte wohl die Aufnahme der österreichischen Gewerkschaften als Beispiel an. Das diente zur Rechtfertigung gegenüber seinen französischen Freunden aus dem Widerstand. Er wollte gerade unter Anführung

sekretär der Frage beimaß, erhellt aus der Tatsache, daß er den ganzen Komplex dem Generalrat überlassen wissen wollte, wiewohl die Exekutive die Möglichkeit der Mitgliederaufnahme gehabt hätte. Nun mochte der Beschluß des Büros von Eile und Entscheidungsfreude zeugen, die Schwierigkeiten aber begannen erst, die zum einen von seiten des Alliierten Kontrollrats, zum anderen vom schärfsten Gegner des WGB, von der AFL, aufgeworfen werden konnten. Das zeigte sich auf der Bürositzung selbst, zu der das Berliner Manpower-Direktorium eingeladen war. Konfrontiert mit dem jüngsten Deutschlandbeschluß des Büros, bewiesen dessen Mitglieder äußerste Zurückhaltung. Sowohl Werts (USA), Luce (Großbritannien), Morenov (UdSSR) als auch Ziegel (Frankreich) nahmen den Beschluß zur Kenntnis, wollten und konnten auch keine Entscheidung des Kontrollrats vorwegnehmen. Die Schwierigkeiten ließen sich schon ermessen, wenn Werts meldete, daß vor einer Eingliederung ein nationaler Zusammenschluß zustande kommen, ja, möglicherweise selbst erst eine nationale Regierung gebildet werden müsse. Der französische Vertreter ergriff sogar die Gelegenheit, den für ihn in der ehemaligen Reichsidee implizierten deutschen Größenwahn zu zitieren, die Erziehungsfunktion gerade des WGB in diesem Bereich zu betonen, um zugleich eine Vielzahl von Fragen vorzulegen, die die Aufnahme der österreichischen Gewerkschaften betrafen, sich auf die anvisierten Aufnahmebedingungen für die deutschen Gewerkschaften bezogen und im Detail einfach nicht beantwortet werden konnten[178]. Ein Schluß auf das künftige Verhalten des Kontrollrats war aus den Auslassungen der Manpower-Leute jedenfalls nicht zu ziehen.

Abgesehen von der im einzelnen noch nicht bekannten Haltung der Zonengewerkschaften, mußte zu diesem Zeitpunkt ganz sicher die Opposition der AFL in alle Spekulationen über eine Integration deutscher Gewerkschaften in den WGB einbezogen werden – als fester negativer Faktor. Daß für die AFL Deutschland ein bevorzugtes Arbeitsfeld sein würde, lag auf der Hand. Irving Brown wirkte schon seit Anfang 1946 in Europa und nahm Kontakte mit Gewerkschaftsführern der britischen und amerikanischen Zone auf. Im Sommer schickte die AFL Max Brauer und Rudolf Katz von der »German Labor Delegation« nach Deutschland, die beim Aufbau der Gewerkschaften in der britischen Zone helfen und Informationen an die AFL schicken sollten[179]. Wie rasch sich enge Beziehungen gestalteten, erhellt aus einem Schreiben Markus Schleichers an Hans Gottfurcht, in dem von der »täglichen« Unterstützung der Gewerkschaften durch AFL-Leute die Rede ist, was als »praktische Lösung gewerkschaftlicher Solidarität«[180] empfunden wurde; und wenn Schleicher eben solche Solidarität positiv gegen die Entsendung von Untersuchungskommissionen absetzte, dann ist der Schluß zulässig, daß die gleichsam aus der unmittelbaren Nachbarschaft heraus wirkenden Amerikaner einen deutlichen Interventionsvorsprung gegenüber den von Paris aus mit Kommissionen und gemeinsamen Entschließungen arbeitenden Exekutivgremien des WGB erzielten, wobei die sicherlich eindrucksvolle und als Überzeugungshilfe nicht zu unterschätzende CARE-Paket-Aktion ein zusätzliches Gewicht in die Waagschale

---

des österreichischen Beispiels darauf hinweisen können, daß die Deutschen genau wie die Österreicher im Widerstand gegen Hitler gestanden hatten. Sie nähmen selbst in der Entnazifizierungsfrage eine entschiedenere Haltung ein als die Gewerkschafter Österreichs.

178 Hierzu ebda., S. 128 ff.

179 Vgl. *Werner Link*, Die Mitwirkung amerikanischer Gewerkschafter und Geschäftsleute an der Stabilisierungspolitik in Westdeutschland 1945–1949, in: Politische und Ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands, 1945–1949. Fünf Beiträge zur Deutschlandpolitik der westlichen Alliierten, hrsg. von *Claus Scharf* und *Hans Jürgen Schröder*, Wiesbaden 1977, S. 46.

180 Schleicher an Gottfurcht, 12. 6. 1946, DGB-Archiv, Nachlaß H. Gottfurcht, Deutschlandreisen.

warf[181]. Schon im Frühjahr 1946 wollte die AFL dem WGB-Besuch nicht nachstehen und kam selbst um Einreiseerlaubnis beim amerikanischen Kriegsministerium ein. Matthew Woll, Vizepräsident, bat dabei um die Möglichkeit, deutschen Arbeitern AFL-Ansichten darzulegen[182]. Allerdings startete erst im Oktober 1946 zum erstenmal eine AFL-Delegation zu einer Studienreise nach Deutschland, deren Ergebnisse sowohl der Öffentlichkeit als auch im vertraulichen Gespräch Präsident Truman mitgeteilt wurden[183].

Es kann hier nicht die Aufgabe sein, die Beziehungen zwischen deutschen und AFL-Gewerkschaftlern im einzelnen darzulegen[184]. Konzentrieren wir uns auf die Opposition zum WGB. Es kam schon im Zusammenhang mit der Mainzer Interzonenkonferenz zu einer sehr konkreten Gegensätzlichkeit, als AFL-Gewerkschaftler versuchten, Zugang zur Konferenz zu erhalten. Sie wurden abgewiesen[185]. Welche Bedeutung die AFL der Abwehr des WGB-Einflusses in Deutschland beimaß, erhellt aus einem Telegramm der Gewerkschaftsspitzen an Außenminister Byrnes, als das Gerücht die Runde machte, das Manpower-Direktorium habe auf der Pariser Sitzung des Exekutivbüros die Aufnahme der deutschen Gewerkschaften mit Saillant und den Seinen arrangiert. Da fuhr man ein ebenso umfangreiches wie terminologisch expressives Arsenal an Antikommunismus auf in einer der AFL eigenen, schon länger gepflegten Diktion, in der der WGB schlicht als fünfte Kolonne und Marionettentheater Moskaus erschien[186]. Der nachgerade hysterische Ausbruch des Duos Woll-Meany, dem im übrigen eine wenn auch nicht im Prinzip, so doch in der Form unterschiedliche, das heißt ruhigere Betrachtungsweise des State Department gegenüberstand, erklärt sich zwar primär aus einem alten, festverwurzelten militanten Antikommunismus der AFL, war aber in diesem Augenblick besonders begreiflich, da die zweite Deutschlandreise einer WGB-Delegation schon feststand, auf der für Februar 1947 anberaumten Inter-

181 In den Jahren 1946–48 erhielten bis zu 1700 Gewerkschaftler alle zwei Wochen CARE-[Cooperative for American Remittances to Europe] Pakete. Vgl. *Link*, a. a. O., S. 48.

182 Gesprächsaufzeichnung. N. A., Diplomatic Branch, Dec.file. 862.5043/5–246. Clay hatte gegen die Einreise nichts einzuwenden. Ebda. 862.5043/5–1446.

183 Vgl. *Link*, a. a. O., S. 47. Er nennt die Vorschläge wegweisend für die transnationale Politik der AFL.

184 Das bleibt einer Beschreibung im Rahmen unseres Projekts »Die Gewerkschaften und die Entwicklung der sozialökonomischen Struktur in Westeuropa, 1945–1950« (Arbeitstitel) vorbehalten.

185 Dazu berichtete Saillant auf der Sitzung des Büros folgendes »[. . .] that there had been some skirmishes in the course of the journey, with the representatives of the AF of L which had established an office in Frankfurt and hoped to be able to open another in Berlin. They decided to hamper the work of the WFTU. They had at their disposal great material and financial resources and had asked to take part in the Conference at Mayence. The German Trade Union representatives at this conference had examined the application from the AF of L without the presence of the General Secretary and had unanimously decided to reply by a refusal, because they wished only to have official contacts with the WFTU«. Session Executive Bureau (Paris), S. 99. Nach einem Telegramm der amerikanischen Behörden in Berlin an den Außenminister hatte ein Abteilungsleiter der französischen Manpower-Division die AF of L-Vertreter Doherty, Feinberg und Jacobs zur Teilnahme am Mainzer Treffen aufgefordert. Der Chef der Manpower-Abteilung habe die Einladung jedoch auf Drängen Saillants wieder zurückgezogen. N.A., Diplomatic Branch, Dec. file 862.5043/12–2446. Zur Reaktion der AFL: Die Gewerkschaft ließ das Telegramm noch am 5. Jan. 1947 auszugsweise in der »New York Times« zum Abdruck bringen mit der Mitteilung, demnächst eine Konferenz mit Byrnes zu beantragen, um dort Beweismaterial vorlegen zu können. Michael Ross wandte sich öffentlich gegen diese Fehlinformationen, ebenso wie F. Rosenblum (beide CIO), der die Konferenz mit dem Manpower-Direktorium geleitet hatte und Acheson vom genauen Hergang unterrichtete. Rosenblum sprach von »slanderous statements«. Ebda. 800.5043/1–547. Ebendort auch die NYT-Ausschnitte. Ein Dementi Clays veröffentlichte die NYT am 7. 1. 1947.

186 Woll an Byrnes, N.A., Washington, Diplomatic Branch, Dec.file 862.5043/12–2446.

zonenkonferenz in Berlin die Einheits- und Eingliederungsfrage zur Diskussion stehen und schließlich auf der für Prag geplanten Generalratssitzung das Aufnahmeverfahren im einzelnen erörtert werden sollte.

Die zweite Deutschlandreise der WGB-Delegation nahm 4 Wochen in Anspruch[187]. Das Informationsprogramm ging erheblich über die Inhalte der ersten Reise hinaus. Natürlich stand immer noch die höchst aktuelle Entnazifizierung auf der Tagesordnung, ebenso wie die organisatorische Entwicklung der Gewerkschaften allgemein, die Fragen der Gewerkschaftspresse und der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Wichtig aber vor allem erschien, daß sich der WGB in seiner Fragestellung der aktuellen Diskussion jener Zeit anschloß – der Diskussion um die Rekonstruktion der sozialökonomischen Struktur und die Rolle der Gewerkschaften in diesem Neuaufbau. Dabei sei festgehalten, daß zwischen Entnazifizierung als Ziel und der Neustrukturierung der Wirtschaftskompetenzen in Industrie und Landwirtschaft eine enge Beziehung bestand. Das Ergebnis der Reise war ein 88 Seiten langer Bericht, der auf Informationen von Gewerkschaftssekretariaten oder anderen gewerkschaftlichen Instanzen, Militärbehörden, einzelnen Gewerkschaftlern sowie auf Eindrücken und Gesprächen aus Betriebsbesuchen beruhte. Die umfangreichen Schlußfolgerungen[188] sind nun nicht unbedingt als das Ergebnis freudiger Übereinstimmung in der Delegation anzumerken. Widerstand kam vor allem vom TUC-Vertreter Albert Carthy (der auch Einwände gegen den Bericht selbst erhob), ohne daß seiner Opposition letztendlich Erfolg beschieden gewesen wäre[189]. Es ist doch auffällig, daß zu den Fragen sozialökonomischer Rekonstruktion deutliche Meinungsverschiedenheiten auftauchten, die die Rolle der Gewerkschaften in dem Neuordnungsprozeß, etwa im Betriebsmanagement, betrafen. Dabei ging es um den Kompetenzbereich der Betriebsräte. Der WGB-Report verlangte allgemein mehr Befugnisse für die Gewerkschaften im wirtschaftlichen Wiederaufbau. Sie sollten mindestens in gleicher Stärke wie die Unternehmer vertreten sein, »if one wishes to prevent the Chambers of Industry, of Commerce, or Crafts or Agriculture to pursue a policy opposed to the pacific aims set for the German economy«[190]. Zwar begrüßte der Bericht Verordnung Nr. 22 des Alliierten Kontrollrats über die Befugnisse der Betriebsräte, er verlangte jedoch eine rechtliche Festschreibung der Betriebsratskompetenzen im »co-management« der Betriebe. Diese Forderung mochte dann in der deutschen gewerkschaftlichen Öffentlichkeit zentral sein, der TUC-Mann stieß sich an solchen Kompetenzerweiterungen. Zog der britische Gewerkschaftler bei der Forderung nach Mitspracherecht bei Einstellung und Entlassung noch mit, zum Betriebsmanagement hieß es allerdings in seinem Änderungsvorschlag: »There appears to be some confusion in the minds of German trade unionists as to the powers devolving upon Works Councils under the pre-Nazi legis-

187 Zur Delegation zählten Jouhaux, Carthy, Rostovskij, Erban, Preuß, Kupers, Chambeiron (die beiden letzteren waren nicht auf der ganzen Reise anwesend).

188 Die zahlreichen Daten des Berichts können hier nicht im einzelnen erörtert werden. Ein Exemplar in: Archiv WFTU, 17: Provisional Report of the 2nd WFTU Enquiry Commission on the Situation in Germany. January-February 1947, IISG. Den Bericht verfaßte R. Chambeiron. Dazu die Übersicht des Politischen Beraters bei der US-Militärregierung für den amekanischen Außenminister (»The World Federation of Trade Unions and the German Labor Movement«), N. A., Diplomatic Branch, Dec.file 800.5043/7–3147. In dieser Übersicht wird Chambeiron als »pro-Communist« bezeichnet.

189 Siehe dazu den Vermerk Bells an Tewson vom 16. Mai 1947, TUC-Archiv 943/912. Uns liegen nur Angaben zum Widerstand Carthys vor. Nach der unter Anm. 188 genannten Übersicht scheint etwa Germer den Bericht gar nicht gekannt zu haben.

190 Provisional Report, S. 83.

lation in this connection. It must be made clear that at no time has German Works Councils legislation given these bodies the right to a say in the management of undertakings in which they operate«[191]. Es ist hier nicht zu erörtern, ob es sich um prinzipielle Erwägungen über den Funktionsrahmen von Betriebsräten handelt oder ob etwa Furcht vor kommunistischen Mehrheiten in diesen Räten das Amendement diktiert hat – solche Furcht beherrschte auf jeden Fall in der Frühphase die britische Militärregierung –, aber hinzuweisen ist doch auf eine ähnlich gerichtete und zugleich motivierte Zurückweisung seitens des politischen Beraters bei der amerikanischen Militärregierung. Hier wollte man den Einflußbereich der Betriebsräte als Ergebnis des freien Kräftespiels zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ohne Einmischung der Behörden – in diesem Fall des Kontrollrats – abgesteckt wissen[192]. Kritischer Betrachtung unterzog Carthy auch die Auslassungen über organisatorischen Aufbau und Finanzierungssystem der Gewerkschaften. Chambeiron übte in seinem Entwurf tatsächlich äußerste Zurückhaltung, wenn er darauf hinwies, daß in einigen Gewerkschaften eine allzu große Konzentration von Verwaltung und Finanzen herrsche, was dem ursprünglichen Rat des WGB widerspreche. Der WGB müsse auch jetzt noch zu seinem früheren Vorschlag stehen[193]. Das war eine bescheidene Kritik an der Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone, eine Kritik, die Carthy erheblich schärfer gefaßt wissen wollte. Er sprach von völlig fehlender Autonomie, geißelte zugleich das indirekte Wahlsystem innerhalb der Gewerkschaftsverbände, während sich der Chambeiron-Entwurf mit der Feststellung des geheimen Wahlverfahrens zufrieden gab[194]. Identisch waren beide Entwürfe in der Furcht vor dem Aufkommen christlicher Gewerkschaften, im Chambeiron-Papier allerdings wurde Westdeutschland genannt, was im Carthy-Entwurf fortfiel. Bedeutsam erscheint zugleich der Hinweis im Chambeiron-Entwurf, daß hier im Zusammenhang mit den Interzonenkonferenzen auf Probleme gewiesen wurde, die nur auf nationaler Ebene zu lösen seien. Eben dieser Hinweis unterblieb bei Carthy, der nur von Fragen »covering Germany as a whole« sprach[195]. Eine gewisse Identität der Anschauung entwickelten die Autoren zwar in der Entnazifizierungsfrage, gleichwohl blieb Chambeiron schärfer in der Diktion und nannte auch in diesem Zusammenhang Monopole und Kartelle neben den Junkern als die Hauptschuldigen, deren wirtschaftliche Basis zu beseitigen war (»to erase«) – eine Bemerkung, die bei Carthy nicht auftrat[196]. Es ist nicht anzunehmen, daß Carthys Entwurf irgendwie Berücksichtigung gefunden hat[197]. Die auf

---

191 WFTU Commission to Germany. Draft Conclusions submitted by A. E. Carthy, S. 4, TUC-Archiv 943/912.

192 Dazu die unter Anm. 188 genannte Übersicht, S. 13.

193 Im Provisional Report, S. 80.

194 Punkte 2, 3 und 4 des Carthy-Entwurfs (s. Anm. 191).

195 Punkt 7 bei Carthy. Bei Chambeiron heißt es: »[...] questions [...] which can only be solved on a national plane«.

196 Provisional Report, S. 86.

197 Punkt 43 bei Carthy. Der Entwurf der »Conclusions« wurde dem TUC von Saillant am 8. Mai zugesandt; TUC-Archiv 943/912. Eine vor den Prager Sitzungen geplante Besprechung des gesamten Papiers fand nicht statt, da die Terminkalender der Delegationsmitglieder nicht aufeinander abgestimmt werden konnten. Ebda. (12. Mai). Saillant erhielt unter dem 23. Mai vom TUC die Nachricht, daß der Bericht stark änderungsbedürftig sei (sprachlich und inhaltlich). Zugleich wurde ihm ein neuer Entwurf der »Conclusions«, verfaßt von Carthy, zugeschickt. Beide Dokumente ebda. Nun ist nicht ganz ersichtlich, ob dieses Papier vor Büro- und Ausschußsitzung von Prag noch als ganzes behandelt worden ist. Es kann lediglich gesagt werden, daß Carthy einige Vorschläge einbrachte, die nicht honoriert wurden. Eine Aufstellung dieser Vorschläge ebda. Offensichtlich aber hat Carthy zusammen mit Chambeiron den Resolutionsentwurf zur Deutschlandfrage verfaßt. Handschriftliche Notiz ebda.

der Basis der Deutschlandberichte im Exekutivausschuß in Prag (7.–8. Juni 1947) angenommene Resolution über die Lage in Deutschland, die dem Generalrat vorzulegen war, macht deutlich, daß Chambeirons Papier Ausgangspunkt blieb. Da wurde eben die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung »with satisfaction« anerkannt, blieben die Forderungen für die Betriebsratskompetenzen erhalten, verlangte man einen »predominant« Gewerkschaftseinfluß in den Entnazifizierungsausschüssen (bei Carthy lediglich »adequate«) und wandte sich schließlich ganz konkret dem Anschluß der deutschen Gewerkschaften an den WGB zu. Auch hier blieb Carthy doch recht vage, insofern er nur von »close liaison« sprach, Chambeiron jedoch schon »affiliation« in Aussicht stellte. Die Ansicht, daß die Zeit für eine Aufnahme der deutschen Gewerkschaften reif sei, vertrat vor allem die sowjetische Delegation, während der polnische Vertreter und einige andere Delegierte sich widersetzten. Das Exekutivbüro erarbeitete einen Kompromißvorschlag, der im Prinzip die Aufnahme der deutschen Gewerkschaften festlegte, jedoch an einige Bedingungen band: So war in Deutschland ein ständiges Verbindungsbüro des WGB einzurichten, das in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften die Bedingungen für eine nationale Gewerkschaftseinheit ermitteln sollte. Diese Gewerkschaftseinheit war unerläßliche Vorbedingung der Aufnahme. Es oblag den Deutschen, an der Einberufung eines Nationalkongresses für die Gewerkschaften zu arbeiten. Ferner mußte das WGB-Büro aufgrund von Informationen des Verbindungsbüros sein Plazet zu Struktur und Aktivitäten der Gewerkschaften geben. In der Zwischenzeit galten die Empfehlungen der Interzonenkonferenzen als »overall point of view« der deutschen Gewerkschaften. Diese Resolution wurde auf der Sitzung des Generalrats (9.–14. 6.) zwar bis auf wenige Änderungen angenommen, immerhin aber scheint sich die polnische Delegation der Stimme enthalten zu haben[198]. Daß zur Generalratssitzung auch deutsche Gewerkschaftsvertreter eingeladen waren, unterstrich wohl die Bereitschaft der WGB-Exekutive, die Deutschen in den Weltverband aufzunehmen[199].

Wird man einerseits die Prager Konferenzen rein formal als Höhepunkt in den Beziehungen zwischen WGB und den deutschen Gewerkschaften anerkennen können, dann bleibt es andererseits doch fraglich, ob zu diesem Zeitpunkt der deutsche Einheitswille noch stark genug war, oder anders gefaßt: ob die Bedingungen in Deutschland selbst geeignet waren, noch jene Voraussetzung des Anschlusses an den WGB: die nationale Gewerkschaftsbildung, zu erfüllen. Gewiß, Hans Böckler, selbst in Prag anwesend, schrieb im »Bund« einen recht positiven Beitrag über den WGB, mit dessen Hilfe es gelingen werde, die deutschen Gewerkschaften zusammenzubringen. Die Prager Ereignisse wurden als Gewinn für die deutsche Gewerkschaftsbewegung verbucht. Böckler schrieb dies sehr zum Erstaunen des amerikanischen Generalkonsuls in Bremen, Maurice W. Altaffer, sehr zum Erstaunen auch des politischen Beraters bei der US-Militärregierung, der konstatierte, daß Böckler ebenso wie Fritz Tarnow in eine geschickt gestellte Falle des WGB gelaufen sei. Tarnow soll nach seiner Rückkehr aus Prag gezögert haben, ausländische Gewerkschaftler ohne vorherige Unbedenklichkeitserklärung seitens des WGB zu empfangen – eine kaum glaubwürdige Beobachtung. Es ist hier nicht zu erörtern, ob etwa Böckler, wie Altaffer vermutete, zur

198 Information Bulletin, Special number, July 1947, 13–14 (39–40), S. 24 f.

199 Die deutsche Begrüßungsansprache hielt Hermann Schlimme, Berlin. Dazu *Albert Behrendt*, Der Weltgewerkschaftsbund und die deutschen Gewerkschaften, Berlin-DDR 1965, S. 80. Der Text der Rede wurde auch dem State Department zugesandt, N. A., Diplomatic Branch, Dec. file 800.5043/7–2347. Neben H. Schlimme nahmen deutscherseits teil: Böckler, Tarnow, Jendretzky, Schneider, Ludwig, Fleck.

positiven Einstellung durch die jüngere Generation in der Gewerkschaftsbewegung gezwungen worden ist[200], hinzuweisen ist jedoch für diese Phase auf die Diskussion um den Marshall-Plan, der für die westzonalen Gewerkschaften ein Dilemma heraufbeschwor, dessen Lösung weitgehend auch die Position des WGB in den Westzonen bedingte. Während Böckler die Arbeit des WGB optimistisch begrüßte, erschien gleichzeitig ein Leitartikel, in dem der Autor nicht nur die Ost-West-Teilung Deutschlands infolge der Marshall-Plan-Entwicklung befürchtete, sondern auch auf das ausgesprochene amerikanische Eigeninteresse solcher Wirtschaftsplanung und die damit verbundene kapitalistische Rekonstruktion der Wirtschaft sowie auf Gefahren für die Sozialisierung hinwies. Solche wenig erfreuliche Aussicht hinderte dann aber nicht daran, die Annahme der Marshall-Plan-Hilfe angesichts der wirtschaftlichen Situation Deutschlands anzuraten. Dieses Dilemma aus strukturreformerischem Anspruch und wirtschaftlicher Randexistenz überwand die Zeitung durch die optimistisch gehaltene Aufforderung an die deutschen Gewerkschaften und den Weltgewerkschaftsbund, die Rechte der Arbeitnehmer und die Sozialisierung sicherzustellen[201]. Das war Deklamation eines Konfliktpotentials, ohne die Konfliktlösung auch nur anzudeuten, wobei hier nicht erwogen werden soll, ob es nach Annahme der Hilfe überhaupt eine Lösungsmöglichkeit geben konnte.

Es ist deutlich, daß der Einfluß des WGB in den Westzonen in gleichem Umfang abnehmen mußte, in dem sich der Ost-West-Konflikt um den Marshall-Plan vertiefte und in dem durch diesen gleichsam überlagernden Konflikt jene Kräfte gefördert wurden, die ohnehin Furcht vor einer allzu intensiven kommunistischen Durchdringung bei Schaffung einer gesamtdeutschen Gewerkschaft anzeigten. Es fragt sich tatsächlich, ob man allerorten in der Gewerkschaftsbewegung von der Möglichkeit überzeugt war, die Gewerkschaftseinheit auf »Reichsebene« zustande bringen zu können oder zu müssen. Zweifel an einer solchen Chance weckte Fritz Tarnow nach einer Zusammenkunft (5. Juni 1947) der britischen und amerikanischen Zonensekretariate, die sich mit »der Frage nach der weiteren Konzentration der gewerkschaftlichen Organisation« befaßte. Die Versammlung glaubte nicht, die Zustimmung der Besatzungsmächte zu einem gewerkschaftlichen Zusammenschluß im »Reichsmaßstab« erreichen zu können, sah aber Möglichkeiten eines bizonalen Zusammengehens, was ja der bizonalen Entwicklung in Wirtschaft und Verwaltung entsprach. Zwar hielt man die Frage des vierzonalen Zusammenschlusses noch für informations- und aussprachewürdig, aber an keiner Stelle wird etwas von besonderer Bemühung um Durchsetzung des Einheitsgedankens deutlich[202].

---

200 Altaffer an Außenminister, 25. 7. 1947, N.A., Diplomatic Branch, Dec.file 800.5043/7–2547. Zur Falle für Tarnow und Böckler der Bericht (Anm. 188) des Politischen Beraters bei der US-Militärregierung.

201 Dazu das Schreiben Altaffers (Anm. 200).

202 Zwei gleichlautende Schreiben von Tarnow an den FDGB und die Gewerkschaft der französischen Zone, DGB-Archiv. Nach Angaben des FDGB-Mannes Hans Jendretzky soll Tarnow erklärt haben: »Von unserem Zonenrat wurde der Beschluß gefaßt, die Zusammenlegung der Gewerkschaften beider Zonen zu einem Gewerkschaftsbund anzustreben. Sobald die diesbezüglichen Voraussetzungen gegeben sein werden, besteht kein Hindernis, die französische Zone miteinzubeziehen in den westlichen Deutschen Gewerkschaftsbund. Es ist notwendig, eine starke Zusammenschließung der Gewerkschaften für den Westen herbeizuführen, um ein gewisses Gleichgewicht den Kräften im Osten gegenüberzustellen. Der Osten ist uns in seiner Mitgliederzahl weit überlegen«. Nach der gleichen Quelle hat Schleicher am 5. Juni gesagt: »Es ist für mich zwecklos, mit den Kollegen der Ostzone zusammenzukommen, weil ich weiß, daß praktisch ein Zusammenschluß nie erfolgen kann«. Und weiter: »Mit welchem Recht geben wir den Kollegen aus der Ostzone die Möglichkeit zu bestimmen, mit wem wir uns ver-

Auf der 5. Interzonenkonferenz von Badenweiler wurde nach einer umfangreichen Debatte schließlich ein Arbeitsausschuß eingesetzt, der die Bedingungen für die Einberufung eines gesamtdeutschen Gewerkschaftskongresses ausarbeiten sollte[203]. Die erste Sitzung des Arbeitsausschusses (17.–19. 9., Berlin) – inzwischen war am 20. August die Bildung eines bizonalen Gewerkschaftsrates beschlossen worden – stand schon ganz im Zeichen des Ost-West-Gegensatzes. Während die ostzonale und die Berliner Delegation auf sofortige Festlegung eines Termins für den gesamtdeutschen Gewerkschaftskongreß drängten, vertrat Albin Karl (britische Zone) die Meinung, ein organisatorischer Zusammenschluß ohne wirtschaftliche Einheit könne keine praktische Gewerkschaftsarbeit leisten. Damit lag Karl, unterstützt etwa von Markus Schleicher, genau auf der Linie Lucius D. Clays, der Anfang September die wirtschaftliche Einheit als Vorbedingung zur gewerkschaftlichen Zusammenfassung erklärte, zu diesen Vorbedingungen allerdings auch die Freizügigkeit zwischen den Zonen zählte und zudem die Gewerkschaften dezentralisiert, finanziell unabhängig und frei von politischem Druck sehen wollte. Schleicher machte daraus eine Claysche Forderung nach Freiheit vom Polizeistaat. Bei der allseitig herrschenden Meinung über den »demokratischen« Charakter der sowjetischen Besatzungszone enthielt solche Auslassung allein schon eine Ablehnung. Richter (Hessen) glaubte die Gewerkschaften noch zu schwach, um eine einheitliche Bewegung zu schaffen. Albin Karl brachte schließlich auch den Antrag ein: »Der Arbeitsausschuß stellt fest, daß die Voraussetzungen zu einem gewerkschaftlichen Zusammenschluß noch nicht gegeben sind. Diese Voraussetzungen selbst aber können nur durch die Besatzungsmächte geschaffen werden«[204]. Angesichts nun der in der »Tribüne« gestarteten Angriffe gegen die westzonalen (britische und amerikanische Zone) Gewerkschaften und einige ihrer Vertreter kam es zu scharfen Protesten seitens der westzonalen Delegation,

---

binden wollen«. DGB-Archiv, Britische Zone, Gewerkschaftliches Zonensekretariat, Schriftwechsel, Rede von M. Luce [...] Berlin Berichte, Zur Bundesvorstandssitzung am 7./8. 10. 1947, Material nur für Bundesvorstandsmitglieder, Anhang zum Referat Jendretzky, S. 2–4.

203 Nach einem MS von Viktor Agartz (DGB-Archiv, Bestand Agartz) handelte es sich bei diesem Arbeitsausschuß um das Ergebnis einer Verschleppungstechnik, inszeniert von F. Tarnow im Einvernehmen mit Joseph Keenan, AFL-Mann aus Chicago und in der amerikanischen Militärregierung für Gewerkschaftsfragen zuständig. Wir haben keinen weiteren Beleg finden können, weisen aber darauf hin, daß wir noch nicht alle OMGUS-Papiere (OMGUS = Office of Military Government United States) gesehen haben. Möglicherweise bietet auch der Keenan-Bestand in der Catholic University, Washington, Aufschluß. Jedenfalls ist das Tarnow-Keenan-Verhalten in Übereinstimmung mit George Silvers Auslassung (OMGUS-AFL), der zur Strategie und Taktik der westzonalen Gewerkschaften in einem Memorandum im September 1947 schrieb: »[...] Aber ihre Stellung ist insofern schwierig, als sie vermeiden müssen, in die Falle zu gehen, ohne offen gegen die Einheit aufzutreten; daher darf man ihr Handeln nicht nach dem äußeren Anschein werten, sondern muß es im Lichte der taktischen Lage sehen«. Bei *G. S. Wheeler*, Die amerikanische Politik in Deutschland, Berlin 1958, S. 94. Tarnow soll gegenüber Keenan vom Druck der Mitgliedschaft auf Durchführung der Einheitspolitik gesprochen haben, dem man schwer widerstehen könne, wolle man seinen Ruf als unabhängiger Gewerkschaftsführer nicht gefährden. Sie seien sich aber bewußt, daß sie bei einer nationalen Organisation aus der Führung gedrängt würden. Zu den intensiven Diskussionen in Badenweiler liegen uns keine weiteren inhaltlichen Hinweise vor. Siehe aber das MS »Rückblick auf Badenweiler« eines Gewerkschaftlers der französischen Zone, datiert Tuttlingen, 19. August, DGB-Archiv, Interzonen-Konferenzen.

204 Aktenvermerk über die Beratungen des Arbeitsausschusses der 5. Interzonenkonferenz zur Frage der Bildung einer deutschen Gewerkschaftseinheit, abgehalten vom 17.–19. 9. 1947 in Berlin. Streng vertraulich. DGB-Archiv, Interzonen-Konferenzen. Dort auch eine Erklärung von Karl, Richter, Föcher, Hagen und Schleicher vom 18. 9. Der Begriff »Polizeistaat« taucht im Aktenvermerk auf. Dieser fehlt in der Wiedergabe der Bedingungen Clays, wie sie aufgezeichnet stehen in: Session Executive Bureau, 18.–24. 11. 1947 (Paris), S. 27, Archiv WFTU, 10, IISG. An der Sitzung nahm auch Chambeiron teil. Dazu Agartz, MS, S. 235.

und es ist bei der sehr feindseligen und kaum von Hoffnung auf Einheit getragenen Stimmung noch erstaunlich, daß es überhaupt zu einer gemeinsamen Entschließung kam, die zurückhaltend formuliert war. Es handelte sich um einen Beschlußentwurf für die 6. Interzonenkonferenz, die den allgemeinen Kongreß anstreben sollte. In den weiteren Punkten wurde der Arbeitsauftrag des Ausschusses umrissen und der WGB beauftragt, bei den Besatzungsmächten auf Zulassung eines allgemeinen Gewerkschaftskongresses zu drängen. So blieb zwar der Gedanke an gewerkschaftliche Einheit lebendig, wurde aber in keiner Weise auch nur in Anfängen realisiert. Auf der Interzonentagung von Bad Pyrmont (21.–23. 10.) beschlossen die Teilnehmer, einen allgemeinen Gewerkschaftskongreß für das Frühjahr 1948 einzuberufen, aber solche Entschließung kann wiederum über die ganze Mühseligkeit der Verhandlungen nicht hinwegtäuschen. Da standen eben wieder dem Drängen der ostzonalen und Berliner Vertreter die Bedenken des Westens über unterschiedliche Ideologie, Ungewißheit über künftige Organisationsform, Widerstand der Besatzungsmächte gegenüber. Die Bereitschaft zur Mitarbeit reichte nur bis zu dem Verlangen, die Interzonenkonferenz als zentrale Vertretung anzuerkennen. Somit wurde die von den FDGB-Delegierten eingebrachte Entschließung über Festsetzung des Kongresses auf das Frühjahr 1948 nur deshalb angenommen (12 : 10 Stimmen), weil Georg Reuter (München) und einige Delegierte der französischen Zone dafür stimmten. Zudem handelte es sich bei dem geplanten Kongreß noch nicht um den eigentlichen Gründungskongreß eines gesamtdeutschen Gewerkschaftsbundes. Sehr richtig weist Hans Gottfurcht in einem seiner Deutschlandberichte auf das Unlogische und Widerspruchsvolle hin, wenn in einer weiteren Entschließung dem WGB vorgeschlagen wurde, »die Interzonen-Konferenz als das Gewerkschaftsinstrument für Deutschland anzuerkennen, das bis auf weiteres genügt, den Anschluß an den Weltgewerkschaftsbund zu ermöglichen«[205].

Das Exekutivbüro des WGB konnte wohl im Spätherbst 1947 kaum behaupten, auf dem in Prag eingeschlagenen Weg ein gutes Stück vorangekommen zu sein. Die Exekutive sah sich mit einer Reihe von Gegensätzlichkeiten konfrontiert, die insofern kaum Kompromißmöglichkeiten enthielten, als der Marshall-Plan sowohl in seiner Eigenschaft als sozialökonomische Konservierungshilfe als auch in seiner Qualität als Mittel zur Beseitigung der täglichen Not bei Militärregierungen und Gewerkschaften in den Mittelpunkt der Diskussion rückte. Soweit darüber hinaus als Hindernis die unterschiedliche organisatorische Struktur galt, rührte das auch an die konzeptionellen Voraussetzungen, unter denen der WGB angetreten war. Darüber ließ sich nicht so einfach mit dem Hinweis auf die üblen Folgen übermäßiger Dezentralisierung in der Zeit vor 1933 hinweggehen, wie das auf der Bürositzung im November 1947 der sowjetische Delegierte Rostovskij tat. Sowohl Kupers als auch Jouhaux, der sein altes Argument von den Gefahren allzu hoher Zentralisierung wieder hervorholte, und der CIO-Mann Elmer Cope drängten auf strukturelle Gleichförmigkeit – und dies war im Sinne der Dezentralisierung gemeint. Kupers und Cope glaubten darüber hinaus sogar, die Interzonenkonferenz als Interim anerkennen zu können, stießen jedoch auf den Widerstand von Büromitgliedern wie Jouhaux, Saillant, di Vittorio, Rostovskij. Das Rad völlig zurückdrehen wollte allerdings vor allem James Carey. Sein eigentlich großer Auftritt zum Marshall-Plan stand noch bevor – er erfolgte

205 Zur Konferenz stichwortartiges Protokoll in: DGB-Archiv, Interzonenkonferenzen. Ferner eine vertrauliche Aufzeichnung Gottfurchts in: Nachlaß Gottfurcht, WGB. Tatsächlich ließ sich solche Meinung kaum mit der vom WGB stipulierten Voraussetzung auf einen Nenner bringen.

noch auf der gleichen Bürositzung[206] –, aber auch schon in der Deutschlandfrage bewies er die Kunst der ebenso kompromißlosen wie durchsichtigen Opposition, und die im nachhinein in Kreisen europäischer Gewerkschaftler kursierende Ansicht, die »Flitterwochen« des WGB seien beendet[207], war sicher richtig. Es kann wohl kein Zweifel daran bestehen, daß Carey einfach keine Entscheidung wollte, ehe nicht eine Entscheidung über den Marshall-Plan gefallen war. Daher zog er sich auf den Prager Beschluß über die Bildung eines Verbindungsbüros zurück, wohl wissend, daß die Erlaubnis zur Errichtung des Büros doch kaum von den Besatzungsbehörden zu erwarten war. Solches Zurückschrauben auf einen Teil nur der Prager Generalratsresolution negierte praktisch den ganzen Informationsstand der letzten Interzonenkonferenzen. Diese mochten dann zwar keine enthusiastischen Kundgebungen des Einheitswillens sein, immerhin aber trugen sie Maßnahmen zugunsten der Einheit vor. Da es noch kein Verbindungsbüro gab, tat Carey auch so, als ob noch nichts geschehen sei, fegte damit überhaupt den Begriff Gewerkschaftseinheit vom Tisch und lehnte es für den CIO ab, bei der alliierten Behörde zugunsten der Einheit vorstellig zu werden[208]. Die Resolution nun, die aus dieser Bürositzung hervorging, wiederholte praktisch die Beschlüsse von Prag, insofern sie sich vornehmlich auf die Bittstellungen bei den alliierten Behörden konzentrierte, was angesichts der Tatenlosigkeit der Besatzungsregierungen begreiflich, aber letztendlich auch wenig aussichtsreich war, und spornte die deutschen Gewerkschaften noch einmal zur Einheitspolitik an[209].

Das sollte sich schon im Februar 1948 herausstellen, als die Delegation der französischen Zone keine Interzonenpässe zur Dresdner VII. Interzonenkonferenz erhielt. Das Argument war das der Clayschen Auslassung vom 8. September 1947. Da es keine deutsche wirtschaftliche und politische Einheit gebe, sei kein Grund vorhanden, die überzonale Gewerkschaftseinheit zu fördern[210]. Auf der Dresdner Konferenz wurde zugleich eine Resolution angenommen, die zunächst noch die Bildung eines gewerkschaftlichen Zentralrats vorsah – ein neues Vorschaltverfahren, da dieser Zentralausschuß erst den allgemeinen Gewerkschaftskongreß vorzubereiten hatte[211]. Abgesehen von dieser retardierenden organisatorischen Maßnahme, ist festzustellen, daß der 7. Kongreß in Dresden kaum geeignet war, den WGB-Optimismus auf deutsche Gewerkschaftseinheit zu erhöhen. Aber konnte das eigentlich noch von Bedeutung sein, wenn man wie Saillant am 31. Januar von seiten des amerikanischen Manpower-Vertreters Werts mit Vorbedingungen deutscher Gewerkschaftseinheit konfrontiert wurde, die solche Einheit angesichts der weltpolitischen Entwicklung schlicht zu einer Schimäre degradierten? Diese Vorbedingungen waren: Einmütigkeit im Kontrollrat über den Inhalt des Begriffs »Demokratie«, Freizügigkeit und Informationsfreiheit zwischen den Zonen, Wirtschaftseinheit, politische Freiheit in ganz Deutschland,

206 Siehe unten S. 197 f.

207 So in einem Bericht Jefferson Caffereys für Marshall zur Pariser Bürositzung, N. A., Diplomatic Branch, Dec. file 800.5043/12–347.

208 Session Executive Bureau Paris (1947), S. 32–39. Carey wurde von den anderen CIO-Delegierten unterstützt. Es sei darauf hingewiesen, daß H. Gottfurcht in seinem unter Anm. 205 genannten Bericht zur Pyrmonter Konferenz über Gespräche mit Elmer Cope schrieb: »[...] man hätte es mit einem Mann zu tun, der in seiner Skepsis dem WGB gegenüber die Grenzen dessen, was ein verantwortlicher Funktionär dieser Organisation tun kann, schon fast überschritten hat«. In einem Gesamtüberblick Riddlebergers [Polit. Abteilung, US-Militärregierung] für Marshall heißt es, in Pyrmont habe Cope in der Frage der nationalen Einheit die »anti-soviet forces« organisiert. N. A., Diplomatic Branch, Dec.file 862.5043/11–547.

209 Resolution im Information Bulletin Nr. 22–23 (48–49), 15. 12. 1947.

210 Dazu *Behrendt*, S. 92.

211 Hierzu *Schmidt*, S. 119; *Behrendt*, S. 91 f.

deutsche Nationalregierung[212]. Entsprechend wenig verheißungsvoll schloß der Manpower-Mann die Frage an: »How did the WFTU hope to succeed in achieving national unity in Germany, when the Allied Authorities had failed to do so?«[213]. Und die höheren Organe des Kontrollrats wie der alliierte Koordinierungsausschuß nahmen das wiederholt geäußerte Verlangen nach Zulassung eines Vermittlungsbüros lediglich zur Kenntnis.

Die Einheitspolitik scheiterte, weil die westlichen Besatzungsmächte eine Zahl von unerfüllbaren Voraussetzungen vorschoben und gleichzeitig in Parallelität dazu westliche Gewerkschaftsführer trotz aller von ihnen selbst bezeugter Kompromißbereitschaft der ostzonalen Kollegen keineswegs kompromißbereit erschienen, sondern sogar aus der eigenen Kompromißlosigkeit eine Stagnation für die Entwicklung in Dresden prognostizierten und im nachhinein gegenüber den Besatzungsmächten rechtfertigten[214]. Wenngleich festzuhalten ist, daß nicht der Marshall-Plan allein die Gewerkschaften in Ost und West auseinandergetrieben hat, dann hat er aber sicher beschleunigend gewirkt, und wenn schließlich Böckler und nach ihm in Bezeugung enger Solidarität die Kollegen der amerikanischen Zone der Einladung zur Sitzung der Exekutivgremien des WGB in Rom (Mai 1948) nicht Folge leisteten, dann kann das nur als Ausfluß einer Entwicklung gesehen werden, die inzwischen schon die auch auf Betreiben der AFL veranstaltete ERP-Konferenz in London gesehen hatte. Chase von der politischen Abteilung der US-Militärregierung nannte diese Ablehnung einen »act of courage, maturity and clear-sighted realism«, nur vergleichbar der Haltung der AFL[215]; tatsächlich aber war es eine Handlung, die sich genau in die Entwicklung der letzten Monate und gleichzeitig in die Entwicklung der Weltpolitik einfügte[216]. Wenn der in europäischen Fragen inzwischen nachgerade unvermeidliche Irving Brown am 12. Mai in der Presse erklären ließ, die AFL werde bei der Militärregierung einen Antrag auf Einreiseverbot für WGB-Instanzen einbringen, dann sagt das zwar etwas über die Aktivitäten der amerikanischen Gewerkschaft, war aber kaum noch interessant, da zum Frühjahr 1948 keine Chance auf WGB-Mitwirkung in den Westzonen mehr bestand[217]. Die Furcht der AFL, Kontrolle über die deutschen Gewerkschaften müsse zur Kontrolle über Deutschland führen, konnte im Frühjahr 1948, soweit es den WGB betraf, als einigermaßen überholt gelten[218].

---

212 Report on the Trade Union Situation in Germany, Archiv WFTU, 11, S. 3 f., IISG.

213 Ebda., S. 4.

214 Dazu Privatschreiben von Werts an Hagen, Richter und Schleicher, angeführt bei Agartz, MS, S. 241. Ebda. auch S. 240 f. Bericht über die Tagung der Arbeitsgruppe der Interzonenkonferenz vom 6. bis 8. Jan. in München: An die zonalen Exekutivämter Manpower, 15. 1. 1948, über die vorbereitenden Arbeiten zur Dresdner Konferenz. Einzelheiten zu den Vorarbeiten in Nienburg und München sind einer Darstellung in unserem Projekt vorbehalten.

215 N.A., Diplomatic Branch, Dec.file 800.5043/5–748, Chase an Außenminister.

216 Das Einladungsschreiben Saillants sowie die Böcklersche Antwort finden sich an mehreren Stellen im DGB-Archiv sowie in dem unter Anm. 212 genannten Bericht. Böckler zeigte sich ob des Tons des Briefes beleidigt. Die immer leicht patriarchalisch gefärbte Haltung führender WGB-Vertreter (Saillant, Jouhaux), dieses ständige Hinweisen auf die Notwendigkeit der Kontrolle über die deutsche Gewerkschaftsentwicklung, hat keinen ausgesprochenen Sympathiebeitrag geliefert. Chase (s. o. Anm. 215) weist übrigens sehr richtig auf dieses Phänomen hin (»The WFTU leaders have constantly drilled into the Germans this sense of shame and a sense of being on probation«). Im übrigen aber war das Schreiben Saillants lediglich nüchtern gehalten.

217 Die weitere Entwicklung zum Scheitern der Einheitsbewegung gehört nicht mehr zu unserem Thema. Zu Brown s. N.A., Diplomatic Branch, Dec.file 800.5043/5–1848.

218 Über die Kontrolle Zirkular Nr. II des Free Trade Union Committee, Mai 1948; AFL-Papers, State Historical Society, Wisconsin.

V. Zum Problem der Identität von Regierungs- und gewerkschaftlicher Aussenpolitik. Die Beispiele Spanien und Dekolonisierung

In seinen Statuten hatte der Weltgewerkschaftsbund die Ausrottung aller faschistischen Regierungen und anderer faschistischer Organisationsformen, wie immer sie sich auch äußern mochten, als eines der wichtigsten Ziele fixiert. Nach der Niederlage Deutschlands und Japans stand Franco-Spanien auf der Tagesordnung. Auf dem Pariser Kongreß sprachen sich viele Delegierte für harte Maßnahmen gegen die Regierung in Madrid aus. Die internationale Isolierung Spaniens wurde dabei am häufigsten vorgeschlagen. Der auf dem Pariser Kongreß vertretene spanische Gewerkschaftsverband im Exil UGT (Unión General de Trabajadores) gab in einem Memorandum schon genaue Anweisungen. Er setzte sich nicht allein für den Abbruch der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen, sondern auch für einen Boykott des Landes durch Arbeiter und Regierungen gleichermaßen ein und verlangte schließlich die Anerkennung der spanischen Exilregierung in Mexiko[219]. Wie leidenschaftlich auch immer der UGT-Vertreter plädieren mochte (»Do not leave us alone as you did in 1936«[220]), der Kongreß zeigte sich mehrheitlich nicht bereit, den ganzen Weg mitzugehen. Zumindest zeigte er noch Zurückhaltung. Zwar wollte er bei allen demokratischen Regierungen den Abbruch der Beziehungen zum Franco-Regime prüfen lassen und sollte der Exekutivausschuß der Forderung auf Anerkennung der Exilregierung »besondere Aufmerksamkeit« schenken, in der Frage eines etwaigen Boykotts beschloß der Kongreß jedoch nichts Konkretes. Der Exekutivausschuß wurde lediglich aufgefordert »[. . .] to regard the matter as one of urgency and [to] take steps by way of supporting the Spanish people in their fight for complete liberation«[221].

Diese erste Zurückhaltung entsprach recht eigentlich der internationalen Situation in der Spanienfrage. Zwar waren sich die Großen Drei einig darin, das Land nicht zu den Vereinten Nationen vorzuschlagen; jedoch schienen weder Großbritannien noch die Vereinigten Staaten zu bewegen zu sein, die diplomatischen Beziehungen zu Madrid abzubrechen[222]. Mochte man sich dann zu Kompromißresolutionen bereitfinden[223], die das Regime verurteilten, über die einfache Deklamation des Unrechtsbewußtseins stieg das nicht hinaus, und es zeigte sich, daß mit zunehmender Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes die Aussichten auf eine Konkretisierung der Deklamation schwanden. Damit ist die Frage nach den Wirkungsmöglichkeiten des Weltverbandes überhaupt gestellt, ist zu prüfen, in welchem Umfang eine Identität zwischen Regierungs- und nationaler Gewerkschaftspolitik bestand. Gilt tatsächlich die Warnung Saillants, der 1947 in Prag feststellte: »[. . .] so long as national trade union movements will not adopt towards Spain any policy other than that adopted by their respective governments, the international trade union movement runs the risk of

219 UGT. Memorandum à la Conférence Ouvrière Mondiale 23–9–1945, Archiv WFTU, 2, IISG.
220 *Report Paris,* S. 226.
221 *Ebda.,* S. 275.
222 *Gabriel Kolko,* The Politics of War. The World and United States Foreign Policy, 1943–1945, New York 1970, S. 588 f., und *Roger E. Sanders,* Spain and the United Nations, 1945–1950, New York o. J., S. 42 f.
223 Die wichtigste war wohl die am 12. Dez. 1946 von der Allgemeinen Versammlung der Vereinten Nationen angenommene. Hier wurden die Mitgliedstaaten u. a. aufgerufen, die Chefs der diplomatischen Missionen in Madrid zurückzuziehen. Die Allgemeine Versammlung widerrief diese Resolution am 4. Nov. 1950. *M. Posth,* Grundprobleme der spanischen Außenpolitik von 1945 bis 1950, Bonn 1973, S. 174 und 242.

being reduced to passing resolutions of rather limited value«[224]? Der Pariser Kongreß hat die Ausführung der Spanienresolutionen den Exekutivorganen zugewiesen. Bei der Behandlung der Frage in Exekutivbüro und -ausschuß zeigte sich, daß vor allem der britische TUC immer dann hemmend auftrat, wenn sich der Generalsekretär oder die Vertreter der kommunistischen Gewerkschaften für Aktionen gegen Spanien aussprachen, die nun eben weiter reichen sollten als die politischen Deklamationen. Einige Beispiele seien hier angeführt. Vor der Sitzung des Exekutivbüros vom Dezember 1945 hatte der Generalsekretär in einer Botschaft an die Moskauer Außenministerkonferenz die Mächte aufgefordert, über Abbruch der Beziehungen zum Franco-Regime zu beschließen – und dies zur Unzufriedenheit Citrines, der sich übergangen fühlte. Wohl nicht so sehr Saillants Erklärung, er habe noch vor dem Ende der Moskauer Konferenz den WGB-Standpunkt deutlich machen wollen und im übrigen lediglich der Resolution des Pariser Kongresses entsprochen, als vielmehr die gemeinsame Front von Saillant, Jouhaux, Tarasov und schließlich auch des CIO scheinen Citrine dazu bestimmt zu haben, seine Opposition aufzugeben[225]. Eine weitaus schärfere Kontroverse entwickelte sich auf der Sitzung vom Februar 1946. In Abweichung von der Tagesordnung schlug Saillant eine Protestresolution gegen die Exekution spanischer Republikaner in Madrid vor, unter denen sich Cristino Garcia befand, der sich im Zweiten Weltkrieg im französischen »maquis« ausgezeichnet hatte. Alle Mitglieder des Büros bis auf Citrine konnten diesem Vorschlag zustimmen. Der TUC-Vertreter verlangte erst mehr Informationen über die Hintergründe der Verurteilungen und Hinrichtungen; für den Fall eines bewaffneten Aufstands gegen das Franco-Regime wollte er den TUC nicht in die Angelegenheit verwickelt sehen[226]. Citrine war nur schwierig zu überzeugen. Weder Hillmans Hinweis auf die WGB-Statuten, nach denen eine Resolution erst nach Ratifizierung durch die nationalen Verbände verbindlich wurde, noch Saillants Ausführungen über Garcias Widerstandskampf vermochten ihn umzustimmen[227]. Er hielt dem interessanterweise entgegen, das Büro würde auch mehr Informationen fordern »in the case of men shot in the USSR or in other countries«[228]. Erst am folgenden Tag gab Citrine nach einer langen Diskussion seine abweisende Haltung auf, ließ dabei jedoch zu Protokoll nehmen, seine Zustimmung beruhe auf der Nachricht, daß die Verurteilten sich lediglich der Propaganda gegen Franco schuldig gemacht hatten; er behielt sich das Recht vor, seinen Standpunkt zu ändern, falls später anderslautende Informationen vorlägen. Da den angeschlossenen Gewerkschaftszentralen auf dieser Sitzung aufgetragen wurde, bei ihren Regierungen auf Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu drängen, ist der Widerstand Citrines verständlich, der die eng mit dem TUC verbundene Labour-Regierung, die keinen diplomatischen Bruch wollte, durch bedingungslose Zustimmung zur

224 Session Executive Bureau 2.–5., 7. und 15. 6. 1947 (Prag), S. 10, Archiv WFTU, 10, IISG.

225 Executive Bureau Meeting 21.–22. 12. 1945 (Paris), S. 10 f., Archiv WFTU, 8.

226 »He [Citrine] thinks that nothing can be done if they have been shot for trying to overthrow the regime by force, because this is part of the risks of war: to take up arms is to risk loosing one's life«. G. di Vittorio wies Citrine sehr zu Recht darauf hin, daß Franco die legitime spanische Regierung gewaltsam gestürzt hatte! »Under those circumstances, even armed rebellion against this illegal regime is legitimate«. Session Executive Bureau 22.–25. 2. 1946 (Paris), S. 11 f., Archiv WFTU, 8.

227 Ebda., S. 28.

228 Der sowjetische Gewerkschaftler Tarasov mußte natürlich auf diese provozierende Auslassung Citrines reagieren, tat dies jedoch recht gemäßigt. »It is obvious that, had people been shot in London, one should have asked Comrade Citrine to inform the Executive Bureau, but one cannot compare the democratic nations like Great Britain, USSR and others with Spain, where reigns the fascist regime of Franco«. Ebda., S. 11 f.

Resolution nicht in Schwierigkeiten bringen wollte[229]. Die ganze Spanienfrage stellte sich recht eigentlich erst dann als ein echtes Problem, als die WGB-Exekutive über die eigene Deklamation hinauszugehen und zu gewerkschaftseigentümlichen Kampfmaßnahmen zu greifen drohte. Es betraf hier die grundsätzliche Frage einer Blockade des Franco-Regimes, die gegebenenfalls durch Streikaktionen zu realisieren war. Als Initiator trat die CGT auf. Daß der TUC sich sogleich wieder gegen eine solche Aktion aussprach, kann kaum noch überraschen, diesmal fand er sich jedoch auch vom CIO unterstützt, da Saillant in seinem Bericht für die Junisitzung des Exekutivausschusses – praktisch die Opposition des TUC übergehend – vorschlug, gewerkschaftliche Aktionen für eine Blockade Spaniens vorzubereiten[230]. James Carey vom CIO erklärte sich gegen die Aufnahme eines solchen Vorschlags in den Bericht des Generalsekretärs. Er sah auf diese Weise die statutenmäßig garantierte Autonomie der angeschlossenen Verbände in Gefahr gebracht[231]. Carey spielte diese Angelegenheit sehr »hart«. Wiewohl von seiten anderer Büromitglieder auf die Unverbindlichkeit der Saillantschen Auslassung hingewiesen wurde, ließ er sich nicht umstimmen, so daß es dem Büro nicht gelang, einen einheitlichen Standpunkt in dieser Frage zu formulieren[232].

Der eigentlich entscheidende Punkt nun war der Umfang der Maßnahmen, soweit diese mehr als nur Solidaritätsbezeugung enthielten. Wenn das auf einen durch internationalen Streik gestützten Boykott hinauslaufen sollte, dann war innerhalb des Büros keine einhellige Meinung zu erwarten. Es ist unter diesen Voraussetzungen begreiflich, wenn Saillant 1946 im Herbst die bis dahin geführte WGB-Politik gegenüber Spanien als ein Verfahren der bloßen Gesten qualifizierte. In der Tat: Zu mehr als finanzieller Unterstützung spanischer Exilgewerkschaften oder von Widerstandskräften im Lande, zu mehr auch als Organisation von Massendemonstrationen gegen das Franco-Regime war ein Mann wie Citrine, waren aber auch die CIO-Delegierten nicht zu bewegen[233]. Allenfalls sollte auf Regierungen und Vereinte Nationen ein gewisser Druck, Spanien zu isolieren, ausgeübt werden, ohne daß die Schwere des Drucks zu ermitteln war. Das hieß aber nichts anderes, als daß die Spanienpolitik des WGB sich praktisch in dem Beschluß auf Errichtung eines Solidaritätsfonds für die spanische Widerstandsbewegung erschöpfte, während es spätestens im Sommer 1947 jedem deutlich war, daß Blockade, Streik oder internationale Isolierung zu den kaum erfolgversprechenden, weil im Ansatz nicht möglichen politischen Instrumenten zählten.

Solange sich die Vereinigten Staaten und Großbritannien nicht bereit zeigten, den diplomatischen und wirtschaftlichen Bruch mit Spanien zu vollziehen, war der WGB in der Praxis zur deklamationsumrahmten Tatenlosigkeit verdammt, da eben eine Einbindung auch nichtstaatlicher Gewerkschaften in die Außenpolitik des Herkunftslandes mit allen

229 Ebda., S. 29.

230 Report to the Executive Bureau and to the Executive Committee on the position,the activity and the decisions of the World Trade Union Movement with regard to the struggle against the dictatorship of General Franco in Spain (Session of June 17–25 1946 in Moscou), Archiv WFTU, 8.

231 Session Executive Bureau 17.–20. 6. 1946 (Moskau), S. 57 f., Archiv WFTU, 8.

232 »Carey requested that his disagreement should be recorded«. Ebda., S. 60.

233 Zuvor hatte Citrine in der Diskussion als Beispiel für die vom TUC entwickelten Aktivitäten eine Rede genannt, die er über die Spanienfrage vor einer Versammlung von 15 000 Menschen auf dem Trafalgar Square gehalten hatte. Session Executive Bureau 20.–24. 9. 1946 (Washington), S. 59, Archiv WFTU, 9. Ferner: »Jouhaux felt obliged to state very clearly [...] that, so long as the WFTU did not apply effective measures, Franco would laugh at the rest of the world and would continue his policy«. Ebda., S. 61 f.

innenpolitischen, will sagen: wirtschaftspolitischen Konsequenzen bestand. Saillants Klage mag daher begreiflich sein, hinzuzufügen ist jedoch, daß er den WGB recht eigentlich über den Schatten seines Ursprungs, seiner Grundkonzeption springen lassen wollte – ein Schatten, der, nachgerade aus der Tradition genährt, mit den Erfahrungen des II. Weltkriegs nicht fortgenommen werden konnte. Das war ein deutliches Zuviel an Forderung, vielleicht auch an Erwartung, die mit der Vertiefung des Ost-West-Konflikts gänzlich schwinden mußte, da der Faschismus als Problem wesentlich aufgehoben wurde und damit zugleich nur allzu leicht eine Verschiebung der politischen Gewichtigkeit auch eines ideologischen Gegners eintreten konnte. Zur Tatenlosigkeit des IGB beim Untergang der spanischen Republik trat die Tatenlosigkeit des WGB im Kampf gegen das Franco-Regime. Spanien rückte international aus dem Blickfeld des Interesses[234].

Diese Einbindung gewerkschaftlicher Außenpolitik in den jeweiligen Regierungskurs erwies sich nicht nur in dem Versuch einer konkreten Ausformung des antifaschistischen Kampfes als relevanter – hindernder – Faktor, vielmehr spielte er in der gleichermaßen aktuellen Frage der Dekolonisierung eine recht entscheidende Rolle. Angesichts der scharfen Reaktion der Delegierten aus kolonialen und semi-kolonialen Gebieten auf die Auslassung Citrines, Politik zähle nicht zu den Arbeitsfeldern des WGB, ist wohl zu erwägen, ob nicht Entschlußlosigkeit auf dem Sektor Dekolonisierung zur Schwächung, weil zum Vertrauensverlust des Weltverbandes führen mußte. Auf jeden Fall wies die scharfe Reaktion[235] aus, daß sich die koloniale Frage durchaus zu einem Konflikt innerhalb des WGB auswachsen konnte. Ihren besonderen politischen Reiz erhielt solches Konfliktpotential noch, wenn man den Zwiespalt berücksichtigte, in den die sowjetischen Gewerkschaften geraten konnten: Vor dem Zweiten Weltkrieg hatte die Sowjetunion doch die nationalen Befreiungsbewegungen in Asien kräftig unterstützt[236], nun jedoch schien sie an die Alternative gebunden, sich entweder mit den Befreiungsbewegungen solidarisch zu erklären und damit Konflikte innerhalb des WGB zu riskieren oder sich politisch reservierter zu verhalten und damit der Einheit innerhalb des Weltgewerkschaftsbundes den Vorzug zu geben. Daß hier Zwischentöne möglich waren, wird nachstehend noch deutlich werden, wobei insgesamt bei der Aktualisierung der Konflikte auch die starre oder geschmeidige Haltung der Gewerkschaften aus den kolonisierenden Ländern eine wichtige Rolle spielte.

Es war kaum als Zeichen antikolonialer Begeisterung zu werten, wenn die doch zeitig

---

234 Saillant unterstrich gerade die Verantwortung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens in dieser Frage. »The general impression in Spain was that Franco could not last a fortnight if UNO and the Great Powers, especially the American and British Governments, really wanted him to disappear«. Ohne sich damit völlig identifizieren zu wollen, war Deakin wohl bereit, die britische Politik in der Spanienfrage zu erläutern: »[...] he thought the Labour Government, although desiring the downfall of Franco, was restrained by the fact that it feared a renewal of Civil War in Spain«. Session Executive Bureau 2.–5., 7. und 15. 6. 1947 (Prag), S. 11 und 13, Archiv WFTU, 10. – Auch der spanische Gewerkschaftsverband im Exil (UGT) stellte diese Verschiebung im internationalen Interesse fest. »Mettant à profit la situation internationale et le fait que l'opinion publique, dans chaque pays, vit préoccupée par les problèmes généraux et leurs difficultés, Franco et la Phalange essaient d'écraser le mouvement d'opposition par tous les moyens«. UGT an Generalsekretär des WGB, 22. 10. 1947, Archiv WFTU, 24.

235 Rojas (Trinidad): »If you ask me who has made the greatest political speech in this Conference, [I] will tell you it is Sir Walter Citrine himself«. Wickeremansinghe (Ceylon): »[...] he [Citrine] was attempting to declare the problems of national independence as contraband for the WFTU. [...] The working class cannot afford to leave political action as the privilege of the employer class«. *Report Paris*, S. 66 und S. 111.

236 *Hélène Carrère d'Encause / Stuart R. Schram*, Marxism and Asia. An Introduction with Readings, London 1969, passim.

(Ende 1945) beschlossene Bildung einer Kolonialabteilung vorerst nicht zustande kam, da der CIO Personalschwierigkeiten (»assistant secretary-general«) anführte und Citrine allgemein um Aufschub der Bildung des »Amtes« bat. Die Hintergründe der Citrineschen Bitte sind zwar nicht ganz deutlich, wahrscheinlich aber war sie zurückzuführen auf die allgemeine Zurückhaltung des TUC gegenüber einer allzu starken Beschäftigung des WGB mit der Kolonialfrage – eine Zurückhaltung, die sich in Citrines Diskussionsbeitrag auf der Junisitzung 1946 zeigte[237]. Trotz der Citrineschen Warnung kam es schließlich doch zur Installierung der neuen Abteilung mit A. Germer (CIO) als Leiter. Zu den ersten Aufgaben zählte die Anberaumung einer Gewerkschaftskonferenz der afrikanischen Länder. Es wurde ausdrücklich festgelegt, daß die Kompetenzen dieser Konferenz, die im übrigen vom 10. bis zum 13. April 1947 in Dakar abgehalten wurde, begrenzt sein sollten: So konnte sie keine den WGB bindenden Entscheidungen treffen, sondern nur Empfehlungen aussprechen. Sogleich bewies sich die ganze »Empfindlichkeit« der Problematik. Um Kontroversen zu vermeiden, plante man diese Konferenz als rein afrikanische Angelegenheit, als eine Zusammenkunft ohne Intervention, so daß die Zulassung der Presse sogar den Teilnehmern selbst überlassen bleiben sollte. Wenn dann Falin vom sowjetischen Gewerkschaftsbund – zugleich stellvertretender Generalsekretär – eine Sympathiebotschaft der Sowjetunion zu überbringen wünschte, dann geschah das sicher zur Unzeit. Daß TUC- und CGT-Vertreter sprechen durften, war begreiflich, da deren Länder unmittelbar betroffen waren. Germer und Schevenels kamen daher dem Verlangen Falins auch nicht nach[238].

Bei der Besprechung der Konferenzempfehlungen auf den Sitzungen der einzelnen WGB-Organe im Juni 1947 bewies sich das ganze Unbehagen einiger WGB-Vertreter gegenüber der kolonialen Frage. Der TUC etwa hielt es nicht für realistisch, die Kolonialmächte zu verpflichten, in den Kolonien das gleiche System sozialer Sicherheit einzuführen wie im Mutterland und die für Europäer und Eingeborene geltenden verschiedenen Systeme der Gesundheitsfürsorge zu vereinheitlichen[239]. Auf der Mai-Sitzung des Büros in Rom 1948 schließlich formulierten die meisten Büromitglieder ein vornehmlich negatives Urteil über die Konferenz und den dazu vorgelegten Bericht[240]. Kennzeichnend für die Lage in dem Gremium war die Bemerkung Saillants, daß nicht der Fehlschlag der Konferenz, sondern

237 »The president, before continuing the discussion, said he would like to make some general remarks and to give a warning. He thought the future work to be very important and that it would bring very high administrative costs. Other Trade Union Organizations had studied colonial problems. This work was very expensive and thankless. It represented a movement in one direction only which would require very heavy expenses for ten or twenty years«. Session Executive Bureau 17.–20. 6. 1946 (Moskau), S. 37 f., Archiv WFTU, 8.

238 Réunion du Secrétariat de la FSM à Dakar, 9. 4. 1947, Archiv WFTU, 25, IISG.

239 Einige Zurückhaltung zeigte auch Jouhaux. Session Executive Bureau 2.–5., 7. und 15. 6. 1947 (Prag), Archiv WFTU, 10, IISG. Auf seiner Prager Sitzung nahm der Generalrat nach der Besprechung der Dakar-Konferenz ein Sofortprogramm an, in dem als zentrale Aktionsziele die Einführung der gewerkschaftlichen Rechte in Afrika (in Zusammenarbeit mit dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen), der Aufbau einer »neuen« und »demokratischen« Sozialpolitik sowie die Anhebung des Lebensstandards angegeben wurden. Zu den Beiträgen auf der Dakar-Konferenz sowie zur Resolution des Generalrats s. Information Bulletin, Special Number, July 1947, S. 11 ff.

240 Tewson: »[...] the lamentable conference in Dakar and the no less lamentable report that followed«. Session Executive Bureau 30. 4.–10. 5. 1948 (Rom), S. 9, Archiv WFTU, 11. Auch Tarasov (sowjetischer Gewerkschaftsbund) sprach sich für Neufassung des Berichts aus. Die Erklärungen der Vertreter aus den einzelnen Kolonialgebieten sollten darin aufgenommen werden, ebenso wie ihre Forderungen. Session Executive Bureau 2.–5., 7. und 15. 6. 1947 (Prag), S. 51, Archiv WFTU, 10, IISG.

die Unterlassung anzukreiden sei, die in Prag angenommene Resolution über die Konferenz in Dakar auszuführen. Saillant wollte damit zunächst die ganze Diskussion um die Verantwortlichkeit überspielen, aber solcher Hinweis implizierte auch einen Tadel an die Adresse der Gewerkschaften der Kolonialmächte, vor allem Großbritanniens und Frankreichs. Der CIO-Vertreter James Carey verteidigte seinerseits den Leiter der Kolonialabteilung und bewies überdies eine zumindest eigenartige Sicht des Kolonialproblems, wenn er bemerkte: »[...] he himself represented a country which was, at one time, a colonial country. His country had made great efforts and had developed from every point of view [...]. There was a time when the people of the USA was an oppressed people. The necessary measures had been taken to remedy that. Other peoples could free themselves in the same way as it had done«[241].

Ein viel heftigerer Gegensatz zwischen einem Vertreter der Gewerkschaften einer Kolonialmacht und den anderen Büromitgliedern entwickelte sich auf der Sitzung vom November 1947 über die »Polizeiaktionen« der Niederlande in Indonesien. Evert Kupers zeigte sich bereit, die Politik seiner Regierung zu verteidigen. Schon auf dem Pariser Kongreß hatte sich Kupers – vergeblich – dagegen gewehrt, daß die Gewaltanwendung gegen nationalistische Bewegungen in Indonesien verurteilt wurde[242]. Jetzt, im November 1947, versuchte er das Büro von einer Verurteilung der niederländischen Aktionen in Indonesien abzuhalten. Diese Frage werde noch von den Vereinten Nationen behandelt, und man müsse zunächst einmal die Ergebnisse der Vermittlungsversuche abwarten. Es war weder ungeschickt noch unrealistisch, wenn Kupers versuchte, die britischen und französischen Vertreter durch den Hinweis auf seine Seite zu ziehen, daß beim nächstenmal ihre Regierungen auf der Anklagebank sitzen würden[243]. Damit hatte er zumindest teilweise Erfolg, denn Deakin erklärte, weitere Schritte seien zunächst einmal aufzuschieben, bis man über die Resultate der Vermittlungsversuche informiert sei. Auf jeden Fall werde der TUC nicht an einem etwaigen Boykott niederländischer Schiffe, wie das Sidorenko vorschlug, teilnehmen. Deakin erklärte sich grundsätzlich gegen ein Embargo aus politischen Motiven[244]. Dagegen sprachen sich vor allem die sowjetischen Vertreter, daneben aber auch di Vittorio und Chu (chinesischer Gewerkschaftsverband) für eine deutliche Verurteilung des niederländischen Auftretens aus, waren aber bereit, einer Resolution zuzustimmen, die lediglich dem indonesischen Volk in seinem Kampf um nationale Unabhängigkeit Sympathie aussprach und damit nur indirekt eine Verurteilung der Niederlande enthielt. Für Kupers ging

241 Von den westlich orientierten Gewerkschaften wurde Saillant als der verantwortliche Mann genannt, der seinerseits die Verantwortung auf Germer abschob. Session Executive Bureau 5.–10. 5. 1948 (Rom), S. 44, Archiv WFTU, 12, IISG. Für Carey: ebda., S. 19 f. – Ende 1947 trat Elmer Cope, ebenfalls ein CIO-Mann, an die Stelle Germers als assistant secretary-general. Wie weiter unten an Hand der Vorbereitungen zur asiatischen Gewerkschaftskonferenz gezeigt werden wird, bedeutete diese Personalveränderung nicht auch erhöhte Aktivität der Kolonialabteilung. Allerdings war Cope eine erheblich stärkere Persönlichkeit als Germer, und seine Ernennung muß dann wohl auch als ein Versuch gewertet werden, das »westliche« Element im Sekretariat des WGB gegenüber dem für kommunistisch beargwöhnten Generalsekretariat und dem sowjetischen Vertreter Faline zu stärken.

242 Kupers versuchte den Kongreß hiervon zu überzeugen, indem er die indonesischen Nationalisten der Kollaboration mit den Japanern beschuldigte. »[...] I can tell you with regard to Indonesia, that the leader of the so-called revolutionary movement, Dr. Soekarno, is a man who placed himself entirely at the disposal of the Japanese invaders, and for the services rendered to the Japanese Fascists, who used him as a tool, he received a very high imperial order«. *Report Paris*, S. 235.

243 Session Executive Bureau 18.–24. 11. 1947 (Paris), S. 48, Archiv WFTU, 10.

244 Ebda., S. 50.

jedoch auch diese Resolution noch zu weit, da beide Parteien darin aufgefordert wurden, ihre Truppen auf die beim Beginn der Feindseligkeiten eingenommenen Stellungen zurückzuziehen. Dadurch sei der militärische Vorteil, den die Niederlande mit ihrer Polizeiaktion vom Juli erzielt hatten, zunichte gemacht. Mit den Vorbehalten Kupers' in dieser letztgenannten Frage wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Auf eben dieser Bürositzung vom November 1947 kam auch die schon im Juli 1946 beschlossene asiatische Konferenz zur Sprache. Die sowjetischen Vertreter befürworteten die Einladung der Gewerkschaftsorganisationen Sowjetasiens und Transkaukasiens, stießen aber auf unerwarteten und scharfen Widerstand Deakins: Eine solche Einladung[245] werde die ohnehin vorhandene Furcht erhöhen, daß man diese Konferenz für politische Ziele mißbrauche. Der anschließenden Frage des sowjetischen Gewerkschaftlers Rostovsky, ob er, Deakin, einen politischen »cordon sanitair« um die sowjetische Organisation errichten wolle, hielt Deakin entgegen, seine Bedenken richteten sich nicht gegen die Anwesenheit des sowjetischen Gewerkschaftsbundes auf dieser Konferenz, sondern nur gegen die Einladung von Gewerkschaften aus bestimmten Teilen der Sowjetunion. Auch der Vertreter des indischen Gewerkschaftsverbandes, Dange, der auf dieser Sitzung als Experte für koloniale Fragen anwesend war, nahm Deakins Auslassungen an die Adresse der sowjetischen Gewerkschaftsbewegung sehr übel[246]. Deakin bestritt darauf, daß er Vorurteile gegenüber der Sowjetunion habe[247] und ging sogleich mit der Aufforderung an Rostovskij zum Angriff über, die Worte über den »cordon sanitair« zurückzunehmen. Dieser entschuldigte sich daraufhin[248]. Der scharfe Ton, der in dieser Besprechung über eine Verfahrensfrage angeschlagen wurde, läßt sich auf die Uneinigkeit zwischen den westlichen und kommunistischen Vertretern vor allem über die Frage zurückführen, ob der Marshall-Plan auf dieser Sitzung besprochen werden solle. Doch resultierte diese Schärfe des Tones auch aus einem direkten Gegensatz in der kolonialen Frage, aus einem Mißtrauen der westlichen Seite gegenüber dem sowjetischen Gewerkschaftsverband, dem man einfach die Absicht des propagandistischen Mißbrauchs unterstellte. Wahrscheinlich brachten eben dieses Mißtrauen sowie die allgemeine Unzufriedenheit über den Gang der Dinge innerhalb des WGB den TUC und CIO dazu, die Durchführung der asiatischen Konferenz zu verzögern oder sogar ganz unmöglich zu machen. Es war beschlossen worden, daß TUC und CIO gemeinsam einen Vertreter in die Untersuchungskommission entsenden sollten, die auf einer Rundreise in den asiatischen Ländern die Konferenz vorzubereiten hatte. Als fast ein Jahr später die asiatische Konferenz wiederum in der Sitzung des Exekutivbüros zur Sprache kam, konnte man lediglich feststellen, daß eine solche Ernennung bisher noch nicht erfolgt war.

Auf der Sitzung im September 1948 wollten Deakin und Tewson gar nicht mehr verbergen, daß sie gegen eine asiatische Konferenz waren. Als Grund gaben sie die politischen Verhältnisse in Asien an, die zu diesem Zeitpunkt die Entsendung einer Untersuchungskommission unmöglich machten. An die Anberaumung einer Konferenz sei überhaupt nicht zu denken[249]. Di Vittorio, Liu (chinesischer Gewerkschaftsverband) und Solov'ev (sowjetischer

245 Ebda., S. 86. »Such a measure would go far towards digging the grave of the WFTU«.
246 Dange: »The point of yiew which the Chairman had expressed was itself more dangerous for trade union unity than the future presence of Soviet delegates at the Conference might be«. Ebda., S. 87.
247 »If he had felt any such prejudice, he would never have agreed to preside over the WFTU and to work in it with the Soviet representatives«. Ebda., S. 88.
248 Ebda., S. 89.
249 Session Executive Bureau 17.–21. 9. 1948 (Paris), S. 39, Archiv WFTU, 13, IISG.

Gewerkschaftsbund) sprachen sich gegen diese Haltung des TUC aus. Solov'ev vertrat die Ansicht, daß der WGB sicherlich Aktivitäten in Asien entwickeln müsse, da die AFL sich in zunehmendem Maße mit den asiatischen Gewerkschaften befasse[250]. Deakin und Tewson verharrten jedoch bei ihrem Standpunkt und wollten auch keinen Kompromißvorschlag von Saillant akzeptieren, nach dem von der Entsendung einer WGB-Kommission abgesehen, dafür aber Vertreter der asiatischen Gewerkschaften nach Paris eingeladen werden sollten. Da Kuznetsov einen Bruch vermeiden wollte, zeigte er sich bereit, dem TUC-Vorschlag auf Vertagung zur folgenden Bürositzung zuzustimmen und inzwischen dem Sekretariat nur sehr geringen Spielraum in dieser Frage zu lassen. Es zeigte sich deutlich, daß der TUC dem Generalsekretär nicht mehr vertraute.

Obwohl Deakin es ausdrücklich verneinte[251], wollte der TUC doch offensichtlich keine weiteren WGB-Bemühungen um die asiatische Entwicklung mehr, und die Resolution, die das Büro schließlich einstimmig annahm, lief dann auch auf einen Aufschub jeder echten Initiative bis zur folgenden Sitzung hinaus. Auf eben dieser Sitzung im Januar 1949 kam es dann zur Spaltung, so daß die Frage der asiatischen Konferenz gar keine Rolle mehr spielte. Es darf aber angenommen werden, daß der TUC, vermutlich unterstützt vom CIO und NVV, seine Haltung vom September fortgesetzt hätte: Widerstand gegen jede Aktivität des WGB in Asien. Im Herbst 1948 hatte der TUC schon endgültig jedes Vertrauen in den WGB verloren und strebte nur noch danach, Maßnahmen des WGB zu unterbinden, die sich möglicherweise kompromittierend für den TUC auswirken konnten. Darüber hinaus sollte die Sowjetunion keine Möglichkeit mehr erhalten, propagandistisch im Rahmen des WGB aufzutreten.

VI. Gewerkschaftseinheit im Bürgerkrieg: Griechenland

Neben Franco-Spanien erwies sich Griechenland als heißes Eisen in der internationalen Politik der Nachkriegszeit, und intensiver noch als mit der spanischen Frage sollte sich der Weltgewerkschaftsbund bald mit der Entwicklung in Griechenland befassen. Auf dem Gründungskongreß des Weltverbandes war der griechische Gewerkschaftsbund nicht vertreten, da die griechische Regierung die Reise nach Paris verhindert hatte. Der Kongreß protestierte gegen dieses Vorgehen und drängte auf Entsendung einer WGB-Kommission, die die Lage der Gewerkschaften an Ort und Stelle untersuchen und, wenn irgend möglich, die Arbeit der freien Gewerkschaften fördern helfen sollte[252].

Ein solcher Vorschlag entsprach völlig der vom TUC bis dahin gegenüber Griechenland verfolgten Politik. Die Verwicklung des TUC in die griechischen Gewerkschaftsprobleme ergab sich aus den Kriegsereignissen: Britische Truppen hatten im Oktober/November 1944 Griechenland in Übereinstimmung mit den Vereinbarungen der Großen Drei besetzt. Ein Teil des Landes war zu diesem Zeitpunkt schon von der Widerstandsbewegung EAM/ELAS (= Ethnikon Apeleftherotikon Metopon/Ethnikos Laikos Apeleftherotikos Stratos = Nationale Befreiungsfront / Nationale Volksbefreiungsarmee), in der die Kommunisten Schlüsselstellungen einnahmen, befreit worden. Als im Dezember 1944 in Athen und

250 Ebda., S. 41.
251 Deakin: »This did not mean that the WFTU was unwilling to do anything, but rather that it was prepared to do something, provided it had the possibility of doing so«. Ebda., S. 46.
252 *Report Paris*, S. 276.

Umgebung der Bürgerkrieg zwischen EAM/ELAS und der von den Briten militärisch unterstützten griechischen Regierung ausbrach, wurde Großbritannien noch stärker in die innere Entwicklung des Landes hineingezogen. Die EAM/ELAS zog sich aus Athen und Umgebung zurück, als sich die britische Regierung nicht bereit zeigte, politisches oder militärisches Terrain aufzugeben.

Die Niederlage von EAM/ELAS blieb nicht ohne Folgen für die Gewerkschaftsbewegung. Kurz vor dem Ende der Besatzung und in der ersten Phase danach war es der EAM gelungen, eine beherrschende Stellung innerhalb der griechischen Gewerkschaftsbewegung aufzubauen – eine Stellung, die durch die Dezemberereignisse erheblich geschwächt wurde: Der EAM feindlich gesinnte Gruppen hatten sich in der Athener Gewerkschaftsbewegung mit Hilfe der Regierung festsetzen können und sich an den TUC mit der Bitte gewandt, eine Delegation nach Griechenland zu entsenden. Nach Beratung mit dem britischen Premier reiste im Januar 1945 eine von Citrine geleitete TUC-Delegation nach Athen ab[253], der es trotz der aus dem Bürgerkrieg sich ergebenden schwierigen Situation gelang, einen Teilkompromiß zwischen den EAM-Gewerkschaften und den von der Regierung unterstützten gewerkschaftlichen Gruppen zustande zu bringen. Es wurde vereinbart, Gewerkschaftswahlen unter Kontrolle der Justizbehörden und unter Aufsicht eines Dreierkollegiums abzuhalten, in dem je ein Vertreter der beiden Gruppierungen sowie ein TUC-Mann saßen[254]. Nachdem am 12. Februar eine Vereinbarung zwischen EAM/ELAS und der Regierung erzielt worden war, entsandte der TUC erneut eine nun von Vincent Tewson geführte Delegation nach Griechenland, die die in der »Citrine-Vereinbarung« vorgesehenen Gewerkschaftswahlen beaufsichtigen sollte. Der TUC erreichte allerdings nicht viel, da die Gegensätze zwischen den einzelnen Gruppen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung nicht überwunden waren[255] und da sich die Regierung auf dem Gesetzes- und Verordnungswege sehr bis ins einzelne gehend mit den inneren Angelegenheiten der Gewerkschaften befaßte, was zu einer deutlichen Gefährdung der Gewerkschaftsfreiheit führte[256].

So sah sich der Weltgewerkschaftsbund, dem der TUC nach dessen Gründung die Verantwortung in der griechischen Gewerkschaftsfrage übertrug[257], mit einer höchst komplizierten gewerkschaftlichen Situation konfrontiert. In Übereinstimmung mit der Resolution des Pariser Kongresses und auf Bitten griechischer Gewerkschaftsführer, die behaupteten, alle gewerkschaftlichen Gruppierungen zu vertreten, begab sich Saillant Anfang Dezember 1945

253 *Christos Jecchinis,* Trade Unionism in Greece. A study in political paternalism, Chicago 1967, S. 77.

254 *Ebda.,* S. 82 f. Übrigens nahm die TUC-Delegation in ihrem Bericht (*What we saw in Greece.* Report of the TUC-Delegation to Greece, London 1945) eine deutliche Position zur Schuldfrage bei der Entfesselung des Bürgerkrieges ein: Die Kommunisten sollen demnach einen destruktiven Versuch unternommen haben, die Macht zu ergreifen. *Jecchinis,* S. 84.

255 Hierbei ist zu beachten, daß der »alte« GSEE-Vorstand keinesfalls einen monolithischen Block bildete, sondern selbst auch aus einer sozialistischen Gruppe unter der Führung von Stratis, einer kommunistischen unter der Führung von Theos und einer »reformistischen« (progressiv-liberalen) Gruppe unter Kalomiris bestand. Diese Gewerkschaftsführer hatten zusammen mit u. a. Hadji-Dimitriou namens der regierungstreuen Gruppen die »Citrine-Vereinbarung« unterzeichnet. *Jecchinis,* S. 79 f.

256 Die (zu) starken Eingriffe der Behörden in die Gewerkschaftsbewegung waren übrigens keine Erscheinung erst der Nachkriegszeit, vielmehr war dies schon seit etwa 1910 kennzeichnend für die griechischen sozialen Verhältnisse. Daraus resultierte zum Teil die traditionelle Schwäche der griechischen Gewerkschaftsbewegung. *Jecchinis,* S. 29.

257 Papworth: »The whole responsibility of the TUC had therefore ceased and had become merged with the responsibility of the Federation [WFTU]«. [...] »Mr. Deakin concurred in that view, [...]«. TUC General Council, 18. 10. 1946, TUC-Archiv.

nach Athen. Unterstützt vom TUC-Vertreter V. Feather, gelang es Saillant, erneut eine Vereinbarung zwischen allen wichtigen Richtungen in der griechischen Gewerkschaftsbewegung zustande zu bringen: Kalomiris, Theos, Stratis und Makris, der jetzt die regierungstreue Richtung vertrat[258], unterzeichneten ein Protokoll, in dem sie sich mit Gewerkschaftswahlen unter Aufsicht des WGB sowie mit der Einberufung eines Kongresses einverstanden erklärten, der eine Satzung für den griechischen Gewerkschaftsbund GSEE (Geniki Synomospondia Ergaton Ellados = Allgemeine Arbeiterföderation Griechenlands) zu entwerfen hatte und den Vorstand wählen sollte.

Die WGB-Delegation, die nicht nur die Wahlen zu beaufsichtigen, sondern auch den Kongreßverlauf zu beobachten hatte, sollte aus Vertretern der Gewerkschaftsverbände der Großen Vier bestehen; da jedoch ein CIO-Vertreter nicht rechtzeitig anwesend sein konnte, beschränkte sich die Delegation auf Bagnall (TUC), Lunet (CGT) und Vechnikov (sowjetischer Gewerkschaftsverband). Sie alle kamen zu dem Schluß, daß Zusammensetzung und Verlauf des Kongresses den griechischen Gesetzen, den Vorschriften der GSEE und den Richtlinien des WGB entsprachen. Der auf dem Kongreß gewählte Vorstand war dann auch als reguläre Instanz anzuerkennen[259]. Diese letzte Ergänzung erschien notwendig, da die Makris-Gruppe sich kurz vor dem Kongreß zurückgezogen hatte und dessen Gesetzmäßigkeit anfechten wollte. Nach Meinung Saillants unternahm Makris diesen Schritt, weil ihm deutlich wurde, daß er nur einen kleinen Teil der Delegierten (etwa 10 v. H.) auf seine Seite ziehen konnte[260].

Zwar durfte man nach diesen Märzereignissen 1946 auf eine rasche Besserung der Lage in der griechischen Gewerkschaftsbewegung hoffen, doch mußte man sich bald getäuscht sehen. Dies war zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß Makris in seiner Eigenschaft als Parlamentsmitglied der Regierungspartei bei der Regierung darauf drang, die Kongreßbeschlüsse für ungültig zu erklären. Damit hatte er im Juli 1946 auch Erfolg. Darüber hinaus kam es nach Mitteilungen des Generalsekretärs der GSEE, Paparigas, an zahlreichen Orten Griechenlands zu Angriffen auf Gewerkschaftsführer und Gewerkschaftshäuser, die in einigen Fällen mit Unterstützung der Polizei stattfanden oder sogar ausschließlich das Werk der Polizei waren – für Saillant Anlaß genug, um bei der Pariser Sitzung des Rates der Außenminister zu protestieren[261]. Saillants Bericht über die griechischen Aktivitäten des WGB wurde auf der Sitzung des Exekutivbüros vom Juni 1946 erörtert. Alle Mitglieder des Büros konnten sich mit dem ersten Teil des Berichts einverstanden erklären, der eine Übersicht über die Aktivitäten des WGB bis einschließlich zum Märzkongreß enthielt und die Aufnahme des griechischen Gewerkschaftsverbandes in den WGB empfahl. Anders stand es mit dem Protest an den Rat der Außenminister im zweiten Teil. Citrine wies diesen in Form eines Memorandums gefaßten Protest zurück, da die dort vorgebrachten Angriffe lediglich auf Mitteilungen von Paparigas beruhten und erst verifiziert werden müßten.

---

258 Jecchinis schreibt über Makris: »[...] he was then the only hopeful anticommunist labor leader without major handicaps. As Makris admits himself, he was ›discovered‹ by a top official of the TUC, who, like most of the foreign friends of the Greek trade union movement, was looking for a comparatively young and able trade union leader capable to take over the leadership of the non-communists«. *Jecchinis*, S. 97.

259 *Ebda.*, S. 95.

260 Session Executive Bureau 17.–20. 6. 1946 (Moskau), S. 17, Archiv WFTU, 8.

261 »Memorandum of the WFTU on antidemocratic maneuvres directed against the Greek Trade Union Organisations«, 6–5–1946, in: »Memorandum on the creation, the activities and the admittance to the WFTU of the Greek General Confederation of Labour«. Archiv WFTU, 18.

Der TUC-Vertreter fand Unterstützung bei Kupers (NVV) und Carey (CIO)[262]. Vermutlich ergab sich Citrines Opposition aus seiner Einschätzung der gesamten politischen Situation in Griechenland und vor allem der Rolle der Kommunisten in diesem Spiel: »The President knew that murders had been committed in Greece, but did not know who was responsible for them«.

In ihrer Verteidigung des Papiers gingen Saillant und Jouhaux nicht auf die allgemeine politische Lage in Griechenland ein, sondern wiesen auf eine Inkonsequenz in der Begründung Citrines hin. Dieser akzeptiere einerseits den Bericht der WGB-Vertreter über den Kongreß und damit doch auch die Wahl von Paparigas zum Generalsekretär der GSEE, andererseits wünsche er sich aber nicht auf die Mitteilungen Paparigas' zu stützen[263]. Da sich außer Jouhaux auch Kuznetsov und Lombardo Toledano hinter Saillant stellten, verlief die Trennungslinie in diesem Punkt genau zwischen den Vertretern der westlichen und denen der übrigen, kommunistischen oder kommunistisch beherrschten Gewerkschaften. Jouhaux wies einen Ausweg aus der Sackgasse, indem er einige Änderungsvorschläge zum Memorandum vortrug. In seiner Vorlage wurden die Daten von Paparigas nicht ohne weiteres als Tatsachen akzeptiert, zugleich aber das Memorandum in seiner allgemeinen Tendenz beibehalten; alle Mitglieder des Büros stimmten diesem Kompromißvorschlag zu[264].

Auf der folgenden Exekutivausschußsitzung wurde beschlossen, daß Jouhaux sich nach Griechenland begeben solle, um dort die Lage der Gewerkschaften zu untersuchen[265]. Jouhaux kam Ende Juli 1946 in Athen gerade in dem Augenblick an, als der griechische Hohe Gerichtshof der Klage von Makris stattgegeben und das Verfahren bei den Wahlen der Abgeordneten zum Märzkongreß für ungesetzlich erklärt hatte. Daraus zog die griechische Regierung den Schluß, daß der GSEE-Vorstand zurücktreten müsse. Als dieser sich nicht dazu bereit zeigte, ließ die Regierung einige Mitglieder verhaften, die erst nach persönlicher Intervention Jouhaux' vorläufig auf freien Fuß gesetzt wurden[266].

In seinem Bericht an das Exekutivbüro bestätigte Jouhaux, daß viele Gewerkschaftsvertreter Opfer von Terroranschlägen geworden waren; er drang auf kräftigen Protest des WGB gegen einen Zustand, »which denies trade union legality, flouts the workers' will, outrageously violates individual liberties which are the basis of true democracy«. Jouhaux wies auch auf den Hintergrund der Kampagne gegen die Gewerkschaften: Im September sollte ein Referendum über die etwaige Rückkehr des Königs gehalten werden;

---

262 Wie in den meisten Fällen nahm auch hier Carey kein Blatt vor den Mund: Carey »[...] considered that comrade Paparigas was a partisan and that his statements should not be set forth as facts by the WFTU«. Session Executive Bureau 17.–20. 6. 1946 (Moskau), S. 18, Archiv WFTU, 8.

263 Saillant wandte sich sehr emotional gegen Carey: »He did not conceal that he himself lost his impartiality when workers were complaining of their misery, their suffering and their bondage. Instinctively he stood in favour of those who were in a difficult position and thought that such ought to be instinctively the position of the WFTU«. Ebda., S. 18.

264 Ebda., S. 19.

265 Wahrscheinlich muß die Benennung Jouhaux' für diese Mission als ein Kompromiß zwischen den »westlichen« und den »kommunistischen« Gewerkschaftsführern gesehen werden. Erstgenannte kannten Jouhaux aus der Vorkriegszeit als einen der ihren, letztere konnten ihn als Vertreter der CGT sehen, in der die Kommunisten sich eine beherrschende Stellung erworben hatten.

266 »Report by Léon Jouhaux, Vice President of the WFTU, on his visit to Greece to the Executive Bureau of the WFTU (Session of September 1946 in Washington)«. Archiv WFTU, 9.

die Königstreuen und Faschisten begaben sich jetzt an die Ausschaltung aller für die öffentliche Meinung wichtigen Gegner dieser Rückkehr[267].

Echte Meinungsverschiedenheiten in der griechischen Frage warf der Jouhaux-Bericht innerhalb des Exekutivbüros nicht auf. Zwar mißbilligte di Vittorio von der CGIL (Confederazione Generale Italiana di Lavoro) die Haltung der britischen Regierung und unterstrich die Verantwortlichkeit des britischen TUC[268], zwar ging Arthur Deakin nicht einig mit dem Vorschlag Tarasovs, Demonstrationen gegen das Auftreten der griechischen Regierung zu organisieren[269], aber man konnte sich doch einigermaßen rasch über eine Resolution »concerning the defense of trade union liberties in Greece« einigen. In dieser Resolution verurteilten die Autoren die »reaktionäre« griechische Regierung, drangen auf Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Freiheit und vertraten die Ansicht, daß der vom Märzkongreß 1946 gewählte Vorstand als der einzige Vertreter der griechischen Gewerkschaften angesehen werden müsse. Wichtig war der Passus über die Wiederherstellung der Einheit in der Gewerkschaftsbewegung. Der im März gewählte GSEE-Vorstand sollte einen neuen Kongreß einberufen und auf der Basis einer Proportionalvertretung aller Richtungen, »excluding none«, eine demokratische Tätigkeit der Gewerkschaftsbewegung ermöglichen. Dabei wurde der GSEE-Vorstand ausdrücklich beauftragt, einen Vergleich mit der Makris-Gruppe anzustreben[270].

Daß dies in der Tat in der Absicht des Exekutivbüros lag, zeigte sich auf der Dezembersitzung, auf der Paparigas und Stratis im Namen des gewählten[271] GSEE-Vorstandes Informationen über die gewerkschaftliche Lage in Griechenland vorlegten. Zwar stimmten auf dieser Sitzung alle Mitglieder des Büros in der Griechenlandfrage weitgehend überein[272], zwischen dem Büro und der GSEE-Vertretung, die überdies untereinander nicht einig war, kam es aber sehr wohl zu Meinungsverschiedenheiten. Der Gegensatz trat auf wegen eines Telegramms von Saillant vom 16. November 1946 an den GSEE-Vorstand, in dem dieser dazu ermuntert wurde, dem Braine-Tsaldaris-Übereinkommen zuzustimmen[273].

---

267 Ebda., S. 6.

268 Di Vittorio: »International pressure must be used against the reactionary Greek Government; that, however, was only possible on condition that there were no foreign military forces in Greece aiding the government and oppressing the people. Without the intervention of these foreign troops, particularly the British, the Greek people would have the strength, courage and spirit of sacrifice to win back its liberty for itself. For that reason, British trade unionism had a particular important part to play in the task which developed on international trade unionism«. Session Executive Bureau 20.–24. 9. 1946 (Washington), S. 33 f., Archiv WFTU, 9.

269 Deakin: »[...] trade union organisations had something else to do beside continually organising demonstrations«. Ebda., S. 58.

270 Resolution no. 6. Concerning the defence of trade union liberties in Greece, in: *Report of the WFTU to the General Council at Prague June 9th–14th 1947*, o. O., o. J.

271 Gemeint ist der auf dem GSEE-Kongreß vom März 1946 gewählte Vorstand.

272 Hierbei ist jedoch zu bedenken, daß bei der Besprechung dieses Punktes di Vittorio, Lombardo Toledano und die russischen und chinesischen Vertreter (noch) nicht anwesend waren. Dennoch bleibt es auffällig, daß vor allem Deakin und Saillant in dieser Frage völlig miteinander übereinstimmten. Session Executive Bureau 9.–10. und 13.–16. 12. 1946 (Paris), S. 1–22, Archiv WFTU, 9, IISG.

273 Dies war die Übereinkunft, die am 2. Nov. 1946 zwischen W. Braine, dem britischen »Labor-Attaché« in Rom, der von der britischen Regierung mit Sonderauftrag nach Griechenland geschickt worden war, und dem griechischen Premier Tsaldaris geschlossen worden war. Die Unterhändler vereinbarten, daß die griechische Regierung den gewählten GSEE-Vorstand, ergänzt aus Vertretern der Makris-Gruppe, wieder anerkennen solle. Ein neuer Kongreß sollte stattfinden und verhaftete Gewerkschaftsmitglieder zum Teil freigelassen werden. *Jecchinis*, S. 102 f.– Was die britische Regierung bewogen haben mag, sich selbst wieder mit der griechischen Gewerkschaftsbewegung zu befassen, nachdem man diese erst einige Zeit dem TUC und

Den Dreh- und Angelpunkt bildete hierbei die Zahl der Makris-Anhänger, die nach dieser Übereinkunft in den Vorstand gebracht werden sollten. Offensichtlich[274] waren Paparigas und Stratis zwar bereit, einer Erweiterung des Vorstandes von 7 auf 17 Mann zuzustimmen, wobei die Makris-Gruppe 5 Sitze erhalten sollte, sie kehrten sich aber gegen eine Erweiterung von 7 auf 12 mit wiederum 5 Sitzen für die Makris-Gruppe (Vorschlag Braines), weil das »alte« Vorstandsmitglied Kalomiris nicht als zuverlässig galt, wodurch ein 6 : 6-Verhältnis entstehen konnte. Als weiteres Gegenargument gegen diese zahlenmäßige Konstruktion führte man an, daß die Makris-Gruppe weit über ihre tatsächliche Stärke hinaus vertreten wäre, handele es sich doch um eine Gruppe, die überdies nicht als eine echte Gewerkschaftseinrichtung, sondern als eine reaktionäre, faschistische Strömung anzusehen sei[275].

Die GSEE-Vertreter hielten es für unangebracht, daß der Generalsekretär des WGB versucht hatte, Druck auszuüben; die übrigen Mitglieder des Büros aber stellten sich einstimmig hinter Saillant. Dieses recht weitgehende Entgegenkommen Saillants und des Exekutivbüros gegenüber der Makris-Richtung läßt sich aus der Furcht erklären, daß die griechische Regierung, gegebenenfalls mit Unterstützung der AFL, das Zustandekommen eines zweiten Gewerkschaftsverbandes mit der Makris-Gruppe als Kern fördern würde. Hierfür bestanden deutliche Indizien. Alle Büromitglieder – Kupers (NVV) machte hier zunächst eine Ausnahme, ließ sich später aber überzeugen – vertraten die Ansicht, daß dies wohl nicht gewünscht werden könne[276], da große Teile der griechischen Gewerkschaftsbewegung dadurch möglicherweise für längere Zeit ausgeschaltet werden würden. Darum beauftragte das Büro den Generalsekretär, die Ausführung der Septemberresolution zu versuchen, d. h. die Gewerkschaftseinheit wiederherzustellen. Zugleich erhielt Vincent Tewson, der Generalsekretär des TUC, den Auftrag, mit der griechischen Regierung im Namen des WGB über diese Frage zu unterhandeln[277].

Bei seinem Einigungsversuch ging Tewson von den Vorschlägen Braines aus, die er jedoch ergänzte, indem er die Zentrum-Gruppe, zu der er Kalomiris und Stratis zählte, verstärkte. Er schlug vor, die Vorstandssitze zwischen »Links«, »Zentrum« und »Rechts« zu verteilen nach der Formel 5 : 5 : 5. Nunmehr wies jedoch die Makris-Gruppe den Kompromiß zu-

---

WGB überlassen hatte, ist auf Grund unseres Materials nicht auszumachen. Nach Jecchinis erfolgte die Entsendung Braines auf Bitten der griechischen Regierung. Vielleicht spielte bei der größeren Eigenaktivität der britischen Regierung das Unvermögen des WGB eine Rolle, eine endgültige Lösung herbeizuführen; möglicherweise ist hier auch Furcht zu spüren vor einer zu intensiven Beteiligung des WGB, da man die inzwischen überdeutliche starke Position der kommunistischen Gewerkschaftsverbände in dieser Weltorganisation erkannte. Im übrigen deutet in dieser Phase nichts auf einen Gegensatz WGB – britische Regierung in der Griechenlandfrage. Nach Angaben Saillants standen die Vorschläge Braines in Übereinstimmung mit der Septemberresolution des Exekutivbüros. Session Executive Bureau 9.–10. und 13.–16. 12. 1946 (Paris), S. 20, Archiv WFTU, 9.

274 Dies wird nicht ganz deutlich aus der Erklärung von Paparigas; sowohl Saillant wie Deakin stellten fest, daß diese Erklärung voll von Gegensätzlichkeiten war. Ebda., S. 15 f.

275 Kupers meinte sich gegen diese Typisierung der Makris-Gruppe wenden zu müssen: »Kupers was not, however, sure that the Makris-tendency was Fascist, for he doubted if Mr. Green of the A.F. of L. would have consented to receive Makris if he really was the leader of such an organisation«. Ebda., S. 19.

276 Deakin vertrat hier deutlich eine andere Meinung als Kupers: »The fact that the A.F. of L. or any other organisation supported Makris was of no importance in the eyes of the Chairman who considered that the creation of a second trade union would be a disaster«. Ebda., S. 19.

277 Im übrigen war Deakin nicht begeistert über die Entsendung Tewsons, da er den TUC aus den griechischen Angelegenheiten heraushalten und die griechischen Gewerkschaften sich selbst überlassen wollte. Ebda., S. 123 f.

rück[278]. Eine weitere Komplikation in der griechischen Gewerkschaftsfrage ergab sich, als sich herausstellte, daß man sich über den Anschluß beim WGB nicht mehr einig war. Ohne Zweifel spielte hier die Einflußnahme der AFL eine Rolle, die wie in anderen Ländern auch in Griechenland versuchte, dem WGB ins Gehege zu kommen. Wie sehr sich die amerikanischen Gewerkschaften mit der griechischen Bewegung befaßten, zeigte sich in der Reise des amerikanischen Labor-Attachés in London, Sam Berger, die auf Anraten des AFL-Vertreters in Europa, Irving Brown, unternommen wurde. Nach der Abreise Tewsons setzten Braine und Berger dessen Einheitspolitik fort. Die intensive Beschäftigung der Vereinigten Staaten mit der griechischen Gewerkschaftsbewegung ist sicherlich auf die Verkündung der »Truman-Doktrin« zurückzuführen[279]. – Bei der Besprechung des Tewson-Berichts im Exekutivausschuß im Juni 1947 zeigten sich mehrere Sprecher besorgt über die AFL-Aktivitäten in Griechenland[280]. Zwar äußerten die Ausschußmitglieder keine Kritik an Tewson, diese kam aber sehr wohl etwas später im sowjetischen Gewerkschaftsblatt »Trud«, das den 5 : 5 : 5-Kompromiß angriff. Tewson hat diese Angriffe der Sowjetrussen auf der Sitzung des Exekutivbüros im Mai 1948 zurückgewiesen – jener Sitzung im übrigen, auf der der TUC seine Unzufriedenheit über den WGB insgesamt zur Sprache brachte. Da aber Kuznetsov sich in diesem Punkt nicht verteidigte, ist nicht deutlich, welche Ursachen der Sowjetkritik an Tewsons Mission zugrunde lagen[281].

Tewsons Reise nach Griechenland war der letzte Besuch eines WGB-Vertreters oder einer WGB-Delegation. Das erneute Aufflackern des griechischen Bürgerkriegs 1947 hatte im Juni jenes Jahres zu Massenverhaftungen geführt, denen linke Politiker und Gewerkschaftsführer (u. a. Paparigas) zum Opfer gefallen waren. Da hierdurch die kommunistische Richtung in der griechischen Gewerkschaftsbewegung ausgeschaltet war und da sich obendrein die amerikanische Regierung und die AFL intensiv mit den griechischen Gewerkschaften befaßten, wurde der WGB vom griechischen Schauplatz verdrängt. Seine Aktivitäten konnten sich nur noch auf Proteste bei mancherlei Instanzen gegen die Eingriffe der griechischen Regierung in die Gewerkschaftspolitik und gegen die Behandlung der verhafteten und auf Inseln deportierten Gewerkschaftsführer beschränken[282]. Eine weitergehende Einflußnahme war nicht mehr möglich.

---

278 »Report on visit to Greece – April 26 to May 3, 1947 (by V. Tewson)«, Archiv WFTU, 19.

279 *Jecchinis*, S. 104.

280 Saillant sah auch den Zusammenhang mit der internationalen Politik (Truman-Doktrin): »Without wishing to make a purely trade union debate into a political matter, one could not help but notice that the manoeuvers against the WFTU which could be noted in the Greek movement, became apparent at the very moment when the Greek problem assumed, on the international level, the importance everyone now recognises«. Session Executive Committee 6. und 7. 6. 1947 (Prag), S. 39, Archiv WFTU, 10.

281 Session Executive Bureau 30. 4. – 10. 5. 1948 (Rom), S. 49 und 56, Archiv WFTU, 11.

282 »Report on the Trade Union Situation in Greece, submitted to the Executive Bureau and Committee, Rome, 30 April – 10 May 1948«, Archiv WFTU, 11. Der WGB setzte sich stark ein für das Schicksal des abgesetzten und verhafteten Generalsekretärs der GSEE D. Paparigas. Ende 1948 bat er den Genfer Advokaten A. Dupont Willemin, sich zur Verteidigung Paparigas' nach Griechenland zu begeben. Dupont Willemin erhielt jedoch von der griechischen Regierung keine Einreiseerlaubnis. Am 20. Februar 1949 wurde Paparigas tot in seiner Athener Zelle aufgefunden; nach Angaben der griechischen Behörden handelte es sich um Selbstmord durch Erhängen. Auf einer Pressekonferenz wandte sich Saillant scharf gegen diese Lesart und beschuldigte die griechische Regierung des Mordes. »The WFTU persisted in affirming that Mr. Paparigas was not one of those weak personalities who committed suicide in face of his fate. He was a man who resisted. He was a man who could be killed, but not a man who could kill himself in adversity«. Und: »The WFTU did not wish this crime to remain unpunished. It wished to defend its leaders while they were alive and to defend their memory when they

Überschaut man die Bemühungen des WGB um die griechische Gewerkschaftsbewegung insgesamt, dann ist festzuhalten, daß sich die Aktivitäten nur bei Zustimmung der griechischen Regierung und damit der dahinter stehenden britischen und später auch amerikanischen Instanzen vollziehen konnten. Der Weltgewerkschaftsbund wurde erst in die griechische Frage hineingezogen, als der TUC, vermutlich im Einvernehmen mit der Labour-Regierung, einen Teil seiner Verantwortlichkeiten gegenüber der griechischen Gewerkschaftsbewegung der neuen Internationale übertrug. Dies lief parallel zum Vorhaben der Labour-Regierung, schon in dieser Zeit (1945) die Amerikaner in die griechischen Angelegenheiten hineinzuziehen. Als die griechische Lage allgemein 1947 für die Briten besonders schwierig wurde und die Truman-Doktrin dafür sorgte, daß die griechische Last von den stärkeren Amerikanern übernommen wurde, war die Rolle des WGB in Griechenland zum guten Teil ausgespielt. Dafür sorgte die AFL in Zusammenarbeit mit der amerikanischen Regierung.

Ein zweites auffälliges Kennzeichen in der Behandlung der griechischen Frage innerhalb des WGB ist die recht große Zurückhaltung, die die kommunistischen Vertreter, insbesondere die Gewerkschaftsdelegierten der Sowjetunion, an den Tag legten, obwohl doch in der griechischen Gewerkschaftsbewegung – oder allgemeiner: in der gesamten politischen und militärischen Auseinandersetzung – Kommunisten und Anti-Kommunisten einander scharf bekämpften. Diese Nachgiebigkeit zeigte sich z. B. darin, daß man im Exekutivbüro einander jedesmal recht schnell fand bei der Abfassung von Resolutionen über Griechenland: Nur einmal kam es zu wirklichen Gegensätzlichkeiten. Eine Erklärung des Verhaltens der sowjetischen Gewerkschaften läßt sich möglicherweise aus der Großen Politik ableiten. Bei der Verteilung in Einflußsphären in Südosteuropa im Oktober 1944 waren Churchill und Stalin übereingekommen, daß Griechenland zur britischen Einflußsphäre gehören sollte. Versuche der sowjetischen Gewerkschaften, über den Weltgewerkschaftsbund größeren Einfluß auf die griechische Gewerkschaftsbewegung zu erhalten, hätten vielleicht auf westlicher Seite zu Versuchen führen können, sich in die Entwicklung etwa der rumänischen Gewerkschaften einzumischen[283]. Gegen diesen Hintergrund muß auch die Nachgiebigkeit Saillants gegenüber der Makris-Gruppe bewertet werden. Nur durch das Zustandekommen einer alle Gruppierungen umfassenden Gewerkschaftszentrale konnte der WGB doch noch hoffen, einigen Einfluß auf die griechische Gewerkschaftsbewegung zu erhalten. Mit der Ablösung der Briten durch die Amerikaner und mit dem Auftreten der AFL sowie infolge des Aufflackerns des griechischen Bürgerkrieges und der damit verbundenen Ausschaltung der kommunistischen Richtung war diese Politik mißlungen und damit auch der WGB nur noch zu machtlosen Protesten in der Lage. Unter solchem Aspekt kann die Tatsache, daß der Weltgewerkschaftsbund den Tod des vom Weltverband unterstützten Gewerkschaftsführers Paparigas Anfang 1949 nicht hat verhindern können, symbolisch genannt werden.

---

had been murdered«. »Press conference given by M. Louis Saillant, on February 21st, 1949, [...], concerning the death of Dimitri Paparigas, General Secretary of the Greek Confederation of Labour«, Archiv WFTU, 19, IISG.

283 Nicht der amerikanische oder britische, sondern der dänische Gewerkschaftsbund sollte Ende 1948 die Entwicklungen in Osteuropa im WGB auf die Tagesordnung setzen, indem er in einem Telegramm an Saillant gegen Verhaftungen und Exekutionen u. a. von (nicht-kommunistischen) Gewerkschaftsführern in osteuropäischen Ländern protestierte. Saillant schickte die dänische Anklage an die osteuropäischen Gewerkschaftsbünde und bat zu gleicher Zeit den dänischen Gewerkschaftsbund, seine Beschuldigung zu konkretisieren. Archiv WFTU, 28. Dies hatte jedoch keine weiteren Folgen, da bald danach der WGB sich spaltete und der dänische Gewerkschaftsbund aus der Gewerkschaftsinternationale austrat.

VII. Vergeblichkeit des Bemühens um internationalen Status

Als Sydney Hillman, Mitglied des hier schon mehrfach genannten Verwaltungsausschusses, am 30. April 1945 nachdrücklich an die Gründungsversammlung der Vereinten Nationen appellierte, der Arbeiterschaft der Welt einen ihr angemessenen Platz im Entscheidungsprozeß einzuräumen, bediente er sich einer Reihe von Argumenten, die den Anspruch moralisch abstützen sollten, hernach ebenso hartnäckig wie dringlich vorgetragen wurden, letztendlich jedoch nicht den erwarteten Erfolg bewirkten[284]. Die Intention war deutlich. Ungleich dem IGB sollte der neue Gewerkschaftsbund eben mehr Rechte in den internationalen Beziehungen erhalten. Nach den Erfahrungen des II. Weltkriegs mußte die Arbeiterbewegung eine bedeutendere Rolle spielen, als sie es je getan hatte. Ein Mann wie Louis Saillant ließ das schon vor Hillman den Vorstand der CGT wissen, und der Amerikaner selbst hatte mehr als nur moralischen Anspruch zu bieten. Er sah in der Einschaltung der Arbeiterorganisation auch ein sachliches Erfordernis, denn wie sollte sich ohne die massive Unterstützung durch die Arbeiter die internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet vollziehen, wie sollte der Wirtschafts- und Sozialrat eine Aufgabe erfüllen, die er wie folgt umschrieb: »[. . .] extending the benefits of modern industry and technology to the farthest corners of the earth, so that all people, everywhere, shall be enabled to enjoy the rich fruits which the vast natural resources of the world and man's ingenuity now make possible«[285], wie auch konnten die Vereinten Nationen ohne die Mitarbeit der Arbeiter etwa wirtschaftliche Sanktionen durchführen? Und hinter solchen Fragen steckte die Erkenntnis, daß der WGB seine Existenz nur unter der Bedingung der Zusammenarbeit der Nationen wahren konnte.

Trotz gewisser Nuancierungen stimmten die Mitglieder des Exekutivbüros im Streben nach einer maßgeblichen internationalen Position des WGB im Namen der weltweiten Arbeiterbewegung überein[286]. Auffälligerweise wichen die Standpunkte der englischen und amerikanischen Gewerkschaftsvertreter im Exekutivbüro von dem ihrer Regierungen ab. In der Unterstützung der WGB-Forderungen betonten sie den einzigarten Charakter des neuen Weltbundes, hoben die hohe Mitgliederzahl hervor und verwiesen auf die repräsentative Qualität der Gewerkschaftsbünde; darum, so unterstrich Citrine, dürfe der WGB auch nicht mit anderen Organisationen auf eine Stufe gestellt werden[287]. Als man im Namen der internationalen Arbeiterbewegung für den WGB die Mitgliedschaft in allen internationalen Organisationen und Kommissionen über Friedens- und Wiederaufbaufragen der Nach-

---

284 Sydney Hillman, Report on the work of the Administrative Committee; Representation of World Labor in International Agencies and Organizations, Archiv WFTU, 1. Siehe S. 3: »We believe that the sixty million workers whom we represent, must be given a voice in the determination of the historic issues which your conference is called upon to decide. Their magnificent contribution to the victory which we are winning has been recognized and made the subject of high tribute by the governments of all the United Nations. Their sacrifices to win the victory have been enormous. Their tireless effort in the factories, mines and transport services, their heroism on the battlefield, their glorious struggles in the occupied lands and their singleminded devotion to the cause for which we fight, have made the triumph of that cause possible. Surely they have earned the right to a place in the councils whose decisions will determine whether their sacrifices and sufferings have been in vain«.

285 Louis Saillant, L'Organisation de la paix et l'unité syndicale internationale. Rapport presenté au C.C.N. (de la C.G.T), 27.–29. 3. 1945, S. 18; ferner Report Hillman, S. 6 f.

286 Session Executive Bureau 19.–22. 12. 1945, S. 9, Archiv WFTU, 8, IISG. Report Hillman, S. 9; Saillant, L'Organisation de la paix, S. 16.

287 Session Executive Bureau 22.–25. 2. 1946 (Paris), S. 8, Archiv WFTU, 8, IISG.

kriegszeit forderte – das hieß für die Vereinten Nationen beratende Stimme in der Vollversammlung und vollberechtigte Mitgliedschaft im Wirtschafts- und Sozialrat –, zeigte sich sofort die abweichende Haltung der englischen und amerikanischen Regierungsvertreter[288]. Um zu verhindern, daß der WGB vor dem Weltforum der UNO aus einer starken Position mit den Regierungen über die Kernfragen ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik debattierte, bedienten sich die englischen und amerikanischen Regierungsleute einer ausgeklügelten dilatorischen Taktik. So zweifelten sie mit dem Hinweis auf die Nichtbeteiligung der AFL den repräsentativen Wert des WGB an. Darüber hinaus garantierte das Abstimmungsverhältnis in den verschiedenen UNO-Organisationen die Minimalisierung des WGB-Einflusses insofern, als die um die Sowjetunion und Frankreich gruppierten Regierungen, die zusammen mit diesen beiden Ländern den WGB unterstützten, keine Mehrheit erzielen konnten. Daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten die Internationale Arbeitsorganisation (I.A.O.; I.L.O. = International Labour Organization) positiv gegen den WGB abhoben, ist begreiflich, da dort angesichts der drittelparitätischen (Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Regierungen im Governing Body) Struktur im Entscheidungssektor erhöhte Kontrollierbarkeit gewährleistet war, zumal die Sowjetunion nicht zu den Mitgliedern zählte[289]. Unter diesen Ausgangsbedingungen überrascht es kaum, daß es nur mit größter Mühe gelang, den WGB innerhalb der UNO zu institutionalisieren, und daß aus der anfänglichen, 1946 zugestandenen Beobachterrolle bis Ende der 40er Jahre nicht mehr als eine beratende Stellung mit beschränktem Rederecht geworden ist[290]. Das Urteil des sowjetischen Gewerkschaftlers Sidorenko, der Status des WGB in der UNO entspreche nicht dem Rang einer weltweiten Organisation der Arbeiterklasse, stimmte dann auch mit der Tatsache überein, daß der Kern der Forderungen des WGB unerfüllt blieb, während die AFL und die Internationale Genossenschaftliche Allianz durch Einflußnahme der englischen und amerikanischen Regierung denselben Status wie der WGB erhielten und darüber hinaus die IAO als »specialized agency« mit dem Wirtschafts- und Sozialrat organisatorisch verknüpft wurde, wie es der WGB für sich gefordert hatte. Die Sonderstellung des WGB fand in der UNO eben keine Anerkennung[291]. Die Frustration der WGB-Führung äußerte sich in machtloser Empörung, die etwa Citrine über Regierungen im allgemeinen äußerte[292] und in der Saillant und die sowjetischen Gewerkschaftsführer sehr viel richtiger die Verantwortlichkeit bestimmter Regierungen hervorhoben[293]; sie zeitigte jedoch auch aus

288 Hillman, Report, S. 2 und 9; *Windmuller*, S. 53. – Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen ist zuständig für wirtschaftliche, soziale, medizinische und kulturelle Fragen und arbeitet mit Regional- und Sachausschüssen.

289 Report on the representation of the W.F.T.U. within the United Nations, Session Executive Committee Juni 1946 (Moskau), S. 11, Archiv WFTU, 8, IISG. – Bei der I.L.O. handelt es sich um eine zwischenstaatliche Organisation zur Förderung der sozialen Gerechtigkeit und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Lebensstandards im Weltmaßstab. Die I.L.O. wurde 1919 im Rahmen des Völkerbundes gegründet. Nachdem 1945 die Verbindung zum Völkerbund gelöst worden war, wurde die I.L.O. 1946 als Sonderorganisation in die Vereinten Nationen aufgenommen.

290 Session Executive Committee 5.–10. 5. 1948 (Rom), S. 26 f., 37, Archiv WFTU, 12, IISG.

291 Ebda., S. 28; Report on the representation of the W.F.T.U. within the U.N.O. Session Executive Bureau 20.–24. 9. 1946 (Washington), S. 14–16, Archiv WFTU, 9, IISG; *Anisse Salah-Bey*, L'Organisation International de Travail et le Syndicalisme Mondial, 1945–1960, Paris 1963, S. 33.

292 Session Executive Bureau 20. 6. 1946 (Moskau), S. 54, Archiv WFTU, 8, IISG.

293 Siehe ebda., S. 56; dazu: Appeal to all Working People of the World, to all Trade Unions, to all Democratic Organizations, Moskau, Juni 1946, Archiv WFTU, 8, IISG.

der Not geborene Kompromißbereitschaft, die Arthur Deakin im Oktober 1946[294] bezeugte und die zugleich gesehen werden muß als Beweisführung für die politische Neutralität des WGB[295]. Ist somit einerseits festzustellen, daß auch die wiederholten Versuche der Büromitglieder, ihre jeweiligen Regierungen zu beeinflussen, fehlgeschlagen sind[296], dann lag andererseits ebenfalls in der 1945 nicht angetasteten Autonomie der nationalen Gewerkschaftsbünde insofern ein Hindernis für eine entschiedenere Politik, als sich etwa Doppelfunktionen leitender Gewerkschaftler in den Entscheidungsgremien von IAO und WGB nicht zugunsten des WGB nutzen ließen, solange der TUC volle Autonomie postulierte[297] und die sowjetische Gewerkschaft einer Zusammenarbeit mit der IAO ablehnend gegenüberstand[298]. Die sowjetische Gewerkschaft zeigte sich nicht bereit, in einer Organisation zu wirken, in der die Arbeiterschaft nach ihrer Ansicht schwach vertreten war[299]. Schon bei der Gründung des WGB hatte sich gezeigt, wie sehr die Ansichten von TUC und sowjetischer Gewerkschaft über Wert oder Unwert der IAO in der bestehenden Struktur auseinandergingen. Die Konsequenz war, daß es den einzelnen nationalen Gewerkschaften überlassen blieb, ihre Haltung zum WGB zu bestimmen[300]. Neben den hier genannten Handlungsbeschränkungen des WGB innerhalb der UNO ist auch die vom WGB niemals energisch bekämpfte AFL-Aktivität[301] anzuführen, die eine noch weitere Verringerung des WGB-Spielraums in der UNO zur Folge hatte. Es ist allerdings erstaunlich, daß sich der WGB nicht von Beginn an gegen die Angriffe der AFL gewandt hat, die schon seit dem Frühjahr 1945 das Klima in der Vertretungsfrage verdarben. Es scheint, daß Citrine die Zurückhaltung des WGB-Büros bestimmt hat, um der AFL noch die Möglichkeit des Beitritts zum WGB zu bieten – eine schon in der Frühzeit doch perspektivelose Hoffnung[302]. Es zeigte sich auch gleich auf den Sitzungen des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO, daß zwischen AFL und WGB keine Übereinstimmung zu erzielen war. Als der Rat schließlich die so wichtige Frage der gewerkschaftlichen Rechte an die IAO verwies, geschah das sehr zum Mißfallen der sowjetischen Delegation im WGB[303].

Schließlich ist auf die Tätigkeit des WGB im Wirtschafts- und Sozialrat selbst hinzuweisen. Inhaltlich zeichneten sich die WGB-Aktivitäten in diesem UNO-Gremium durch man-

---

294 Session Executive Bureau Washington 1946, S. 51.

295 Deakin, Nachfolger Citrines, wollte, als di Vittorio die Massen für einen Streik für den Frieden zu mobilisieren suchte mit der Begründung: »It was evident that the flag of the warmongers of today, was the same as that was brandished by Hitler and Mussolini, the anti-Soviet flag«, die Sache herunterspielen. Der WGB dürfe nicht Partei ergreifen, sondern solle der Verständigung unter den Nationen dienen. Als Resultat der Diskussion wurde aber eine WGB-Erklärung veröffentlicht, in der zwar kein Land direkt genannt, die Absicht jedoch sehr deutlich wurde. ›W.F.T.U. and the preservation of the peace‹, Appendix G bei ›Report of W.F.T.U. Executive Bureau held at C.I.O. Offices, Washington D.C. 20.–24. 9. 1946, GC 18/4a, T.U.C.-Archiv 918.2. Siehe auch Session Executive Bureau, Washington, S. 47–54. Für *Windmuller*, S. 88 f., ist dies ein Beweis der Tatsache, daß die Aktivitäten des WGB-Personals unter Leitung von Saillant die Organisation auf politische Pfade brachten. Windmuller sieht hier den Kompromißcharakter der WGB-Politik zu wenig.

296 Session Executive Bureau 6.–9. 10. 1945 (Paris), S. 17, Archiv WFTU, 1, IISG. Session Executive Bureau 21.–22. 12. 1945 (Paris), S. 8 f., Archiv WFTU, 1.

297 Session Executive Bureau Juni 1947 (Prag), S. 73, Archiv WFTU, 10, IISG. Executive Committee Mai 1948 (Rom), S. 125.

298 Session Executive Bureau, 18.–24. 11. 1947 (Paris), S. 105, Archiv WFTU, 10, IISG.

299 Ebda., S. 108.

300 *Salah-Bey*, S. 37 f.

301 Session Executive Bureau 22.–25. 2. 1946 (Paris), S. 4–6; Executive Bureau Nov. 1947 (Paris), S. 108.

302 International Committee 4/1 (März 1946), S. 2, T.U.C.-Archiv 918.2.

303 Session Executive Bureau Nov. 1947 (Paris), S. 77 f.

gelnde Effizienz aus. Das lag zum einen an der geringen Übereinstimmung der Büromitglieder über die beim Rat einzubringenden Themen, die durch die schlechte Zusammenarbeit zwischen dem WGB-Sekretariat und den Sachverständigen der nationalen Gewerkschaften noch erschwert wurde. So stieß etwa das von di Vittorio zunächst vorgeschlagene Thema der Arbeitermigration unerwartet auf den Widerstand des sowjetischen Vertreters Tarasov[304]. Es wurde notwendig, kurzfristig zwischen Dezember 1946 und Februar 1947 einen neuen Tagesordnungspunkt zu benennen: Man einigte sich auf das Problem der Verletzung gewerkschaftlicher Rechte. Dies fügte sich zwar genau in die allgemeine Politik des WGB, aber eben darum ergaben sich auch Schwierigkeiten. Wenn der WGB geglaubt haben sollte, im Sinne seiner antifaschistischen Konzeption Diktaturen von rechts als Feinde der Gewerkschaften anprangern zu können, dann hatte er sich getäuscht, denn der Wirtschafts- und Sozialrat verwies die Frage geräuschlos an die IAO, die ihrerseits alle politischen Aspekte wegstrich – dies alles, nachdem schon in der Diskussion im Exekutivbüro des WGB die Vertreter des TUC und des kanadischen Gewerkschaftsbundes ihre Zustimmung zu einer ausdrücklichen namentlichen Erwähnung von Ländern nicht gegeben hatten[305].

Immerhin beschloß das Exekutivbüro, Kontakt mit der IAO aufzunehmen, obwohl Tarasov sich äußerst reserviert verhielt. Es fällt auf, daß Jouhaux, der hierbei, angesichts seiner Doppelfunktion als Büromitglied und als Mitglied des ›Governing Body‹ der IAO, eine besondere Stellung einnahm, sich in dieser Frage vor allem als IAO-Mann bewies[306]. Anfänglich schienen die Kontakte mit der IAO für den WGB äußerst zufriedenstellend zu verlaufen. Die zur Bürositzung vom November 1947 nach Paris eingeladene Vertretung schilderte die Konturen einer auf Erneuerung ausgerichteten Organisation. Viple, Leiter der Delegation, zeigte eine entgegenkommende Haltung gegenüber dem WGB und stützte sich auf Beschlüsse der Internationalen Arbeitskonferenz vom September des vorhergehenden Jahres, die auf Zusammenarbeit mit und Konsultation von nichtgouvernementalen Organisationen zielten und dabei internationale Arbeiterorganisationen nicht ausschlossen[307]. Toledano, der dieselbe Doppelfunktion wie Jouhaux einnahm, sah nunmehr offensichtlich Möglichkeiten, die IAO von innen heraus durch die Koordinierung der Arbeitergruppe in der IAO zu beeinflussen. Diese Möglichkeit wurde jedoch durch Deakin entschieden abgewiesen. Der WGB sollte danach keinerlei Einfluß auf die Beziehungen der nationalen Gewerkschaften zu ihrer jeweiligen Vertretung in der IAO erhalten[308]. Man beschloß, die Entscheidung über den Charakter der eigenen Beziehungen zur IAO bis Mai 1948 aufzuschieben[309].

Selbst eine so bescheidene Kontaktaufnahme des WGB zur IAO wurde auch von Frank Fenton, AFL-Mann im ›Governing Body‹, energisch bekämpft: »He pointed out that whereas

304 Session Executive Bureau Dez. 1946 (Paris), S. 141–143. Vgl. Session Executive Bureau Washington, S. 46.

305 Session Executive Committee Mai 1948 (Rom), Resolutions S. 4 f., Archiv WFTU, 12, IISG.

306 Session Executive Bureau Dez. 1946 (Paris), S. 146. Jouhaux war im Nov. 1947 über die Haltung der Arbeitergruppe im ›Governing Body‹ sehr zufrieden, während doch das Resultat der Behandlung der Frage der Gewerkschaftsrechte durch die IAO auf eine Entpolitisierung hinauslief, über die Tony Sender (AFL) ihre Zufriedenheit und Sidorenko sein Mißvergnügen deutlich machten. Vgl. Session Executive Bureau Nov. 1947 (Paris), S. 78 f. und Tony Sender, Report on the fifth session on the economic and social council, 19. 7.–16. 8. 1947, S. 4, A.F.L.-Papers 8a. – Jouhaux wurde denn auch im Nov. 1947 von seiten des polnischen Vertreters Witaszewski angegriffen. Siehe Session Executive Bureau Nov. 1947 (Paris), S. 121.

307 Session Executive Bureau Nov. 1947 (Paris), S. 76.

308 Wie Anm. 297.

309 Session Executive Bureau Nov. 1947 (Paris), S. 109.

at San Francisco and at Lake Success [Sitz des Wirtschafts- und Sozialrates] the W.F.T.U. fought the I.L.O. now they have changed their line to an effort to control it, which they could do by replacing the I.F.T.U. and gradually expanding the basis of consultation«[310]. Fenton verlangte, daß IAO und WGB nur dann zusammentreffen sollten, wenn die Initiative von der IAO ausging. Damit nahm er eine Position ein, die – das sei gesagt – nicht weit von der sowjetischen entfernt war – aus unterschiedlichen Motiven naturgemäß[311]. Saillant sah im Mai 1948 noch reale Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der IAO und bedauerte, daß man sie nicht in einem früheren Stadium bereits aufgenommen hatte. Ihm trat der polnische Vertreter Witaszewski entgegen, der die IAO als undemokratisch kritisierte und eine innere Reform der IAO zur Vorbedingung machte[312]. Der sowjetische Vertreter Sidorenko nahm eine gemäßigtere Haltung ein. Die Zusammenarbeit beider Organisationen sollte demnach an strenge Begrenzungen gebunden bleiben, Doppelfunktionen dabei vermieden werden. Deakin kam zu dem nichtssagenden Schluß, daß man koordinieren müsse, ohne jedoch die Rechte der nationalen Gewerkschaften anzutasten. Dieses Resultat wurde allgemein akzeptiert[313].

Insgesamt gesehen liegt der wichtigste Grund für die geringe Wirkung des WGB im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen unzweifelhaft in den zunehmenden Spannungen zwischen den Großmächten und den sich daraus ergebenden Schwierigkeiten für den WGB. Dieses Element rückte im Mai 1948 auf der Ausschußsitzung sehr deutlich ins Licht, als Sidorenko die geringe Wirkung des WGB im Wirtschafts- und Sozialrat analysierte. Nur die Sowjetunion habe in dieser Frage die richtige Haltung eingenommen. In seiner Verurteilung wies Sidorenko darauf hin, daß auch die WGB-Führung zu tadeln sei: »They should maintain their fundamental attitudes adopted at the outset.« Natürlich blieb das nicht ohne Widerspruch. Tewson widersetzte sich entschieden: »This sort of unfavourable criticism did not serve any good purpose«, man müsse daran denken, daß weder Carey noch er für die Haltung ihrer Regierungen verantwortlich gemacht werden könnten[314]. Zugleich war mit solcher Auseinandersetzung jene politische Einseitigkeit angesprochen, deren der WGB schon seit geraumer Zeit bezichtigt wurde. Darauf reagierte im Herbst desselben Jahres Saillant im Zusammenhang mit der internationalen Position des WGB. Für Saillant war deutlich, daß gerade die Haltung der westlichen Regierungen den WGB auf den Weg einer zuweilen ungleichgewichtigen Verteilung politischer Gunstbezeugungen geführt hatte. Auf dem CGT-Kongreß von Oktober 1948 stellte er fest: »Les travailleurs n'ont pas le choix très large. Où bien le gouvernement pratique une politique sociale qui s'inspire des revendications, des désirs et des aspirations de la classe ouvrière, et, alors, elle n'a pas de raisons de se dresser contre ce gouvernement, où bien ce gouvernement interprète des intérêts contraires et en devient le defenseur jusqu'à pratiquer une politique d'hostilité à la classe ouvrière, et, alors, les travailleurs ont des bonnes raisons de s'opposer à ce gouvernement«. Welche Konsequenzen er hieraus auf der internationalen

310 Minutes of the Standing Commission on International Relations, 5. 1. 1948, S. 2, A.F.L.-Papers 8a.
311 Vgl. *Salah-Bey*, S. 43–45.
312 Session Executive Bureau Mai 1948 (Rom), S. 121.
313 Ebda., S. 123 f.
314 Session Executive Bureau Mai 1948 (Rom), S. 29, 35. Es ist hier auch auf das ungenügende Funktionieren des WGB-Apparates hinzuweisen. Vgl. Session Executive Bureau Febr. 1946 (Paris), S. 4 und Executive Bureau Dez. 1946 (Paris), S. 127. Ebda., S. 128 und Executive Bureau 23. 9. 1946 (Washington), G.C. 18/42, T.U.C.-Archiv 918.2, S. 4, für Probleme mit der Repräsentation in Lake Success. Insgesamt: Summarized Report of the meeting of the W.F.T.U.-secretariat, 18th November 1947, T.U.C.-Archiv, 918.2.

Ebene zog, erhellt aus folgendem: »C'est un fait également, que dans la majeure partie des cas, le gouvernement des Etats-Unis et celui de la Grande Bretagne ont agi directement ou manœuvré habilement contre ce qui était issu de la F.S.M. [Fédération Syndicale Mondiale]. Faut-il donc critiquer l'Union Soviétique pour nous avoir soutenus et aidés? [. . .] Une vérité ne serait donc une vérité à partir du moment où elle est soutenue par l'Union Soviétique, par un communiste ou par quelqu'un qui refuse de tomber dans l'anti-soviétisme et l'anti-communisme?«[315]. Sah Saillant sich auch als Vertreter der letzten von ihm genannten Kategorie, so ist deutlich, daß durch den Fortfall des alten ›common ground‹ des Antifaschismus und der Einheit der Großmächte die Bemühungen des WGB, die Position der Arbeiterbewegung im internationalen Rahmen zu stärken, zum Scheitern verurteilt waren.

VIII. Der Marshall-Plan als Katalysator im Spaltungsprozess

Es ist an der Zeit, kurz auf die grundsätzliche Haltung der AFL gegenüber dem WGB hinzuweisen. Der schon mehrfach genannte Irving Brown hat die Kampfstellung der AFL im November 1947 treffend umschrieben, als er der Zentrale in Washington mitteilte: »Our trade union program and relationships have penetrated every country of Europe. We have become, however, an army, which is about a thousand miles from its supply bases. Our challenge to the WFTU, to the Soviet Union and to the world communism means that the AFL has become a world force in conflict with a world organization in every field affecting international labor as well as American labor«[316]. Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung als Abwehrzentrale gegen den Kommunismus – das war richtig und hatte sich in der Auseinandersetzung um die Integration der IBS schon bewährt[317]. Die hier vorgetragene Aussage enthält letztlich nichts anderes als die akzentuierte Neuformulierung einer politischen Einstellung, die schon vor der vorbereitenden Londoner Konferenz vom Februar 1945 festgelegt war. Bereits 1944 hatte das für die internationale Politik der AFL höchst wichtige Free Trade Union Committee sich nicht nur für den Aufbau neuer Gewerkschaften in Europa und Japan ausgesprochen, sondern auch als Zweck der Hilfe angegeben, »to resist the new drives of totalitarian forces [. . .]«[318]. Hier ist auch einer der Gründe zu suchen, warum die AFL der britischen Initiative zur Bildung einer neuen Gewerkschaftsinternationale nicht folgte, zumal sie ja vor Ausbruch des Krieges zu den schärfsten Gegnern eines Beitritts der sowjetischen Gewerkschaft zum IGB gezählt hatte. Dazu trat nunmehr, daß auch der CIO, die beinahe gleich starke rivalisierende Organisation, zu den Eingeladenen gehörte. Die AFL trug hier die nationale Auseinandersetzung auf internationaler Ebene aus, konnte dies aus ideologischen Motiven insofern leichter tun, als der

315 CGT., 1948. XXVII[e] Congrès national de Paris 11 au 15 Octobre 1948. Compte rendu sténographié des débats, S. 207 f.

316 Confidential Report, Irving J. Brown, 10. 11. 1947, AFL-Papers, 8a.

317 In dem unter Anm. 316 genannten Dokument schrieb Brown: »The international trade secretariats should be regarded as a major organizational instrument for the AFL to advance the cause of free trade unionism, combat the WFTU and create the basis for a future International Trade Union Federation.«

318 Zitiert bei *Windmuller*, S. 75. Vgl. auch *Ronald Radosh*, American Labor and United States Foreign Policy. The Cold War in the Unions from Gompers to Lovestone, New York 1969, S. 307 und *Philip Taft*, The A.F. of L. from death of Gompers to the merger, New York o. J., S. 343.

CIO zu dieser Zeit einen Anteil von Kommunisten in seinen Reihen zählte, der rasch als gefahrbringend ausgemacht wurde. Die Außenpolitik dieser amerikanischen Gewerkschaft war schon recht bald von einer Containment-Konzeption getragen, wie sie schärfer kaum hätte formuliert werden können. Matthew Woll plädierte im Dezember 1944 nachgerade für einen Kreuzzug gegen den Kommunismus, soweit er sich eben im Einflußbereich der westlichen Alliierten bekämpfen ließ. Zugleich enthielt solche Forderung die Rechtfertigung der Maßnahmen, die etwa von Großbritannien in Griechenland getroffen worden waren – dies alles mit dem Blick auf Entwicklungen in Polen und in den baltischen Ländern. Er bezeugte Übereinstimmung mit der Aussage Churchills: »The last thing that resembles democracy is mob law with bands of gangsters, armed with deadly weapons, forcing their way into Greek cities, endeavouring to introduce a totalitarian regime«. Zu bemerken ist in diesem Zusammenhang, daß Woll, von den Dumbarton-Oaks-Vorschlägen ausgehend und zunächst auf einer universalistischen Einstellung fußend, gegen eine drohende Blockbildung entweder unter Führung des britischen Empire oder unter dem Druck der Sowjetunion anging[319] – und eben die Warnung vor einer britischen Empire-Politik fügte sich genau in jene Freihandelskonzeption, die im State Department unter Hulls Führung so deutlich vorgetragen worden war. Wie stark sich die Gegnerschaft gegen internationale Organisationen entwickelte, in denen es auf Zusammenarbeit mit kommunistischen oder kommunistisch unterwanderten Verbänden ankam, erfuhr der vorbereitende Verwaltungsausschuß des WGB, der nach der Londoner Konferenz in Washington versuchte, die AFL zum Beitritt zu bewegen[320]. Der britische TUC sollte dies auf seinem Kongreß in Blackpool vom September 1945 erfahren – kurz vor dem Gründungskongreß des WGB also. Hier wurde auch deutlich, daß die AFL von einer Identifikation sowjetischer Außenpolitik und sowjetischer Gewerkschaftspolitik ausging. George Meany, AFL-Mann und Gastredner, unterstrich es: »[. . .] let there be no quibbling or misunderstanding, we do not recognize or concede that the Russian worker groups are trade unions. The Soviet worker groups are formally and actually instruments of the State. They are official branches of the government and of its ruling dictatorial political party. These so-called unions are designed to protect the interests of the Soviet State, even if this means that the interests of the workers themselves must be subordinated or injured. These so-called trade unions actively support the Soviet system of worker blacklists and deportations to labor camps that have resulted in virtual enslavement for millions of peasants, workers and professional people who are confined to labor camps with no protection, exploitation and compulsory labor«[321]. Es waren die Grundrechte der amerikanischen Verfassung, die Meany seinen britischen Kollegen nachgerade wie einen Spiegel vorhielt. Sicherlich konnte er sich mit Citrine und anderen einig wissen, wenn er für sein Land verbindliche Entscheidungen einer Weltorganisation ablehnte. Meany befürchtete einfach eine Einmischung des WGB in die

319 Confidential. Address by Matthew Woll, vicepresident [. . .] before the American Labor Conference on International Affairs, Hotel Commodore, New York, Saturday, December 16, 1944. SOPADE, Mappe 194, Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. – Gemeint sind hier die Dumbarton-Oaks-Vorschläge vom Herbst 1944, die die Grundlage der zu schaffenden Weltorganisation und nach Ergänzung in Jalta und San Francisco den Ausgangspunkt für die Satzung der Vereinten Nationen bildeten.

320 Vgl. *Citrine*, S. 224 f. Hier spielte allerdings in erster Linie die Rivalität zum CIO eine Rolle.

321 Rede in Report of Proceedings at the 77th Annual Trades Union Congress, 1945, aufgenommen. Da uns dieser gedruckte Bericht nicht vorlag, zitieren wir aus einem im ILO-Archiv, Genf, vorhandenen maschinenschriftlichen Exemplar. RL 25–3–1, Relations with TUC, London, to 1950.

auswärtige Politik einzelner Länder – ein für die Vereinigten Staaten wohl völlig inakzeptables Vorhaben. Sicherlich hatte bis dahin niemand dazu konkrete Vorschläge gemacht; aber ging man davon aus, daß der Aufbau neuer Gewerkschaften gefördert, der Unterdrückung von Gewerkschaften entgegengearbeitet werden sollte, dann bestand durchaus die Möglichkeit des Versuchs einer Einflußnahme auf die internationalen Beziehungen, zumal in diesem Zusammenhang auch der verstärkt einsetzende Dekolonisierungsprozeß nicht übersehen werden darf.

Die AFL-Haltung war jedenfalls eindeutig, der Ausgangspunkt, ein scharfer Antikommunismus, wenig kompromißträchtig. Es kam nunmehr darauf an, den nationalen Verbänden deutlich zu machen, daß sie sich faktisch ins Fahrwasser kommunistischer Politik begaben; es ging darum, in diesen Verbänden die Kommunisten selbst unter Einkalkulierung einer Gewerkschaftsspaltung auszuschalten oder sie gar nicht erst Fuß fassen zu lassen. Dazu bedurfte es europäischer Agenturen, die von Henry Rutz (amerikanische Besatzungszone und Österreich) und von Irving Brown (Westeuropa) besetzt wurden. Letztgenannter darf wohl als zentrale Kontaktperson auf dem Kontinent bezeichnet werden. Er leistete die wesentliche praktische Arbeit im obengenannten Sinne[322]. Es ist hier nicht im einzelnen auf die Unternehmungen der AFL hinzuweisen, festzuhalten bleibt jedoch, daß es ihr gelang, in Frankreich die Spaltung der CGT in eine sozialdemokratische CGT-Force Ouvrière (CGT-FO) und eine unter kommunistischem Einfluß verbleibende CGT zu fördern, daß sie es im Verein mit den Besatzungsbehörden der westlichen Zonen vermochte, einen allzu großen Einfluß des WGB beim Wiederaufbau der dortigen Gewerkschaftsbewegung zu verhindern, in Lateinamerika Toledanos CTAL (Confederación de Trabajadores de America Latina) einigermaßen klein zu halten und auf jeden Fall zu verhindern, daß der WGB in den Vereinten Nationen in vollem Umfang Fuß faßte. Und schließlich konnte sie die Weichen für die Spaltung des WGB und für die Gründung einer Gewerkschaftsinternationale nach eigenem Bilde stellen[323]. Wesentliches Propagandaorgan dieser Unternehmungen waren die in mehreren Sprachen erscheinenden »Internationalen freigewerkschaftlichen Nachrichten«, die in ihrer nachgerade hämmernden antikommunistischen Agitation noch einer genaueren Inhaltsanalyse bedürfen[324].

Wiewohl die oben dargelegten Integrationsverhandlungen mit den IBS sowie andere Aktionsfelder schon einigermaßen die Schwäche des WGB gezeigt hatten, bedurfte es noch stärkeren Kalibers, um den WGB zu spalten, ohne daß das Stigma der Spaltertätigkeit an den westlichen Gewerkschaftsvertretern haften blieb. Ein solches Kaliber lieferte der Marshall-Plan. Daß diese politische und wirtschaftliche Unternehmung eine hervorragende Waffe im Kampf gegen den WGB war, hat der Taktiker Brown sehr rasch erkannt. Ihm ging der Spaltungsprozeß ohnehin allzu langsam vonstatten, zumal die »Russians« keine Anstalten machten, auf irgendwelche Entscheidungen hinzudrängen, sondern äußerst vorsichtige Zurückhaltung übten; »[. . .] they are not too much in a hurry to precipitate the split in the World Federation of Trade Unions, especially if there is no attempt to force any issues by the representatives of the West. The Russians feel they can afford to wait,

322 Vgl. *Radosh*, S. 309, über Browns vorheriges Wirken. Hier auch der Vermerk, daß Brown diese Kontakttätigkeit 17 Jahre lang ausfüllte.

323 Zur AFL in Deutschland, Frankreich und Lateinamerika s. *Radosh*, S. 310. Zu Frankreich vor allem neuerdings auch *Roy Godson*, American Labor and European Politics. The AFL as a Transnational Force, New York 1976.

324 Internationale Freigewerkschaftliche Nachrichten. Herausgegeben von dem Komitee für Freie Gewerkschaften der Amerikanischen Gewerkschaftsföderation.

since nothing has happened in the WFTU which prevents them from doing what they have done all along, and no check is given to their activities in France and Italy, where the decisive battles are being fought«[325]. Daß es vorab der Partnersuche bedurfte, lag auf der Hand. In Frankreich liefen die Dinge; in Deutschland bestand vorerst kaum eine Gefahr. Italien blieb zunächst unübersichtlich. Besonders wichtig war aber, daß der britische TUC das Startzeichen zum Bruch gab. Für den TUC kam es offensichtlich darauf an, den sowjetischen Vertretern die Schuld an einem etwaigen Bruch zuschieben zu können. Darüber hinaus aber wollte in der Frühphase ohnehin niemand im Generalrat des TUC getreu der eigenen Konzeption über die Abgrenzung der Gewerkschaftsaufgaben ein Politikum wie den Marshall-Plan zum Anlaß einer Spaltung nehmen. Es mußte sich schon um eine gewerkschaftseigene Frage handeln. Immerhin zwangen auch »linke« Strömungen in der eigenen Bewegung die Gewerkschaftsspitze zu einiger Vorsicht[326].

Hinter dem Eifer und der Ungeduld Browns stand die Entscheidung des AFL-Kongresses vom Oktober 1947, die Gewerkschaften der Marshall-Plan-Länder rasch zu einer Sitzung einzuberufen. Vorab sollten TUC, AFL und einige andere Organisationen diese Konferenz besprechen und ihren Gang vorbereiten[327]. Vermutlich wußten die AFL-Vertreter auch um die Notwendigkeit einer so umfassenden Entscheidung, wenn es auf die Überwindung inneramerikanischer Schwierigkeiten ankam. Der dringliche Charakter des AFL-Anliegens fügte sich so ganz in die Konzeption der Independent League of European Co-operation, zu der neben Harold Butler, Paul van Zeeland und Harold Macmillan auch Vincent Tewson vom TUC gehörte. Schon Ende Juni 1947 wies diese Gruppierung gerade auf die Notwendigkeit einer nachgerade dramatischen Zusage von europäischer Seite, um Widerstände in Amerika selbst zu überwinden. Man begriff sehr wohl, daß der Hilfsplan vornehmlich aus der amerikanischen Überkapazität heraus motiviert war. Aber man verharrte hierbei nicht, sondern schaute eben nur auf den Vorteil für Europa, sah auch die Notwendigkeit, die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten von der Bedeutung des Planes zu überzeugen. »It [gemeint ist Europa] must make a sentimental appeal to the heart, as well as to the practical wisdom of the American people«[328]. Es ist sicher einsichtig genug, daß eine allgemeine Aussage des WGB zugunsten des Plans von gewiß entscheidender propagandistischer Wirkung sein konnte.

Aber hinter Browns Eile stand darüber hinaus ein Antikommunismus, der in seiner Diktion in der Tat seinesgleichen sucht. So entwickelte Matthew Woll in seiner Rede vor der National Association of Manufacturers (NAM) nachgerade eine verschärfte Deutung der Truman-Doktrin und ließ dabei das amerikanische Verhalten im Kampf gegen den Kommunismus als allzu schwach erscheinen. Woll, der ein offizielles AFL-Papier vortrug, konstruierte insgesamt eine Verschwörungstheorie, in der die nationalen kommunistischen Parteien primär Agenten Moskaus waren, Infiltration zu den täglichen Erscheinungen zählte, ein beispielloses Spionagenetz aufgebaut war und eine Identifikation von Kommunisten und Gangstern (Tito) ausgesprochen wurde. Der Tadel galt der eigenen Diplomatie und Politik, die offensichtlich den Trend zur internationalen Verschwörung noch nicht begriffen hatten. International hieß dann geographisch: weltweite Ausbreitung,

325 Confidential Report. By Irving Brown (Dez. 1947), S. 2.
326 Siehe ebda., S. 1.
327 Ebda., mit dem TUC-Mann Tewson besprochen.
328 TUC-Archiv 564.1. Confidential, Independent League of European Co-operation, Action to be taken on Marshall's Offer, 1st Draft, 23rd June, 1947. Die hier genannten Einzelheiten für die »action« sind in unserem Zusammenhang ohne Belang.

soziologisch: Infektion auch der Intellektuellen und Studenten. In der Identifikation von Kommunisten und Nationalsozialisten lag zudem eine zwar nicht mehr recht neue, in diesen Monaten aber wirkungsvolle Akzentuierung. »In this ideological war in which we are involved there can be no neutrality, no appeasement. It is a clear cut issue – democracy with freedom or the totalitarian state with its one-party system and secret police control«[329]. Aus einer solchen Stimmung heraus trieb die AFL ihre Agitation und unternahm es, auch andere Organisationen in ihr Fahrwasser zu ziehen. Indes: Es sei zunächst ein Blick auf die Reaktion im WGB geworfen.

Man kann das anfängliche Verhalten des WGB schlicht als Reaktion des Schweigens bezeichnen. Erste Rührigkeit kam vom niederländischen Gewerkschaftsbund, der den WGB dazu veranlassen wollte, bei jenen Ländern auf Teilnahme am Marshall-Plan zu dringen, die nach dem Ausscheiden der Sowjetunion eine Zusammenarbeit ablehnten[330]. Das war nun eine recht weitgehende Forderung, die vermutlich nur dazu dienen sollte, die Parteilichkeit des WGB zu demonstrieren, und zugleich auch den Bund zwingen sollte, Farbe zu bekennen. Evert Kupers von eben diesem Bund und Mitglied des Exekutivbüros im WGB ließ nicht nach, auf solche Weise weiter anzudringen. Im August 1947 verlangte er von Saillant, daß die Marshall-Plan-Frage auf die Tagesordnung der kommenden Bürositzung gesetzt werde. Saillant lehnte diesen Antrag ab[331], ohne daß damit die Angelegenheit vom Tisch gefegt worden wäre. Die erste Auseinandersetzung innerhalb des Büros ergab sich dann auch, als der CIO-Vertreter James Carey auf der Novembersitzung eine Stellungnahme seiner Gewerkschaft zum Plan vortragen wollte. Daß die AFL hinter dem Marshall-Plan stand, war deutlich, daß sich auch der CIO dahinter stellen würde, kann ebenfalls kaum als Überraschung angesehen werden. Schon auf dem Pariser Gründungskongreß hatte Carey doch im Zusammenhang mit dem CIO-Wirtschaftsprogramm folgendes vorgetragen: »The 60 million jobs in our Full Employment programme is based not only on increasing purchasing power for American workers, greater social security and the expansion of American industrial production, but also on aid to other countries to recover from the war's devastation, on the industrial development of economically backward countries, and on raising living standards throughout the world. It is entirely in line with the decisions of the London Conference, and seeks to promote an expansion of world trade and a greater effective demand for goods, from which American workers will benefit in increased employment and higher wages, along with the workers of all other countries«[332]. Diese Motivation, in der Handelsexpansion und Arbeitsbeschaffung verbunden blieben, beherrschte im übrigen auch die AFL. Es ist in unserem Zusammenhang sicher nicht ohne Bedeutung, daß die CIO-Vertreter des WGB die Reise über den Atlantik zusammen mit Irving Brown unternahmen. Der AFL-Mann Brown deutete das Gespräch schon richtig, wenn er meinte, »Carey was talking tough«. Rosenblum schien dagegen noch nicht die Erwartungen der AFL zu erfüllen. Er werde keinen »showdown« mit den Sowjets über den Marshall-Plan erzwingen, wenn das einem Bruch im WGB gleichkomme. Der TUC schien

329 »Developments abroad and how they affect us here« (February 1948), AFL-Papers, 8a.

330 S. van der Lende an TUC, 11–7–1947, TUC-Archiv 564.1. Dazu auch das von *H. Langeveld* auf der Essener Marshall-Plan-Konferenz (Juli 1977) vorgelegte Papier über die niederländischen Gewerkschaften und den Marshall-Plan, das im Konferenzprotokoll veröffentlicht wird.

331 Session Executive Bureau, 18.–24. November 1947, (Paris), Archiv WFTU, 10, S. 52, IISG. Das hier genannte Antwortschreiben liegt uns nicht vor. Vgl. aber Paper *H. J. Langeveld*, S. 27, mit Vermutungen über den Inhalt.

332 *Report Paris*, S. 149.

darüber hinaus diesen Bruch zu erwarten, falls der CIO seinen Willen – Zustimmung des WGB zum Marshall-Plan – durchzudrücken versuche[333]. Auf jeden Fall war hier eine Gelegenheit für den CIO, aber auch für den TUC und andere westliche Gewerkschaften, ihre ganze Gewichtigkeit zu beweisen, die im Mai jenes Jahres noch im Gespräch mit Unterstaatssekretär Dean Acheson bezweifelt worden war. Acheson hatte doch erwartet, »that perhaps some improvement in the present WFTU situation might take place if the CIO and the British and the other Western labor movements were to take a firmer and more active part in the WFTU as proponents of genuine trade union policies«[334]. Eine deutliche Stellungnahme war um so wichtiger, als das State Department beständig mit der Gefährlichkeit des WGB allgemein und schließlich für den Marshall-Plan im besonderen in Form von Memoranden u. ä. konfrontiert wurde – eigentlich nur in Bestätigung eines zuvor schon in dieser Richtung abgeschlossenen Meinungsprozesses. Es wirkte dann sicher nicht beruhigend, wenn Gleichlautendes vom britischen Nachrichtendienst beigetragen wurde. Speziell für die Relation Marshall-Plan – WGB ging es nicht allein darum, daß der Weltverband als Instrument Moskaus diente (»[. . .] demoralizes the ideological, economic and spiritual standards of the Western masses«), sondern die Gefahr steckte nach Ansicht britischer Beobachter in der Taktik, die ohnehin zum Untergang verdammte Organisation durch vorsichtiges Lavieren durch alle Konfliktmöglichkeiten hindurchzusteuern und die Chance zu wahren, den Plan zu sabotieren (etwa Streik als Pressionsmittel). Die Konsequenz für britische Nachrichtendienstler lautete: »[. . .] in view of the Soviets' overwhelming political control over the WFTU it appears imperative for the labor organizations representing the nations supporting the Marshall-Plan to separate themselves from the WFTU as a first step in safeguarding the successful outcome of the plan«[335].

Ehe Carey nun als Interpret entsprechender Kongreßbeschlüsse des CIO vom Oktober 1947 auftreten konnte, war innerhalb des Büros eine Abstimmung über die Zulässigkeit seines Statements notwendig, die mit 4 gegen 3 Stimmen dann zu seinen Gunsten erteilt wurde, und es soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß er sich vor der Sitzung fortwährend mit Léon Jouhaux and Arthur Deakin beriet[336]. Auffällig ist nun, daß der 1945 vorgetragene Arbeitsbeschaffungsaspekt sowohl in der CIO-Resolution vom Oktober 1947 als auch im Statement von Carey einigermaßen zugunsten des Hilfsmotivs (Unterstützung anderer Länder) in den Hintergrund rückte, ohne daß die nationalwirtschaftliche Komponente ganz verschwunden wäre. Wenn Carey geglaubt haben sollte, auf diese Weise auch den WGB zu einer entsprechenden Äußerung bewegen zu können – was er übrigens unter Hinweis auf Londoner and Pariser Auslassungen auch unternahm –, dann übersah er doch wohl, daß die inzwischen verschärften, ja, wohl unüberbrückbaren weltpolitischen Gegensätze sich nicht durch Motivationen der Caritas aus dem Wege räumen ließen[337]. Saillant teilte dann auch noch einmal mit, daß die Erörterung des Plans den WGB in Gefahr bringen werde. Der Generalsekretär wollte die Diskussion aus dem Weltgremium

333 N.A. Dipl. Branch, Dec.file 800.5043/11–2147. Londoner Bericht an den amerikanischen Außenminister.
334 Ebda. 800.5043/5–1947.
335 Ebda. 800.5043/10–247.
336 Ebda. 800.5043/12–347.
337 Carey trug gleichzeitig seine Marshall-Plan-Kampagne in die französische Öffentlichkeit (Presseagenturen, führende Presseorgane sowie »Force Ouvrière«). Er nannte den Plan nicht ein Ergebnis von »Wallstreet«-Überlegungen, sondern einen Vorschlag des ganzen amerikanischen Volkes einschließlich der Arbeiter.

heraushalten und sie den nationalen Verbänden überlassen wissen oder die Frage zu einem späteren Zeitpunkt erörtern, »which was as much of a political nature as it was trade union and economic«[338]. Es konnte aber nicht ausbleiben, daß die Außenwelt, wenn sie noch dazu dem WGB feindlich gesinnt war, die Verweigerung der Diskussion der für den WGB gefährlichen, in der weltwirtschaftlichen Entwicklung aber doch höchst bedeutenden Frage als Schwäche der Organisation auslegte. Das Problem war sicher nicht damit gelöst, daß man Carey gestattete, die Motivation der CIO-Zustimmung zum Plan darzulegen. Was dann schließlich dabei heraussprang, das war nichts anderes als eine Wiederholung der CIO-Resolution, die Carey sehr geschickt mit den Beschlüssen und Aussagen aus WGB-Kreisen spickte, und zu diesen WGB-Kreisen zählten Saillant, Kuznetsov und Tarasov, die sich deutlich in die Nähe des Marshall-Plans gerückt fanden. Geschickt war es auch, wenn Carey jene Wirtschaftsführer, -verbände sowie andere Gruppierungen aufzählte, die sich eben gegen den Marshall-Plan gekehrt hatten[339]. Es zeigte sich hernach, daß Carey, im wesentlichen unterstützt von dem Niederländer Kupers, gar nicht daran dachte, es bei einem Statement zu belassen. Nunmehr drängte er nicht nur auf eine Versendung des Papiers an alle angeschlossenen Verbände, sondern verlangte darüber hinaus die Organisation von beratenden Versammlungen der Landesgewerkschaften, die sich über die CIO-Resolution aussprechen sollten. Es ist einigermaßen auffällig, daß Carey die Öffentlichkeit suchte, was vor Verlesung seines Statements als untunlich abgelehnt worden war. Erst ein Kompromißvorschlag Deakins, nach dem die Rede Careys ins Protokoll aufgenommen und möglicherweise auszugsweise im »Information Bulletin« veröffentlicht werden sollte, beendete die Diskussion[340].

Ob nun auf der Novemberversammlung eine Marshall-Plan-Sitzung des Büros für Februar 1948 anberaumt worden ist, mag dahingestellt bleiben. Dem Sitzungsprotokoll ist ein solcher Beschluß nicht zu entnehmen, während sich der niederländische Verband und der TUC darauf beriefen und dies in Darstellungen über den Spaltungsprozeß auch später noch taten. Die im Dezember verschobene Januarsitzung sollte dem IBS-Problem gewidmet sein. Saillant hat diese Sitzung aufgeschoben, eben weil er eine Diskussion über den Hilfsplan befürchtete[341].

Aber aufzuhalten gab es praktisch nichts mehr. Vor allem der TUC verhielt sich einigermaßen forcierend. Anfang Dezember dürften die TUC-Führer ihr Verhältnis zum WGB endgültig einer revidierenden Betrachtung unterzogen haben, dabei einen »augenscheinlichen« kommunistischen Kurswechsel (Preisgabe der Zusammenarbeit mit dem rechten

338 Session Executive Bureau Nov. 1947 (Paris), S. 52. Vgl auch *Free Trade Unions leave the WFTU*, London 1949, S. 9.

339 Ebda., S. 57 ff.

340 Ebda. S. 71 ff.

341 Siehe oben S. 146; ferner Paper *H. J. Langeveld;* vgl. *Allen*, S. 295, der noch darauf hinweist, daß nichts beschlossen wurde; dagegen die Broschüre *Free Trade Unions leave the WFTU* (s. Anm. 338), wo ausdrücklich von diesem Beschluß die Rede ist. Im Information Bulletin wird gesagt, daß eine solche Verabredung nicht getroffen worden sei (Nr. 3 [53] vom 15. Febr. 1948). Vincent Tewson berichtet im Schreiben an Hans Böckler anläßlich der Einladung zum ERP-Kongreß (ERP = European Recovery Programme), daß man im November allgemein angenommen habe, im Februar werde eine Marshall-Plan-Sitzung stattfinden. DGB-Archiv, Schreiben vom 25. 2. 1948, ERP-Vollversammlung, Vertrauliche Berichte. Im Generalratspapier (TUC) vom 16. 12. heißt es, daß die Carey-Erklärung »wahrscheinlich« im Februar diskutiert werde; TUC-Archiv 564.1. TUC, Reconstruction and Rehabilitation of Europe. Im übrigen erfolgte der Aufschub der Februarsitzung in der WGB-Sekretariatssitzung vom 18. 12.; siehe N.A., Dipl. Branch, Dec.file 800.5043/12–3047, Bericht an Außenminister.

Flügel und dem Zentrum der Arbeiterbewegung) und die AFL-Pläne zu einer Gewerkschaftskonferenz über den Marshall-Plan erwägend. Im Bericht über die Pariser Novembersitzungen an den Generalrat des TUC sprachen Deakin und Tewson von einem möglichen Bruch im WGB wegen der Marshall-Plan-Frage. Sie drängten auf eine klare Stellungnahme von TUC-Seite und wünschten jetzt schon die für die Generalratssitzung vom 17. Dezember erforderlichen Vorarbeiten. Es bleibe nicht unerwähnt, daß Deakin bei dieser Gelegenheit insgesamt die Differenzen mit den Kommunisten vortrug und sich beschwerte.

Sam Berger, Labor-Attaché bei der Londoner US-Botschaft, erwarb dazu noch einige Inside-Kenntnisse. Für ihn war es eindeutig, daß die überwiegende Mehrheit der Generalratsmitglieder einen Bruch im WGB für unvermeidlich hielt. Offensichtlich schien es in jenen Kreisen nur noch eine Frage der Taktik, mit der der Bruch herbeizuführen und zugleich gegenüber der eigenen Basis zu verantworten war. Dazu sei folgendes ausführlich zitiert: »A few of the leaders are privately considering the best issue on which to fight and effect the break, so that TUC General Council position will be understood and supported by British Trade Union rank-and-file, which is still enchanted by phrase ›International Trade Union unity‹ and unaware of serious differences inside WFTU which have always been covered up. Some believe fight should be made on international trade secretariat issue, which is Trade Union matter, rather than M[arshall]plan which is semi-political. Others think M[arshall]plan issue would be more easily understood by rank-and-file and fight should be joined on this«. Aber es war nicht nur die Frage der Verantwortung gegenüber der Basis zu beachten, es ging auch um die propagandistische Wirkung, und da schien es sich zu empfehlen, den Kommunisten die Initiative zum Bruch zu überlassen, sich selbst zunächst noch zurückhaltender zu geben, zumal sich der TUC der Haltung des CIO angesichts der dortigen Frontbildung nicht ganz sicher war. Hier lag für den TUC überhaupt ein Problem: nichts zu unternehmen ohne den CIO, was wiederum die Bindung an die AFL erschweren mußte. Eine erste Divergenz lag schon darin, daß die AFL eine Gewerkschaftskonferenz zum Marshall-Plan außerhalb des WGB wünschte, während der CIO im Rahmen des WGB bleiben wollte. Der TUC erstrebte ein Dreierabkommen für die Einberufung einer Marshall-Plan-Konferenz, die gleichzeitig als Ausgangspunkt einer neuen internationalen Gewerkschaftskonferenz gesehen werden sollte. Für den TUC kam es lediglich darauf an, daß AFL und CIO Übereinstimmung erzielten[342].

So nahm der TUC-Generalrat am 17. Dezember eine Resolution an, in der er den Marshall-Plan als das bedeutsame Hilfsinstrument für Europa begrüßte, gleichwohl wollte er im Hinblick auf die Position des WGB doch noch die Ergebnisse der Februarsitzung abwarten, auf die er meinte noch hoffen zu können. Zugleich aber zielte eine wachsende Zahl Generalratsmitglieder in eben jener Sitzung auf Bruch. Sie drängten tatsächlich auf eine Marshall-Plan-Konferenz zusammen mit AFL, CIO und ›Bona-fide‹-Gewerkschaften des Kontinents. Nach Informationen eines amerikanischen Beobachters lag der entscheidende Schritt bei Deakin und Tewson. Für einen solchen Fall errechnete er höchstens 6 Oppositionelle im 34köpfigen Generalrat. Aber eben so weit scheinen beide TUC-Leute im Dezember noch nicht gewesen zu sein, da für sie offensichtlich die Schuldfrage ein wesentlicher Faktor war[343]. Sam Berger hielt dies auch für die Strategie des CIO, die im

342 N.A., Dipl. Branch, Dec.file 800.5043/12–247, Douglas an Außenminister.
343 Ebda. 800.5043/12–3047, Gallman an Außenminister.

Hinblick auf bevorstehenden Bruch eine Strategie des ruhigen Gewissens genannt werden kann[344]

Ende Januar beschloß der Generalrat schließlich, daß das WGB-Büro bis spätestens Mitte Februar 1948 eine Sitzung zum Thema Marshall-Plan einberufen müsse, andernfalls sich der TUC frei fühle, entweder an einer Separatsitzung der ERP-Gewerkschaften teilzunehmen oder gar eine solche selbst einzuberufen[345]. Die britischen Gewerkschafter ließen danach auch kein Gras mehr über die Angelegenheit wachsen. Da das Büro nicht nachgab, beriefen TUC, NVV und der belgische und luxemburgische Gewerkschaftsbund am 19. Februar die schon seit Wochen geplante[346] Konferenz der ERP-Gewerkschaften für den 9. und 10. März nach London ein. Auch die deutschen Gewerkschaften in den einzelnen Besatzungszonen wurden zur Teilnahme aufgefordert. TUC-Präsident Tewson erläuterte selbst in einem Schreiben an Böckler ausführlich die Motivation. Es komme darauf an, noch vor der Sitzung des amerikanischen Kongresses zu einer Besprechung zu gelangen[347]. Mit dieser Einladung war die Trennung innerhalb des WGB praktisch schon vollzogen. Die über den Marshall-Plan recht eigentlich öffentlich gewordene Unversöhnlichkeit des weltpolitischen Gegensatzes manifestierte sich auch im WGB noch deutlicher, als dies in den Scheinverhandlungen der letzten Phase um die Integration der IBS der Fall gewesen war. Zu der Zeit, als die TUC-Einladung zirkulierte, überreichte die sowjetische Gewerkschaft den in der Sowjetunion weilenden CIO-Vertretern Carey und Michael Ross eine Erklärung zum Marshall-Plan, nach der diese Hilfsmaßnahme auf wirtschaftliche Unterwerfung zielte und der Blockbildung in Europa dienen sollte, wobei die westlichen Besatzungszonen den vornehmlichen Part spielen würden[348]. Daß in Deutschland der FDGB eine Teilnahme ablehnen würde, stand ebenso zu erwarten wie die Zustimmung der Gewerkschaften aus den Westzonen[349]. Damit war die zuvor – 1947 – auf der Prager WGB-Sitzung beschlossene Aufnahme der deutschen Gewerkschaften in den WGB endgültig ad acta gelegt, ehe überhaupt die ersten konkreten Schritte dazu unternommen waren. Die Gewerkschaften der Westzonen mußten sich nunmehr auch vom FDGB fragen lassen, ob nun tatsächlich noch die Beschlüsse der 4. Interzonenkonferenz verwirklicht werden konnten, die auf Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, der Kredit- und Versicherungsinstitute sowie auf Planung und Lenkung der Wirtschaft lauteten. Wenn Roman Chwalek und H. Schlimme in einem Telegramm an die Londoner Konferenz auch eben diese Beschlüsse nannten, dann wiesen sie recht eigentlich das ganze Dilemma gewerkschaftlicher Neuordnungsvorstellungen auf[350].

Auf der ersten Versammlung der ERP-Länder kam der WGB kaum zur Sprache. Deakin ließ lediglich wissen, daß sich eine Diskussion im Rahmen des WGB als unmöglich erwie-

344 Ebda. 800.5043/1–1248; zu Bergers Meinung, die auf Informationen aus erster Hand beruht.

345 Siehe *Allen*, S. 295 f.; s. auch das Paper von *H. J. Langeveld* über das Zusammengehen von NVV und TUC, S. 29.

346 Siehe dazu Schreiben des belgischen Gewerkschaftsverbandes an Tewson, 20. 1. 1948, TUC-Archiv 564.19; ferner das Protestschreiben Kuznetsovs an Deakin und Saillant vom 19. 1. über das belgisch-niederländische Vorhaben, ebda.

347 Zum Schreiben s. o. Anm. 341. Initiatoren waren übrigens die Belgier mit Omer Becu vom ITF an der Spitze.

348 Erklärung in der »Täglichen Rundschau« vom 29. 2. 1948. In englischer Übersetzung in einem AFL-Rundschreiben verteilt.

349 Entschließung vom 1. 3. 1948 im DGB-Archiv, Nachlaß Albin Karl, Schriftverkehr 1947/48.

350 Telegramm vom 4. 3. 1948 im DGB-Archiv, Nachlaß Gottfurcht, ERP.

sen habe[351]. Wichtiger war, daß Carey vom CIO und Frank Fenton von der AFL mit Nachdruck auf die Unterstützung des Marshall-Plan-Gedankens durch die amerikanischen Gewerkschaftsorganisationen hinwiesen, ja, sich selbst als Initiatoren dieses Gedankens vorstellten. Das entsprach dem Wunsch, der Gegenseite von vornherein das Argument aus der Hand zu schlagen, es handle sich beim Marshall-Vorhaben um einen aus der Krise geborenen Trick amerikanischer Monopolkapitalisten. Wiewohl darüber hinaus die Diskussion keine allgemeinen politischen Fragen anschnitt, machten die den Delegierten ausgehändigten Tischvorlagen doch sehr wohl deutlich, daß es eben nicht nur um Wiederaufbau der europäischen und Stabilisierung der amerikanischen Wirtschaft ging. Denn was ist von dem AFL-Schreiben an Präsident Truman vom Dezember 1947 zu halten, in dem es u. a. hieß: »14. In view of the Russian policy of deliberately preventing an agreement in regard to Germany, and the Soviets' insistence on maintaining its zone as a totalitarian base for the conquest and absorption of the rest of the country, it is urgent that the three western zones be unified under an independent German Government – the form of which is to be decided freely by the German people themselves on a democratic basis«[352]. Der CIO-Bericht unterließ dagegen solche Auslassungen, betonte sogar, daß den Empfängerländern nicht das eigene amerikanische Wirtschaftssystem auferlegt werden dürfe. Die AFL bemühte sich in besonderem Maße um eine Anpreisung des Marshall-Plans in Broschüren, Zeitschriften oder News-Letters. Letztgenannte gingen vom Brüsseler Büro Irving Brown aus[353]. Und gerade hier wurden der Hilfsaspekt und die antikommunistische Zielsetzung in den Vordergrund geschoben, das amerikanische Eigeninteresse jedenfalls minimalisiert. Während unter den Tischvorlagen der ersten Sitzung der Bericht des EEC-Ausschusses (EEC = European Economic Cooperation) rein wirtschaftliche Erwägungen anstellte, enthielt die ebenfalls vorliegende Zusammenfassung des Harriman-Ausschußberichts Hinweise auf kommunistische bzw. solche Zielsetzungen, die der Wahrung der Demokratie gegenübergestellt wurden[354]. Daß der »Altruismus« der Amerikaner positiv aufgenommen wurde, bestätigt Hans Gottfurcht in einem Kongreßbericht[355]. Ob die AFL allerdings mit der Entschließung zufrieden sein konnte, daß sich die Gewerkschaften jeder politischen Blockbildung widersetzen würden, mag dahingestellt bleiben[356]. Jedenfalls scheint Brown zunächst mit dem Gang der Dinge nicht einverstanden gewesen zu sein. Es ist nicht ganz deutlich, warum er einiges Unbehagen entwickelte. Auf jeden Fall trieb ihm die Entwicklung zu langsam voran, was er vor allem den TUC-Leuten ankreidete (»they give me a pain in the neck«). Demgegenüber nahm sich die Luganer Entscheidung des Internationalen Metallarbeiter-Verbandes (16.–18. März 1948), vollständig mit dem WGB zu brechen und sich bald hinter den Marshall-Plan zu scharen, akzeptabler aus[357]. Ob, wie Brown bemerkt, TUC und CIO ihre Schwierigkeiten »vis-à-vis the WFTU« hatten, kann nicht genau ermittelt werden[358]. Erreicht war bis zu diesem Augenblick doch schon einiges, zumal sich ohne Zweifel die Gelegenheit bot, den antikommunistischen Kampf konzen-

351 *European Recovery Programme. Report of the International Trade Union Conference, held at Transport House, London March 9 and 10, 1948*, S. 10.
352 Exemplar des Schreibens in: Archiv ERP-TUAC I 1948–50, IISG.
353 Sehr sprechend hier der News-Letter Nr. 3, March 5, 1948, in: Archiv ERP-TUAC I 1948–50, IISG.
354 Beide Berichte im Anm. 352 genannten Bestand.
355 DGB-Archiv, ERP-Vollversammlung, Vertrauliche Berichte 1948/49.
356 *European Recovery Programme* (Anm. 351), S. 43 (Punkt 2).
357 Brown an Lovestone, 21–3–1948, AFL-Papers, 8a.
358 Ebda.

trierter auf neuer organisatorischer Basis zu beginnen – und dies in Zusammenarbeit mit den Regierungsinstanzen in Washington, denen noch deutlicher zu machen war, daß die Einschaltung der Gewerkschaften in die ERP-Verwaltung und -Verteilung eine politische conditio sine qua non darstellte. Es kam darauf an – und das ist als das wesentliche Instrument der AFL-Politik anzusehen –, den Gewerkschaften der Marshall-Plan-Länder ein hohes Maß an Verantwortung zuzuerkennen, sie zu wichtigen Faktoren der Weltpolitik hochzustilisieren und auf diese Weise den Weltgewerkschaftsbund zu unterlaufen[359].
Auf jeden Fall war mit der Vorlage des Marshall-Plans die Entwicklung zur Blockbildung im WGB abgeschlossen, ohne daß dieser Plan überhaupt – sieht man einmal vom Statement des CIO-Mannes Carey ab – erörtert worden wäre. Man wird in diesem Zusammenhang unterstreichen müssen, daß die Tätigkeit des Irving Brown die Entwicklung einigermaßen forciert hat[360], wenngleich zu bemerken ist, daß angesichts der wirtschaftlichen Misere der Boden nicht allzu schwierig zu bereiten war. Im »Information Bulletin« des WGB wurde schon im Februar 1948 die Frontbildung vorgeführt. Die ablehnenden Statements zum Marshall-Plan, die das Bulletin veröffentlichte, standen im Umbruch beieinander und kamen aus Bulgarien, Tschechoslowakei, Frankreich (CGT), Ungarn, Polen, Rumänien, Jugoslawien, China. Danach folgten die zustimmenden Voten von TUC, NVV, des belgischen Verbandes usw.[361].
Daß die kontroverse Stimmung im WGB zunahm, bewies die Sitzung des Exekutivbüros und Exekutivausschusses in Rom Ende April – Anfang Mai 1948. Hier wurde zum erstenmal die Arbeitsweise der Exekutive scharf kritisiert. Vor allem Tewson vom TUC ließ sich recht hart aus und rügte Saillant ob dessen mangelnder politischer Unabhängigkeit, seiner Neigung rundzureisen und wegen der geringen Beachtung einfacher, aber wichtiger Verwaltungsaufgaben. Deakin bot dazu einige Ergänzungen, während zugleich Walter Schevenels und E. Cope, die beide als stellvertretende Generalsekretäre für die Berufsabteilungen bzw. die koloniale Frage zuständig waren, der Untätigkeit beschuldigt wurden. Noch zeigte niemand die Absicht, den WGB zu verlassen. Lediglich Carey drohte mit Auszug des CIO aus dem WGB, ja, er meinte selbst, daß der WGB gestorben sei. Die Verantwortung dafür schob er Saillant zu. Eigenartig ist nun, daß trotz der Schärfe der Auseinandersetzung die Sitzung in einer relativ versöhnlichen Stimmung auslief. Es wurde eine Resolution mit folgenden Regelungen einstimmig angenommen: regelmäßige vierteljährliche Sitzungen des Büros mit der Möglichkeit für die einzelnen Verbände, jedes gewünschte Thema auf die Tagesordnung zu bringen; die hauptamtlichen Mitarbeiter (Generalsekretär und Vertreter) durften keine andere Funktion mehr ausüben; die Organe des WGB sollten keine Angriffe der Mitglieder gegeneinander veröffentlichen oder anderswie in Umlauf bringen. Insgesamt gesehen handelte es sich wohl – wie auch Windmuller meint – um einen »Sieg« der Ankläger[362]. Da die AFL jedoch auf rascheste Spaltung im

359 Siehe dazu Green an Charles A. Eaton, März 1948, mit Zusendung von zwei Memoranden. »Unions can give indispensable and basic help in the Administration of the European Recovery Programme«, dazu auch ein Memorandum über die Einbeziehung Deutschlands in das ERP. Als weiteres Dokument »Statement of William Green, President of the American Federation of Labor in support of extension of Economic Cooperation Act of 1948«. Wahrscheinlich stammt dieses Statement von einem Hearing vor dem Committee on Foreign Affairs. Die Memoranden wurden auf Anfrage des Komitees eingereicht.
360 Die WGB-Anklage gegen Brown im Information Bulletin vom 15. 2. 1948, S. 3.
361 Ebda., S. 4 ff.
362 Die Übereinkunft in: Information Bulletin, Nr. 9–10 (59–60), May 31, 1948, S. 3. Dazu *Windmuller*, S. 136 f. Zur Sitzung in Rom das Protokoll (Session of the Executive Committee).

WGB abhob, sah sie in dem Ergebnis der römischen Konferenz eine Niederlage der Nichtkommunisten – vor allem Careys. Tatsächlich spielte der CIO-Mann insofern einen eigenartigen Part, als seinem äußerst scharfen Tadel der ersten Sitzungstage eine recht versöhnliche Haltung zugunsten der »Übereinkunft« folgte[363]. Carey hat wenig später selbst angegeben, daß er einen Austritt aus dem WGB vermieden habe, weil er der Ansicht gewesen sei, von innen heraus besser auf die von Kommunisten kontrollierten Gewerkschaften einwirken zu können[364] – wahrlich ein seltsamer Optimismus angesichts der Verhärtung der Fronten in der Weltpolitik. Solange im übrigen der Marshall-Plan innerhalb der WGB-Gremien nicht erörtert wurde – und das geschah auch in Rom sehr zum Unwillen der AFL nicht –, ließ sich nach außen hin die künftige Existenz des WGB möglicherweise noch positiv ausdeuten. In Rom kam man überein, daß die nationalen Verbände ihre Entscheidung für sich selbst treffen sollten. Im übrigen entwickelten sich die Dinge sehr zur Unzufriedenheit Browns, der im Marshall-Plan den einzigen Hebel sah, mit dem der WGB aufgebrochen werden könne[365].

Übermäßig zufrieden zeigte sich die AFL auch nicht über den Gang der Dinge in der Marshall-Plan-Verwaltung. Wenn man anfänglich davon ausgegangen war, daß die Marshall-Plan-Konferenz der Gewerkschaften gleichsam zu einer »Marshall«-Internationale der westlichen Gewerkschaften mit zentraler Verwaltungsspitze führen würde, mußte man sich zunächst noch enttäuscht sehen. Zum einen schienen sich die Landesverbände nicht allzu intensiv um eine Festigung der Organisation zu bemühen, zum anderen dürften auch von seiten der Regierungen der Marshall-Plan-Länder der Zusammenarbeit der Behörden mit Gewerkschaftsinstanzen auf nationaler und internationaler Ebene Schwierigkeiten entgegengesetzt worden sein. Dazu kam, daß der TUC, immerhin noch »leading sector« innerhalb der europäischen Gewerkschaftsbewegung, sich zu dieser Zeit mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten infolge der inflationären Entwicklung in den Vereinigten Staaten konfrontiert sah und einige Skepsis an den Tag legte.

Es war dann der AFL-Vertreter David Dubinsky, der auf der zweiten Sitzung der ERP-Gewerkschaften die Bildung einer offiziellen Koordinierungsstelle mit eigenem Haushalt vorschlug, »that would coordinate the work between the various nations and the OEEC [Organization for European Economic Cooperation] and its advisors and the Advisory Committee in Washington«. Dubinsky bemühte sich, die Versammlung von dem unpolitischen Charakter seines Vorschlages zu überzeugen, indem er darauf hinwies, daß es sich nicht um eine Anti-Kominform-Organisation handle, nicht um eine Gegenorganisation zum WGB, wiewohl von sowjetischer Seite der Marshall-Plan fortlaufend attackiert wurde. Um diese »machinery« in Gang zu bringen, wollte Dubinsky schon den AFL-Beitrag zu dem auf 20 000 Dollar veranschlagten Haushalt garantieren[366]. Damit sollte das auf der

---

Im Zusammenhang mit den Berufsabteilungen und der Rolle Schevenels' bei den Verhandlungen meinte Sidorenko: »When one listened to Schevenels, one gathered the impression that the non-establishment of Trade Departments suited him better than their establishment«.

363 Ebda., S. 19 ff. Siehe auch: Internationale Freigewerkschaftliche Nachrichten, 8. 8. 1948, S. 57 ff. »Ist der WGB tot oder lebendig?« Dann auch die Nummer vom 7. 7. 1948, S. 51 ff.

364 Siehe *Windmuller*, S. 138.

365 Dazu N.A., Dipl. Branch, Dec.file 800.5043/5–1848, Kirk an Außenminister.

366 Zur Diskussion s. *European Recovery Programme. Report of the Second International Trade Union Conference, held at Transport House, London, July 29 and 30, 1948.* Beitrag des Vorsitzenden Kupers S. 38 f., Beitrag Dubinskys S. 39 ff. Bericht auch in: Internationale Freigewerkschaftliche Nachrichten vom 10. 10. 1948, S. 73 ff.

ersten ERP-Sitzung gebildete Trade Union Advisory Committee (TUAC) eine effektive Form erhalten, da es bis dahin eigentlich nicht wirksam geworden war.
Offensichtlich entsprach die einigermaßen schleppende Entwicklung nicht den amerikanischen Vorstellungen. Irving Brown wies auf einer Sitzung des International Relations Committee der AFL dem TUC die Schuld am fehlenden organisatorischen Ausbau des TUAC zu. Er tadelte den aus der Tradition übernommenen Führungswillen der Briten, nannte jedoch auch die internen Schwierigkeiten im TUC als Ursache für das Ausbleiben der WGB-Spaltung. Nach Ansicht des Amerikaners fehlte es an einer starken Führerpersönlichkeit à la Citrine, die die Verantwortung für den Übergang von einer Zusammenarbeit mit Kommunisten zur Konfrontation zu übernehmen gewillt war[367]. Es hat den Anschein, als ob der hier schon apostrophierte Ausfall Arthur Deakins auf dem Kongreß des TUC für die AFL dann doch auch einigermaßen überraschend gekommen sei[368]. Der WGB als Plattform des sowjetischen Imperialismus, das war es genau, was man in AFL-Kreisen hatte hören wollen, und das war eben ein Kommuniqué in den amerikanischen Sonntagsblättern vom 12. September 1948 wert. »We hail this decision which unties the hands of the TUC leadership and enables the great British trade union movement to take its rightful place in the front banks of international labor, dedicated to the attainment of a world free from fear of poverty, and dictatorship and secure against the menace and the horrors of war«[369]. Daß Deakin dazu die Unfähigkeit des WGB anprangerte, den Marshall-Plan überhaupt zu diskutieren, war zusätzlich hervorzuheben. Die zurückhaltende, nach außen angesichts der wirtschaftlichen Misere durchaus negativ wirkende Einstellung des WGB nahm sich einigermaßen mager gegenüber den Versuchen eines um Ideen nicht verlegenen Irving Brown aus, der den Delegierten des Harriman-Ausschusses vorschlug, auch Arbeiter an die Spitze von ERP-Vertretungen zu stellen[370].
Was den weiteren Verlauf bis zum raschen Bruch im Januar 1949 beschleunigt hat, liegt wohl auf der Hand. Nach dem Abbruch der IBS-Verhandlungen lief nichts mehr. Über die asiatische Konferenz konnte man sich nicht einigen. Spannungen im Sinne der weltpolitischen Frontenbildung traten in Mexiko, in Lateinamerika auf. In Berlin spaltete sich die UGO (Unabhängige Gewerkschaftsopposition) ab. In den Vereinigten Staaten setzte sich endgültig der rechte CIO-Flügel gegen den kommunistischen Einfluß durch. Der CIO-Kongreß nahm eine Entschließung an, nach der in Zusammenarbeit mit dem TUC innerhalb des WGB Schritte zu unternehmen waren, die den Zielsetzungen des CIO am besten entsprachen, und diese lauteten: Durchsetzung des Marshall-Plans. Freie Hand war gegeben[371]. Am 27. Oktober 1948 nahm der Generalrat des TUC seinerseits eine Resolution an, in der der WGB aufgefordert wurde, seine Tätigkeit vorläufig einzustellen. Treuhänder aus den fünf größten Landesverbänden sollten innerhalb von 12 Monaten darüber entscheiden, unter welchen Bedingungen die internationale Gewerkschaftsbewe-

367 Meeting International Labor Committee, AFL Headquarters, Sept. 9, 1948. AFL-Papers 8a. »Deakin as the President of the WFTU and a close advisor of Bevin, has followed many contradictory policies«.
368 Siehe oben S. 147.
369 For Release on Sunday paper, Sept. 12, 1948. AFL-Papers 8a. In der Novembernummer der Internationalen Freigewerkschaftlichen Nachrichten sprach man (S. 87) von einer schweren Niederlage des WGB. Sie wies auf eine Bemerkung der »Times« zur Deakin-Rede: »Es ist wohl keine Organisation von ihrem eigenen Präsidenten so scharf verurteilt worden«.
370 Excerpts from Irving Brown's letter (November 1948), AFL-Papers 8a.
371 Siehe dazu insgesamt *Windmuller*, S. 144 ff.

gung wieder ins Leben gerufen werden könne[372]. Das war eine glatte Kampfansage. Für den Fall, daß sich das Büro weigerte, wollte der TUC aus dem WGB austreten. Wie immer nun auch die Entscheidung ausfallen würde: Der WGB in der bestehenden Form war gestorben. Ein Mann wie Kupers, ohnehin nie ein rechter Freund des Weltverbandes, ließ dann auch einigermaßen triumphierend wissen, daß sich der WGB nun doch wohl entscheiden müsse[373]. In London traf früh im Januar 1949 eine CIO-Delegation ein, die mit dem TUC die gemeinsame Taktik beriet. Der WGB mußte fallen. Schon im Dezember 1948 bereitete die AFL die Neugründung endgültig vor. George D. Delaney, AFL-Mann für internationale Beziehungen, erkundigte sich bei Léon Jouhaux. Der Franzose, nunmehr von der Force Ouvrière, sagte eine Neugründung zwar nicht für sofort, jedoch für die allernächste Zukunft voraus. Zugleich bot er die Ausschüsse der ERP-Verwaltung (TUAC) als Ausgangspunkt der Neugründung an. Daß im Januar die Krise einem Höhepunkt zustreben würde, war ihm sicher. Es ist eigenartig zu sehen, daß Jouhaux jetzt schon für eine Integration der IBS plädierte und von dieser Seite auch keine Schwierigkeiten auftauchen sah[374].

Auf der am 17. Januar 1949 beginnenden Sitzung des Exekutivbüros steuerten TUC und CIO schlicht den Konfrontationskurs weiter. Tewson erläuterte die Oktoberentschließung. Er wies auf die Angriffe seitens der kommunistischen Presse hin, nannte auch das Scheitern der IBS-Verhandlungen und bedauerte den Verlust an gegenseitigem Vertrauen. Deakin sah die Dinge selbst prinzipieller: »In fact, a rift really existed between the communist and non-communist trade union conceptions. It would be a hypocracy to pretend to believe that the fundamental differences which had provoked this rift could disappear in the near future«[375]. Es war schon richtig, wenn Kuznetsov bemerkte, es gehe wohl nicht nur um Suspendierung, sondern um Liquidierung des WGB. Und Carey, der zunächst noch einmal den guten Willen des CIO unterstrich, betonte, daß die Verschlechterung der internationalen Beziehungen auch eine Verschärfung der Gegensätze innerhalb des WGB nach sich gezogen habe. Ohnehin sei die Spaltung schon eine vollzogene Tatsache[376].

Es kann hier nicht die Aufgabe sein, die bis zum 19. Januar an Heftigkeit zunehmende Rede und Widerrede im einzelnen aufzuführen. Die Sitzung vom 19. Januar endete chaotisch, aber in ihrem Ergebnis nicht überraschend. Der WGB fiel rein äußerlich über eine Tagesordnungsfrage. Kuznetsov, Saillant und di Vittorio bezweifelten die Kompetenz des Büros, über die TUC-Vorlage abzustimmen. Daraufhin verließen Deakin, Tewson, Carey, Kupers und die anderen britischen und amerikanischen Delegierten den Sitzungsraum. So spaltete sich der WGB, und die Arbeiten zur Neugründung der Gewerkschaftsinternationale setzten sogleich ein. Zwar wies Tewson, der am 22. Januar zusammen mit Kupers, Deakin und Schevenels schon wieder auf der Berner Sitzung des TUAC saß, darauf hin, daß keineswegs daran gedacht sei, diese Körperschaft zum Ausgangspunkt einer neuen Gewerkschaftsinternationale zu machen, aber die AFL war schon rührig genug, um die ersten zweckdienlichen Schritte in die Wege zu leiten[377]. Irving Brown ließ

372 *Ebda.*, S. 142 ff. sowie Bericht in: Internationale Freigewerkschaftliche Nachrichten vom Dezember, S. 89 f.
373 Het Vrije Volk, 29. 10. 1948: »Het einde van een illusie«.
374 Memorandum G. D. Delaney an W. Green, 20. 12. 1948, AFL-Papers 8a.
375 Session of the Executive Bureau, Paris, 17th–27th January, S. 9, Archiv WFTU, 14, IISG.
376 Zu Kuznetsov ebda., S. 10, Vittorio S. 13 ff., zu Carey S. 11 f. sowie das wörtlich beiliegende Statement.
377 Siehe für die weitere Entwicklung Kap. IX: Ausblick.

noch im Januar ein Rundschreiben bei den einzelnen Landesverbänden mit ausführlicher Planung zirkulieren. Das International Relations Labor Committee unterstützte diese Tätigkeit. Es war sicher nicht ohne Ironie, wenn eben von dieser Instanz Walter Schevenels, der von den kommunistischen Delegierten im WGB ob seiner geringen Aktivität in der IBS-Frage getadelt worden war, von der AFL als Sekretär der TUAC abgelehnt wurde, eben weil er als stellvertretender Generalsekretär im WGB gesessen hatte. Die AFL wollte beim Aufbau der neuen Internationale offensichtlich in jedem Augenblick ein Wort mitreden[378].

IX. Ausblick

Gedanken über die Gründung einer neuen Gewerkschaftsinternationale waren schon lange vor dem Bruch gehegt worden[379]. Im Januar 1949 sah man sich endgültig vor die Frage nach den Initiatoren einer neuen Gründung sowie nach Struktur und Charakter der neuen Internationale gestellt, die dem WGB effektiv entgegentreten müsse. Es blieb etwa zu erörtern, welche Organisationen dem neuen Bund beitreten und welche Stellung die Berufssekretariate innerhalb der Organisation einnehmen sollten.

Gerade zur Abgrenzung der Mitgliedschaft scheinen TUC und AFL unterschiedliche Konzeptionen entwickelt zu haben. Während der TUC eher an eine modifizierte Neubildung des alten IGB mit hauptsächlich europäischen und nordamerikanischen Gewerkschaften dachte, strebte die AFL eine weltweite Organisation unter Einbeziehung auch der lateinamerikanischen Bünde an, deren ›Bona-fide‹-Charakter jedoch vom TUC bezweifelt wurde[380]. Auf der hier schon genannten Berner Sitzung wurden nun noch keine weitreichenden Beschlüsse über eine neue Internationale gefaßt, und es ist nicht deutlich, ob die unterschiedlichen Konzeptionen dabei eine Rolle spielten. TUC, CIO und NVV, die die WGB-Sitzung am 19. Januar verlassen hatten, kamen lediglich überein, eine gemeinsame Erklärung zur Verdeutlichung und Verteidigung ihres Schrittes abzugeben, die den nichtkommunistischen Gewerkschaftsbünden zugesandt wurde. Zugleich forderten sie die Adressaten auf, die eigene Position gegenüber dem WGB zu prüfen, der nunmehr völlig kommunistischer Herrschaft und damit der Herrschaft des Kreml und des Kominform unterworfen sei[381].

Mit solcher Diktion war die Tür für alle weiteren Beziehungen auf eine Weise zugeschlagen,

---

378 Schevenels war in Bern gewählt worden. Dazu das Protokoll der Sitzung in IISG, ERP-TUAC. Das Rundschreiben Browns in Übersetzung von L. Rosenberg in DGB-Archiv, ERP-Vollversammlung, Vertrauliche Berichte 1948/49. Zur ablehnenden Haltung der AFL gegenüber Schevenels s. Minutes of the International Relations Committee of the AFL. Meeting held in Miami, Florida, January 31, 1949, AFL-Papers 8a.

379 Siehe oben S. 144.

380 Nach dem Bericht der amerikanischen Botschaft in Paris, N.A., Diplomatic Branch, Dec.file 800.5043/1–449.

381 *Free Trade Unions leave the WFTU*, London 1949. Aus der Korrespondenz zwischen Tewson, Carey und Kupers ergibt sich, daß Schevenels den ersten Entwurf der gemeinsamen Erklärung verfaßt hat. Obwohl man sich darüber im klaren war, daß Eile geboten war, um der Darstellung der Ereignisse durch den WGB (vgl. dafür *Les syndicats libres restent dans la FSM*, Paris 1949) entgegenzutreten, verzögerte sich die Veröffentlichung der Erklärung noch durch Bedenken Careys gegen die erste Fassung: »Throughout the draft, there is a tendency, particularly in the last half, to place the CIO and the NVV in the position of merely echoing or following the TUC in the action taken«. Carey an Schevenels, 17. 2. 1949, IISG, ERP-TUAC-Archiv, W. Schevenels Correspondence I.

die auch den letzten Versuch des sowjetischen Gewerkschaftsbundes, über den australischen Verband doch noch eine Versöhnung mit dem TUC zustande zu bringen, ohne Chance auf Erfolg lassen mußte[382]. Über den Charakter des neuen Bundes waren sich die Beteiligten aber noch keineswegs einig. Ein Problem war hierbei auch die Rivalität zwischen AFL und CIO. In einem vertraulichen Memorandum verlangte die AFL u. a., daß sie als die »predominant trade union of the U.S.A.« angesehen werden und ihr damit beispielsweise im Falle der Besetzung des Amtes des Stellvertretenden Generalsekretärs durch einen Amerikaner dessen Ernennung zustehen müsse[383]. Die Reise Tewsons in die USA im März 1949 diente u. a. der Schlichtung der Gegensätze zwischen AFL und CIO, und in der Tat gelang es ihm, die Zustimmung beider Bünde zur Einberufung einer Vorbereitungskonferenz nach Genf für den 25. und 26. Juni zu erhalten.

Inzwischen schienen auch die Berufssekretariate die Entwicklung erneut zu problematisieren. Obwohl sie nach dem Abbruch der Verhandlungen mit dem WGB bei der Errichtung eines Verbindungsausschusses erklärt hatten, es sei nicht ihre Absicht »to usurp the functions of a general trade union international«[384], zeigte sich auf der IBS-Konferenz von Bournemouth vom 8.–10. März, daß der Ausschuß dennoch Statuten für einen Internationalen Rat der Berufssekretariate entworfen hatte. Hiergegen richtete sich der heftige Widerstand der dem TUC angeschlossenen IBS-Vertreter: Nach ihrer Ansicht überschritten die Berufssekretariate damit ihre Grenzen bei weitem. Da sich ihnen die Mehrheit anschloß, erhielt der in Bournemouth neugebildete Ausschuß den Auftrag, sich auf die vorbereitenden Arbeiten zu beschränken, die zur Erleichterung der Unterhandlungen mit dem zukünftigen internationalen Gewerkschaftsbund notwendig waren[385]. Oldenbroek (ITF) und Bolle (Internationales Berufssekretariat Öffentliche Dienste) vertraten dann auf der Genfer Konferenz die Belange der Sekretariate. Sie verlangten eine angemessene Position der IBS und forderten gleichsam als beweiskräftige Vorleistung Aufnahme von IBS-Vertretern in den Vorbereitungsausschuß. Die Konferenz entsprach ihrem Verlangen. In der einstimmig angenommenen Prinzipienerklärung unterstrich sie die Notwendigkeit einer möglichst engen Zusammenarbeit mit den Berufssekretariaten; Oldenbroek erhielt Sitz und Stimme im Vorbereitungsausschuß[386].

Selbstverständlich war man im WGB, nachdem andere ›westliche‹ Gewerkschaftsbünde dem Beispiel von TUC, CIO und NVV gefolgt waren, nicht geneigt, so viel gegnerische

382 Nach der Sitzung des WGB-Exekutivausschusses in Paris vom 28. 1. bis 1. 2. 1949 brachte Monk eine Botschaft Kuznetsovs an den TUC nach London, in der Kuznetsov eine Besprechung mit dem TUC außerhalb des WGB anregte, »either through the Anglo Soviet Trade Union Committee or in any other way the TUC cared to suggest«. Dieser Vorschlag wurde durch Deakin und Tewson verworfen. The Times vom 12. 2. 1949 und »Summary of statement issued by A. E. Monk from Australia House, February 11, 1948«, IISG, ERP-TUAC-Archiv, W. Schevenels Correspondence I.

383 Ob dies undatierte Memorandum den offiziellen AFL-Standpunkt oder eine persönliche Ansicht Irving Browns wiedergibt, wird nicht deutlich, aber zwischen beiden dürfte es keine großen Unterschiede gegeben haben. Das Memorandum wurde am 8. 4. 1949 im Namen Browns an Kupers gesandt »to counteract any rumours or new stories of an inaccurate nature that you have been or will be receiving«. Lilly Brown an Kupers, 8. 4. 1949, IISG, NVV-Archiv, Sammlung van Wouwe: »IVVV – Voorbereiding en oprichting. Conferentie-congres Londen, 1949«.

384 N. A., Diplomatic Branch, Dec. file 800.5043/2–1649.

385 Background Note No. 7, British Information Services, 23. 3. 1949, IISG, Archiv WFTU, 20.

386 »Internationale vakverenigingsconferentie van Genève«, von J. G. van Wouwe, IISG, NVV-Archiv 1949-150.

Aktivität unbeantwortet zu lassen. Die Einberufung des zweiten WGB-Kongresses wurde beschleunigt[387], der vom 29. Juni bis 9. Juli 1949 in Mailand stattfand. Die Sturzflut von Vorwürfen gegen die ›Spalter‹ entsprach der Stimmung im WGB[388]. Gleichzeitig forcierte der WGB die Bildung der Berufsabteilungen. Hierbei bediente er sich der Methode, Fachverbände hinter dem Rücken ihrer Zentrale zur Teilnahme an den Gründungskonferenzen dieser Abteilungen aufzufordern – ein Verfahren, das in den Verbänden höchste Mißbilligung hervorrief[389]. Ende 1949 waren bereits mehr als 10 Berufsabteilungen aufgebaut, darunter die so wichtiger Berufsgruppen wie der Metallarbeiter, Bergleute und Transportarbeiter[390].

Nach der Genfer Konferenz wurde der Aufbau der neuen Organisation sehr beschleunigt, um dem WGB keine Chance zu geben, das Vakuum aufzufüllen. Die noch ungelösten Probleme betrafen in erster Linie organisatorische und personelle Fragen wie die Standortwahl für das zentrale Büro und die Bestimmung des Generalsekretärs der neuen Internationale. Man einigte sich schnell auf eins der kleineren westeuropäischen Länder als Sitz des Büros. Dadurch sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß keine der Gewerkschaften der großen Länder den neuen Verband dominierte. Der TUC gab für den Posten des Generalsekretärs zwar immer noch Schevenels den Vorzug, aber Tewson sah ein, daß es unmöglich war, die Kandidatur gegen den Widerstand der AFL durchzusetzen[391]. So glaubte der TUC, Oldenbroek als »second best« vorschlagen zu müssen. Aber diesen Kandidaten, der die Unterstützung der westeuropäischen Gewerkschaften genoß und gegen den auch die AFL keine Bedenken hatte, lehnte der CIO entschieden ab. Carey drohte für den Fall der Wahl Oldenbroeks mit der Nichtteilnahme des CIO. Zeigte man sich schließlich auch nicht gewillt, diese Drohung auszuführen, so gab Tewson doch seine »keen disappointment« über die Haltung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes zu erkennen[392].

Die Wahl Oldenbroeks zum Generalsekretär auf dem Gründungskongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften symbolisierte die Bereitschaft der neuen Organisation zur Anerkennung der von ihnen gewünschten und in den Verhandlungen mit dem WGB nie erreichten Position: Die Berufssekretariate behielten die vollständige Autonomie in ihren eigenen Angelegenheiten, und in den allgemeinen gewerkschaftlichen Fragen einigte man sich auf eine gegenseitige Koordination anstelle einer Unterordnung der Berufssekretariate unter den IBFG[393].

Neben der Frage der Berufssekretariate nahm auf dem Londoner Gründungskongreß das Problem regionaler Organisationen einen zentralen Platz ein. Kupers, vom Vorbereitungs-

387 Dieser zweite Kongreß hätte schon 1948 in Brüssel stattfinden müssen, war aber wegen der internen Gegensätze im WGB nicht zustande gekommen.

388 *Report of the proceedings of the IInd World Trade Union Congress, 29. 6.–9. 7. 1948, Milan*, Paris o. J., passim.

389 Background Note No. 35. Issued by Press and Information Services, British Embassy, The Hague, 3. 6. 1949, IISG, NVV-Archiv 1949-150.

390 »Het vraagstuk der internationale beroepssecretariaten« von J. G. van Wouwe, 11. 11. 1949, IISG, NVV-Archiv 1949-151.

391 Tewson an Kupers, 7. 10. 1949 (»Personal and private«), IISG, NVV-Archiv 1949-150.

392 Ebda. Der Hintergrund der CIO-Beschwerden gegen Oldenbroek ist nicht festzustellen. Möglicherweise erachtete der CIO ihn zu sehr an die Berufssekretariate gebunden, zu denen der CIO selbst wenig Verbindungen hatte.

393 »Relations with International Trade Secretariats. Resolution adopted by Congress on recommendation of the Constitution Committee«. *Official Report of the Free World Labour Conference and of the First Congress of the International Confederation of Free Trade Unions*, London o. J., S. 249.

ausschuß mit der Erläuterung der damit zusammenhängenden Fragen beauftragt, leugnete nicht, daß es um eine große Zahl regionaler Organisationen ging mit der Absicht, dem WGB in der ›Dritten Welt‹ dadurch ins Gehege zu kommen: »On their side the Communists will leave nothing undone to extend their hold over the masses of Central and South America, Africa and Asia«[394]. An der großen Aufmerksamkeit für die regionalen Organisationen zeigt sich, daß die AFL ihre ursprünglichen Ideen eines weltweiten Bundes gegenüber den begrenzteren Plänen des TUC hatte durchsetzen können. Nennenswert im Zusammenhang mit der antikommunistischen Einstellung des neuen Bundes ist auch die auf dem Londoner Kongreß angenommene Resolution, in der die Teilnehmer gegen die Verschleppung von 28 000 griechischen Kindern durch die »Communist rebels of Greece, supported by the Soviet satellites« protestierten[395].

So stand der 1949 neugegründete Internationale Bund Freier Gewerkschaften ganz im Zeichen des Antikommunismus – der Begriff ›frei‹ im Namen der Organisation war in erster Linie als ›nicht-kommunistisch‹ zu verstehen. Es sollte sich jedoch bald erweisen, daß der gemeinsame Antikommunismus nicht ausreichte, um die bestehenden Gegensätze verschwinden zu lassen, so vor allem die zwischen den überwiegend sozialdemokratischen westeuropäischen Gewerkschaftsbünden und der AFL als Vertreterin eines »trade unionism pure and simple«[396]. Diese Gegensätze nahmen zwar nicht die scharfe Form der Konfrontation im WGB an, sollten jedoch im Lauf der Jahre zum Ausscheiden der inzwischen mit dem CIO fusionierten AFL aus dem IBFG führen.

X. Einige Schlussbemerkungen

Die eingangs genannten Dokumente mit ihrer Analyse des neuen internationalen Gewerkschaftsverbandes präsentieren sich gewiß nicht als Einzelfälle. Vielmehr waren sie frühe Formen einer Reihe von ähnlichen Berichten und Memoranden, die bis zur Spaltung des WGB die Zentralen in Washington und auch London ebenso beschäftigt haben wie deren Außenstellen. Es handelt sich hier eigentlich um Warnungen in Permanenz, um Einführungen in den Instrumentcharakter des weltgewerkschaftlichen Unternehmens. Solche Warnung war eben früh vorhanden, steigerte sich, wurde entschiedener mit der zunehmenden Spannung im Ost-West-Konflikt und erhielt recht deutlich den Charakter einer Anklage. Das Jahr 1947, in dem die Truman-Doktrin verkündet wurde, die Diskussion um den Marshall-Plan anlief und schließlich George F. Kennans »containment«-Strategie die Öffentlichkeit erreichte, darf dabei wohl ein erster Höhepunkt genannt werden. Es ist spezifisches Merkmal dieser außenpolitischen Unterlagen, daß es an der konkreten Beweisführung, an handfesten und eindeutigen Tatbeständen zur Instrumentalisierung des WGB im Sinne der Sowjetunion oder – allgemeiner dann – des Kommunismus fehlte. Vielmehr ergingen sich die Autoren in einer politikwissenschaftlichen Analyse, die zum einen aus

394 *Ebda.* S. 42. Schon früher hatte Kupers auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, die Kommunisten an einer Ausbreitung ihres Einflusses in der ›Dritten Welt‹ zu hindern: »If we want to prevent a further communist penetration in various countries, it will be inevitable to establish offices there«. Kupers an Woll, 11. 5. 1949, IISG, NVV-Archiv 1949–150.

395 *Official Report London 1949*, S. 219.

396 *Windmuller*, S. 172–179.

Geschichte und Theorie der Sowjetunion schöpfte, zum anderen – eben genau auf dieser Basis argumentierend – einen Wechsel auf die Zukunft zog. Jeder Schritt des WGB erschien dabei als von den außenpolitischen Belangen des Ostens inspiriert. In dieser Form boten sich die Analysen gleichsam als Ergänzung oder – wenn man so will – Widerspiegelung des Kennan-Artikels in »Foreign Affairs« (»Sources of Soviet Conduct«) und schließlich als Reflexion amerikanischer Außenpolitik überhaupt. Die Konfrontation westlicher Politik, die sich ja sehr konkret und direkt in der Frage der Zulassung des WGB zu den Vereinten Nationen zeigte, nahm unter solchen Voraussetzungen Formen an, zu deren Arsenal Begriffe wie Infiltration, Verschwörung oder Fünfte Kolonne zählen.

Was etwa Unterstaatssekretär Dean Acheson im Juni 1947 an alle Auslandsvertretungen seines Landes verschickte, war eine solche, unter historisch-ideologischen Ausgangspunkten verfaßte Analyse, in der auch Zurückhaltung oder Stillhalten sowjetischer Gewerkschaften als Zeichen langfristiger Strategie der geduldigen Unterwanderung gewertet wurde[397]. Es ist sicher unzweifelhaft, daß die sowjetischen Gewerkschaften eine recht positive Einstellung zum WGB demonstrierten, und sicherlich liegt auch eine enge Verzahnung von Staat und Gewerkschaften der Sowjetunion vor, gleichwohl bleibt zu fragen, ob es sich bei der Selbstverständlichkeit, mit der der WGB als Instrument des Sowjetexpansionismus als letztliches sowjetisches Ziel angeprangert wurde, nicht eher um die schon früher verwandte propagandistische Variante eines auf internationale Ebene gehobenen Systemkonflikts handelte, in dem ganz allgemein der defensive oder offensive Charakter einer Interessenpolitik gar nicht erst hinterfragt wird und in dem Neuordnungsvorstellungen und Befreiungsbewegungen, geboren aus den Erfahrungen des Krieges oder in dieser Phase erst ausgelöst, von ihrer konzeptionellen Ähnlichkeit zu einer politischen Identität hochstilisiert werden, so daß die Eigen- und Selbständigkeit von politischen oder sozialen Vorstellungsbereichen keinen Platz zugewiesen erhält. Dieser Gedanke des Systemkonflikts darf in unserem Zusammenhang vorgetragen werden, da die amerikanische Außenpolitik in jener Periode eindeutig die politische Bedeutung der Arbeiterparteien und -gruppen gesehen hat. Es kam ihr jetzt wohl auf die Kontrollierbarkeit dieser Bewegung an. Als Voraussetzung zu dieser Kontrolle erging der Auftrag: »The Department would appreciate receiving from you any information which may come to your attention regarding this organization, its activities and its relationships to labor organizations in the country of your assignment. – The Department, in the light of the economic and political power exerted by labor organizations in many countries, attaches substantial importance to the attitudes of national labor organizations toward the United States and its policies«[398].

Mit der Skizzierung solcher Reaktionen sind letztlich auch generell die Handlungsmöglichkeiten des internationalen Gewerkschaftsverbandes umschrieben, der seine Tätigkeit auf dem Boden der aus dem Kriege erwachsenen neuen machtpolitischen Konstellationen bei traditionellen ideologischen Gegensätzen (Element des Antikommunismus) zu entwickeln hatte. Es ist unter diesen Voraussetzungen völlig begreiflich, wenn das Thema Zusammenhalt oder Spaltung vor allem bei den Interessenten der politischen Umwelt auf der Tagesordnung stand. So war es gewiß realistisch gesehen, wenn der Autor des hier gleich zu Beginn zitierten Dokumentes vom September 1945 die Existenz des WGB als abhängig vom Verhältnis der Mächte zueinander begriff. Freilich: Unter dem Einfluß zunehmender Spannungen in der Großen Politik stellte sich nicht mehr so sehr die Frage

397 N.A., Dipl. Branch, Dec.file 800.5043/23–647, Zirkularbericht.
398 Ebda. Aus dem Begleitschreiben.

nach den Bedingungen, sondern eher die nach der Zweckmäßigkeit der Spaltung. Dies galt wiederum weniger für die AFL, die von außen her voll auf Spaltung zusteuerte, ganz sicher aber für Erwägungen im State Department, in dem die Ansicht, TUC und CIO müßten die kommunistische Richtung in Schach halten, rigorosen Spaltungsabsichten gegenübergestellt wurde, ohne daß man eine Entscheidung fällte oder Rat erteilte[399].

Es ist hier an der Zeit, noch einmal die Grundstrukturen und -probleme des WGB unter dem Aspekt von Stärke und Schwäche vorzustellen. Man wird Niethammer zustimmen, wenn er betont, daß der politische Kern der Einheitsgewerkschaft in der Verschmelzung der reformistischen Gewerkschaftsorganisationen mit der im Kampf gegen Faschismus und Nationalsozialismus stark gewachsenen kommunistischen Bewegung gelegen habe. Zu ergänzen wäre: Dies war nicht nur der politische Kern, sondern zugleich auch eines der wesentlichen Probleme. Aber was auf Landesebene hier und da anfänglich gelang, indem der kommunistische Gewerkschaftsteil im Zuge der Bündnispolitik Stalins auf »reformistische Programmatik« abhob, das bot sich im internationalen Rahmen von Beginn an als Schwäche. Angesichts der offensichtlich nur sehr geringen Integrationskraft der neuen Organisation ist festzuhalten, daß die Gemeinsamkeit des antifaschistischen Kampfes als wesentliche Motivation zweifellos eine wichtige Bindung darstellte, am Ende jedoch kaum eine ausreichende Basis abgeben konnte[400], da die Erfahrung Faschismus (Nationalsozialismus), die einsetzende Dekolonisierungsbewegung und Bürgerkriegssituationen politische Probleme aufwarfen, die über die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeitnehmer hinausgingen. Dazu trat, daß die Führungsspitze des TUC, jener Gewerkschaft, die anfänglich als Motor der neuen Gewerkschaftsbewegung auftrat, der Zusammenarbeit mit Kommunisten, deren Präsenz auch im eigenen Hause nicht zu übersehen war, zwar nicht rundheraus ablehnend gegenüberstand, gleichwohl lange nicht von Zweifeln frei blieb. Dem Argwohn auf Landesebene entsprach hier eine weitgehende Skepsis im internationalen Rahmen, die auf jeden Fall auf Ausschaltung des Politischen drängte – ein bei den gegebenen historischen Erfahrungen schwieriges Unterfangen. Wenn der General Council des TUC sich überhaupt für die Bildung eines solchen Gewerkschaftsbundes einsetzte, dann geschah dies doch unter anderem, um einem allgemeinen »groundswell« in England nachzugeben[401]. Ein solcher »groundswell« ging, wie in unserem Zusammenhang gezeigt worden ist, aus von einer Begeisterung für die Sowjetunion, die in jener Phase die Hauptlast der Defensive im Kampf gegen den allgemeinen Feind Nationalsozialismus trug. Aber dies war eben Begeisterung unter den Bedingungen des Krieges, für den »underdog« gleichsam; sie sagte nichts über die Lebensfähigkeit solcher Emotionen, sobald die Sowjetunion als neuer schwerwiegender Machtfaktor in der internationalen Politik auftrat und solange das ehemalige Feindbild des Antikommunismus nicht weggewischt, sondern nur emotional überdeckt war.

Daß der CIO das ganze Vorhaben einer Neugründung unterstützte, kann kaum als Gewinn im Sinne einer politischen Festigung angesprochen werden, zumal ihm, der zunächst noch einen recht großen Anteil an kommunistischen Mitgliedern zählte, die doch noch stärkere AFL gegenüberstand, die sich in ihrer antikommunistischen Prinzipienhaftigkeit innerhalb der USA als heftiger Widerpart des CIO, nach außen als schärfster Gegner des WGB entpuppte. Aber das war es – soweit es den CIO betrifft – nicht allein. Dieser

399 Ebda. sowie in einer Reihe von Gesprächsmemoranden.
400 Vgl. *Niethammer*, a. a. O., S. 314; zur Zusammengehörigkeit siehe *Schevenels*, S. 301.
401 I. Brown an M. Woll, 28. 12. 1945, nach Gesprächen mit Citrine und Bell, AFL-Papers, 8a.

amerikanische Verband – entstanden in den 30er Jahren als Abspaltung von der AFL – schöpfte seine Motive zur Teilnahme nicht aus rein gewerkschaftlichen Anliegen, vielmehr dürfte die Mitwirkung primär zu begreifen sein aus einer Oppositionshaltung gegen die vorherrschende Position der AFL. Die Frage ist: Reichte diese grenzüberschreitende Selbstdarstellung für den Bestand des WGB, wenn noch dazu ein auf mehr internationalen Gewerkschaftseinfluß zielender Mann wie Sydney Hillman durch seinen frühen Tod 1946 ausfiel und mit Carey ein ausgesprochener politischer Taktiker an seine Stelle trat[402]?
Insgesamt ist wohl nicht zu übersehen, daß die Gründung des WGB von innen und außen unter dem Zeichen eines politischen Kalküls stand. Der Gründungsprozeß vollzog sich nicht ohne Argwohn und Antagonismen. Mag einerseits der politische »groundswell« gelebt haben – er ist nicht fortzudiskutieren und hat ähnlich eine kurze Zeit im geschlagenen Deutschland in Form der Antifas existiert –, dann bleibt andererseits immerhin anzumerken, daß die Spontaneität des Gedankens sich insofern nicht politisch-organisatorisch im Sinne eines engen, von dieser Spontaneität getragenen Zusammenhalts umsetzen ließ, als für die Führungsspitzen die historische Entwicklung schon lange vorher die Kluft zwischen den Fronten zu stark aufgerissen hatte und schließlich der Antagonismus nicht nur die Arbeiterbewegung selbst betraf, sondern sich schon früh zum gesellschaftspolitisch bedingten internationalen Konflikt gemausert hatte. Solche Erkenntnis oder, wenn man will, historische Erfahrung bedingte etwa für die gewerkschaftliche Führungswelt Großbritanniens das Erfordernis der Kontrollierbarkeit spontaner Regungen, und generell wird man sagen dürfen, daß bei solchem Erkenntnisstand sich die Freundschaftlichkeit der Kriegsallianz wie eine leicht zu durchschauende Tünche ausnimmt. Es zeigt sicher den ganzen Antagonismus jener Phase und ist wohl recht vielsagend, wenn Citrine angesichts der Bildung des britisch-sowjetischen Gewerkschaftskomitees von Regierungsseite als Garant gegen nicht zu duldende Infiltration gesehen wurde und so auch gesehen werden durfte, weil er sich selbst in diesem Sinne äußerte[403]. In diesem Zusammenhang zählt es zu den typischen Erscheinungsformen des gesamten Gründungsprozesses, wenn Citrine sich persönlich bemühte, den Generalsekretär des französischen Verbandes christlicher Gewerkschaften, Gaston Tessier, von der Notwendigkeit eines Beitritts zum neuen WGB zu überzeugen, um »the powers of darkness« zu bekämpfen[404]. Vielleicht ist angesichts dieser Beispiele die allgemeine Aussage erlaubt, daß bei einer Verschärfung des internationalen gesellschaftspolitischen Gegensatzes auch die staatsfreien Gewerkschaften kapitalistischer Gesellschaften sehr leicht in die Rolle der Hüterinnen bestehender Ordnung gedrängt und damit möglicherweise instrumentalisiert werden konnten, wobei hinzugefügt werden soll, daß sich die außerhalb des WGB stehende AFL nachgerade dazu drängte, als Hüterin der kapitalistischen Ordnung aufzutreten, und sich als Instrument anbot.
Unter der Voraussetzung des nur schwach überdeckten ideologischen Antagonismus ließ sich weder die Frage diskutieren, ob die bisherige Struktur internationaler Arbeiterorganisationen im Hinblick auf Durchsetzungsvermögen oder Schlagkraft nicht erneuert werden müsse, noch konnte überhaupt Einigung über die Zielstruktur erreicht werden. Zwar war man darüber einig, daß Faschismus/Nationalsozialismus zu bekämpfen und ihr Aufkommen künftig zu verhindern war, die Diskussion um die Ursachen unterblieb allerdings weitgehend, wiewohl diese in Besatzungs- und Emigrationszeiten durchaus als lebendige

402 Siehe *Windmuller*, S. 28 f.
403 Vgl. *Addison*, S. 136.
404 PRO, FO 371/50777 (U 8673), Report Nr. 41, S. 3.

Themen gegolten hatten. Was vorherrschte, war die von einigen britischen Führungsspitzen schon mit Unbehagen erworbene Erkenntnis, daß eine einheitliche Organisation am Platze war; was fehlte, war die gründliche Analyse der Erfahrungen aus den letzten Jahren. Das heißt, die Teilnehmer vermieden den Zielkonflikt[405], weil sie wußten, daß eine an der Erfahrung orientierte Gemeinsamkeit des Ziels gar nicht zustande kommen konnte. Es entsprach der Eigenheit der Lage um und unmittelbar nach 1945, daß eine Politik des Nichtpolitischen eben wegen der unmittelbaren Erfahrung kaum möglich war, die Antwort der Mitglieder des nachgerade unter Skrupeln entstehenden WGB aber letztendlich nicht auf echte Hinterfragung von Nationalsozialismus und Faschismus hinauslief, sondern in der demokratischen Ablehnung der Diktatur schlechthin bestand. Bei einer Verschärfung der weltpolitischen Konfliktlage lag in solchem Denkansatz (Totalitarismustheorie) die Erweiterung der Kluft zur Spaltung beschlossen. Es ist dabei zu betonen, daß von seiten der sowjetischen oder kommunistisch beeinflußten Gewerkschaften im Rahmen der Internationale auch kein Anfang zur Analyse gemacht worden ist. Unter dem Aspekt der Stalinschen Bündnispolitik wird solche Zurückhaltung begreiflich. Ein weiteres. Es ist auffällig, daß zu Beginn sehr häufig von Einheit gesprochen wurde. Wie oben unterstrichen, hat Niethammer das Einheitsstreben als wesentliche Zielvorstellung jener Phase betont. Dieser Einheitsgedanke umfaßte nicht nur das Zusammengehen von Sozialisten, Kommunisten, Christen, er meinte auch eine eher auf Zentralisierung drängende Organisationsstruktur. Im internationalen Rahmen ist diese Tendenz am Verhalten der IBS gescheitert. Es wäre nun zu einfach, wollte man die Aversionspolitik der IBS und ihrer vornehmsten Vertreter Oldenbroek oder Bolle lediglich als Konsequenz amerikanischer Einflußnahme deuten. Vielmehr sollte man, wenngleich die Quellen hierzu nicht recht etwas aussagen, die Abwehr der Integration auf eine verfestigte Autonomietradition zurückführen, die nicht so ohne weiteres zu unterlaufen war, wenn noch dazu die Aussicht bestand, daß sich die eigene Organisation durch den Beitritt amerikanischer Fachverbände nur noch verstärken konnte. Es sei hier die These erlaubt, daß Organisations- und Berufsegoismus, verbunden mit persönlichem Machtanspruch (Oldenbroek), die von der WGB-Spitze angestrebte Integration verhindert haben, wozu dann noch die recht allgemein verbreitete, mit einem Trauma verbundene Identifikation von Zentralisierung und Kommunismus trat. Es geschah einfach nicht ohne Grund, daß der TUC seine Mitarbeit im WGB von einer befriedigenden Lösung der in Artikel 13 des Organisationsstatuts vorgesehenen Einordnung abhängig machen wollte. Sehr richtig hat in diesem Zusammenhang Dubinsky die Berufssekretariate den »bloodstream« einer lebendigen internationalen Arbeiterorganisation genannt; wenn diese Sekretariate fehlten, dann könne das nur als Schwäche angemerkt werden.

Dieser Fehlschlag bei den Verhandlungen mit den IBS mag dann als Beispiel einer besonders schwachen Position des WGB zu bezeichnen sein; auch auf anderen Arbeitsfeldern zeichnete sich die Tätigkeit der Exekutive kaum durch ungehinderten Erfolg aus, blieb sie vielmehr von Beginn an in der Intention stecken oder scheiterte an den durch die allgemeine weltpolitische Entwicklung noch erschwerten diffizilen Voraussetzungen. Während man in der griechischen Frage sich des Eindrucks nicht erwehren kann, daß das Auftreten der kommunistischen Mitglieder des WGB wesentlich von der frühen Übereinstimmung der Mächte über die Verteilung in Einflußsphären bestimmt war und auf Kompromiß zielte,

405 Über den Begriff des Zielkonflikts s. *Renate Mayntz*, Soziologie der Organisation, Reinbek [4]1969, S. 74 ff.

um die Gewerkschaftseinheit in diesem Lande einigermaßen zu gewährleisten, zeigten sich in der spanischen und kolonialen Frage Auseinandersetzungen, die aufweisen, daß die Einbindung einer antifaschistischen und antikolonialen Gewerkschaftspolitik in die Interessen der jeweiligen Regierungspolitik der Gemeinsamkeit gewerkschaftlichen Vorhabens nicht dienlich sein konnte. Die Freiheit gewerkschaftlichen Handelns, die doch gerade auf westlicher Seite als ein wesentliches Kriterium einer echten Gewerkschaft (»Bona-fide-Charakter«) vorgetragen wurde, entpuppte sich als selbst dort begrenzt, wo es um antifaschistischen Kampf oder Aufhebung des Kolonialismus ging. Hier boten sich die westlichen Gewerkschaften als regierungsorientierte Wahrnehmer überkommener nationaler Interessen an.
Solche Einbindung in die nationalen Belange bewies sich auch von Beginn an in der Deutschlandpolitik des WGB, obwohl hier doch zunächst höchste Vorsicht demonstriert, behutsames Vorgehen im Einvernehmen mit den Besatzungsbehörden initiiert wurde. Man mag auch die kühle Distanz der WGB-Exekutive gegenüber deutschen Gewerkschaften oder die geringe Nähe zu den tagespolitischen Problemen als ungünstigen Ausgangspunkt weltgewerkschaftlicher Entwicklung deuten, letztlich entscheidend blieb doch die weltpolitische Entwicklung, die in Deutschland eine wichtige Nahtstelle kannte und die sich einfach in der Gewerkschaftspolitik niederschlug, noch ehe der WGB aktiv werden konnte. Oder anders gesagt: Die Aktionen des WGB scheiterten an dem Gegensatz FDGB – westzonale Gewerkschaften, über den auch die Interzonenkonferenzen und die Mitarbeit des WGB daran nicht hinwegtäuschen können.
In allen diesen Aktionen bot sich der WGB eigentlich niemals als wirkliche Einheit, konnte er aufgrund der eigenen Existenzvoraussetzungen auch letztlich keine Einheit bilden. Selbst wo es ihm gelang, einen Block zu formen – in der Frage der Institutionalisierung im Rahmen der Vereinten Nationen –, geschah das nur kurzfristig, denn das Verhalten der nationalen Verbände in der IAO bewies doch, wie gering der Zusammenhalt recht eigentlich war.
Faßt man zusammen, dann wird man etwa das bei der britischen Führungsspitze von Beginn an vorhandene hohe Maß an Skepsis, den Mangel an gesellschaftspolitischer Übereinkunft als Folge einer Grundsatzdebatte, die Unmöglichkeit, die Berufssekretariate unter den WGB-Hut zu bringen, sowie die Unfähigkeit überhaupt, Geschlossenheit zu demonstrieren, als jene Elemente der Schwäche bezeichnen dürfen, in die die kompromißlose antikommunistische Politik der AFL hineinstoßen konnte. Überhaupt ist die Konflikthaltung der AFL als weiterer Negativposten für die Erfolgsaussichten des WGB anzumerken, insofern nicht nur der traditionsgeladene Antikommunismus autonom ins Spiel gebracht, sondern zugleich als Element der offiziellen Politik der Vereinigten Staaten vorgetragen wurde und so auch vorgetragen werden konnte, wiewohl die Schärfe der Diktion ein Privileg der AFL war. Die AFL trat als Stütze und mit Unterstützung des State Department auf. Der Marshall-Plan konnte eine auf Ausnutzung der Schwächen zielende Spaltungspolitik wesentlich unterstützen, insofern die gesamte Wirtschaft und ihre Infrastruktur eine die rasche Wiederbelebung versprechende Hilfe dringend benötigten. Geht man von der Aussicht auf Wirtschaftswachstum aus, dann war eigentlich die Entscheidung so einfach, daß jede Opposition dagegen sich nachgerade als Verstoß gegen die guten Sitten ausnehmen mußte[406]. Der kommunistische Flügel im WGB hat das sehr wohl

406 Sehr richtig überschrieb »Le Monde« vom 9. 2. 1948 einen Artikel zum Marshall-Plan und zum WGB mit dem Titel: »Il devient très difficile aux Trade Unions de rester neutres entre l'Est et l'Ouest«.

gewußt und daher eine Diskussion innerhalb der Organisation vermeiden wollen, wie man umgekehrt wohl davon ausgehen darf, daß dieser Wirtschaftsplan in unserem Zusammenhang als Instrument eines »show-down« gegen eine Organisation dienen sollte, deren Existenz von Beginn an auf tönernen Füßen aufgebaut war und die weder ein Anwachsen des weltpolitischen Konflikts noch eine langdauernde Wirtschaftskrise vertragen konnte, in der gesellschaftliche Strukturen Gefahr liefen, aufs neue hinterfragt zu werden. »The biggest crisis in the world labour movement«, sagte der »News Chronicle« am 31. Dezember 1947 im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan voraus. Man könnte es im nachhinein anders formulieren: Der Marshall-Plan brachte die endgültige Entscheidung in einer permanenten Krise[407].

Gegenüber diesem beeindruckenden, aufgrund der wirtschaftlichen Lage Europas als notwendig empfundenen wirtschaftlichen Hilfsplan erwies sich auch das Bemühen der kommunistischen oder stark kommunistisch beeinflußten Gewerkschaften um Wahrung der Einheit als fruchtlos – und gerade die Einheit war doch für sie wesentliches Ziel gewesen. Von daher gesehen, wird sich eine auf Zusammenhalt orientierte Gewerkschaftspolitik als Fehlschlag apostrophieren lassen. Die wesentliche Frage bleibt allerdings, welches Motiv solches Streben, das selbst in der allerletzten Phase der WGB-Existenz noch so deutlich in den Vordergrund trat, geleitet hat. Dieses Problem stellt sich auch, weil eben schon vor der Gründung des WGB die Gefahr der Instrumentalisierung zugunsten traditioneller, das hieß dann expansiver kommunistischer Politik prognostiziert und nach der Gründung ständig wiederholt wurde. Obwohl die vorliegende Studie lediglich auf westlichem Material beruht, nur beruhen konnte, eine quellenmäßig abgesicherte Motivationsanalyse schwierig erscheint, wird mit Fug behauptet werden dürfen, daß die als aggressiv plakatierte Instrumentalisierung für unseren Berichtszeitraum wesentlich defensiven Charakter hatte. Auf dem Hintergrund der hier schon genannten Stalinschen »Bündnispolitik« ist der WGB in erster Linie zu begreifen als der Versuch, eine Neuauflage der faschistischen und nationalsozialistischen Erfahrung schon im Ansatz zu verhindern, in diesem Sinne auch Entwicklungen zu kontrollieren. Eben dies ist festzuhalten: Der Wunsch nach Einheit entsprang nicht kommunistischem Machtbedürfnis, sondern einem von der unmittelbaren historischen Erfahrung inspirierten Kontrolldenken. Dabei sollte nicht übersehen werden, daß solches Kontrollvorhaben in den Widerstandsbewegungen gegen den Faschismus/Nationalsozialismus noch weitgehend gefördert worden ist und eben auch ehemalige Widerstandskämpfer in der Weltgewerkschaftsbewegung tätig waren. Mit der Lancierung des Marshall-Plans geriet aber diese Kontrollmöglichkeit in Gefahr. Nur so sind auch die heftigen Angriffe zu verstehen, die von sowjetischer Gewerkschaftsseite gegen einzelne westliche Gewerkschaften erst im Laufe der Marshall-Plan-Debatte unternommen wurden. Aber es sei erneut unterstrichen: Solche Angriffe mochten dann nicht zur Besserung der Beziehungen beitragen, für den Spaltungsprozeß waren sie ohne Bedeutung. Die Spaltung ergab sich vielmehr aus dem weltpolitischen, nicht zuletzt doch sozialökonomisch bedingten Gegensatz, gegenüber dem sich gewerkschaftliches Einheitsdenken als beinahe schon unbedeutender Faktor ausnahm.

407 Ausgabe vom 31. 12. 1947: »World TUC will split over Marshall-Plan«.